

Nach dem ETA-Anschlag von Barcelona S. 27

Inst. f. Erforsch. d. europ. Arbeiterbew.
S2D 3308

Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 285, 24. 8. 87 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

20. Juli

Jedes Jahr werden von Regierungsseite und den Medien die "Patrioten des 20. Juli" gefeiert, mangels sonstiger antifaschistischer Vergangenheit. Wer waren die Männer und Frauen des 20. Juli, welche Politik für Deutschland, welche Außenpolitik vertraten sie? Dies auf S. 21



Foto: H. Wojahn

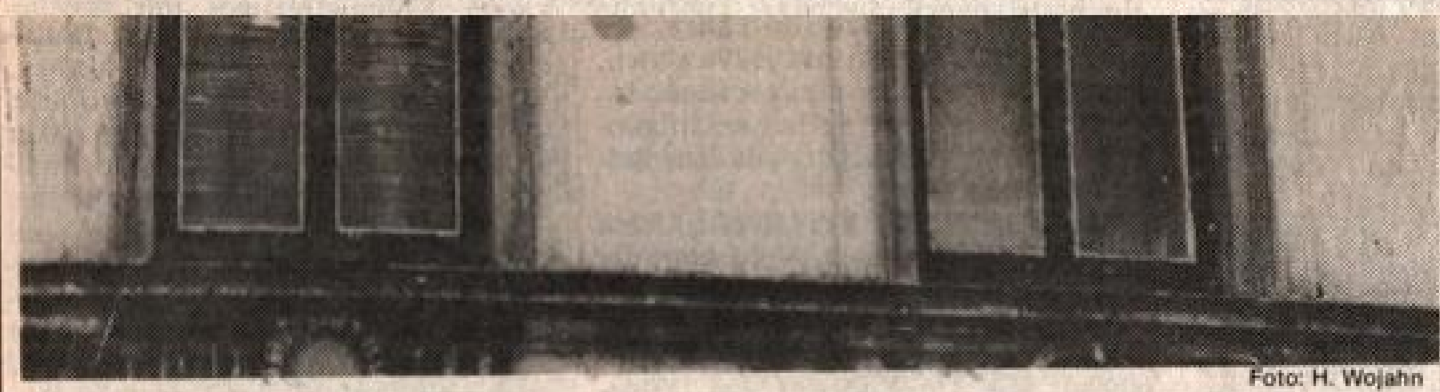


Foto: H. Wojahn

Chaoten: Oberwasser am Hamburger Hafen

hamburg hafenstraße sommer 1987 — stop — senat verzögert verhandlungen — stop — millionär zieht angebot zurück — stop — bewohner bauen befestigungen — stop — senat droht mit Polizeieinsatz — stop — patrioten nach sylt zu dohnanyi — stop — geräumte wohnungen wiederbesetzt — stop — abriß verhindert weitere häuser besetzt — stop — senatskrise — stop — hamburg unregierbar — stop — dohnanyi will verhandeln — stop — schmuddelkinder im rathaus — stop — vertragslösung in aussicht — stop — bürgermeister spricht mit raf — STOP — presse fordert keinen millimeter mit raf — stop — polizisten drohen mit aufstand — stop — dohnanyi verhandelt weiter — stop — 38% hamburger wollen mit raf reden — stop — hafenstraße akzeptiert vertrag — stop — senat nicht — stop — regiert die raf mit — stop — hansestadt versinkt im chaos — stop — alfons böse — stop — klaus viel gut — stop — hafenstraße auch — stop — disk drive not ready — stop — retry ignore or cancel — stop — go to p. 3

Chile, CDU und die Menschenrechte

Chile, CDU und die Menschenrechte

Norbert Blüm hat in Chile erstaunlich deutliche Worte gegen Diktatur und Folter gefunden und die für seine politische Herkunft sensationelle Erkenntnis verkündet, daß Menschenrechte auch für Kommunisten gelten müßten. Das liberale Gewissen atmet auf: Endlich hat einer den Eindruck korrigiert, die CDU würde der Umfunktionierung von Fußballstadien in Gefangenenlager viel Sympathie entgegenbringen. Nun ist es nur noch die CSU. An der Lebensgefahr für die chilenischen Gefangenen, an der Weigerung der Bundesregierung, sie hier aufzunehmen und an der diskriminierenden „Sicherheitsüberprüfung" für Asylsuchende hat sich gleichwohl nichts geändert.

Weiter auf Seite 6

Interviews zur Spaltung des MIR S. 31/32

Foto: H. Wojahn



Golfkrieg: USA treten auf die eigenen Minen

Als ein chinesischer Politiker die Volksweisheit bemühte, wonach der Stein denjenigen auf die Füße falle, die ihn erhoben hätten, dachte er kaum an die umgekehrte Richtung, mit der die Mine wirkt. Der Westen hat an die kriegführenden Staaten Irak und Iran in beispielloser Weise Waffen exportiert. Jetzt ist er erbost, wenn jene nicht nur zum Abschlachten hunderttausender fremder Menschen sondern auch gegen die eigenen Interessen Anwendung finden. Die USA, die das Agentenstück des Oliver North, „Irangate", nun noch als kreuzbraves Soldatentum abfeiern — „Ollie for President" —, geben sich erregt über die Beschädigung eines ihrer Kriegsschiffe, das dort nichts zu suchen hat. Leider ist zu befürchten, daß die Planer in Washington nicht ganz so tolpatschig sind, wie es auf den ersten Blick erscheint, wenn sie die militärische Begleitung arabischer Tanker anordnen, ohne an Minensuchboote zu denken. Unter dem uralten Vorwand, die „freie Seeschiffahrt" schützen zu wollen, sucht der Imperialismus die Intervention am Golf. Mit Hilfe einer klassischen Kanonenbootpolitik wird der Krieg zwischen Iran und Irak verlängert und ausgeweitet. Die Völker verbluten, der Imperialismus kassiert für seine Waffen und spekuliert obendrein auf so weitgehende Zerstörungen und Kriegsschäden, daß es ihm am Ende leicht fällt, die gesamte Region zu kontrollieren.

Dem erwähnten Chinesen zufolge müßte jede solche Politik zwangsläufig dazu führen, daß sie auf selbst gelegte Minen aufläuft. Dazu wäre es allerdings notwendig, daß sich die Völker gegen den US-Imperialismus und seine NATO-Lakaien vereinen, anstatt untereinander die korrekte Auslegung des Korans mit militärischen Mitteln vorzunehmen.

Weiter auf Seite 11

ABC .... N in BRD: Neutronenbomben

So viele Angebote, daß man sich kaum entscheiden mag: Nehmen wir lieber amerikanische Neutronenbomben, weil die so gut sind oder französische, um die EG zu stärken? Unsere Freunde in Paris, konservative wie sozialistische Politiker, bieten an, die neue Waffe in der Bundesrepublik aufzustellen. Jedenfalls sähen es westdeutsche Strategen gern, wenn uns die Franzosen besser schützten. Ihre Raketen dürften dann nicht mehr auf deutschen Boden zielen, und Helmut Kohl bekäme seinen Zweitschlüssel. Dann kann er bei Gipfeltreffen endlich auch das berühmte Köfferchen mit sich herumtragen. Andererseits halten die USA seit einem Jahrzehnt den Vorsprung bei der Entwicklung des modischen Produkts für dieses unser Gefechtsfeld. Es sieht so aus, als hätten sie nicht groß gefackelt und schon mit der Stationierung begonnen. Der Kanzler weiß von nichts. Vermutlich hat er vorher verabredet, von nichts wissen zu wollen. Echt unfair.

Weiter auf Seite 8

Müttermanifest

Das grüne Müttermanifest hat eine Diskussionswelle innerhalb der grünen Partei, der Linken und der Frauenbewegung hervorgerufen — an ihm scheiden sich seither die Geister. Ein Überblick über die Diskussion auf S. 22/23

Stahlkrise

Die Stahlkrise wirft ein Licht darauf, wer die Lasten der kapitalistischen Produktionsänderungen zu tragen hat — und sie ist ein Symbol für die Änderungen, die für Zentren der alten Industrie noch anstehen. Eine Analyse auf S. 17/19

Revolution

Die revolutionäre Linke in der Krise — dies scheint für eine kleine britische Gruppe, die Revolutionary Communist Party (RCP), nicht zu stimmen. Ein Bericht über ihren Sommerkongreß und ihre politischen Kampagnen auf S. 37

Hungerstreik in türkischen Knästen

In zahlreichen Gefängnissen der Türkei und Türkei-Kurdistans sind politische Gefangene erneut in den Hungerstreik getreten. Ihr Widerstand richtet sich wieder gegen die anhaltenden Folterungen und unmenschlichen Haftbedingungen, die seit 1980 nur unwesentlich — oder wenn, dann immer nur kurzfristig — verbessert worden sind.

Begonnen wurden die Aktionen am 8. Juli im Istanbuler Gefängnis Sagmacilar von 30 Gefangenen, darunter viele der Studenten, die im April dieses Jahres im Rahmen der Proteste gegen die Gleichschaltung der Studentenvereine festgenommen worden waren. Innerhalb der folgenden Wochen weitete sich die Hungerstreikwelle auf Gefängnisse und Militärgefängnisse in allen Teilen des Landes aus: am 15.7. traten 272 Gefangene in Malatya in den Hungerstreik, am 26.7. nahmen 200 Gefangene in Diyarbakir, dem berüchtigsten Folterzentrum in Türkei-Kurdistan den Hungerstreik auf, schließlich schlossen sich Gefangene in Gaziantep, Bursa, Eskisehir, Adana und Canakkale der Aktion an, ebenso 400 Gefangene im Istanbuler Militärgefängnis Metris. Die Gesamtzahl der Hungerstreikenden dürfte inzwischen über Tausend betragen, für einige von ihnen ist es nun die siebte Woche der Aktion. Sieben der Hungerstreikenden in Sagmacilar erklärten ausdrücklich, daß sie bereit seien, die Aktion bis zur Erfüllung der Forderungen fortzusetzen, auch um den Preis ihres eigenen Lebens.



Die Mutter eines der Hungerstreikenden verliest die Petition der Angehörigen zu Beginn des Sitzstreiks in Istanbul.

Allein die Forderungen der Gefangenen,

— Aufhebung der Anwendung von Sträflingsketten und des reihenweisen Ankettens,

— Aufhebungen der Beschränkungen beim Bezug von Büchern, die frei im Handel sind

— Ausgabe von Medikamenten und Verbesserung der Gesundheitssituation

— Aufhebung der zeitlichen Beschränkungen auf 2 - 3 Minuten bei Besuchen von Verwandten, (die oft aus

— Ausgabe von Medikamenten und Verbesserung der Gesundheitssituation
— Aufhebung der zeitlichen Beschränkungen auf 2 - 3 Minuten bei Besuchen von Verwandten, (die oft aus

mehr als 1.000 km zum Besuch angereist kommen!)

zeigen, daß sich im eklatanten Widerspruch zu allen schönfärberischen Beteuerungen aus Regierungskreisen, auch unter dem „Zivilregime" Özal an den Haftbedingungen nichts geändert hat. So war einer der ausschlaggebenden Punkte für den Beginn der Aktion die Tatsache, daß die in Sagmacilar einsitzenden Untersuchungsgefangenen jeweils wie die Sklaven in dicken Eisenketten hintereinandergekettet zum Prozeß geführt werden.

Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 10 Menschen durch Folterungen ermordet, weitere starben durch unterlassene medizinische Behandlung an den Folgen der Folterungen (wie Ahmet Cetin und Muammer Özdemir). „Auch gibt es Tausende unter unseren Angehörigen, die in Folge der erlittenen Folterungen für immer behindert oder geistesgestört bleiben, auch sind zig Menschen nach ihrer Verhaftung aus den Polizeirevieren ‚spurlos verschwunden' " (aus der Presseerklärung der Angehörigen).

Während die türkische Presse der Aktion in den ersten Wochen kaum Beachtung schenkte, hat der Hungerstreik in den letzten Wochen eine beachtliche Unterstützung innerhalb der Türkei erfahren. So nahmen am 13.8. rund 500 Personen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen an einer *„Versammlung des demokratischen Bündnisses"* teil, darunter neben den Angehörigen der Gefangenen und dem Menschenrechtsverein, bekannte Schriftsteller wie Yasar Kemal, Adalet Agaoglu, Aslan Baser, der Schauspieler Tarik Akan („Yol" — seit mehreren Jahren ständig „Schauspieler des Jahres"), außerdem Sabahot Türkler, die Witwe des 1980 von Faschisten ermordeten Gewerkschaftsführers Kemal Türkler, mehrere namhafte Rechtsanwälte, und sogar die seit 8 Wochen im Ausstand befindlichen Gewerkschaften Deri Is und Laspetkim Is hatten je einen Vertreter geschickt. Ein Bündnis derartiger Breite ist allerdings auch für die Türkei nach 80 ein bisher einmaliges Ereignis und nicht zuletzt ein Erfolg der Angehörigen und Müt-

hatten je einen Vertreter geschickt. Ein Bündnis derartiger Breite ist allerdings auch für die Türkei nach 80 ein bisher einmaliges Ereignis und nicht zuletzt ein Erfolg der Angehörigen und Müt-

ter der Hungerstreikenden, die sich mit zahlreichen Aktionen, wie Sitzstreik vor dem Justizministerium, vor dem Knast etc., für das Leben ihrer gefangenen Kinder einsetzen.

Eine besondere Bedeutung erhält dieser Hungerstreik auch durch die gleichzeitige Mobilisierung für das „Verfassungsreferendum" am 6. September: Hierbei soll darüber abgestimmt werden, ob durch die Streichung des § 4 aus der Verfassung von 1982 ca. 700 Politikern von vor 1980, darunter die prominentesten Demirel, Ecevit und Faschistenführer Türkes, nun auch offiziell wieder an der Politik teilnehmen dürfen. (Ohnehin sind sie durch die Gründung von „Schattenpartèien" seit mindestens zwei Jahren wieder auf der politischen Bühne der Türkei aktiv.)

Während es also in Wirklichkeit nur um die „offizielle" Wiederzulassung der rechten Parteiführer von vor 1980 geht, reisen die Politiker der verschiedenen Oppositionsparteien durchs Land und rühren die Werbetrommel; das ganze hat die Dimensionen eines amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes abgenommen. Sogar linke Sozialdemokraten und „Sozialisten" beteiligen sich an der „Show", als ginge es um „ja" oder „nein" *zum Regime* der Junta. Somit sind der Hungerstreik und die Aktionen, die zu seiner Unterstützung durchgeführt werden, auch eine Mobilisierung der „anderen Türkei", die nicht auf das Manöver des „referendums" hereinfallen, sondern tatsächlich demokratische Rechte für die *Bevölkerung*, Aufhebung von Folter und eine Amnestie für die politischen Gefangenen fordern.

Während der Hungerstreik nun in der siebten Woche andauert und einige der Todesfastenden inzwischen in einer lebensbedrohlichen Gesundheitssituation sind, zeigt das Regime weiterhin Härte. „Unsere Gefängnisse sind die besten der Welt" und „Wenn einer der Hungerstreikenden stirbt, ist es nicht mein Problem" verlautete Justizminister Sungurlu, Ministerpräsident Özal nahm bisher keine Stellung. Auch die Unterstützungsaktionen der Angehörigen wurden z.T. brutal abgeräumt: so befinden sich seit nunmehr 3 Wochen auch 14 Familienangehörige im Gefängnis Sagmacilar. Sie waren bei einem Sitzstreik vor dem Justizministerium verhaftet worden. Auch ein für drei Tage angekündigter Sitzstreik von rd. 50 Familienangehörigen im Zentrum von Istanbul in der letzten Woche, wurde am 2. Tag von Polizeikräften umzingelt und abgeräumt.

Obwohl in der BRD in verschiedenen Städten, darunter Berlin, Hamburg, Bremerhaven, Bielefeld und Köln Solidaritätshungerstreiks durchgeführt werden bzw. wurden, ist der Hungerstreik bisher kaum in die Öffentlichkeit gedrungen. Die BRD-Linke ist aufgerufen, sich für das Leben der Gefangenen einzusetzen.

Protest- bzw. Solidaritätstelegramme an:

Protest- bzw. Solidaritätstelegramme an:

Basbakan Ministerpräsident Özal
Ankara/Türkei und
Justizminister
Adalet Bakam Oltan Sungurlu
Ankara/Türkei

Mit dem § 129a gegen die PKK

Es kam, wie befürchtet: Anfang August holte die Bundesanwaltschaft zu dem seit mehreren Wochen erwarteten Schlag gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aus. Mehrere hundert Beamte des BKA und der Landeskriminalämter durchsuchten die Vereinsräume der PKK-Massenorganisation FEYKA (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan in der BRD) und Privatwohnungen ihrer Vorstandsmitglieder. Elf Städte mit über 40 Durchsuchungsobjekten standen auf der Liste der Fahndungskräfte, die umfangreiches schriftliches Material beschlagnahmten.

Bereits eine Woche zuvor hatte die Kölner Staatsanwaltschaft Privatwohnungen und die zentralen Verlagsräume der bundesdeutschen PKK-Sektion durchsuchen und dabei neben Adressenlisten auch Bargeld in Höhe von einer Dreiviertelmillion D-Mark sowie Gold und Schmuckstücke beschlagnahmen lassen. Die Kölner Ermittler begründeten ihre Aktion mit dem „Verdacht der Freiheitsberaubung", weil ein abtrünniges ZK-Mitglied der PKK in Europa seit Ende Juni als verschollen gilt.

Die Karlsruher Durchsuchungsbefehle stützen sich auf die novellierte Fassung des Paragraphen 129a StGB: Denn nach Ansicht der Bundesanwaltschaft hat sich eine „terroristische Vereinigung" innerhalb der legalen FEYKA-Srukturen breitgemacht mit dem Ziel „der Ermordung von politischen Gegnern und abtrünnigen Mitgliedern". Fünf vollendete und zwei versuchte Tötungsdelikte an PKK-Dissidenten und Kritikern aus anderen Organisationen in der Bundesrepublik sowie sechs Brandanschläge auf Büros der Kurdischen Vereinigung KOMKAR legt Rebmanns Behörde der so beschriebenen „terroristischen Vereinigung" zur Last. Zweifelsfrei auf das Konto eines PKK-Funktionärs geht allein der Mord an dem Parteiabweichler Zülfü Gök 1984 in Rüsselsheim. In allen anderen aufgeführten Fällen, die als Katalogstraftaten des §129a gelten, liegen nur mehr oder weniger starke Indizien und interne Selbstbezichtigungen für eine Täterschaft aus den Reihen der PKK vor.

Außerdem leitete Kurt Rebmann ein Verfahren wegen des „Verdachts der Nötigung der Bundesregierung" gegen den Sprecher der Kurdischen Befreiungsfront in Europa, den Rechtsanwalt Hüseyin Yilderim, ein. Yilderim hatte angekündigt, das „kurdische Volk" würde die beschlagnahmten Spendengelder „Stück für Stück mit Gewalt zurückholen" und in diesem Zusammenhang auf die Investitionen bundesdeutscher Firmen in Türkisch-Kurdistan hingewiesen. Mittlerweile haben die Kölner Staatsanwälte Bargeld und Wertgegenstände, die Eigen-

Zusammenhang auf die Investitionen bundesdeutscher Firmen in Türkisch-Kurdistan hingewiesen. Mittlerweile haben die Kölner Staatsanwälte Bargeld und Wertgegenstände, die Eigen-

tum des Pariser Kurdistan-Komitees sind, zurückgeben müssen.

Mit der Anwendung des §129a gegen eine vermutete „terroristische Vereinigung" in den Reihe der FEYKA hält die Bundesanwaltschaft ein umfangreiches Ermittlungsinstrumentarium in der Hand: die Strafprozeßordnung sichert für die Dauer des Ermittlungsverfahrens weitere Durchsuchungen, Telefonüberwachungen, Razzien, Festnahmen mit Kontaktsperre und Verteidigerausschlüsse ab, selbst wenn es letztlich, wie durchaus zu erwarten steht, nicht zu einer Anklageerhebung kommt.

Die PKK und ihr Umfeld sehen sich als Opfer eines umfassenden "Gesamtkonzeptes" gegen ihre Organisation, an dem das türkische Kolonialregime, die NATO, die Bundesregierung und verschiedene Geheimdienste beteiligt sind. Zu diesen Kräften rechnen die Sprecher ERNK auch die anderen kurdischen linken Organisationen, die „alle fest in der Hand des Geheimdienstes, des türkischen Staates" seien. Auch die „unsolidarische Kritik" dieser und verschiedener bundesdeutscher Gruppen macht die ERNK verantwortlich für das eingeleitete Ermittlungsverfahren.

Tatsächlich gehen die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden zu einem Zeitpunkt gegen die PKK vor, da sie nach ihrer neuerlichen Gewaltkampagne vom Frühjahr '87 weitgehend isoliert dasteht. So kamen denn auch nach den Durchsuchungsaktionen des BKA so gut wie keine Solidaritätsbekundungen zustande. Die PKK mußte ihre Protestaktionen fast ausschließlich mit der eigenen Anhängerschaft organisieren und blieb weit hinter ihrer gewohnten Mobilisierungsfähigkeit zurück. Außerdem stießen die Betroffenen des §129a-Verfahrens, die bislang noch als Zeugen heimgesucht wurden, auf Schwierigkeiten bei der Anwaltssuche: In mehreren Städten lehnten linke Anwaltsbüros die angetragenen Mandate ab, weil sie prinzipielle Widersprüche zur Politik der PKK geltend machen oder bereits Opfer von PKK-Gewaltaktionen vertreten.

Die PKK selbst geht auch nach den Durchsuchungsaktionen über sämtliche Kritiken an ihrer Politik hinweg. Vielmehr erklärten Sprecher der Partei und der Befreiungsfront die Massaker an Familienangehörigen der Dorfmilizen in Türkisch-Kurdistan zu den „größten militärischen Erfolgen" seit Eröffnung des Guerillakrieges im August 1984 und bekräftigten den unbedingten Alleinvertretungsanspruch für den kurdischen Befreiungskampf. Und auch weiterhin soll der Terror des Ankaraer Kolonialregimes mit breitgestreutem Gegenterror beantwortet werden — ein ziemlich einmaliger Fall in der Geschichte der Befreiungsbewegungen, die Angst vor Vergeltungsschlägen zur hauptsächlichen Alternative für ein unterdrücktes Volk zu machen. Die Wellen dieser Gewaltkonzeption werden auch in Zukunft West-

gungen, die Angst vor Vergeltungsschlägen zur hauptsächlichen Alternative für ein unterdrücktes Volk zu machen. Die Wellen dieser Gewaltkonzeption werden auch in Zukunft West-

europa streifen. Repressive Maßnahmen der Sicherheitsbehörden können unter diesen Voraussetzungen kaum zu Solidarisierungseffekten mit der PKK führen.

Adler
Bekleidungswerk AG & Co. KG Haibach

Adler informiert:

Am 15. August 1987 wurden auf mehrere Adler Bekleidungsmärkte Brandanschläge verübt.

ADLER VERWALTUNGSRAT:
Keine Aufträge mehr für Südkorea

Haibach: „Zur Sicherheit unserer Kunden und Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland hat der Verwaltungsrat der ADLER Bekleidungswerk AG Luxemburg beschlossen, ab sofort keine weiteren Aufträge mehr an das Unternehmen Flair Fashion in Südkorea zu vergeben", erklärte Dr. Wolfgang Karches, der dem verstorbenen Firmengründer Wolfgang Adler im Vorsitz des Verwaltungsrates der ADLER Bekleidungswerk AG Luxemburg nachgefolgt ist.

„Die damit auftretenden Produktionseinschränkungen könnten allerdings im Werk Flair Fashion, das knapp 1700, zumeist weibliche, koreanische Arbeitskräfte beschäftigt, zu Kurzarbeit und zu einem teilweisen Verlust der Arbeitsplätze führen."

Der Verwaltungsrat der ADLER Bekleidungswerk AG hat gleichzeitig die deutsche Bischofskonferenz gebeten, die Arbeitsbedingungen bei Flair Fashion zu überprüfen, um festzustellen, ob die bereits vor Monaten erhobenen Vorwürfe wegen sogenannter „Ausbeutung von Arbeitnehmern" berechtigt sind.

Eine katholische Untersuchungskommission des Bistums in (Südkorea) hatte in einem Bericht die erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen und die für die Verhältnisse des Landes überdurchschnittlich guten Löhne bei Flair Fashion hervorgehoben.

Südkorea befindet sich in einem Zustand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Diese Auseinandersetzungen sind begleitet von Streiks in allen Wirtschaftszweigen.

Flair Fashion ist das einzige Unternehmen in Korea, das sich zu 100 % in deutscher Hand befindet; dies ist wohl der Grund, weshalb die Auseinandersetzungen von Südkorea auf die Bundesrepublik Deutschland übergegriffen haben. So wurde die ADLER Handelsorganisation in Deutschland, die lediglich ½ ihres Umsatzes in Südkorea produzieren läßt, in diese Auseinandersetzungen hineingezogen, die sich von Demonstrationen vor ihren Märkten bis zu Brandanschlägen steigerten.

Nach vorläufigen Berechnungen geht die ADLER Geschäftsleitung von einem Gesamtschaden in Höhe von 30-35 Mio. DM aus.

Hoch die internationale Solidarität!

Hamb. Abendblatt, 21.8.87

Schon wieder „Gnade der späten Geburt"?

Bundesregierung drückt sich vor Antwort in Sachen Gernika

Petra K. Kelly MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und Gert Bastian (Generale für Frieden und Abrüstung) bezeichnen es als skandalös, daß die Bundesregierung die von ihr und der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG eingebrachte Kleine Anfrage vom 29. April 1987 zu „Gernika und die Wiedergutmachung deutscher Schuld" bis jetzt nicht beantwortet hat:

Am 26. April 1937 legte Hitlers Legion „Condor" die baskische Stadt Gernika in Schutt und Asche. An dieser Stadt — für die baskische Bevölkerung seit jeher ein Symbol für Freiheit und Unabhängigkeit — erprobte die Wehrmacht eine neue Art der Kriegsführung — den „totalen Krieg".

Es ist klar, so Petra K. Kelly, und nicht zu bezweifeln, daß die Bombardierung Gernikas durch deutsche Kampfflugzeuge am 26.4.1937 als ein von Deutschen begangenes Kriegsverbrechen zu bewerten ist.

Warum also braucht die Bundesregierung nun schon über 3 Monate, um die Kleine Anfrage zu beantworten?

Petra K. Kelly und Gert Bastian erinnern in diesem Zusammenhang an einen Brief des deutschen Botschafters in Madrid vom 22.10.1981 (gez. Lothar Lahn) an den Bürgermeister von Gernika, in dem er u.a. ausführte:„ ... Ich bitte Sie ferner zu bedenken, daß die Mehrzahl der jetzt lebenden Deutschen 1937 noch nicht geboren war, so daß es aus psychologischer Sicht sehr schwierig für diese Deutschen ist, als Bürger und Steuerzahler für etwas herangezogen zu werden, das sie nicht zu verantworten haben..."

Einige Jahre später lehnte die Bundesregierung Unterstützung für ein Gernika-Versöhnungsdenkmal ab und ehemalige Bomberflieger des Geschwaders „Boelcke", das vor 50 Jahren an der Zerstörung der baskischen Stadt Gernika beteiligt war, trafen sich am 27. Mai 1987 gemeinsam mit Bundeswehr-Offizieren in Wunstorf zur „Traditionspflege".

Wann wird die Bundesregierung endlich klare Worte über das Massaker von Gernika sprechen? Wann wird sie sich über die Verantwortung der damaligen Reichsluftwaffe äußern?

Petra K. Kelly und Gert Bastian fordern die Bundesregierung auf, sich nicht weiter an der deutschen Verantwortung vorbeizudrücken. Wiedergutmachung im Falle Gernika muß auch von der Bundesregierung geleistet werden!

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Chaoten: Oberwasser am Hamburger Hafen



Foto: H. Wojahn

Foto: H. Wojahn

Hafen der

riß der Häuser sind. 28 % die Räu-

denunziert, und der Bürgermeister

Hamburger Sommer sind heiß? Das glaubt einem niemand. Schon gar nicht in diesem verregneten Jahr. Aber wenn es schon ab und an mal einen heißen Herbst gab, dann hatte Hamburg 1987 einen heißen Sommer, waren da doch zwei nicht-importierte stadtpolitische Themen, die wochenlang die Aufmerksamkeit auf sich zogen: die Koalitionsbildung und die Hafenstraße, manchmal auch beide miteinander verwoben.

An der Koalitionsbildung interessierten eigentlich nicht die Inhalte. Die werden wohl erst nach und nach bewußt zur Kenntnis genommen. Interessanter war das Schauspiel, nahezu Tag für Tag das harte Ringen um eine Vereinbarung zu demonstrieren, und erschöpft und gequält lächelnd nichts weiter mitzuteilen — und das in immer neuen Varianten — als: ,,wir sind ein gutes Stück vorangekommen''. Das ist Politik, das macht sie in dieser Stadt wieder spannend. Dennoch reichte dieses Hamburger Sommertheater für die Freunde des schwarzen Humors nicht zu mehr als ein paar warmen Tagen, wäre da nicht noch die Hafenstraße gewesen.

„Ich ziehe hiermit mein Angebot zurück"

Noch im Mai glaubte der SPD-Senat sich in Sachen Hafenstraße in der Offensive. Wenige Tage vor der Wahl mit dem Entstaatlichungsangebot Jan Philipp Reemtsmas konfrontiert, demonstrierte der Bürgermeister persönlich Friedenswillen. Mit Interesse sei das Kaufangebot des Millionärs und politischen Mäzens zur Rettung der Häuser für ein alternatives, selbstbestimmtes Wohnprojekt aufgenommen worden, man wolle jetzt verhandeln. Willkommene Wahlhilfe, nicht mehr? Nach gewonnener Wahl verzögerte der Senat und versuchte das Problem mit Paragraphen zu lösen. Die Bewohner sollten sich in juristische Fallstricke verheddern, der Käufer Reemtsma zur Oberaufsicht über Recht und Ordnung in den Häusern verpflichtet werden. Vor allem aber: Nicht mehr der Erhalt aller Häuser, sondern nur von sechs der acht stand im Vertragsvorschlag des Senats. Reemtsma ging an die Öffentlichkeit, das sei nicht akzeptabel.

Anfang Juli dann die Zuspitzung. In der Hafenstraße war klar, der Senat will nicht. Man konzentrierte sich auf die Befestigung der Häuser gegen die erwarteten Polizeieinsätze. Auf den Gehwegen errichtete Betonpoller zur Behinderung von Räumfahrzeugen sollten Steine des Anstoßes für den Polizeieinsatz werden. Dohnanyi ließ ein Ultimatum zur Beseitigung der Befestigungen stellen. Die Poller wurden beseitigt, doch Reemtsma stieg aus. Öffentlich erklärte er, daß der Senat nur Hinhaltetaktik betreibe, keine Lösung wolle und daß er — bis an den Rand des für ihn Zumutbaren gegangen — sein Angebot zurückziehe, da der Senat nur nach immer neuen Vorwänden suche, eine für die Bewohner befriedigende Lösung zu verhindern. Aus der willkommenen Wahlhilfe wurde eine Senatskrise. Der Millionär und seine Erklärungen wurde durch die Medien gereicht. Der Senat stand mal wieder vor dem Scherbenhaufen seiner Taktik. Diese Lage ließ eine polizeiliche Lösung des Ärgernisses ohne schweren politischen Schaden nicht zu. Der ,,Hamburger Kessel'' war noch in zu frischer Erinnerung. Die Messer waren zwar schon gezückt, doch sie kamen wieder einmal nicht zum Einsatz.

Die Krise schien sich zu verschärfen, als die Hafenstraßenbewohner und der Initiativkreis für den Erhalt der Häuser für Mitte Juli öffentlich zur Wiederbesetzung einiger im Frühjahr geräumter Wohnungen aufriefen. Realistische GALlier erbaten öffentlich Vernunft. Von der Wiederbesetzung sei Abstand zu nehmen, da sie eine friedlich Lösung erschwere. Unter den Vernünftigen auch einige von denen, die im letzten Jahr per Jugendputsch den lockeren Aufstand in die GAL tragen wollten und ganz locker auf Transparenten ,,Waffen für Gaddafi'' gefordert hatten.

„Kinder unserer Gesellschaft"

Andere agierten anders. Sie bemühten sich um Deeskalation der Senatsseite — die wiederum ein Ultimatum gestellt hatte — ohne die Bewohner von ihrer politischen Demonstration mit konkretem Effekt (Wiederbewohnbarmachung) abzuhalten. Die Leute vom ,,Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße'' (unter ihnen Reemtsma) schrieben Dohnanyi einen Brief, in dem sie die Hinnahme der Wieder-Instand-Besetzung forderten: ,,*Wenn die Bewohner von ,Besetzung' sprechen, ist das rechtlich ohne Belang. Da der Senat künftig alternatives Wohnen in den Häusern ermöglichen will, gibt es für einen Polizeieinsatz keinen vertretbaren Anlaß.*''

Vollends aus der Fassung geriet der Senat, als eher konservative eigene Parteigänger und Liberale sich zu Wort meldeten und vom ,,Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße'' mobilisiert per Hubschrauber Dohnanyi auf seiner Urlaubsinsel Sylt besuchten. Honorige Leute aus der ,,Patriotischen Gesellschaft'' — die bislang anders, als über öffentliche Erklärungen Einfluß auf das Hamburger Stadtgeschehen zu nehmen pflegten — mahnten: ,,*Nicht aus Lust an einer Rechtsverletzung*'', sondern ,,*weil sie in den Häusern tatsächlich wohnen wollen*'', erfolge die Wiederbesetzung durch die Bewohner. Außerdem traue man am Hafen der Senatszusage, die Häuser nicht zu räumen, nicht mehr. Da der Senat ja das Wohnen auch wolle, die Unterzeichner ihm aber vertrauen wollten, daß er nicht vorhabe zu räumen, solle er nun nicht auf formaljuristischen Vorwänden beharren. Würden beide Annahmen stimmen, ,,*so ist eine Wiederbesetzung objektiv belanglos. Es handelt sich dann lediglich um eine Vorwegnahme des vom Senat gewollten Zustands.*'' *Die Linken waren eher verblüfft von einer historischen Parallele in der patriotischen Erklärung: ,,Konservative seien an ein Wort des ,Eisener Kanzlers' Otto v. Bismarck erinnert, der einmal im Reichstag sagte, gewisse Balkan-Probleme seien ihm nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert. Dieses Zitat birgt eine Nutzanwendung in sich in bezug auf unsere Hamburger Polizisten, aber auch in bezug auf die Bewohner der Hafenstraße.*'' Über die Motive der ,,Patrioten'' wurde viel spekuliert, ihr Geschäftsführer Braun beschrieb sein Anliegen: ,,*Ich bin dagegen, daß Kinder geschlagen werden. In der Hafenstraße leben die Kinder unserer Gesellschaft und ich möchte nicht, daß man sie schlägt.*''

Zuvor schon hatte der mit dem Prädikat ,,agil'' oder ,,quirlig'' (TAZ) versehene Professor Ingo von Münch (FDP-Vorsitzender)seinen Einstieg in die Basispolitik. Fasziniert von Reemtsmas Entstaatlichungsvorschlag, der ihn an die liberale Privatisierungspolitik zu erinnern schien, unterstützte er dieses Vorhaben und trat in der eigenen Partei ins Fettnäpfchen. Zwei der frischgebackenen FDP-Bürgerschaftsabgeordneten spekulierten nämlich bislang nicht nur allgemein mit Grundstücken und architektonischen Vorschlägen, sondern hofften ganz konkret auf profitable Teilhabe am Ausbau des Hafenrands zur Prunkmeile. Dem stehen die Häuser allerdings im Weg. Doch der naive Ingo setzte sich wacker für eine gewaltlose Lösung ein und wurde gar friedensstiftend auf der Straße gesehen, als Ende Juli abrißbedrohte Häuser in der Schanzenstraße verteidigt wurden und sich Bewohner/Besetzer und Polizei gegenüberstanden. Unter dem Eindruck der Senatslähmung im Hafenstraßenkonlikt konnten die Besetzer der Terrassenhäuser im Schanzenviertel innerhalb kürzester Zeit eine Situation schaffen, die die Chance eröffnet hat, von Besetzern zu ,,Besitzern'' (im Sinne einer Genossenschaftslösung) zu werden, ohne daß gleich geräumt wurde. Auch eine Schlappe für Innensenator Paweiczyk, den 24-Stunden-Räumer.

Dann: Senatskrisensitzung in der zweiten Juli-Hälfte. Keiner der bisher gedachten Lösungsansätze griff mehr. Räumen ist kaum möglich. BILD veröffentlichte eine Umfrage, daß 77 % der Hamburger für Sanierung statt Abriß der Häuser sind, 28 % die Räumung wollten, 38 % Verhandlungen forderten und 34 % gleich neue Mietverträge mit den Bewohnern. Abwarten und Hinhalten lief auch nicht mehr. Dohnanyi erklärte die Hafenstraße zur Chefsache und nahm das Weitere selber in die Hand. Jetzt werde es aber Zeit, daß die Bewohner endlich einmal Beauftragte ihres Vertrauens mit ihm reden ließen,forderte er, als sei dies schon immer Anliegen des Senats gewesen. Nicht nur zu seiner Überraschung bekam er schnell eine positive Antwort und schon acht Tage später mußte er erstmals direkt mit einer sechsköpfigen Delegation der Schmuddelkinder (plus Anwalt) verhandeln. Und zwar über eine Lösung für *alle* Häuser. Die Demonstration von über 5000 am 1. August in Hamburg, die diszipliniert auf das Anliegen keine Räumung, kein Abriß und Verträge für die Hafenstraße orientiert war, wurde zu einem kleinen Siegestriumpf, der die Rechten in dieser Stadt fuchsen mußte. Daß ein Bürgermeister mit diesen Outlaws verhandelte, mußte sie in Wallung bringen.

Verfassungsschutz-Jounalismus

Sozialdemokratische Politik hat es schwer. Kaum hatte Dohnanyi seinen Verhandlungsweg beschritten, begann neuer Ärger. Begierig nahm die Springerpresse die gezielte Äußerung eines reaktionären Richters auf, ,,*daß in dieser Stadt rechtsfreie Räume immer größer werden*''. Fünf Tage nachdem Dohnanyi mit der Besetzerdelegation die Friedenspfeife rauchte, und eine friedliche Lösung für die erste Augusthälfte als aussichtsreich verkündete, kam der große Knall.

Das ,,Hamburg-Journal'' des NDR brachte am 3. August eine Verfassungs-Schmutzsendung, daß Dohnanyi nicht nur mit einer Delegation von Hausbesetzern, sondern gar mit Leuten der RAF verhandelt habe. Beleg dafür: Die Beteiligung einer Frau an der Besetzung des Frankfurter dpa-Büros 1978, mit der gegen die Haftbedingungen für Gefangene aus der RAF protestiert wurde. So wenig sensationell diese Meldung an sich schon ist, verliert sie noch mehr an Wert vor dem Hintergrund, daß Hamburgs Verfassungsschutzchef Lochte knapp zwei Jahre zuvor mit heftigem Presseecho bis in die TAZ hinein schon einmal mit einer RAF-Kampagne versucht hatte, den Boden für eine Räumung zu bereiten. Fünf angebliche RAF-Leute wären damals in die Hafenstraße gezogen, besagte Frau wurde damals auch schon genannt. Mehr waren es auch jetzt nicht geworden, wenngleich im Übereifer der Kampagne zwischenzeitlich schon einmal dreißig gezählt wurden. Neu gegenüber 1985 war, daß eine Frau mit Bild und Namen öffentlich denunziert, und der Bürgermeister zum RAF-Sympathisanten wurde.

Dohnanyi, erklären Sie: „Keinen Millimeter mit der RAF"

Es spottet jeder Beschreibung, was sich nach dieser ,,Enthüllung'' in Hamburgs Medien, voran natürlich die Springerpresse, abspielte. Kommunist glaubt es kaum, daß sich so viele erwachsene Journalisten für ein dermaßen dummes, schmutziges, durchsichtiges und unhaltbares Hetzgewäsch hergeben. Doch sie tun's. Am schlimmsten war in diesem Fall nicht einmal die BILD-Zeitung, sondern das ,,Hamburger Abendblatt'', dessen Chefredakteur am 5. August auf der Titelseite in einem Offenen Brief an Dohnanyi die sagenhafte Aufforderung richtete: ,,Keinen Millimeter mit der RAF'' und damit doch etwas zu dick auftrug. Vier Tage lang war die Presse voll mit ,,Enthüllungen'' über die RAF im allgemeinen, die mit der Hafenstraße außer der Weckung von Assoziationen nichts zu tun hatten. Die vor allem aber auf eines zielten: Druck auf die SPD zu machen. ,,Ist die RAF jetzt in Hamburg hoffähig?'', ,,Kommt Zeit kommt RAF'', ,,Die Hafenstraße ist ein Schlupfloch für die RAF'', ,,RAF in Hamburg — Lockvögel des Terrors'', so einige der Schlagzeilen. Verfassungsschutzexperten erläuterten im Klippschülerstil die ,,Symbole des Terrors'' in der Hafenstraße. BILD veröffentlichte zufällig just zu diesem Zeitpunkt einen Mitte Juli geschriebenen Brief der SPD-Betriebsgruppe Polizei, die sich um die Loyalität ihrer Beamten zum Rechtsstaat sorgten. Schlagzeile: ,,500 Polizisten (alle in der SPD) gegen Dohnanyi''. So viele hatten zwar nicht den Brief geschrieben, aber so viele Mitglieder hat diese Gruppe. Zwei Tage später waren es schon 3.500 Polizisten, weil auch der Chef der Polizeigewerkschaft Hamburg (3000 Mitglieder) sich zu Wort meldete. Nur knapp konnte Dohnanyi verhindern, daß auch die GdP im DGB (7.500 Mitglieder) noch hinzugezählt wurde. Deren Vorsitzender ließ sich in einem Gespräch ansatzweise ,,neutralisieren''. CDU-Perschau hatte schlaflose Nächte bei der ,,*ungeheuerlichen Vorstellung, daß Sie als Bürgermeister unserer Stadt einen Vertrag mit Vertretern der RAF schließen wollen*'' (Offener Brief). Ab da ging es nicht mehr um einen Vertrag mit der Hafenstraße, sondern mit der RAF. Das reaktionäre Gesindel und Spießertum der Stadt wurde mobilisiert. BILD ließ seinen Lesern kalte Schauer über den Rücken laufen, Namen von Leserbriefschreibern zur Hafenstraße wurden ,,aus Sicherheitsgründen'' abgekürzt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Gipfel der Perfidie war die Umkehrung, daß es die behauptete RAF-Frau sei, die „die friedliche Lösung vereitelt." Doch nicht alles was inszeniert wird, kommt dann so an, wie es gewollt war. „69%: Weiter so, Herr Dohnanyi!" folgte am Ende der Woche die Entlastung in der „Morgenpost" (8.8.). Zwar waren danach 43% der Hamburger für Abriß der Häuser, 69% wollten aber, daß Dohnanyi weiterverhandelt. Selbst aufdie Frage, ob man auch mit der RAF reden dürfe, sollen 38% mit Ja (44% Nein) geantwortet haben. Daß die liberale Hamburger Bevölkerung nicht wie beabsichtigt auf diese Verhetzung einstieg, dürfte Dohnanyi das Durchhalten seines Kurses erleichtert haben. Selbst dann, als die BILD-Zeitung mit der Schlagzeile erschien: „Stürzt Dohnanyi über die Hafenstraße?" und an das Schicksal Kloses erinnerte, sondern auch beziehungsreich darauf hinwies, daß damals wie heute eine SPD-Betriebsgruppe das Sturzsignal gegeben hätte: Klose sei über die HEW-Betriebsgruppe (Brokdorf) gestolpert, Dohnanyi über die Polizei-Betriebsgruppe? „Mit der RAF kann es keine Kompromisse geben", antwortete Dohnanyi dem Abendblatt-Chefredakteur, doch hätte selbstbestimmtes Wohnen in der Hafenstraße damit nichts zu tun. Würden „rechtsstaatliche" Bedingungen akzeptiert, könnte es eine friedliche Lösung geben.

Offener Brief

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Herr v. Dohnanyi,**

Ihr Satz im letzten Wahlkampf, „keinen Millimeter mit der GAL", hat viele Bürger unserer Stadt veranlaßt, Sie wiederzuwählen. Die Bürger hatten verstanden: In diesem Punkt gab es für Sie keinen Kompromiß.

Die Bürger erwarten heute zum Thema Hafenstraße von Ihnen den Satz: „Keinen Millimeter mit der RAF." Auch hier darf es für Sie keinen Kompromiß geben, auch hier dürfen Sie sich nicht kompromittieren.

Ein Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg verhandelt nicht mit Rechtsbrechern und Staatsfeinden!

**Ihr
Klaus Korn
Chefredakteur
Hamburger Abendblatt**

Spekulieren kann man nun darüber, wer was gewollt hat. Für die TAZ war alles klar: Innensenator Alfons Pawelczyk wollte als erwiesener Inspirator der Kampagne verhindern, daß es zu einer friedlichen Lösung komme, für die Dohnanyi stehe. Die gute gegen die böse SPD. Die SPD-„Morgenpost" dagegen behauptet — bis zum Rechtsstreit mit dem NDR — beweisen zu können, daß Fernsehmoderator und CDU-Journalist Siegloch und CDU-Bundestagsabgeordneter Echternach bei der Hamburger Roncalli-Premiere verabredet hätten, Dohnanyi den „Blattschuß" zu geben. Zuzutrauen ist es beiden Seiten. Doch politisch sollte man Pawelczyk nicht für so bescheuert halten, daß er nicht wüßte, daß mit dem Sturz Dohnanyis sowohl seine Partei als auch er selber im Schlamassel säßen und erst einmal von der Regierung abdanken könnten. Vor allem brauchte es für die Kampagne nicht einmal einer Indiskretion aus der Innenbehörde, wie die TAZ weismachen will. Alles an veröffentlichten „Fakten", Namen eingeschlossen, ist seit Ende 1985 bekannt. Die Namen der Delegationsmitglieder aus der Hafenstraße lagen der Presse seit dem 29. Juli in einer Erklärung der staatlichen Pressestelle vor. Vieles spricht aus meiner Sicht eher für Querschüsse aus der (Bonner) CDU gegen eine SPD)/FDP-Koalition in Hamburg (was bei der „Morgenpost"-Darstellung hinhauen könnte). Wie dem auch sei, bezogen auf die Hafenstraße sollten solche politisch interessanten Hintergründe nicht den Blick dafür versperren, was die SPD eigentlich will. Und bislang hieß ihre Politik, die sich nicht durchsetzen ließ: weg mit der Hafenstraße.

Alfons schlecht, Klaus viel gut

Kein Ende der Sensationen, als es am 11.8. zum Krach auf einer SPD-internen Sitzung zwischen Senat und Parteispitze kam. Vorausgegangen war die Vorlage eines Vier-Seiten-Vertrages, den die Hafenstraßenbewohner im Grundsatz akzeptiert hatten. Auf der SPD-Sitzung führten die Rechten Klage, daß gegenüber den Rechtsbrechern in der Hafenstraße zu nachgiebig vorgegangen sei. Der Streß der vergangenen Tage entlud sich im parteiinternen Streit, der wiederum die Ansicht vom grundsätzlichen Dissens zwischen dem Dohnanyi- und dem Pawelczyk-Flügel nährte. Die Rechten wollten dem Vertrag so nicht zustimmen, fürchteten um ihre aufgehetzte Klientel. Man fand den Kompromiß, die Entscheidung in die Hände des am 2. September zu wählenden gemeinsamen SPD/FDP-Senats zu legen. Der wiederum hat in seinen Koalitionsvereinbarungen lapidar geschrieben: in Kenntnis der Vertragsentwürfe *„sollte auf dieser Linie der zu wählende Koalitionssenat eine Lösung finden"*. Das läßt vieles offen.

Rechte Lösungen wären zwar praktizierbar, aber nur um den Preis, relevante Kreise der Bevölkerung gegen den Senat aufzubringen. Dies haben bei aller sonstigen Ungenauigkeit die veröffentlichten Umfragen gezeigt. Warum traut man Dohnanyi eigentlich nicht zu, daß er taktiert? Daß er einen Weg verfolgt, den „Schwarzen Peter" der Hafenstraße zuzuschieben, zu einem Zeitpunkt, wo die Leute schlicht sagen, wir können das mit der Hafenstraße nicht mehr hören? So hat er jedenfalls 1982 in den Gesprächen mit der GAL agiert. Die Art der Vertragsverhandlungen zeigt taktische Ähnlichkeiten auf. Der erste Vier-Seiten-Vertrag enthält neben dem handelsüblichen Verweis auf bestehende Gesetze die Zusage, alle Häuser einem Verein zu übergeben, die Räumungstitel innerhalb von sechs Wochen gegen den Abbau der Befestigungsanlagen aufzugeben, die Instandsetzungskosten durch die Stadt zu übernehmen. Nachgeschoben wurde ein 24-seitiger detaillierter Pachtvertrag, bei dem der Teufel tatsächlich im Detail liegt, etwa wenn lang und breit Paragraphen über Untervermietung und Aufenthalt Dritter formuliert werden, die man keinem Normalmieter zumutet. Oder die vertragliche Festschreibung an den Verein, Kopien der Mietverträge an die Stadt zu senden sowie Personen, „die unzulässigerweise länger als zwei Monate" in der Hafenstraße wohnen, zur Räumung aufzufordern und dies der Stadt anzuzeigen. Könnte man hier noch sagen, laß es, das wird einfach nicht gemacht, wie dies Normalmieter auch tun (und deswegen halt manchmal Ärger bekommen), so wird dies allerdings dort problematisch, wo der Vertrag Verstöße gegen diese schikanösen Klauseln zu Gründen der Aufkündigung des Gesamtvertrags für alle Häuser erklärt. In diesem Fall besteht für die Einzelmieter nicht einmal der sonst übliche Kündigungsschutz. Nach Einschätzung alternativer Hamburger Mietexperten fällt der Vertrag in diesen Punkten hinter vergleichbare Verträge (etwa mit dem Wohnprojekt Schröderstift) zurück.

Solche Klauseln stehen nicht zufällig, sondern gewollt in einem Vertrag mit der Hafenstraße. Offenkundig spekuliert diese Regie darauf, die Hafenstraße in die Position der Verweigerer zu bringen. Erst übergibt man ihnen das Kurzwerk, dem sie zugestimmt haben; danach das Langwerk — das ja die Kurzfassung angeblich nur ausführt — und nach Lage der Dinge von den Besetzern so nicht akzeptiert werden kann. Schon aus diesem Grunde wäre es sinnvoll, seitens der Bewohner und ihrer Unterstützer zeitig zu sagen: Nein, so nicht, wir wollen den Vertrag, aber ohne solche Klauseln. Durch den Krach in der SPD und die Verzögerung der Entscheidung auf die Koalitionsbildung haben die Bewohner Zeit, den Versuch zu vereiteln, daß der Senat den Vertragsentwurf öffentlich als angenommen deklariert und hinterher die Hafenstraße als vertragsbrüchig darstellt.



Foto: H. Wojahn
Besetzung in der Schanzenstraße

Auf jeden Fall haben die letzten Wochen gezeigt, daß der Senat, wie auch immer er sich entscheidet, aus dem Dilemma nicht herauskommt, das diese Stadt im bürgerlichen Verständnis so schwer regierbar macht. Relevante Teile auf der Rechten rebellieren gegen zu viel Nachgiebigkeit, während der progressive bzw. liberale Teil der Bevölkerung vor den Kopf gestoßen wäre, wenn brutal und unter Inkaufnahme von schweren Opfern geräumt wird. Bei beiden sucht die SPD ihre Wähler und kann sich einfach nicht entscheiden. War Ende letzten Jahres durch den Wahlerfolg der GAL Hamburg noch „unregierbar", hat die Hafenstraße jetzt den Part übernommen, diese Situation zu verlängern. Mit einer politischen Mischung aus Chaos, Militanz und ab und zu mal Bündnispolitik. Ein Ende ist bei dem Vertragspoker noch nicht in Sicht.

hr.

„Diese Lebensbedingungen sind nicht ewig auszuhalten"

Interview mit M. Herrmann zum Konflikt um die Hafenstraße

Der frühere Bürgerschaftsabgeordnete Michael Herrmann ist Mitglied im Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße

AK: Das Konzept des Hamburger Senats gegenüber der Hafenstraße war lange Zeit: auseinanderdividieren der Bewohner und Abriß der 6-er Häuser. Neuerdings scheint Dohnany von diesem Räumungs- und Spaltungskonzept abzurücken. Was hat sich in der Haltung des Senats geändert?

M.H.: Ich bin nicht sicher, ob Dohnany vom Spaltungskonzept runter ist. Das 24-Seiten Vertragswerk ist schon auf ein Stück Spaltung zwischen denjenigen angelegt, die sich im bürgerlichen Sinne rechtsstaatlich einwandfrei verhalten und denjenigen, die sich nach wie vor als Bestandteil des Widerstand leistenden Spektrums verstehen. Daß Dohnany sich zum Verhandeln umorientiert hat, ist m.E. auch auf den Druck zurückzuführen, den das Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße, die ehemalige Vermittlergruppe mit dem Vorschlag der Entstaatlichung des Konflikts und Jan Philip Reemtsma mit seinem Kaufangebot sowie der wohlbegründeten Rücknahme dieses Angebots ausgeübt haben. Dohnany hat sich auf diese Verhandlungen eingelassen und konnte schlecht einen Rückzieher machen. Er hat sich zu weit aus dem Fenster gehängt, um nun einfach den Knüppel aus dem Sack zu ziehen und das Problem wegzuprügeln.

Also kein politischer Wandel bei Dohnany?

Ich traue Dohnany im Grunde genommen in diesem Bereich keinen politischen Wandel zu. Die Koalition mit der FDP ist doch die „Wende" in der Hamburger Kommunalpolitik. Vom Wandel könnte man erst dann reden, wenn er die nötige politische Toleranz aufbringen würde, seine Standort-Politik zugunsten der Existenz der Bewohner der Hafenstraße und deren Lebensvorstellungen auch an der verdammt teuren Meile zu akzeptieren. Er hat nach wie vor die Vorstellung, daß Touristen an der Balduintreppe Gefahr laufen, von Pech und Schwefel übergossen zu werden. Seine Vorstellung von der Hafenstraße ist eher von den Berichten der Springer-Blätter geprägt, als von der Realität an der Hafenstraße. Dohnany ist einfach in der Situation, daß er das „Problem" Hafenstraße lösen muß, wobei er diese Lösung zur Chef-Sache erklärt hat, die friedlich vollzogen werden soll. Spekulationen bleiben allerdings: insbesondere was die Rolle einiger seiner Senatskollegen angeht, die nun ja reichlich an Dohnanys Lösungsmodell herumnörgeln und zweifellos eine andere Lösung des Problems im Auge haben.


Michael Hermann beim „Hamburger Kessel"
Foto: argus

Das hört sich etwas nach einem Spiel mit verteilten Rollen an.

Die haben die Rollen verteilt. Ganz klar. Der eine sagt, haut drauf, der andere will noch eine liberale Tünche haben. An dieser liberalen Variante ist die Bürgerschaftspräsenz der FDP und vor allem Ingo von Münch nicht unwesentlich beteiligt. Münch ist vor Dohnany schon der Vortänzer einer friedlichen Lösung mit der Hafenstraße gewesen. Das hat Dohnany kaum noch die Möglichkeit gelassen, in Sachen Hafenstraße hinter Ingo von Münch zurückzufallen. Selbst auf die Gefahr hin, von 500 Polizisten die Loyalität aufgekündigt zu bekommen. Das hat Dohnany sicher bis ins Mark getroffen. Aber Münch sitzt ihm mit seiner Liberalität im Nacken.

Viele Leute sehen in der bisher harten und kämpferischen Linie der Hafenstraßen-Bewohner eine Gefahr für eine friedliche Lösung. Wie bewertest du diese Politik, wie sie z.B. im Tag X zum Ausdruck gekommen ist, und in welchem Verhältnis siehst du solche Aktionen zu dem Prominenten-Engagement eines Reemtsma, der Patriotischen Gesellschaft und anderer?

Ich bin der festen Überzeugung, daß lediglich die Bereitschaft in der Hafenstraße und in Teilen der Szene mit härteren Bandagen zu kämpfen, entsprechenden Druck ausgeübt und zu einer Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit geführt hat, wo dann auch Verhandlungen möglich wurden. Der Tag X sollte für eine spektakuläre Öffentlichkeit sorgen — auch wenn die Medien im wesentlichen einen Terror-Anschlag auf das Haus von Bürgerschaftspräsident Willich daraus gemacht haben. Dabei ging es in der Sache um Sachbeschädigung. Der Bürger sagt immer wieder, Steine seien keine Argumente. Unbestritten ist aber auch, daß die Etablierten doch erst die Ohren für Probleme und Mißstände öffnen, wenn es geklirrt hat. Und es muß schon gewaltig klirren, bis die was merken. In Hamburg haben die Etablierten selbst nach eingeschmissenen Bankscheiben und dergleichen die diesen Steinwürfen zugrundeliegenden Nöte nicht ernstgenommen. Da war noch mehr an Aktionen erforderlich. In diesem Kontext ist auch der Tag X zu sehen. Daß der Senat eine friedliche Lösung inzwischen nicht mehr ausschließt, ist auch darauf zurückzuführen, daß nach dem Ausstieg Phillip Reemtsmas aus den Verhandlungen die Hafenstraße begonnen hat, sich zu verbarrikadieren. Und dies in einer Art und Weise , wie es vorher nicht zu beobachten war. Wenn bislang schon öfters darüber gelabert wurde, daß die Hafenstraße zu einer Festung ausgebaut werde, so kann man heute mit Gewißheit davon ausgehen, daß diese Verteidigungsanlagen massiv sind.

Welche Rolle haben die Engagements von Prominenten im Konflikt um die Hafenstraße gespielt?

Die Patrioten haben in einem Gespräch in einem ihrer holzgetäfelten Räume auf ihre eigenen historischen Ursprünge verwiesen. Während der 1848er Revolution seien sie die Chaoten gewesen. Einige der Patrioten leiteten daraus ab, daß Einmischung in gesellschaftliche Prozeße legitim seien, insbesondere dann, wenn Toleranz als Ausdruck eines liberalen Denkens in der Gesellschaft gegenüber Minderheiten schwinde. Sie waren auch davon betroffen, daß die Polizei Möbel aus den Fenstern an der Hafenstraße geschmissen hat. Diese Dinge drehten ihnen den Magen um und das wollten sie als Liberale und Patrioten in dieser Stadt nicht einfach zulassen.

Mit dieser Argumentation hätten sich die Patrioten doch auch schon vor einem Jahr engagieren können. Denn

Fortsetzung nächste Seite

damals gab es vergleichsweise ähnlich schlimme Übergriffe.

Das stimmt. Sie hätten sich genausogut letztes Jahr, z.B. zum Zeitpunkt der Dezember-Demonstration einklinken können. Daß dies erst Mitte letzten Jahres geschehen ist, liegt m.E. darin begründet, daß man sich nie so recht um die Patriotische Gesellschaft gekümmert hat. Was auch wieder Ursachen hat, ich denke da an die Vermietung ihrer Säle an die ,,Konservative Aktion''. Diese neben der Szene lebenden Leute des gehobenen Mittelstandes und der Oberschicht dieser Stadt waren bislang nicht angesprochen und gefordert worden. Dies haben wir gemacht.

Mitentscheidend war sicherlich auch, daß sich bereits zuvor Phillip Reemtsma, auch jemand aus der gesellschaftlichen Oberschicht, und Ingo von Münch mit seinen Aussagen zur Hafenstraße eingemischt haben. Vor diesem Hintergrund und den möglichen Folgen einer Räumung der Hafenstraße — immerhin mußte man von Verletzten und eventuell sogar Toten ausgehen — haben wir um ein ernsthaftes Gespräch gebeten. Dies alles hat zu einem Ruck bei den Patrioten geführt und damit zu ihrem Engagement. Sie haben sich wohl schon überwinden müssen, aber sie haben sich dann auch eingemischt.

Dohnany hat kürzlich ein von den Hafenstraßen-Bewohnern akzeptiertes 3-Seiten-Papier vorgelegt. Wenig später folgte ein 24-Seiten-Papier, das nicht bekannt war. Dohnany hat von seinen Senatskollegen einen auf die Mütze gekriegt, eine Entscheidung ist in den September vertagt worden, um
seinen Senatskollegen einen auf die Mütze gekriegt, eine Entscheidung ist in den September vertagt worden, um
die FDP noch mit in die Verantwortung zu kriegen. Glaubst du, daß bei den bestehenden Differenzen zwischen rechten Kräften, linker Sozialdemokratie und bürgerlich-liberalen Leuten eine dauerhafte friedliche Lösung möglich ist, die den Vorstellungen der Hafenstraßenbewohner gerecht wird?

Ich habe große Schwierigkeiten, mir das vorzustellen. Ich bezweifle, daß das vorliegende Vertragswerk — das gilt für die drei Seiten und erst recht für die 24 Seiten — dafür tauglich ist. Nach meiner Kenntnis dieser Papiere will der Staat damit immer noch maßgeblichen Einfluß in der Hafenstraße behalten. Er wird immer noch Eigentümer der Häuser bleiben, während ich der Meinung bin, daß der Weg nur über eine *Entstaatlichung* gehen kann. Der Staat und die Polizei hätten dies vollziehen müssen. Sie haben dies nicht getan. Im Gegenteil: der Staat und die Statsschutzabteilung streuen nach wie vor falsche oder einseitige Informationen aus, um darüber kalkuliertes oder erwünschtes politisches Handeln zu erzeugen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß angesichts dieser Politik der staatlichen Seite die Hafenstraße faktisch dazu in der Lage ist, den Vertrag zu erfüllen. Ich selbst könnte ihn nicht erfüllen, wenn ich an einzelne Passagen denke. Nach diesem Vertrag hätte ich nämlich innerhalb weniger Tage an meinen Vermieter — sprich: Innenbehörde und Staatsschutz zu melden, daß sich in meiner Wohnung jemand länger als zwei Monate aufhält, ohne Mieter zu sein. Wenn ich also meine Oma aufnehmen will, weil es ihr nicht gut geht, müßte ich quasi dem Staatsschutz Meldung machen. Ich würde mich schwer hüten, so etwas zu tun. Andere Passagen sind ähnlich häarig. Für den Fall, daß von der Hafenstraße Straftaten ausgehen sollten, wären Kündigungsmöglichkeiten für die Stadt gegeben. Wer die Provokationen des Staatsschutzes kennt und weiß, wie die BILD Straftaten in der Hafenstraße ausmacht, kann sich bestimmt lebhaft vorstellen, was solche Passagen im Vertrag real bedeuten. Diese Regelungen sind nichts anderes als das Eindringen des Strafrechts in das Mietrecht. Das ist schon eine schlimme Sache. Das ist eine Passage in dem Vertrag, die ich nicht akzeptabel finde. Das gilt auch für die erneute Befristung der Verträge.

Das bedeutet also, daß die Hafenstraße mit den vorliegenden Vertragswerken längst nicht aus dem Schneider ist?

Am 31.12.86 sollte bereits mit der Hafenstraße aufgeräumt werden; teilweise wurde sie ganz brutal geräumt. Die Bewohner der Hafenstraße sind seit über einem Jahr einem erheblichen Druck ausgesetzt. Sie sind jetzt in der Situation, daß sie Sicherungen gegen Angriffe von außen durch die Polizei errichtet und im Inneren der Häuser Sicherungsanlagen installiert haben. In den Häusern kann man menschenwürdig nicht lange leben — das ist jetzt schon kaum der Fall. Diese Lebensbedingungen sind nicht ewig lange auszuhalten. Um diesem Druck der unmenschlichen Lebensbedingungen zu entgehen, müssen irgendwann Veränderungen in den Häusern vorgenommen werden. Der ständige Druck, dem die Bewohner ausgesetzt sind, läßt auch kaum Raum, um über Lebens- und Politikperspektiven in Ruhe nachzudenken. Das brauchen die Bewohner aber. Das derzeit vorliegende Vertragswerk bietet den Bewohnern wenig Sicherheit für ihre Zukunft. Ich gehe deswegen davon aus: es wird weiter Auseinandersetzungen geben, die letztlich dann wieder vom Staat geschaffene Auseinandersetzungen sein werden.

Dem Staat spielt demnach die Zeit und die unmögliche Lebenssituation der Bewohner in die Hände?

Das ganz sicher. Vor allem in Verbindung mit Zivi-Schweinen, die auf Provokationen aus sind. Dann kommt wieder der Hundertschaft-Einsatz und das hinlänglich bekannte brutale Spiel beginnt erneut. Der Vertrag zwingt den Senat doch förmlich, Straftaten — und sei es eine Backpfeife für einen Zivi — nachzugehen. Sie werden dem auch nachgehen, wenn die BILD sich der gebeutelten Rechtsstaatlichkeit annimmt und zum Halali auf die vermeintlichen Rechtsbrecher bläst. Die BILD kennt den Vertrag und wird garantiert auf Einhaltung der Vertragsbestimmungen in ihrer Berichterstattung pochen. Was dann abgeht, kann man sich ausrechnen.

Welche politische Perspektive haben bei den derzeitigen politischen Verhältnissen in der Stadt — einem sich moderat gebärdenden Münch, einem moderaten linken SPD-Flügel und einer harten SPD/CDU-Riege — und unter Zugrundelegung der Erfahrungen mit der
rat gebärdenden Münch, einem moderaten linken SPD-Flügel und einer harten SPD/CDU-Riege — und unter Zugrundelegung der Erfahrungen mit der
Hafenstraße z.B. Projekte wie die Schanzenstraße?

Ich denke, daß die Perspektive der Schanzenstraße verknüpft ist mit der derzeitigen ganz speziellen Situation, daß die Hafenstraße heute und morgen nicht angefaßt wird. Für die Stadt besteht deswegen nicht die Notwendigkeit, die Schanzenstraße platt zu machen, um zu verhindern, daß die Bewohner der Hafenstraße in die Schanzenstraße ziehen. Außerdem hat die Schanzenstraße eine Chance, weil ein Privatmann der Eigentümer ist, der zugleich verkaufswillig ist, weitere Image-Verluste für seine Firma scheut und aus dem ganzen Ding so schnell wie möglich aussteigen will. Der Eigentümer zieht den Staat nicht in dem Ausmaß in die Geschichte rein, wie andere es getan haben, sondern wehrt sich vielmehr gegen Einmischung. Er selbst schafft das Problem auch nicht aus der Welt, es sei denn, er verkauft. Möglicherweise zu plus minus Null oder auch mit Profit. Wenn dies so vonstatten geht, geht es in jedem Fall gegen die Interessen der Innenbehörde und Eugen Wagners Baubehörde sowie gegen die Betonköpfe in dieser Stadt. In dieser Situation kann auch von Nutzen sein, wenn ein Ingo von Münch mit seiner Anwesenheit in der Schanzenstraße — wofür er von seiner Partei bezeichnenderweise eins auf den Kopf bekam — Wohlwollen signalisiert. Solange Ingo von Münch sich das liberale Mäntelchen umlegt, wirkt sich dies für die Schanzenstraße sicherlich positiv aus. Immerhin ist er der Koalitionspartner der SPD. Ihn anzuschießen ist problematisch für die rechten Leute. Aber ich gehe davon aus, daß sich Ingo von Münch in einer exponierten Frage wie Hausbesetzungen und Instandbesetzung nicht lange wird so liberal gebärden können.

Also geht es weniger um Perspektiven als viel mehr um eine augenblicklich günstige Situation, die eine Chance auf das Projekt Schanzenstraße eröffnet?

Ja. Ich glaube, es sind im Moment die Umstände, wobei das Beispiel der beiden zur Zeit noch besetzten Häuser in der Hafenstraße und der Schanzenstraße hoffentlich Schule macht. Die Mißstände, die es nach wie vor im Hamburger Wohnungswesen gibt, und die Hamburg mit der Devise ,Kein Haus bleibt länger als 24 Stunden besetzt' anders lösen möchte, als es in anderen Städten der Fall ist, sollten wir auch künftig z.B. mit Besetzungen erhaltenswerten Wohnraums angehen. Man kann durchaus feststellen, daß immer mehr Menschen sich für den Erhalt von Altbausubstanz einsetzen. Das erleben wir auch am Beispiel Schanzenstraße. Dort steht — so sehen es viele — ein Stück Kultur, das es zu bewahren gilt. Ein Stück Hamburger Geschichte, wenn man so will. Es werden auch zunehmend Stimmen laut, die soviel Toleranz vom Senat erwarten, daß auch andersdenkende und -lebende Jugendliche in solchen Häusern ihren eigenen Lebensentwurf planen und umsetzen können.

Gibt es Notstandsgesetze in der BRD?

Haben wir damals vor 20 Jahren geschlafen oder gehen die Uhren der BRD heute anders? Alle ,,älteren Semester'' unter den AK-Lesern'' werden sich daran erinnern: Der Kampf gegen die Einführung der Notstandsgesetze in der Bundesrepublik war ein Höhepunkt der Außerparlamentarischen Opposition (APO) der 60er Jahre. Und es war auch der Anfang vom Ende der APO, nachdem die Große Koalition von CDU/CSU und SPD diese Notstandsgesetze verabschiedet hatte. Da höre man sich aber einmal an, was der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger (CSU), Ende Juli 1987 der Öffentlichkeit zu verkünden hatte:

Die Bundesregierung plane ein Gesetz, das die Einziehung aller Männer bis zu 65 Jahre im Kriegs- und Katastrophenfall ermögliche. Man prüfe noch, ob auch die Frauen für eine solche Verpflichtung in Frage kämen. Dies Vorhaben sei ,,eine Frage der sozialen Gerechtigkeit'' und der ,,gerechteren Lastenverteilung''. Meinungsumfragen würden bestätigen, daß 70 Prozent der Bundesbürger nachdrücklich für den Ausbau des Katastrophen- und Zivilschutzes einträten.

Die SPD hingegen protestierte heftigst dagegen. Wilhelm Nöbel, Obmann der SPD-Fraktion im Bundesinnenausschuß meinte etwa, daß die breite Mehrheit gegen eine solche Dienstverpflichtung sei und somit dieses Vorhaben ,,nicht durchsetzbar'' wäre. Die Planung der Bundesregierung bezeichnete er als schlicht ,,absurd''. Für SPD-Mann Schnoor, zuständiger Innenminister in NRW, sind die Regierungsplanungen ,,typische Notstands-Phantastereien'' und Ausdruck von ,,paramilitärischem Denken''; statt auf ,,Zwangsrekrutierung'' solle man sich lieber auf ,,Bürgersinn und Gemeinschaftsgeist'' in der Krise verlassen.

Da reibt man sich die Augen: Beide Parteien tun so, als gebe es sie gar nicht, die Notstandsgesetze, die neben zahlreichem anderen eine allgemeine Dienstpflicht bis zu 65 Jahren und auch für Frauen vorsehen. Als hätten nicht beide Parteien das damals im Bundestag beschlossen. Die Regierung tut so, als wolle sie ein solches Vorhaben jetzt erst in die Tat umsetzen, die SPD tut so, als sei das mit ihr auf keinen Fall zu machen. Dieses Theater ist uns im übrigen in letzter Zeit schon häufiger vorgeführt worden, so etwa bei der Planung eines ,,Gesundheitssicherstellungsgesetzes'', das dann erst einmal wieder kassiert wurde oder beim jetzt noch geführten Streit um den Einsatz der Zivildienstleistenden im Kriegsfalle, um den Entwurf eines ,,Zivilschutzgesetzes'', der 1985 vorgelegt wurde. Bekanntlich ist auch da längst geregelt, daß auch im Kriegsfalle nicht nur jeder, der beim Bund war, eingezogen werden kann, sondern auch jeder Kriegsdienstverweigerer Kriegsdienst zu leisten hat, sofern man ihm dabei keine Waffe in die Hand drückt.

Der Hintergrund dieses Theaters ist folgender: die damaligen Notstandsgesetze waren in den meisten Fällen Grundgesetzänderungen, die mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag verabschiedet worden sind und die dem Staat den Totaleinsatz im Kriegs- oder Krisenfalle erlauben. Schon damals war bekannt, daß gleichzeitig für den Ernstfall alle möglichen ,,Schubladen-Gesetze'' bereit gelegt worden sind, die dann, wenn die Stunde des Vaterlandes schlägt aus dieser Schublade herausgezogen werden sollen, um dann im Blitzverfahren durch den Bundestag oder das Notparlament gezogen zu werden. Diese Situation erlaubt es, alljährlich oder pro Legislaturperiode mehrere Anläufe zu machen, um schon jetzt ohne konkrete ,,Not'' ein solches Gesetz schon einmal aus einer Schublade zu holen und dessen Verabschiedung zu fordern. Leute wie Spranger können sich dabei als ordentliche Notstandsplaner und die SPD als heftige Notstandsgegner profilieren, obwohl in den geheimen Stäben in aller Ruhe und einträchtig weiter gearbeitet und alles für diesen ,,Ernstfall'' parat gelegt und gehalten wird. Der Michel kann sich bei Meinungsumfragen mehr der einen oder anderen Seite zurechnen und ansonsten politisch weiterschlafen.

HH

Neonaziaufmarsch am Bundeskanzleramt

Neonaziaufmarsch am Bundeskanzleramt

Die Hand zum verfremdeten Hitler-Gruß erhoben, faschistische Lieder grölend marschierten am 25. Juni achtzehn Neo-Nazis durch diverse Bonner Wohnviertel zum Bundeskanzler-Platz. Dort — keinen Steinwurf vom Bundeskanzleramt entfernt — hielten sie eine Abschlußkundgebung. Wohlbemerkt: Steine flogen nicht! Die ,,Bonner Rundschau'' konnte am nächsten Tag aufatmend melden: ,,Mini-Demonstration der Neo-Nazis verlief ohne Zwischenfälle''.

Die Nazi-Aktion wor lange zuvor angekündigt. In einem internen Rundschreiben vom 2. Juni hatte Christian Worch — seit 1979 Nachfolger Kühnens und Befürworter einer Politik des ,,legalen Arms'' — eine Abschlußkundgebung der bundesweiten Initiative ,,Freiheit für Michael Kühnen'' in Bonn angekündigt. Im Vorfeld wurde mit weit mehr als 18 Neo-Nazis gerechnet. In Bonner Antifa-Kreisen kursierte noch am 25. Juni die Zahl von 250. Eine Zahl, die auf die allgemeine Stimmung drückte und mitunter auch für Panik im Antifa-Bereich sorgte.

Ob die geringe Teilnehmerzahl auf Auseinandersetzungen innerhalb der Nazi-Szene zurückzuführen ist oder ob 18 Neo-Nazis schlicht ausreichen, um das gestecke Ziel (Durchführung einer genehmigten Demonstration) zu erreichen — dies bleibt im Bereich der Spekulation. Die Einschätzung der ,,Deutschen Volkszeitung/Die Tat'' jedenfalls, daß die geringe Zahl ,,der Öffentlichkeitsarbeit des antifaschistischen Bündnisses zuzuschreiben'' sei, spricht eher die Sprache fataler Selbstüberschätzung. Hier war der Wunsch Vater des Gedankens. Es wäre zumindest das erste Mal, daß Faschisten aus Angst vor entlarvenden Reden und — wie die ,,DVZ'' betont — ,,fast 20 aufklärenden Presseberichten'' lieber zu Hause blieben und sich keinen Fußbreit vor die Tür trauten.

Richtig ist, daß das antifaschistische Bündnis eine Demonstration und Kundgebung in der Bonner Innenstadt organisierte und durchführte. Unter dem Motto ,,Keine Nazis in die Bundeshauptstadt'' mobilisierten 72 Organisationen — darunter DGB, SPD, DKP, Grüne, Autonome — gegen den Nazi-Aufmarsch. Ihr Verdienst ist es, das Bonner Publikum auf die Nazi-Provokation aufmerksam gemacht zu haben. Das Bündnis konfrontierte auch rechtzeitig die Stadtverwaltung und die Ratsparteien mit der Forderung nach einem Verbot der Nazi-Demo. Am 9. Juni lehnte der Rat mit den Stimmen von CDU und FDP einen Verbotsantrag ab. In einem offenen Brief appellierten Vertreter des Antifa-Bündnisses an die Fraktionen von CDU und FDP, ihre Entscheidung doch bitteschön noch einmal zu überdenken. Wörtlich heißt es in ihrer Petition: ,,Wir können nur davon ausgehen, daß Sie Ihr Votum in Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten abgegeben haben. Eindringlich möchten wir Sie hiermit auffordern, Ihre Haltung zu überprüfen und alles zu tun, damit die zuständigen Organe die Nazi-Kundgebung am 25.7. unterbinden.''

Die staatliche Akzeptanz für den Aufmarsch der Kühnen-Freunde eine Frage mangelnder Bildung??? Statt Aufklärung und Protest gegen die staatliche Rückendeckung für Kühnens Anhänger zu organisieren, wurde das peinliche Appellieren an genau diesen Staatsapparat bis zum bitteren Ende durchgehalten. Die Quittung erhielt man sofort: Nachdem man noch die Gesprächsbereitschaft des Polizeipräsidenten als Riesenerfolg gefeiert hatte, kam unmittelbar darauf die Polizeigenehmigung für den Aufmarsch. Selbst auf der Kundgebung, als sich die Nazis bereits formierten, hieß es lediglich, CDU und FDP hätten noch zu wenig über das Problem des Neo-Faschismus *nachgedacht*. Gleichzeitig wurde dazu aufgerufen, nach Abschluß der Kundgebung nach Hause zu gehen und den Sammelplatz der Nazis zu meiden ...

Seitens des autonomen Spektrums stand der Versuch einer Störung bzw. Verhinderung der Nazi-Kundgebung ebenfalls nicht zur Debatte, da man befürchtete, von einer Bullenübermacht zusammengeknüppelt zu werden. Man konzentrierte sich deshalb auf den Schutz der eigenen Infrastruktur gegen mögliche Nazi-Übergriffe. Und so kam es, daß die Autonomen linke Buchläden und Häuser bewachten und das Antifa-Bündnis in der Innenstadt demonstrierte. Wären diese beiden Konzepte voll und ganz aufgegangen, dann hätten 18 Neo-Nazis ungestört hakenkreuzähnliche Flaggen zeigen und Hetzreden halten können. Daß dies nicht möglich war, ist etwa 100 Antifaschisten aus allen politischen Lagern zu verdanken. Trotz Panikstimmung ließen sie sich nicht davon abhalten, zum Bundeskanzler-Platz zu gehen und die Nazi-Kundgebung mit Pfiffen und Nazi-Raus-Rufen zu stören.

Die Bonner KB-Gruppe hatte diese Mobilisierung zum Kundgebungsort unterstützt, ohne jedoch — das muß selbstkritisch eingeräumt werden — aktiv im Vorfeld eingegriffen zu haben.

Was leider bleibt: Mit dem Verlauf ihrer ,,Freiheit für Michael Kühnen-Demo'' können die Nazis durchaus zufrieden sein. Schließlich haben sie bewiesen, daß es sich auch mit nur wenigen ,,Kameraden'' unter massivem Polizeischutz in Bonn gut demonstrieren läßt.

K./KB Bonn

NPD-,,Kampftag'' in Frankfurt



Ihren für den 8. August 1987 angesetzten ,,Kampftag'' vermochte die NPD in Frankfurt nicht in der geplanten Weise auszurichten. Für ein solches Vorhaben hatten die Nationalen bundesweit um Beteiligung geworben. ,,Die Mauer muß weg'' sollte es diesmal durch die Stadt tönen, nachdem die NPD kurz vorher viele Wände mit einem Freiheitsruf für einen Rudolf H. bekleistert hatte.

Einem bereits genehmigten Stand versagte OB-Brück (CDU) nachträglich seine Zustimmung und wurde vom Verwaltungsgericht bestätigt. Die N-Partei hatte nur einen Stand und nicht einen ,,Kampftag'' behördlich gemeldet, auch sollte ein Hiroshima-Gedenktag in der Nähe in Ruhe abgehalten werden können.

Erst früh am 8.8. entschied der Kasseler Verwaltungsgerichtshof zugunsten der NPD. Hektisch organisierte nun die Polizei für etwa 20 NPD'ler eine enge Abschirmung gegen ca. 200 Antifaschisten, denen es zuvor gelungen war, Nazistand und -material zum Teil zu demolieren. Als später ein paar Eier auf Nazis und Bullen fielen, ,,bat'' die Polizei die rechten Burschen und Maiden nach nur einer Stunde ,,Standhaftigkeit'' zum Ab- und Aufbruch.

Zwischendurch herrschte BRD-Normalzustand: Die Polizei knüppelte heftig auf etliche Antifaschisten ein und nahm zwei von ihnen und auch einen Nazi vorläufig fest. Aber auch Polizei und NPD beklagten jeweils einige Verletzte aus ihren Reihen.

Ein Antifa-Genosse aus Frankfurt

Chile, die CDU und die Menschenrechte in diesem Sommer

Rainer Trampert/Mathias Küntzel/ Thomas Ebermann

War dieser Sommer der Beginn einer neuen Geschichtsschreibung? Haben alle politischen Kräfte dieses Landes in diesem Sommer zu einer großen nationalen Einheit unter der Führung der beiden Helden Heiner Geißler und Norbert Blüm gefunden? Oder stellte dieser Sommer bloß, welche ungeheure Kraft konjunkturell inszenierte Großereignisse auf die Ideologiebildung der meisten Menschen haben, bis tief hinein ins linke und grüne Lager?

Nach 14 Jahren Militärdiktatur, in der mehrere tausend Menschen ermordet wurden, stellte ein Mitglied der Bundesregierung erschrocken und anteilnehmend fest, daß in Chile gefoltert werde und ein anderer pflichtete ihm bei. Heiner Geißler, der noch vor kurzem von Willy Brandt als der Goebbels der Union enttarnt wurde, und Norbert Blüm, vor wenigen Jahren noch Totengräber des Menschenrechts auf Streik, avancierten zu den Helden dieses Sommers. Helden haben einen Anspruch auf Verehrung und wer sie nicht verehrt, den plagt der Neid. Verehrung duldet keine Relativierung. Wer heute über Blüm und Chile spricht, der kann es kaum ungestraft bei der — noch beschönigenden — Formel belassen, eine Kombination ganz schnöder Interessen habe dazu geführt, Geißler und Blüm eine Politik betreiben zu lassen, die dazu beitragen könnte, einigen gefolterten und von der Todesstrafe bedrohten chilenischen Revolutionären (pardon: schuldlosen Widerstandskämpfern) eventuell Exil zu ermöglichen. Ein solcher Standpunkt würde uns zwar den Wünschen und Interessen der eingekerkerten Chilenen näher bringen oder überhaupt die Möglichkeit zulassen, sie zu erforschen, brächte aber in der laufenden Inszenierung zu wenig für das gute, zufriedene Gefühl, zur überwältigenden Mehrheit jener zu gehören, die — jedenfalls periodisch — unerhört menschlich sind. Also schwimmen ,,wir'' lieber im Sog der neuen Helden.

Nicht nur viele Grüne leisteten ihren Beitrag zur Heldenverehrung, auch die traditionell linke und streikbereite IG Druck und Papier übergab ihre Ergebenheitsadresse. Über Nacht wurde Blüm wieder ,,lieber Kollege'' und der Drupa-Vorsitzende Ferlemann fügte an: ,,... Laß dich nicht irre machen, denk bei allen Angriffen daran, daß der größte Teil der Bürger der Bundesrepublik immer noch persönlichen Mut und Eintreten für die Menschenrechte schätzt.'' Mit Mut hatte Blüms Eintreten zumindest gar nichts zu tun, dies sei vorweg gesagt, denn wenn Mut hier überhaupt eine brauchbare Kategorie wäre, dann wäre heute die Verteidigung eines von den USA fallengelassenen Ex-Freundes und Diktators mutiger als das Heulen mit den USA, die in Chile — wie vorher auf den Philippinen — einem zweiten Nicaragua zuvorkommen wollen. Mutiger sind Strauß und Zimmermann, die auch in der Stunde der Not ihrem befreundeten Folterknecht die Hand halten.

Die Ergebenheitsadresse der Drupa macht sich noch bescheiden aus im Vergleich zu der von Cohn-Bendit im Pflasterstrand, jedenfalls im Grad der Schwärmerei: ,,Alles stimmte. Die subjektive Betroffenheit, die Empörung, die Mimik und die Aussagen ohne Wenn und Aber. Sichtlich von seinen Gesprächen bewegt, ließ er Herz und Gefühle, ja, man möchte sagen, seine christliche Moral, sprechen ... Die Grünen und die Linken müssen aber die radikal menschliche und humanitäre Haltung eines Norbert Blüm nicht als Taktik denunzieren, sondern zum Anlaß nehmen, um in Zukunft ihre unentschlossenen Haltung in der Menschenrechtsfrage zu korrigieren.''

Die so unentschlossenen Linken und Grünen sollen sich endlich der entschlossenen Menschenrechtlichkeit eines Blüm anschließen. Wie denunzierend wären da Zweifel angesichts der hohen Anforderungen, die Cohn-Bendit an einen Politiker stellt und mit denen er allen, die es noch wissen wollen, einiges über sich verrät. Strengsten Wert legt er auf die Feinabstimmung zwischen Betroffenheit, Empörung und Mimik, damit die Moral glaubwürdig erscheint. Blüm hat bestanden — ein guter Politiker! Wir werden mit unseren Zweifeln kläglich scheitern, zumal dann, wenn Norbert und Daniel uns auf Nicaragua prüfen. Mit derselben Betroffenheit, Empörung und Mimik verurteilt Blüm das, was dort geschah.

Die Welle der Verehrung traf auch die Sitzung der Bundestagsausschüsse zum Thema Chile und Aufenthaltsgenehmigung für die 14 Gefangenen. Kaum ein Sozialdemokrat, ein Genscher, ein Otto Schily oder ein Heiner Geißler kamen zur Erläuterung ihrer politischen Position, ohne zuvor dem Herrn Blüm Dank und Anerkennung, tiefe und wahre Anteilnahme, Mitgefühl und Respekt vor Mut und Verdienst zu entrichten — bei durchaus unterschiedlich gekonnter Mimik, aber immerhin redlich bemüht, mit dieser Huldigung auch für sich noch ein kleines Stück glaubwürdige Menschlichkeit und Moral zu erheischen. Darüber hinaus bot die Sitzung nur wenig Dramatik. Die Bundesregierung blieb bei ihrer Haltung: Kein Handlungsbedarf. Das war auch die Auffassung von Blüm, egal, ob zuvor das Menschenrechtsbüro der katholischen Kirche in Chile, die Vicaria, dem Auswärtigen Amt mitgeteilt hatte, daß eine Asylgewährung für die 14 Gefangenen noch vor ihrer Verurteilung wichtig sei. Den Beteiligten ging es weniger um das Konkrete sondern mehr um das Grundsätzliche. Norbert Blüm im Ausschuß: ,,Alle Mitglieder dieses Hauses haben für Folter nur Verachtung.'' Zimmermann ließ sich nicht lumpen: ,,Die Bundesregierung verurteilt die Folter bedingungslos.'' Das allerdings brachte die Mehrheit der anwesenden Opposition in eine gewisse Verlegenheit, hatte sie doch auf den Streit der beiden gesetzt. Sie gab jedoch nicht auf, sondern zog die Moral zu Rate, die einseitig Zimmermann abzusprechen sei. Dies wiederum duldete Geißler nicht, weil — so betonte er — Zimmermanns Haltung über jeden Zweifel erhaben sei, denn schließlich habe Zimmermann seine Sicherheitsüberprüfungen der 14 getreu nach Grundsätzen durchgeführt, die in der sozialliberalen Ära verabschiedet worden waren. Damit hatte Geißler zweifellos recht und er darf für die CDU in Anspruch nehmen, nicht nur mit den Sicherheitsüberprüfungen, sondern auch mit der blendenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit Chile-BRD und mit der Zustimmung zu den Weltbankkrediten für Pinochet sozialliberale Tradition geradezu gepflegt zu haben.

Aber die gemeinsame Ausschußsitzung aller Parteien sollte nicht zum Anlaß genommen werden, die gefundenen moralischen Grundsätze mit geschäftlichen Dingen zu überschatten. Also bescheinigte Blüm seinem Fraktionskollegen Zimmermann endgültig ,,die gleiche moralische Integrität'' wie sich selber, womit er erneut der Oppositionsmehrheit einen Schlag versetzt hatte, denn die lechzte noch immer danach, mit Norbert die Moral zu teilen, um sie gegen Zimmermann einzusetzen. Den Sozialdemokraten gelang es dann doch noch — dies sei der Gerechtigkeit wegen erwähnt — in Mimik und Gestik glaubwürdig darzulegen, daß sie die U-Boote für Chile lieber einer demokratischen Regierung übergeben hätten und sie nur deshalb bei Pinochet abgeliefert hatten, weil just keine demokratische Regierung zur Hand war, während Zimmermann manchmal so aus der Wäsche guckte, als wäre ihm das egal.



Freunde unter sich. Ehepaar Pinochet und Strauß 1977

Neben diesem Schulterschluß, mit dem nur die CSU einige Schwierigkeiten hatte, bot dieses Thema auch einige brisante Fragestellungen, die kein Leitartikler — von der FAZ bis zur TAZ — ausließ. Da war einmal der scharfe Vorwurf der Zerstrittenheit, der besonders von den Sozialdemokraten gegen die Bundesregierung erhoben wurde — in der Hoffnung, wenigstens damit wahlkampfpolitische Munition gegen die Union gefunden zu haben — und da war das tiefe Bedauern über die Führungsschwäche unseres Kanzlers. Meisterlich fragte sich Wischnewski in dem besagten Ausschuß, ob diese Regierung noch handlungsfähig sei, und H.J. Vogel führte das Schwert gegen die Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU, um die es ihm nicht mehr gut bestellt schien.

Die Führungsschwäche unseres Kanzlers wurde bis tief in die Linke hinein beklagt und so wurde das düstere Bild eines Deutschlands ohne Führer entworfen. Die TAZ forderte eindringlich und per Überschrift Helmut Kohl auf, endlich sein Schweigen zu brechen. Das schwerste aller Geschütze gegen diese Regierung, die Formel vom Aussitzkanzler, war bereits in Stellung gebracht, da brach der Kanzler endlich sein Schweigen. Er bekräftigte die bereits beschlossene Beschlußlage: Kein Handlungsbedarf. Immerhin, er hatte nicht länger geschwiegen.

Der Sommer 1986 war ausgefüllt mit einer gewaltigen Kampagne gegen die angebliche Asylantenschwemme, die zum Ziel hatte, Menschen, die unter Verfolgung, Krieg und Hunger leiden, die Zuflucht in dieses Land zu erschweren. Dieser Sommer wurde der Humanität des Einzelfalles gewidmet. Die Massenmedien feiern beides emphatisch. Vor einem Jahr spielten allerdings die Grünen nicht mit, dieses Mal scheren CSU und Alfred Dregger aus, ganz zu einen ist die Nation eben nur selten. Immerhin sind die Grünen diesmal — in Umfragen abgesichert — bei der Mehrheit, die von Geißler und Blüm angeführt wird, und weil viele von uns nirgendwo lieber sind, wird dies mächtig ausgekostet. Der so geehrte Blüm genießt, denkt an Nordrhein-Westfalen, an die nächsten 20 Jahre CDU-Regierung, an den kontrollierten Übergang in Chile mit einer reaktionären Schwesterpartei an der Spitze und er denkt darüber nach, wie leicht doch Menschenmassen manipulierbar sind. Ihm, der eigentlich mit dem Abbau des bundesdeutschen Streikrechts erst begonnen hatte, und der doch nur für die erste Handelsmacht mit Chile — die USA — und für die zweitstärkste Handelsmacht — die BRD — den Auftrag erledigen soll, es dort nicht zu einem Nicaragua kommen zu lassen, ihm liegen alle zu Füßen.

Dabei hatte Norbert Blüm eigentlich nichts offen gelassen. Er kritisierte den Bayernkurier und somit die CSU mit den Worten: ,,Der beste Helfer des Kommunismus in Chile ist der Präsident Pinochet.'' Mit anderen Worten: Die Ablösung der Diktatur steht auf der Tagesordnung, weil der Haß gegen sie einen Grad erreicht hat, der den Sturz der Diktatur bald akut werden läßt, und ein Sturz könnte Kräfte im Volk freisetzen, sich das zu nehmen, was ihm zusteht: Aneignung der Böden, um sich ernähren zu können, Aneignung der mineralischen Ressourcen, um gerechter tauschen zu können, demokratische Freiheiten, die über eine formale Demokratie hinausgehen. Die Ablösung der Diktatur ist also funktional geboten, um durch die Ablösung den imperialen Machtstatus zu erhalten. Blüm bescheinigte der CSU im Grunde, diese historische Situation nicht recht begriffen zu haben. Er erhielt für diese Aussage Beifall von allen Parteien, einschließlich von Vertretern der Grünen, obwohl er nur eines erklärt hatte: Es gehe ihm überhaupt nicht um Menschlichkeit, Befreiung von einem Diktator, sondern um die Bekämpfung dessen, was mit Kommunismus umschrieben wird. Der Versuch eines Volkes, sich vom Imperialismus zu befreien, der Versuch, eine Volksmacht gegen politische Repression sowie gegen Schuldenknebel, Raub von Ressourcen, Raub von Nahrungsmitteln durchzusetzen, dürfe auf keinen Fall gelingen. Blüm hätte auch sagen können: ,,In Nicaragua haben wir die Somoza-Diktatur zu lange an der Macht gehalten, so lange, bis die Volkswut gegen den Clan — und gegen die USA als Drahtzieher — unseren Einfluß ebenso wegspülte. Ihr müßt doch daraus gelernt haben, daß unser Festhalten an Somoza über den geeigneten Zeitpunkt hinaus das heutige Nicaragua mit ermöglichte. Und schau nach den Philippinen, wo es unseren amerikanischen Verbündeten rechtzeitig gelang, einer von uns nicht mehr kontrollierten Entfaltung der Wünsche zuvorzukommen. Die Leute haben dort heute Demokratie und bleiben in Slums, weil wir weiter — nur jetzt in Demokratie — aus Land und Volk herauspressen, was beide hergeben.''



Vielleicht hätte Zimmermann diese Worte als unnötige und geradezu beleidigende Belehrung von sich gewiesen, weil Strauß und er die Weltdiplomatie bestens kennen. Der Streit zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU geht schließlich nicht um mehr oder weniger Menschenrecht und ist dennoch nicht gespielt. Man kann aus ihrer Sicht die Situation in Chile unterschiedlich beurteilen. Eine unzeitgemäße Preisgabe einer Diktatur kann wiederum auch Signal für viele Wünsche sein. Deshalb müssen geeignete Instrumentarien stehen, wie die funktionierende Zusammenarbeit der autoritär-bürgerlichen Partei mit Militärs, damit alles unter Kontrolle bleibt. Es gibt wohl einen zweiten Dissens zwischen CDU und CSU. Deutsche Faschisten, die zu Hauf in Chile wohnen und dort viel Vermögen haben, verlangen nach deutscher Betreuung. Sie und Diktatoren in anderen Ländern sollen nicht zu sehr verunsichert werden. Für diese wohlwollenden Kontakte ist die CSU zuständig, wie u.a. das Glückwunschtelegramm von F.J. Strauß an seinen Freund und Diktator Botha nach dessen ,,Wiederwahl'' belegt. Nebenbei ist der CSU der sogenannte Mitte-Links-Kurs von Heiner Geißler suspekt, weil die CSU nicht nur auf Wählerstimmen achtet, sondern auch darauf, daß die Stimmen reaktionäre Aufträge erteilen oder zumindest wohlwollend erdulden. Darin liegen Unterschiede, aber nicht in der prinzipiellen Unterordnung von Menschenleben, wenn es um weltwirtschaftliche und militärische Interessen geht.

Die CDU hat klare Vorteile, sich gegen die CSU durchzusetzen. Einmal, weil sie im Einklang mit der Reagan-Administration handelt. Zum anderen, weil jeder diktatorische Vollstrecker dieser Weltmarktinteressen weiß, daß seine Tage im Wechsel der Herrschaftsformen immer gezählt sind. Wenn er bei seiner Ablösung nicht mitspielt, könnte er im Stich gelassen werden und ohne Vermögen gnadenlos verjagt werden. Spielt er allerdings mit, dann wird ihm geholfen, seinen Lebensabend mit den Milliarden von Dollars, die er über Jahre hinweg auf einem amerikanischen Bankkonto angesammelt hat, auf einem wunderschönen Eiland zu verbringen.

Uns erdrückt fast, mitzuerleben, wie wenig bundesdeutschen Linken und Grünen in den Sinn kommt, Blüms Sommerauftritt könnte herzlich wenig mit Moral und Menschlichkeit zu tun haben. 14 Jahre deutsch-chilenischer Geschichte und jahrhundertelange weltweite Ausbeutungsgeschichte können doch — etwas materialistische Geschichtsauffassung im Kopf — nicht, einer spontanen Stimmungslage von Norbert Blüm gehorchend, existenzlos geworden sein. Adenauer-Stiftung und Seidel-Stiftung waren 1973 selber am Sturz Allendes beteiligt und die BRD wurde fortan eine der Hauptstützen des Pinochet-Regimes. Das westdeutsche Finanzkapital begrüßte den Militärputsch und die Ermordung Allendes überschwenglich. Die Hoechst-Niederlassung schrieb damals: ,,Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden ... Wir sind der Ansicht, ... daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde. Chile wird ... ein interessanter Markt sein.''

Die Dresdner Bank machte zwei Wochen nach der Machtübernahme den führenden Militärs ihre Aufwartung, um finanzielle Unterstützung anzubieten. Wurden noch zu Allendes Zeiten Kupferladungen in BRD-Häfen nicht gelöscht, um die ,,Unidad Popular'' ökonomisch in die Knie zu zwingen, stiegen die BRD-Importe nach dem Putsch sprunghaft um 65,5% und die Kupfererz-Einfuhr stieg in dem Jahr danach gar um 216%. 1981 meldete dann der BRD-Botschafter in Santiago stolz: ,,Wir sind der größte Käufer chilenischer Produkte auf dem Weltmarkt. Deutsche Banken und andere Unternehmen haben mit beträchtlichen Krediten ihr Vertrauen in die chilenische Wirtschaft gezeigt.'' Der ehemalige Bundesbankpräsident erläuterte die Gründe: ,,In Chile wird das Prinzip der freien Marktwirtschaft heute mehr praktiziert als bei uns, und einiges, was man erreicht hat, grenzt ans Unglaubliche.''

Heute ist die BRD gleich nach den USA das zweitgrößte Käuferland und das drittgrößte Lieferland. Das Unglaubliche, das während dieser Entwicklung erreicht wurde, ist eine Arbeitslosenquote von 30 bis 40 Prozent, eine Inflationsrate von 20%, die nicht durch Lohnerhöhungen ausgeglichen wird, ist eine Verschuldung Chiles auf inzwischen 20 Milliarden Dollar und ist sichtbare Armut. Die diversen Bundesregierungen kamen ihrer eigentlichen Funktion, die gewünschten Rahmenbedingungen für die Kapitalinteressen herzustellen, pflichtbewußt nach. Als der Sturz vorbereitet werden sollte, wurde die Kapitalhilfe für Chile drastisch gekürzt, die Vergabe zinsgünstiger Kredite gestoppt und die Umschuldungsverhandlung blockiert, alles von der sozialliberalen Regierung. Nach dem Putsch hingegen unterzeichnete dieselbe Regierung — 1974 — ein Umschuldungsabkommen mit derart günstigen Bedingungen, wie sie vorher kein Gläubigerland Chile gewährt hatte. Die Kapitalhilfe setzte wieder ein

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

und die Bundesbürgschaften für Geschäfte deutscher Unternehmer in Chile wurden verzehnfacht. Die sozialliberale Koalition bewilligte den Bau und den Export der U-Boote an die Junta und die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau gab der Junta Darlehen. Es überraschte dann nicht, daß die Wenderegierung ab 1983 keine Wende in dieser traditionell guten Zusammenarbeit einleitete. Noch unmittelbar nach der plötzlichen Entdeckung von Menschenrechtsverletzungen durch Heiner Geißler war die Bundesrepublik — Ende 1986 — das einzige kontinental-europäische Land, das für die Vergabe eines Weltbankkredites an Chile votierte.

Der SPD gelang es einst, durch fortwährende Menschenrechtsbekundungen die florierenden Geschäfte mit der Diktatur in den Hintergrund zu verbannen. Die CDU/CSU-Politiker bekannten sich offen zur Diktatur, nicht nur Bruno Heck, der 15.000 Gefangenen im Fußballstadion Santiagos ,,bei sonnigem Frühlingswetter'' einen ,,recht angenehmen'' Aufenthalt bescheinigte, während in den Katakomben einzeln Herausgegriffene gefoltert und ermordet wurden. Auch der heutige Innenminister Zimmermann bekannte sich damals — 1977 am Tag der Menschenrechte — zu dem, was der Sachzwang verlangte: ,,Sie (die Diktatur) bleibt notwendig, solange die Gefahr besteht, daß ihre Ablösung der politischen Unfreiheit des Einzelnen auch wieder die wirtschaftliche Unfreiheit des Einzelnen und die nationale Unfreiheit des ganzen chilenischen Volkes hinzufügen würde.'' Der Kernsatz lautet — von Floskeln und Verdrehungen entkleidet — eine Diktatur sei erst dann nicht mehr notwendig, wenn die wirtschaftliche Freiheit, dortige Mineralien, Ländereien und menschliche Arbeitskraft ausplündern zu können, auch ohne Diktatur gewährleistet werden kann.

Wie sehr die politische Propaganda den Machtfunktionen dient, erklärt der Umgang mit Matthöfer, als dem 1975 — noch Forschungsminister — das Gewissen schlug. Sachlich und zutreffend nannte er die chilenische Junta: ,,Machthaber, die Menschen foltern, sind ehrlose Lumpen, schmutzig bis in den letzten Winkel ihrer verrotteten und verlausten Seele'' und er nannte sie schlicht eine ,,Mörderbande'', womit er zweifellos den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Diese Äußerung geriet damals zum politischen Skandal. Genscher sah sich nicht länger in der Lage, die BRD-Interessen zu vertreten, ,,wenn einzelne Mitglieder der Regierung die verschiedenen Regierungen dieser Welt je nach ihrer persönlichen Auffassung qualifizieren.'' Todenhöfer sah gar einen ,,rational nicht mehr erklärbaren Amoklauf'': Sogar die Frankfurter Rundschau, der SPD nicht fern, giftete gegen den Minister, der nicht einmal ,,ein Mindestmaß an Selbstdisziplin'' aufbrächte. Herbert Wehner erkundigte sich öffentlich, ob Kanzler Schmidt jetzt noch Vertrauen in diesen Minister haben könne, was

Wehner erkundigte sich öffentlich, ob Kanzler Schmidt jetzt noch Vertrauen in diesen Minister haben könne, was

Helmut Schmidt generös mit dem Hinweis beantwortete, Matthöfers Äußerung müsse ,,aus einer besonderen psychologischen Situation heraus'' gefallen sein. Matthöfer hatte sich ganz einfach im Zeitpunkt geirrt. Als es noch galt, den chilenischen Widerstand auszumerzen, wurde ihm vom SPD-Kanzler bescheinigt, er sei unzurechnungsfähig, wegen einer Äußerung, die ihn heute zum Vorkämpfer für Menschenrechte machen würde. Vielleicht wäre Matthöfer aber auch heute damit nicht durchgedrungen, denn das, was die SPD wegen guter schwesterparteilicher Verbindungen in Portugal leisten mußte, das hat heute die CDU in Chile zu übernehmen.

Die CDU hat derzeit die konkrete Aufgabe, die chilenischen Christdemokraten gegenüber der Militärjunta aufzuwerten und sie gleichzeitig nach rechts zu drängen. Schon 1984 versicherte Heiner Geißler der chilenischen Christdemokratie die Solidarität der hiesigen CDU, falls sie auf ein Bündnis mit den Linken und den Gewerkschaften verzichten würde. Die CDU brachte dann ihre Broschüre ,,Menschenrechte in Chile'' auf den Markt, in der zu lesen ist: ,,Der Diktator Pinochet treibt das Land immer tiefer in die Krise, für deren Zuspitzung allein seine Politik verantwortlich ist.'' Ein Diktator, der soetwas zu lesen bekommt, weiß fortan, daß seine Zeit abgelaufen ist. Kurz vorher war noch die funktionierende Marktwirtschaft in Chile gelobt worden, urplötzlich war dort Krise. In diesem Dokument baut die CDU allein die Christdemokratie Chiles zur Opposition im Lande auf. Andere kommen nicht vor.

Die chilenische Christdemokratie rückte sodann nach rechts. Sie brach mit der christlichen Linken, ging ein Bündnis mit der rechtskonservativen Nationalpartei ein, gab die soziale Mobilisierung auf und gab die Unterstützung der chilenischen Gewerkschaften auf. Jetzt steht sie vor der Entscheidung, ob sie das vom Militärregime angekündigte Referendum annehmen will. Da sind Linksparteien und Gewerkschaftsmitglieder von jeder Kandidatur ausgeschlossen. In einem ersten Wahlgang soll über die weitere Herrschaft Pinochets entschieden werden, und für den Fall seiner Abwahl gäbe es dann eine ,,freie'' Wahl mit Wahllisten, in die nur von den Militärs, den USA und der BRD vorgeprüfte Parteien eingetragen sein dürfen.

Die CDU handelte nicht allein, weder die ganze Partei, noch später Norbert Blüm. 1986 wechselten die USA ihren Botschafter in Chile aus. Der neue, Harry Barnes, kontaktierte fortan die konservative Opposition und begann, Pinochet zu kritisieren. Die USA drohten gleichzeitig erstmals, gegen die Vergabe des Weltbank-Kredites an Chile zu stimmen und US-Militärs nahmen erste Gespräche mit gemäßigten chilenischen Militärs auf, um gemeinsam über Alternativen zu Pinochet nachzudenken. Die sogenannten gemäßigten Militärs signalisierten Gesprächsbereitschaft mit der christdemokratischen Partei im Lande, falls die sich von fortschrittlichen Kräften fernhielte und kein Widerstand gegen Pinochet liefe. Aus den USA erhielten Konservative in Chile, die sich von Linken abgrenzten und bereitwillig mit den gemäßigten Militärs zusammenarbeiten wollten, ihre erste Dollar-Million.



Forderungen auf der Demo für die 15 Chilenen in Hamburg

Foto: H. Wojahn

beiten wollten, ihre erste Dollar-Million.

Wir stellen also fest, es geht nicht um Menschenrechte welcher Art auch immer, es geht um die Kontrolle über das chilenische Volk, weil man Pinochet zutraut, die Lage nicht mehr im Griff zu behalten. Die westlichen Metropolen schaffen Diktaturen und schaffen sie wieder ab, sie sehen nur nicht gerne, wenn sie gestürzt werden. Hermann Gremliza beschrieb in Konkret 4/86 treffend, wie sehr dieser ständige Wandel von Diktatur und begrenzter Demokratie die Stabilität gewährleistet:

,,... wir werden dabei reicher, die anderen eigentlich weniger. Da keiner, kein erster Bürgermeister i.R. und kein Campesino freiwillig verzichtet, muß man sie ein bißchen zwingen. Wie das bis Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts geschah, beschreibt die ältere Kolonialgeschichte. Was aber tat man, als die Gouverneure und Vizekönige in Pension geschickt werden mußten? Man ‚bereitete' die betroffenen Länder ‚auf die Unabhängigkeit vor', sah also zu, daß die Regierungsgschäfte an eine Klasse oder Schicht übergeben wurden, die bereit und fähig war, die Funktion des scheidenden Gouverneurs zu übernehmen, und der man die nötigen Mittel an die Hand gab, die Massen in Schach zu halten. Die Formen der so entstandenen Regimes scheinen zwischen ‚Demokratie' und ‚Diktatur' zu schwanken — aber das scheint nur so: Gerade das Schwanken ist ihre eigentliche Form. Da ohne eine Befreiung von wirtschaftlicher Ausbeutung kein Diktator und kein Parlament die immer weitere Verelendung der Völker bremsen können, und doch die Illusion, daß es möglich sei, aufrechterhalten werden muß, entdeckte man den regelmäßigen Wechsel der Regierungsformen als Hort der Stabilität: Nimmt der Haß auf den Diktator bedrohliche Formen an, wird er von der bürgerlichen Partei — unter Assistenz der einschlägigen US-Dienste — gestürzt, und das dankbare Volk jubelt den Befreiern zu. Die setzen natürlich die Politik ihrer Klasse fort, bis der Volkszorn einen Grad erreicht hat, der nach einem in Panama US-geschulten Diktator verlangt. Diesen wird demnächst eine bürgerliche Opposition, die das Volk anführt und entmündigt, auf ein Signal aus Washington hin stürzen, wobei manchmal Pannen passieren wie kürzlich, als Reagans Sprecher Speakes den Rücktritt von Baby Doc bekanntgab, bevor er vollzogen war. Und so weiter ...''

Nicht immer gelingt dieser stabilisierende Wechsel zum rechten Zeitpunkt. Dann schwappt die Entwicklung über und Menschen beginnen, um wirkliche Menschlichkeit zu kämpfen. Sie geben sich dann nicht mehr mit der sporadischen Leihe von freier Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zufrieden, sondern wollen selber darüber hinaus eine sichere Existenz auf Dauer gestalten, wollen Böden und Nahrung statt Almosen, wollen wohnen statt hausen, wollen Bildung und Arbeit für sich und nicht für den Schuldenabtrag, wollen soziale Versorgung, die Armut nicht zuläßt, wollen die Ausklammerung von Frauen aus gesellschaftlichen und politischen Prozessen aufheben, wollen weder Großgrundbesitzer noch Industriechef mit einer Armada von Aufsehern über sich dulden, wollen also das, wo Freiheit beginnen kann.

Und genau alles dies, mit dem Freiheit beginnen kann, wollen die Blüms ver-

Und genau alles dies, mit dem Freiheit beginnen kann, wollen die Blüms ver-

hindern. Deshalb sprechen dieselben Leute, die konjunkturell Menschenrechte entdecken, sich dann für den Einsatz der bekannten Instrumentarien aus, um wirkliche Freiheit auf das Recht einer sporadisch gewährten Meinungsfreiheit, die Freiheit des Westens, zu reduzieren: Entzug der Öllieferungen; Marktblockaden für den Hunger; Kreditentzug oder derart hohe Zinsen, die die Kehlen zuschnüren; Finanzierung von Mörderbanden, wie den Contras, die dieses Land in einen Dauerkrieg verwickeln; dazu militärische Operationen vor der Küste. Gleichzeitig wird den so bewußt erzeugten Hungernden ein Entwicklungshilfekorb vor die Nase gehängt, aus dem eine Reislieferung kommen könnte, wenn sie sich wieder eines ,,Besseren'' belehren ließen.

Wir wollen die Trostlosigkeit aufdecken, die darin liegt, daß die Herrschaftsformen wechseln, um unablässig und stabil rauben zu können, während wir die jeweilige Einführung einer Diktatur beklagen und die jeweilige Wiedereinführung eines Marionettenparlaments bejubeln. Wir mögen nicht einmal Bruno Heck verurteilen und ein andermal Blüm loben, weil beiden egal ist, welche Form gerade dran ist, es muß nur die opportune sein, die die Verelendung dort garantiert.

Statt uns selber einzuschnüren auf das, was die Politiker des Kolonialismus im imperialen Zeitalter erlauben und entziehen, wollen wir ohne wenn und aber für die Durchsetzung wirklicher Menschlichkeit stehen, die neben den formaldemokratischen Rechten auch umfassend die soziale Lage einbezieht. Das ist gleichzeitig ein Bekenntnis zur Revolution, weil ohne Revolution nur die sporadische Veleihung von formalen Menschenrechten im Elend drin ist, die zudem jederzeit rückholbar ist. Eine geschickt ausgewählte Terminologie — besser: Propaganda — spricht von Menschenrechten, wenn Meinungsfreiheit im Slum gemeint ist, und spricht von Terrorismus, wenn Menschen Meinungsfreiheit ohne Dasein im Slum wollen. In diesem Kontext überfallen uns Geißler und Blüm konjunkturell mit Menschenrechten, soweit sie die Ausplünderung der dritten Welt meinen. Die besondere Betonung der konstitutiven Menschenrechte setzt voraus, daß es kein Recht auf Beseitigung des Hungers gibt, es sei denn seine Beseitigung wäre Marktförderung, kein Recht auf gemeinsames Land oder Befreiung von Schuldenknebel gibt. Die so definierten Menschenrechte enthalten im Keim bereits wieder die nächste Diktatur oder sind Begründung für den nächsten Krieg, weil Diktatur und Krieg eingesetzt werden müssen, wenn die Begrenztheit dieses Menschenrechts überschritten wird. Darüber hinaus ist deren Menschenrechtsformel inzwischen fast die zentrale Verblödungsformel für alle politischen und militärischen Interessen in der Welt geworden. Wenn ihnen der Kalte Krieg gen Osten und Aufrüstung sinnvoll erscheinen, geht es regelmäßig um Menschenrechte, wenn in Nicaragua gemordet werden soll oder Kuba isoliert werden soll, geht es um Menschenrechte, Südafrika zu beliefern, helfe eher den Menschenrechten als ihnen zu schaden, Vietnam zu entlauben geschah für die weltweite Ausdehnung westlicher Menschenrechte gegen den menschenrechtslosen Osten, diese Menschenrechte sind die Reli-

gegen den menschenrechtslosen Osten, diese Menschenrechte sind die Reli-

gion, die wirtschaftliche und militärische Operationen des Westens begleiten.

Es wäre zynisch, in dem stabilisierenden Wandel von Diktatur und ,,Demokratie'' nicht unbedingt für die demokratische Staatsform zu sein. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Es macht einen Unterschied, ob Menschen in Slums hausen müssen und dazu täglich mit der Angst leben müssen, daß jemand abgeholt werden könnte, weil er frei seine Meinung geäußert hatte, und von dem nicht bekannt ist, ob er gefoltert zurückkommen wird oder gar nicht zurückkommen wird.

Es ist besser, in einem Slum zu leben ohne diese Angst und nur im Extremfall ist diese Frage gleichgültig, etwa wenn Millionen Menschen in der Sahelzone, aus der europäische Staaten Gemüse beziehen und die von ihnen durch Abholzungen und Baumwollplantagen der Verwüstung preisgegeben wurde, als Menschenrechtsgeschenk die freie Meinungsäußerung und die freie Wahl eines Anwalts erhielten, weil vor dem Gesetz alle gleich seien. Dieses Geschenk brachte bekanntlich millionenfachen Hungertod. Für den Widerstand in Chile, der mehr will als künftig von einer reaktionären Christpartei moderater in die Schranken verwiesen zu werden, ist es nicht gleichgültig, weil das nackte Überleben gesichert werden könnte und Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit auch in einem begrenzten Rahmen Artikulations- und Organisationsmöglichkeiten erlauben. Insofern ist es richtig und zugleich der hierzulande herrschenden Moral angepaßt, wenn Verwandte der Gefangenen möglichst nicht über die politische Herkunft der 14, den MIR, und deren Wünsche und Ziele sprechen.

Es ist aber gleichwohl brutal, wenn hier in der Bundesrepublik jenen zugejubelt wird, die diese Zensur erzwingen oder ihre Entscheidung über Leben oder Tod davon abhängig machen, ob Menschen ihrer politischen Identität beraubt werden. Die ideologischen Triumphe der Geißlers und Blüms werden verheerende Folgen haben, die sich längst ankündigen.

In der Bundesrepublik wird ein Menschenrecht festgeklopft, das gerade noch erlaubt, Anti-Pinochist zu sein, aber kein Antiimperialist. Es gehört zum Rechtsstatus der Bundesrepublik, daß gefolterte Widerstandskämpfer gegen eine mordende Diktatur selber Gegenstand der Spekulation werden, ob sie nun Mörder, Kriminelle, Terroristen oder schuldlose Gegner des Regimes seien. Das verlangt die sogenannte Sicherheitsüberprüfung. Je harmloser, desto größer die Chance, milde behandelt zu werden, je mehr den Menschen ihre eigentliche Identität gelassen wird, desto größer die Gefahr, als Terrorist verdammt und der Ermordung preisgegeben zu werden. Für eine menschliche Gesellschaft zu kämpfen und sich seiner Verhaftung mit anschließender Folter militant zu widersetzen, dafür gebe es kein Recht, sagt Geißler, denn: ,,Gewaltanwendung ist die Ultima Ratio und Gewaltanwendung ist in Chile nicht geboten und auch nicht sittlich erlaubt, weil es Aussicht auf einen Wandel gibt.'' Gewaltanwendung ist zweifellos die Ultima Ratio, wer aber diese Ultima Ratio für Chile rückblickend ausschließt, weil es auch dort den immer kommenden Wandel geben könnte, der meint, jeder solle sich seiner Ermordung fügen, der gestattet keine eigene Befreiung aus der Diktatur. Grundsatzurteile dieser Art erzwingen logisch die demütigende Beweisführung, daß Geständnisse über Kampfhandlungen unbedingt durch Folter erpreßt sein müssen und nicht wahr sein dürfen. Eine Asylgewährung, die über Leben und Tod entscheidet, wird so von dem Kriterium abhängig, ob jemand unschuldig oder schuldig gefoltert wurde. Schleichend und unter dem Titel ,,Menschenrechte'' setzt sich die Propagandaformel von Ronald Reagan durch, daß derjenige, der für eine menschliche Gesellschaft kämpft, wie ein Terrorist zu behandeln sei. Und wie die zu behandeln seien, daran erinnerte General Pinochet seinen Gesprächspartner Norbert Blüm noch einmal eindringlich. Als ihm Norbert Blüm allzu menschlich wurde, da verwies Pinochet ihn auf Stammheim. Wollte er damit sagen: Ihr geht doch auch so mit euren Staatsfeinden um? Wollte er ihn ermahnen, etwas ruhiger zu werden, weil ihm zuviel aus der Bundesrepublik bekannt sei, wollte er gar damit drohen, es öffentlich zu machen, falls man seine Würde allzusehr mißachten sollte? Der Vergleich ist typisch für einen Diktator, er seine Haut retten möchte und der deshalb unsachlich wird. Erstens wird in Chile der großen Mehrheit der Bevölkerung jedes Menschenrecht brutal genommen und zweitens hat auch die — in Vergleich zu Chile — äußerst geringe Anzahl von Häftlingen

recht brutal genommen und zweitens hat auch die — in Vergleich zu Chile — äußerst geringe Anzahl von Häftlingen

in Stammheim noch nach allen vorgeschriebenen Regeln der Rechtspflege nicht überlebt.

Wir müssen mehr Klarheit darüber schaffen, was neben der menschengerechten Ausbeutung international die ideologischen Staatsapparate heute unter uns anrichten. Wenn die Huldigungen für die eiskalt operierenden Blüms nicht einer realistischen Betrachtungsweise weichen, haben wir es mit einer von links bis rechts, von Drupa, Grünen bis Geißler vorgenommenen Verteidigung Norbert Blüms zu tun, als Oberschiedsrichter des weltweiten Menschenrechts. Je nach imperialistischer Interessenlage wird schuldig und nicht schuldig gesprochen. Wir erleben bereits eine erhebliche Rechtsverschiebung in der Asyldebatte und gleichzeitig geht ein parteipolitisches Kalkül der CDU auf, nach dem unbegründeten Frauenrechtsimage nun angereichert mit dem genauso unbegründeten Menschenrechtsimage für die nächsten 20 Jahre ideologisch getragene Regierungspartei zu werden.

Wer jetzt aufruft, Blüm zuzujubeln oder auch nur ihm zu danken, der ruft auf zu einer fortwährend sich im Kreis drehenden Unmenschlichkeit. Wer die eiskalten Kriterien für Leben und Tod, für Unschuld und Schuld übernimmt, er spricht jetzt schon Millionen Menschen schuldig, die ernsthaft frei sein wollen von dem Diktat der Großmächte und sich ihr Land und ihre Lebensgestaltung aneignen wollen. Dies zu propagieren ist heute minoritär. In der Minderheit zu sein, erschreckt viele Grüne aber zunehmend. Sie müßten also gleichzeitig mit ihrem Sog fertig werden, der sie zur Mehrheit zieht, egal wohin, Hauptsache mit der Mehrheit.

Thomas Ebermann, Matthias Küntzel, Rainer Trampert

Neutronenbomben heimlich stationiert?

Denkbare zukünftige Optionen einer Stationierung französischer Neutronenbomben in der BRD und das Dementi der Bundesregierung dazu behandelt ein anderer Artikel dieses AKs. Dieser behandelt die Geschichte der Neutronenwaffe und der Stationierungsabsichten in der BRD. Schon seit 1986 seien, ohne die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, 300 Neutronensprengköpfe der USA in der BRD stationiert worden, wird in der Juliausgabe der Zeitschrift ,,Wiener'' behauptet. Ihre Zahl solle bis Mitte der 90er Jahre auf 1.300 Sprengköpfe anwachsen. (1) Bisher war bekannt, daß die USA in der Wüste von Nevada Neutronensprengköpfe für die Lance-Raketen bereithalten, um sie im Bedarfsfall per Luftfracht in die BRD zu transportieren. Sowohl die Schmidt- als auch die Kohl-Regierung hatten bisher immer behauptet, eine Stationierung von Neutronenbomben in der BRD werde es ohne ihre ausdrückliche Zustimmung nicht geben. Es ist also an der Zeit, Licht in die Sache zu bringen.

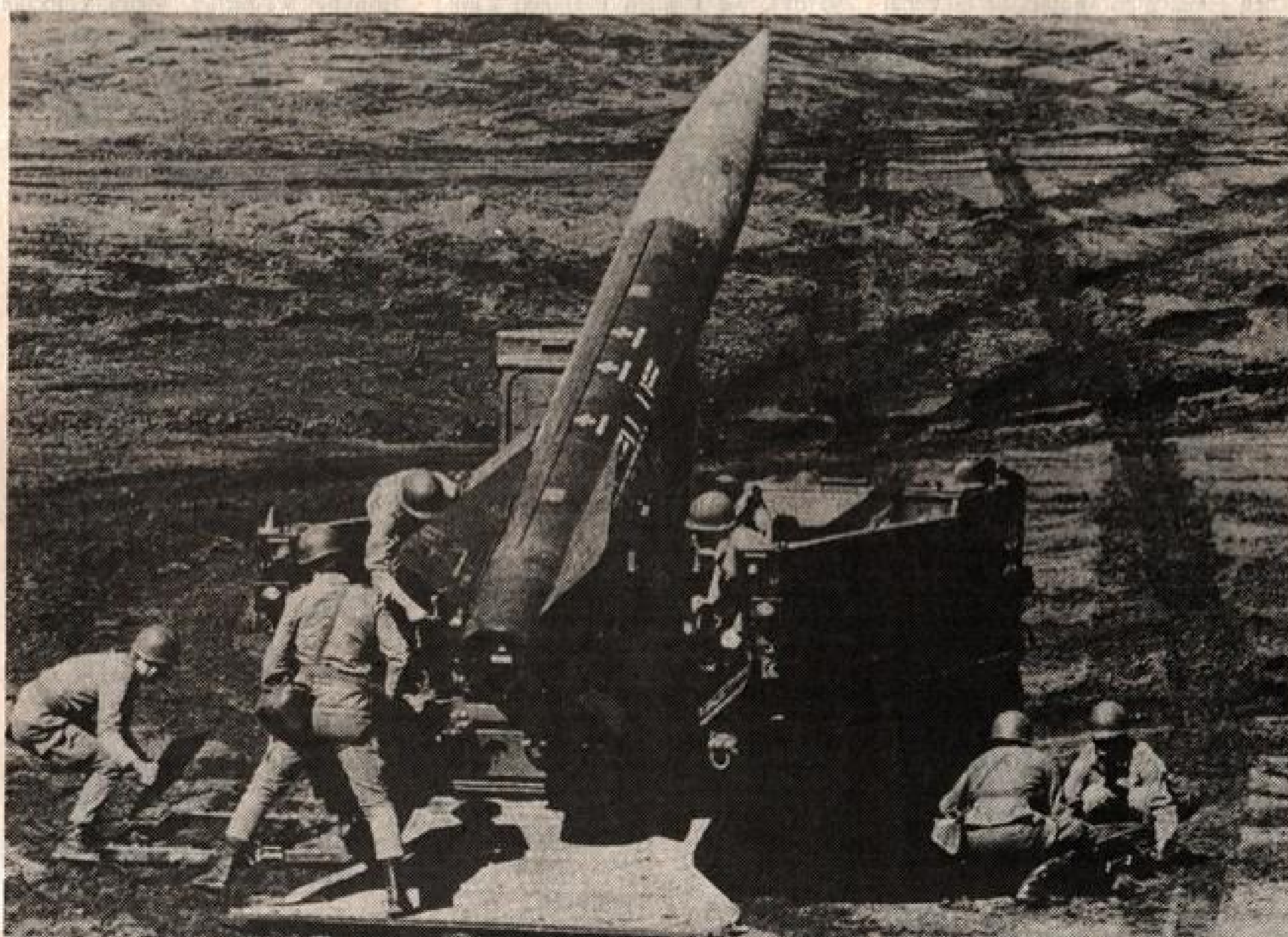
1958, im Sommer, behauptet der ,,Vater'' der Neutronenbombe, Samuel Cohen, habe er sie erfunden. (20) Darüber, daß die USA an einer ,,sauberen Atomwaffe'' experimentierten (2)(3), gelangten in jenem Jahr erste Informationen an die Öffentlichkeit. (1)(5) Schon Mitte der 60er Jahre sollte für die Lance-Rakete erstmals ein Neutronensprengkopf entwickelt werden. Aber nach wenigen Jahren wurden die Arbeiten wieder eingestellt, weil es nicht gelungen war, den Strahlenanteil im gewünschten Maß zu erhöhen. Einen weiteren Versuch gab es, für die ,,Sprint'', einer Rakete zur Abwehr ballistischer Interkontinentalraketen, einen Neutronensprengkopf zu entwickeln. Dieses Programm wurde als aussichtslos fallengelassen. Es wurde sogar ein Vertrag mit der Sowjetunion (der ABM-Vertrag) geschlossen, weil man auch für die fernere Zukunft nicht mehr an die Möglichkeit zur Verwirklichung von Abwehrraketen glaubte. Im Januar 1975 wurden die Versuche zur Herstellung von Neutronenbomben wieder aufgenommen, die dann sehr schnelle Fortschritte machten. Im November 1976 stimmte US-Präsident Ford der Entwicklung eines Neutronensprengkopfes für die Lance-Rakete (Reichweite 100 km) und für 203-mm-Neutronengranaten (Artillerie-Granaten mit einer Reichweite von 35 km) zu. Das war Bestand-

für 203-mm-Neutronengranaten (Artillerie-Granaten mit einer Reichweite von 35 km) zu. Das war Bestand-

teil eines Programms des US-Kriegsministers Schlesinger, die atomaren Waffen und deren Einsatzplanung zu erneuern. (6) Spätestens 1974 haben die USA der Nuklearen Planungsgruppe und den Gremien der NATO diese Projekte bekannt gemacht. (7) Laut FDP-Möllemann war es sogar noch viel früher. Zur Befürwortung dieser Entwicklung seien ,,*die Verteidigungsminister der NATO bereits 1970 in einem einstimmigen Votum, das den Anlaß für die Entwicklung der Neutronenwaffe gab*'', gekommen. (8)

1977: Schlechter Start ins Sommerloch

,,*In der Hitze des Sommers*'' 1977 war die Neutronenbombe für die Presse ,,*willkommener Stoff*'', und sie hatte aus Sicht der Verantwortlichen einen hundsmiserablen öffentlichen Start. Es begann mit einer ,,*Indiskretion*''. (10) Am 6.6.77 enthüllte die ,,Washington Post'', daß der damalige US-Präsident Carter im Etat des Energieministeriums Geld für die Produktion der Neutronenwaffen vergraben hätte (zitiert nach (1)). Der entsprechende Haushaltstitel lautete: W70 MOD 3 Lance Enhanced Radiation Warhead. (23) Das löste eine fast einjährige öffentliche Debatte aus. Der AK titelte damals: ,,*Rüstungswahnsinn*''. (2) Die rechte Presse und begeisterte Militärs bezeichneten die Neutronenbombe geradezu als ,,*saubere*'' und ,,*humane*'' Waffe, als ,,*unsichtbare Riesenfaust*'' gegen ,,*rote Panzerkolonnen*'' (11), eine ideale Gefechtsfeldwaffe, welche die Zivilbevölkerung, Industrie und sogar die gegnerischen Waffen verschone, aber deren Soldaten verschmoren lasse. Nach wenigen Stunden oder spätestens einem Tag könnte die NATO ein mit solchen Waffen bombardiertes Gebiet wieder betreten und das derartig gesäuberte Gebiet in Besitz nehmen. Springers ,,WELT'' schrieb, die Neutronenstrahlen schädigten ,,*das zentrale Nervensystem so schwer und dauerhaft (...), daß keine Heilung mehr möglich ist. Ein von einer massiven Neutronenstrahlung getroffener Mensch ist sofort tot. Bei einer geringen Strahlung kann der Todeskampf zehn Wochen dauern. Die Symptome: bleierne Müdigkeit wie bei einem Grippeanfall. Kein Fieber, später Durchfall und Erbrechen. Schließlich völlige Apathie. Manchmal gekoppelt mit Lähmungserscheinungen.*'' (12) Neben dieser Begeisterung gab es von Anfang an ebenso heftige Kritik. So erklärte Bundeswehr-General Steinhoff, 1971 - 74 Vorsitzender im NATO-Militärausschuß: ,,*Ich bin gegen diese Waffe. Sie ist wieder Wasser auf die Mühlen derer, die den Krieg führbar machen wollen. (...) Auf unserem Boden würde ich diese Waffe nicht sehen wollen.*'' (12)



Wieviele von diesen Raketen sind schon heimlich in der BRD stationiert? Neutronenwaffenträger ,,Lance''

US-Präsident Carter trat nach diesem Start selbst die Flucht in die Öffentlichkeit an und erbat am 12.7. in einem Schreiben an den Militärausschuß des US-Senats die ausdrückliche Zustimmung für die Neutronenbomben-Finanzierung im Etat der Behörde für Energieforschung. Er erklärte, daß die Entscheidung über die Indienststellung der Waffe bei der Armee erst später getroffen werde. (13) Schon einen Tag später hatte Carter die Genehmigung dieses Ausschusses. Das glättete die Wogen speziell in der europäischen Öffentlichkeit nicht. Dänemark und Norwegen lehnten die Stationierung dieser Waffe kategorisch ab, in den Niederlanden gab es den ersten Vorgeschmack auf die Anfang der 80er Jahre sich überall entwickelnde Friedensbewegung. Mehr als eine Million Unterschriften wurden gegen die Neutronenbombe gesammelt, mit 50.000 Teilnehmern erlebte das Land die zweitgrößte Demonstration der Nachkriegsgeschichte, der Verteidigungsminister trat zurück. (14)

Die Debatte in der BRD

In der Bundesrepublik spurtete Egon Bahr wenige Tage nach der Carter-Erklärung an die Spitze des Protestes und erklärte unter dem Titel: ,,*Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden?*'' die Neutronenwaffen zum ,,*Symbol der Perversion des Denkens*''. (15) Das bezog sich auf eine Propaganda, wie sie etwa in der ,,Welt''-Schlagzeile zum Ausdruck kam: ,,*Die Waffe, die nur Leben zerstört*''. ,,*Die Schönheit Dresdens wäre erhalten geblieben*'', hatte Chefredakteur Kremp kommentiert. (23) Auch CSU-Zimmermann war ins Schwärmen geraten: ,,*Das Wesen der Neutronenwaffe liegt gerade darin, daß sie dem eingegrabenen, unter der Erde befindlichen oder in einem Keller befindlichen Menschen nichts anhaben kann — Panzer dagegen und Besatzungen auf dem Gefechtsfelde wie Butter durchschneidet. Deswegen ist sie wesentlich — soweit eine Waffe überhaupt human sein kann, keine ist es — humaner als die gegenwärtigen sogenannten schmutzigen Atomwaffen. Und es gibt nicht den geringsten Grund dafür, auf diese Waffe zu verzichten.*'' (16) Von Anfang an war klar, daß die Kontroverse in der BRD besonders hitzig geführt werden würde, weil die Neutronenbombe speziell für den hiesigen Kriegsschauplatz maßgeschneidert war. US-Senator Nunn drückte das wie folgt aus: ,,*Wir haben keine Verwendung für diese Waffe im Pazifik oder anderswo, außer in Westdeutschland. Wenn wir die Waffe nicht in Deutschland für die NATO bereithalten können, haben wir überhaupt keinen Grund sie herzustellen.*'' (zitiert nach (16)) Neben einer scharfen Polarisierung gab es in der BRD-Debatte in den Reihen aller Parteien und auch der Militärs Befürworter und ablehnende Stimmen gegen eine Stationierung.

Die Kontroverse um die Neutronenbombe besteht in der Sache darin, daß gerade diese Waffe das unauflösliche Dilemma der atomaren NATO-Strategie und -Rüstung, wie sie spätestens seit Schlesinger (1974) betrieben wird, besonders deutlich hervortreten läßt: Auf der einen Seite will die NATO eine ,,Hebung der atomaren Schwelle'', mit anderen Worten eine entscheidende Verbesserung der konventionellen Kriegsfähigkeit auf allen Ebenen. Auf der anderen Seite ist natürlich nicht an den Verzicht auf Atomwaffen gedacht. Im Gegenteil, sie werden ebenfalls auf allen Ebenen mit zielgenaueren Trägerwaffen versehen, in ihrer Wirkung begrenzt und somit militärisch einsatzfähiger gemacht, was einschließt, unerwünschte Nebenschäden zu reduzieren. Das führt natürlich nicht zur der ,,Hebung der atomaren Schwelle'', sondern umgekehrt zu der Vorstellung, daß Atomwaffen zu ,,idealen'' Kriegsführungswaffen werden, wie etwa die Neutronenbombe gegen Panzerverbände. Und nur mit Mühe können hier die Militärs vom allzu offensichtlichen Enthusiasmus abgehalten werden. Der Einsatz solcher Waffen würde nämlich im Ernstfall natürlich der Auslöser für den großen atomaren Schlagabtausch werden.

In der *SPD* standen Bahr und Brandt an der Spitze des Protests gegen die Neutronenwaffe, und Wehner gab im Hintergrund Schützenhilfe. Sie hätten die Sache ,,*beinahe kaputtgeredet*'', kommentierte später die ,,Frankfurter Allgemeine''. (21) Für Strauß hieß das: ,,*Brandt und Bahr haben in dieser Frage klar die Position Moskaus bezogen.*'' (17) In der Regierungsverantwortung saßen hingegen SPD-Mitglieder wie Schmidt, Leber oder Ahlers, die für die Neutronenwaffe plädierten. Die Bundesregierung zog sich aber auf die Linie zurück, daß die BRD aufgrund ihres Verzichts auf eigene Atomwaffen auf keinen Fall in eine souveräne Produktionsentscheidung der USA eingreifen dürfe. Man erklärte, dafür zu sein, daß die Option für eine Neutronenbombe weiter offengehalten, d.h. weiter entwickelt werde. Und man signalisierte die Bereitschaft, einer Stationierung in der BRD in zwei Jahren zuzustimmen, falls keine andersartigen Ergebnisse in Rüstungskontrollverhandlungen zu erzielen seien. (18)

Die *FDP* beschloß am 21.2.1978 eine bedingte Zustimmung zur Stationierung: Wenn es zu keinem Verhandlungsergebnis gekommen sei, wenn eine möglichst breite Zustimmung in der Allianz erreicht würde und wenn die Neutronenwaffe nicht allein in der BRD stationiert würde. Es gab auch einen Vorstoß der FDP, ein Vetorecht für den Einsatz dieser Waffe zu verlangen.

Die *CDU/CSU*-Bundestagsfraktion forderte die Bundesregierung einstimmig auf, für die Produktion und Stationierung dieser Waffe einzutreten. Es sei katastrophal, meinte Zimmermann (16), daß sich die Bundesregierung um eine Entscheidung drücke und ,,*aus Angst vor ein paar Dutzend Linken sich nicht das zu sagen traut, was notwendig wäre*''.

1978: Ein Rückzieher Carters

Am 7.4.1978 erklärte US-Präsident Carter: ,,*Ich habe beschlossen, die Produktion von Waffen mit verstärkter Strahlenwirkung zu verschieben.*'' Eine spätere Entscheidung wollte er davon abhängig machen, ob die Sowjetunion bei ihrer Rüstung ,,*Zurückhaltung zeigt*''. In der Sache hieß das im Grunde gar nichts, denn gleichzeitig ordnete er an, daß das Verteidigungsministerium mit der Modernisierung der (Neutronen-)Sprengköpfe fortfahren solle (zitiert nach (4)). Das bedeutete nicht einmal eine Verzögerung für die Einführung der Waffe bei der Truppe, denn die Entscheidung darüber stand damals ohnehin noch nicht an. Carter war ja ursprünglich auch nicht deshalb an die Öffentlichkeit gegangen, sondern die längst laufende öffentliche Debatte über die Neutronenbombe zwang ihn zur Stellungnahme. Trotzdem war dieser Rückzieher einer der Anlässe, um Carter in den USA als wankelmütigen und zögernden Präsidenten in Sicherheitsfragen an den Pranger zu stellen. Mit dieser Kampagne konnte Reagan später erfolgreich die Präsidentschaftswahlen (1980) gewinnen. In der BRD schloß sich selbst der ,,Spiegel'' einer solchen Linie an, und Strauß tönte: ,,*Der Präsident kuscht vor dem Zaren.*'' (17) Auch SPD-Ahlers warf Carter vor, eine Chance vertan zu haben, ,,*ohne irgend etwas dafür einzutauschen (...) Das Ergebnis sieht nun so aus, daß die Sowjets triumphieren können.*'' (17) Helmut Schmidt warf Carter einen Zickzack-Kurs vor. (22)

Bereits am 18.10.1978, also genau ein halbes Jahr später, wurde dann gemeldet: ,,*Der amerikanische Präsident Jimmy Carter hat nach Mitteilung des Außenministeriums in Washington vom 18.10.78 den Bau einer neuen Generation taktischer Nuklearwaffen angeordnet, die in relativ kurzer Frist auf die umstrittene Neutronenwaffe umgerüstet werden können. Über den tatsächlichen Einsatz der Neutronenwaffe soll der Präsident jedoch noch keine endgültige Entscheidung gefällt haben, heißt es.*'' (19) Das Programm der Neutronenbombenproduktion verzögerte sich schließlich nicht aus politischen Gründen, sondern weil der entscheidende Rohstoff, das Tritium, zu knapp wurde. ,,*Dies stark radioaktive Material war in den vergangenen Jahren so knapp, daß die Carter-Regierung im Sommer vorigen Jahres* (1980 — Anm. AK) *entschied, den wertvollen Rohstoff nur für die Herstellung von Wasserstoff-Sprengköpfen zu verwenden.*'' (24) So war es der folgenden Reagan-Regierung vorbehalten, 1981 ein zweites Mal die Debatte loszutreten.

1981: Reagans Neutronenschock

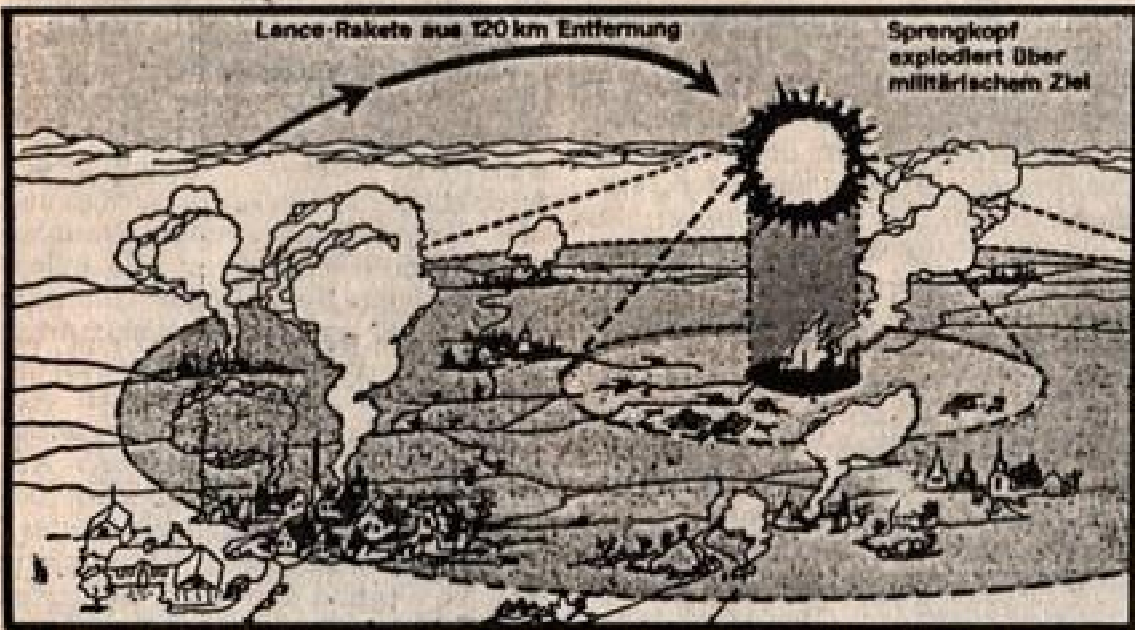
Die Reagan-Regierung verstand es nach ihrem Regierungsantritt Anfang 1981 meisterlich, die ,,*Angst vor der atomaren Apokalypse*'' in Europa zu schüren. ,,*Anfang Februar hatte sich Weinberger unverblümt für dieStationierung der Neutronenwaffe entlang der NATO-Zentralfront ausgesprochen: Dies führte zu heftigen Dementis von Außenminister Haig, der aus seiner Zeit als NATO-Oberbefehlshaber nur zu gut mit dem Ärger vertraut ist, den Carters zugunsten der Herstellung von Einzelteilen revidierter Beschluß von 1978 bei Bundeskanzler Schmidt auslöste.*'' (25) Ein in seiner Absurdität bemerkenswertes Zitat: Haig (Befürworter der Neutronenbombe) distanziert sich von Weinberger (Befürworter der Neutronenbombe), weil Schmidt (Befürworter) bei Carter (Befürworter) mal Ärger gemacht habe.

Schmidt (Befürworter) bei Carter (Befürworter) mal Ärger gemacht habe.

Wieder war es eine Indiskretion der ,,Washington Post'', Anfang Juni 1981, die eine öffentliche Ankündigung der Neutronenwaffenproduktion, diesmal durch Reagan, provozierte. Die Zeitung meldete, daß das Energieministerium mit neuem Tritium Lance-Neutronenwaffen herstelle und sich dabei auf einen Beschluß und Auftrag des US-Kongresses vom 17.Januar 1981 berufe, diese Waffe bereitzustellen. Reagan, der den Europäern zugesichert hatte, keine Entscheidung über die Neutronenwaffe ohne gründliche Abstimmung im Bündnis zu fällen (24), warf diesen Beschluß um und verkündete im August die Produktion der kompletten Neutronenbombe. Diesmal, mitten in der ,,Nach''-Rüstungsdebatte, waren sich anders als 1977 alle Parteien einig, daß diese Ankündigung ungünstig sei und für unerwünschte Unruhe sorge. Die CDU, die einerseits an ihrem alten Beschluß für die Neutronenwaffe festhielt, versuchte andererseits (vergeblich), in Washington dagegen zu intervenieren. (29) ,,*Es wird schlicht unheimlich. Die Menschen kriegen Angst vor den Beschützern — grotesk*'', formulierte Egon Bahr. FDP-Mischnik und SPD-Wischnewski beschwerten sich, daß man nicht konsultiert worden sei. (26) Nur Helmut Schmidt bekannte, daß die Sache nicht überraschend komme. (27) Diese Entscheidung, kommentierte die ,,Frankfurter Allgemeine'', wird ,,*in Bonn mit kaum unterdrückten Flüchen bedacht werden. Sie kommt zum falschen Zeitpunkt und mit dem falschen Argument.*'' (25) Neben einigen rechten Tönen für die Neutronenwaffe wurde mehr oder weniger laut auf Reagan geschimpft und ansonsten zur allgemeinen Volksberu-

higung nach der alten Schmidt-Masche von 1977 verfahren: Es handele sich um eine rein amerikanische Entscheidung, die mit einer Stationierung in Europa erst einmal nichts zu tun hätte. Sollte es irgendwann einen Zeitpunkt geben, wo jemand wünschen sollte, diese Atomwaffen nach Europa zu bringen, dann wäre das selbstverständlich von der Zustimmung der Bundesregierung und des ganzen Bündnisses abhängig. 1983 bekam der neue Bundeskanzler Kohl noch einmal die Gelegenheit, sich taub zu stellen bzw. sein ,,Aussitzen'' zu üben. Der US-Senat stoppte für einige Monate den Bau der Neutronenbombenfabrik und verlangte, daß mindestens die Zustimmung eines NATO-Landes zur Stationierung vorliegen müsse. Gemeint war natürlich die BRD, deren Kanzler sich da aber auf keinen Fall einmischen wollte. Daraufhin gab der Senat am 13. Juli 1983 die Gelder wieder frei. (29)

Nur die ,,Frankfurter Rundschau'' war ein bißchen schlauer, sie erfand schon 1981 — in einer konkreten Zukunftsvision — die Meldung: ,,*US-Präsident Reagan hat entschieden, daß die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik die Neutronenwaffe erhalten werden. Als erster Großverband soll das VII. US-Korps in Stuttgart (...) die Neutronenwaffe bekommen. Dies gab ein Sprecher des Weißen Hauses in Washington bekannt. Er sagte ergänzend, daß es sich um eine souveräne Entscheidung der US-Regierung handele (...) NATO-Gremien in Brüssel und die Bundesregierung würden parallel zu dieser Bekanntgabe informiert.*'' (30) Damit lag die Zeitung fast richtig. Sie hat sich nur dabei vertan, daß sie noch von einer öffentlichen Information ausging und den großspurigen Versprechen der Bundesregierung glaubte, tatsächlich einmal Einspruch zu erheben.



Seit 1986: Neutronenwaffe schon da

1983 hatte die NATO bei ihrer Konferenz in Montobello (Kanada) einen ganz großen ,,Abrüstungs-Coup'' gelandet. Sie verkündete die ,,*einseitige Abrüstung von 1.400 Atomsprengköpfen*'' in Europa. (1) Die alten Atomminen sollten verschwinden und die Zahl der Atomgranaten verringert werden. Was dabei weniger laut beschlossen wurde und kaum bekannt ist, war, daß gleichzeitig 2.000 Sprengköpfe in Europa durch neue, modernere ersetzt werden sollten. Bei diesen Sprengköpfen kann die Explosionsstärke vor Abschuß eingestellt werden, wodurch auch die Zahl der Sprengköpfe, die man vorrätig halten muß, verringert werden kann. Diese Stationierung ist inzwischen in vollem Gang. Am 23.3.1987 schrieb der Londoner ,,Guardian'' dazu: ,,*Die ersten der neuen Granaten wurden von der US-Army in Deutschland stationiert. Die 8-Zoll-Granaten, jede mit der Explosionskraft der Hiroshima-Bombe, sind dazu bestimmt, die Warschauer-Pakt-Truppen zu zerschlagen, bevor sie die NATO-Grenze überschreiten. Bisher sind 300 solcher Granaten, die im Abstand von je einer Minute verschossen werden können, stationiert.*'' Auch an die Bundeswehr seien solche neuen Granaten geliefert worden (zitiert nach (1)). Dieser 8-Zoll-Sprengkopf oder zu deutsch: diese 203-mm-Granate trägt die NATO-Bezeichnung ,,W-79'' und ersetzt den alten ,,W-33''-Sprengkopf. Nun schreibt Wolfgang Bartels im ,,Wiener'' dazu (1), daß das einschlägige Handbuch ,,Nuclear Weapans Databook'' diesen Sprengkopf als Neutronenwaffe ausweise, der derzeit mit einer einfügbaren Neutronenkomponente stationiert werde. (31)

Dazu muß die Funktionsweise einer Neutronenwaffe kurz erläutert werden. Sie ist im Prinzip eine superkleine Wasserstoffbombe. Man zündet eine (kleine) Atombombe, deren Hitze dazu verwendet wird, die Wasserstoff-Fusion einzuleiten, bei der zwei Wasserstoff-Atome zu Heliumkernen verschmelzen und eine gewaltige Menge Energie freisetzen. Eine Neutronenbombe enthält als Besonderheit Tritium, ein Wasserstoffisotop mit zwei zusätzlichen Neutronen im Kern. Bei jeder Verschmelzung werden dann zwei Neutronen ausgeschickt, die den Großteil der Energie als kinetische Energie mitnehmen. Damit erreicht man, daß etwa 80% der Energie (das Zehnfache wie bei einer ,,normalen'' Atomwaffe) in schnellen Neutronen steckt und die Hitze- und Druckwirkung der Waffe entsprechend sinkt. So kann man mit einer Bombe von einer Kilotonne Sprengkraft die Besatzung eines Panzerverbandes in fast einem Kilometer Umkreis vernichten. Es heißt, daß bei den erwähnten neuen Granaten ein Tritiumelement wie ein Bausatz (Modul) zusätzlich eingebaut werden kann. Man benutzt als Zündung eine Atombombe mit einer Sprengkraft von einer halben Kilotonne (der Maßstab ist das Gewicht herkömmlichen konventionellen Sprengstoffes), womit dann eine weitere halbe Kilotonne Fusionsbombe in Gang gesetzt wird. Man kann aber auch bis zu 10 Kilotonnen Vernichtungswirkung heraufgehen, darüber allerdings wäre der Hitze- und Druckanteil wieder zu groß. (32) Damit ist die Neutronenwaffe nur bedingt eine ,,saubere'' Waffe. Man kann aber heute auch sehr viel kleinere Atombomben bauen, wenn statt des herkömmlichen Urans oder Plutoniums andere, künstliche Transurane wie Californium, Americium und Curium als Atombomben-Sprengstoff verwendet werden. Statt ein Kilogramm würde man hier nur 2 bis 20 Gramm benötigen. Diese Stoffe werden zwar in relativ reichlichen Mengen in den Brennstäben der Atomkraftwerke produziert, ihre Abtrennung, an der auch in der BRD geforscht wird, ist allerdings enorm teuer. (33)

Ich bin Kanzler — Ich weiß von nichts!

Nun behauptet Wolfgang Bartels, daß Carter 1978 zwar die getrennte Lagerung von Tritium-Teil und Sprengkopf beschlossen hätte, Reagan aber diese Trennung ausdrücklich aufhob. Damit gäbe es also keinen W-79-Sprengkopf, der nicht als Neutronenwaffe eingesetzt werden könnte. Die FAZ hatte 1981 dazu geschrieben: ,,*Die Neutronensprengköpfe für die schon in Europa stationierten ,Lance'-Gefechtsfeldraketen (...) und die Geschosse für die Atomhaubitzen (...) werden jetzt durch den Zusammenbau der Behälter für das Tritiumisotop mit den Geschossen serienmäßig hergestellt und in den Vereinigten Staaten — für den Transport durch Flugzeuge an die Einsatzorte während einer Krise — gelagert. Für die ,Lance' sind etwa 380, für die Haubitzen 800 Geschosse vorgesehen. Der Vorgang des Zusammensetzens dauert etwa sechs Wochen.*'' (28) Damit war offensichtlich die Zeit gemeint, die benötigt würde, um die unter Carter getrennt gelagerten Sprengkopfanteile zusammenzubauen. Inzwischen liegen 380 Lance-Neutronensprengköpfe (W-70/3) in Seneca im Staat New York bereit und 300 neue 8-Zoll-Granaten sind bereits in der Bundesrepublik. Bis Mitte der 90er Jahre sollen weitere Waffen dieses Typs und außerdem noch einmal 600 Neutronenbombengranaten des Kalibers 155 mm folgen (nach (1)).

Die Bundesregierung bestätigte zwar den Fernsehredakteuren von Monitor, daß die W-79-Sprengköpfe hier stationiert seien, erklärte aber: ,,*Eine nachträgliche Umwandlung von nuklearen Gefechtsköpfen zu Neutronenwaffen ist in Europa nicht möglich.*'' (nach (1)) Das ist pikanterweise nur dann keine Lüge, wenn die Bomben schon zu Neutronenwaffen gemacht wurden. D.h. sie enthalten das Tritium-Modul bereits — nicht nachträglich sondern vorsorglich! NATO-Oberbefehlshaber Rogers hat, so der Bartels-Text, in dieser Frage ganz offensichtlich gelogen: Dieser Sprengkopf sei ,,*keine Neutronenwaffe und auch nicht so konzipiert, daß er eine werden könne.*'' Rogers hatte 1984 im US-Kongreß ganz offen die Entwicklung eines Neutronenbomben-Moduls gefordert und erklärt: ,,*So könnten sie in Westeuropa, wo wir die Runderneuerung der Artillerie brauchen, stationiert werden. Behaltet die Module hier, und wenn die Zeit reif ist zur Entscheidung, werden wir die Neutronenversion machen und die Verbündeten werden darüber keine Blähungen bekommen. Dann werden wir die Module hinüberschicken.*'' (zitiert nach (1))

Nun sind sie offensichtlich schon da! Eine solche Politik der Geheimniskrämerei kann sich auf Vorbilder berufen; schon Willy Brandt hatte als Kanzler erwiesenermaßen einmal zu einer solchen Methode gegriffen. Er hatte nämlich mit den USA eigens eine Geheimabmachung über die Stationierung von C-Waffen in der BRD getroffen, wonach er von der ganzen Sache nichts wissen wollte. (34) Das Dumme ist diesmal aber, daß die führenden Politiker aller Parteien öffentlich und laut und zur Beruhigung Stein und Bein geschworen haben, eine Stationierung werde ohne ihre ausdrückliche Zustimmung nicht in Frage kommen. Es ist an der Zeit, hier nachzubohren.

HH

Anmerkungen

(1) ,,Vertuscht: Die Stationierung von Neutronenwaffen in der Bundesrepublik — Neutronen Marsch!''; Wolfgang Bartels in der Zeitschrift ,,Wiener'', Juli 1987
(2) AK 108, 11.7.77, S.1 f: ,,Rüstungswahnsinn: Neutronenbombe + Cruise Missile''
(3) ,,*Die hochwirksame Strahlung der Neutronenwaffe ist schon seit 15 oder 20 Jahren erörtert und schon so lange ist an ihrer Entwicklung gearbeitet worden.*'' — Präsident Carter auf einer Pressekonferenz am 13.7.-1977, zitiert nach (4)
(4) Zusammenstellung von offiziellen Erklärungen zur Neutronenwaffe vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Bonn März 1979
(5) Das Pentagon arbeite an einer ,,Neutronen-Todesstrahlen-Bombe'' berichtete im Mai 1959 ,,U.S. News & World-Report''; zit. nach (1)
(6) ,,Zur Entwicklung der Neutronenwaffe''; Hubert Feigl in ,,Europäische Wehrkunde'' 9/77, S. 433 ff.
(7) ,,*Seit 1974 haben die USA in der Nuklearen Planungsgruppe ihre Vorstellung über die ,Verbesserung der Wirksamkeit der Theater Nuclear Forces (TNF) der NATO' dargelegt. Dieses Programm umfaßt auch die Entwicklung von Sprengköpfen mit verstärkter Strahlung (...) für das Lance-Raketensystem und die Rohrartillerie.*'' — Aus Pressematerial des Verteidigungsministeriums zur Neutronenwaffe vom 14.10.1977 (s. (4))
(8) Möllemann in einem Interview mit der
rial des Verteidigungsministeriums zur Neutronenwaffe vom 14.10.1977 (s. (4))
(8) Möllemann in einem Interview mit der ,,Frankfurter Rundschau'', am 6.3.1978, zitiert nach (9)
(9) AK 127, 17.4.1978, S. 24/25: ,,Poker um die Neutronenbombe''
(10) der damalige Verteidigungsminister Leber am 8.9.1977 im Bundestag (s. (4))
(11) zitiert nac AK 128, 28.4.78, S. 6: ,,Nein zur Neutronenbombe!''
(12) ,,WELT'', 3.7.1977
(13) ,,*Bevor ich eine endgültige Entscheidung über die Neutronenwaffe treffe, muß mir eine umfassende Analyse der Auswirkungen vorliegen, und ich werde diese Information dann dem Kongreß unterbreiten. Aber ich habe mich noch nicht entschieden, ob ich die Neutronenwaffe genehmigen werde. Ich bin jedoch der Meinung, daß sie eine unserer Optionen sein sollte.*'' — US-Präsident Carter auf einer Pressekonferenz am 12.7.77, zitiert nach (4)
(14) ,,50.000 fordern in Amsterdam: Stop de Neutronenbom!''; AK 126, 3.4.1978, S. 41
(15) Egon Bahr im ,,Vorwärts'' vom 21.7.1977. Der Artikel wurde schon am 18.7.77 in der ,,WELT'' vorabgedruckt.
(16) Interview mit Friedrich Zimmermann im Südwestfunk am 17.3.1978 (s. (4))
(17) Strauß in der ,,WELT'', 8.4.1978
(18) s. Erklärung von Kanzler Schmidt am 13.4.1978 vor dem Bundestag (s. (4))
(19) Meldung von ,,Associated Press'', am 18.10.78 (zitiert nach (4))
(20) Samuel Cohen: ,,Ich mache gerne Waffen (...)''; in taz, 12.8.1981
(21) ,,*1977, als Bundeskanzler Helmut Schmidtsich schon zur Zustimmung entschlossen hatte, entdeckte Egon Bahr das besonders Scheußliche dieser nuklearen Waffe und sprach von der ,Perversion des Denkens'. Die Sache wurde dadurch (so ist es die leidvolle SPD-Routine) beinahe ,kaputtgeredet'.*'' R.H. in FAZ, 10.8.1981
(22) ,,*Schmidt hat die Aufregung nicht vergessen, die Reagan-Vorgänger Jimmy Carter 1977 mit seiner Zickzack-Entscheidung über Bau und Nichtbau der Neutronenwaffe ausgelöst hatte.*'' ,,Spiegel'', 17.8.1981
(23) zitiert nach taz, 12.3.1981
(24) ,,WELT'', 6.Juni 1981
(25) FAZ, 10.8.1981
(26) ,,Spiegel'', 17.8.81
(27) FAZ, 22.8.1981
(28) FAZ, 11.8.1981
(29) FR, 14.7.1983
(30) FR, 19.8.1981
(31) Im ,,Nuclear Weapan Databook steht zum ,,W-79''-Sprengkopf: ,,*Enhanced Radiation Warhead; currently deployed with insertable ER components*'' (zitiert nach (1))
(32) aus FAZ, 17.8.1981: ,,Panzerangriffe werden riskanter''
(33) s. dazu: ,,*Neutronenbomben aus der WAA in Gorleben?*'' — aus AK 139, 2.10.1978
(34) ,,*SPD und C-Waffen: Geheimhaltung der Giftgaslager geht auf Willy Brandt zurück*''; AK 230, S. 8

Joschka Fischer bricht die vorletzten Tabus

Ein staatsmännisches Angebot von historischen Ausmaßen liegt auf dem Tisch: Machen wir ein Tauschgeschäft, schlägt der grüne Ex-Minister Fischer den ,,*konservativen Rechten*'' vor. Ihr verzichtet auf euren Wiedervereinigungsanspruch. Dafür würden wir, ,,*die Linken und Alternativen*'', die Integration ins westliche Bündnis anerkennen.

Fischer hat seine Hauspostille PFLASTERSTRAND (8.8.) für diese aufregende Botschaft gewählt. Dort freut man sich: ,,*Das wäre genau der Bruch in der traditionellen Ideologiediskussion der Linken.*'' Und Fischer antwortet mit einem freundschaftlichen Klaps auf die eigene Schulter: ,,*Eben. Das sind die spannenden Debatten.*''

Spannend oder einfach bloß bekloppt, das ist hier die Frage. Die Häuptlinge der beiden verfeindeten Stämme treffen sich und rauchen die Friedenspfeife. Damals Fischer und Börner. Jetzt Fischer und Kohl. Ein Pakt auf ewige Zeiten wird geschlossen und durch Blutsbrüderschaft besiegelt. Nie wieder sollen ,,offene deutsche Frage'' und ,,Raus aus der NATO''-Parolen Streit zwischen uns stiften.

Dieser Ex-Minister ist offensichtlich auch von seinen Gegnern maßlos überschätzt worden. Er begreift nicht, daß wir nicht mehr in der Zeit des Absolutismus und der Wiener Kongresse leben. Die Rechten werden weiter die deutsche Frage offenzuhalten versuchen, und die Linken werden sich weiter kritisch zur NATO verhalten. Dies gilt vor allem für den Fall, daß eine der beiden Fragen — oder beide — durch den Gang der Ereignisse an Brisanz gewinnen und sich realistische Chancen für eine Massenmobilisierung in die eine wie in die andere Richtung bieten. Also spätestens dann, wenn es *praktisch* interessant würde, müßte jeder historische Kompromiß, wie Fischer ihn sich vorstellt, platzen. In beiden Fragen liegt, auf ganz unterschiedliche Weise, ein schlummerndes Konflikt- und Mobilisierungspotential, das sich durch keinen Häuptlingspakt endgültig zähmen und bannen läßt. Fischer wird für seine Idee der nationalen Versöhnung keinen relevanten Partner auf der Rechten finden, weil dort *wirklich* in realpolitischen Kategorien gedacht
Rechten finden, weil dort *wirklich* in realpolitischen Kategorien gedacht
wird. Damit wäre dann die ,,spannende Debatte'' auch schon an ihrem toten Punkt angekommen.

Reduzieren wir Fischers Idee also auf das immerhin Vorstellbare: Die Parteien des Bundestags könnten sich auf eine Grundgesetzänderung verständigen. Die Verpflichtung der Präambel zum Betreiben der Wiedervereinigung könnte gestrichen und stattdessen die Westbindung der Bundesrepublik neu hineingeschrieben werden. Vielleicht ist es genau dies, was Fischer eigentlich gemeint hat, ohne es in einfachen, allgemeinverständlichen Worten auszusprechen.

Abgesehen von der Frage nach der Mehrheitsfähigkeit eines solchen Vorschlags, die ja sonst bei den Realo-Grünen immer ganz groß geschrieben wird — was wäre der *praktische* Nutzen? Das Grundgesetz spielt für die Attraktivität einer Idee offensichtlich keine große Rolle. Die ,,offene deutsche Frage'' hat ihre zentrale Überzeugungs- und Mobilisierungkraft der 50er und frühen 60er Jahre verloren und ist gesellschaftlich in eine Außenseiterposition geraten, ohne daß in der Präambel ein Wort geändert wurde. Umgekehrt hängen die Möglichkeiten, unter veränderten Umständen die alte Idee neuzubeleben, nicht am geschriebenen Wort. Die Streichung der Wiedervereinigungspräambel würde die Gefahr einer Renaissance der ,,deutschen Frage'' nicht bannen, ihre Beibehaltung aber würde andererseits diese Gefahr auch nicht wesentlich vergrößern. Gleiches gilt sinngemäß für die Integration ins westliche Bündnis. Einerseits: Sie ist betonharter Fakt und hat Massenkonsens, ohne im Grundgesetz festgeschrieben zu sein. Andererseits: Auch eine schön formulierte Verfassungspräambel wäre kein Schutzwall gegen das Entstehen einer Anti-NATO-Massenbewegung unter gewandelten objektiven und subjektiven Bedingungen.

Also wäre der von Fischer vorgeschlagene Eintrag ins Grundgesetz einfach nur folgenlos, eine jener Schnapsideen, mit denen normale Leute ihren Friseur statt die linke Öffentlichkeit belästigen würden? Nein, leider nicht ganz: Mit der Erhebung der West- und NATO-Integration der Bundesrepublik zum Verfassungsgut wäre die Forderung ,,Raus aus der NATO!'' *verfassungsfeindlich*, also tendenziell verbietbar und kriminalisierbar. Es kennzeichnet die katastrophale Lage der einheimischen Linken, daß auf so eine Idee ausgerechnet einer der prominentesten Grünen kommen mußte. Und dabei bleibt obendrein der peinliche Verdacht unausgeräumt, daß der grüne Ex-Minister zu töricht ist, um diese logische Konsequenz seines Vorschlags — die er doch wohl nicht *bewußt wollen* kann — überhaupt zu bedenken, bevor er öffentlich drauflosplappert.

Für die, die es nachträglich natürlich wieder nicht gewollt und nicht gewußt haben: Akzeptanz der NATO bedeutet Mitverantwortung für die und Mit-



schuld an der politischen und militärischen Praxis des Bündnisses. Sei es Falkland oder Grenada, Tripolis oder der Iran. Zwar macht Fischer die Ein-
Falkland oder Grenada, Tripolis oder der Iran. Zwar macht Fischer die Ein-
schränkung, Anerkennung der West-Integration bedeute nicht, ,,*jeden Unsinn der NATO mitzumachen*''. Das würde, zwar nicht wörtlich, aber doch dem Sinn nach, sogar die CDU unterschreiben. Verleugnet wird bei dieser Denkweise aber, daß ein Staat, der einem Militärpakt angehört, für dessen Politik *insgesamt* mitverantwortlich ist, und nicht nur für Aktionen, die er *direkt* und offen mitträgt. (Die deutsche Geschichte zeigt übrigens anschaulich, daß man nicht *jeden* ,,Unsinn'' mitmachen muß, und trotzdem sehr schuldig werden kann.)

Wirklich ,,*spannend*'', wie hier unter positiv besetzten Reizworten wie ,,Tabubrecher'', ,,modern'', ,,innovativ'', ,,Bruch in der traditionellen Ideologiediskussion der Linken'', ,,Entideologisierung'' nichts weiter stattfindet als eine mal listig schleichende, mal übermütig durchs Gehölz galoppierende Annäherung an genau das, was in diesem unserem Land seit Jahrzehnten Staatsideologie und Volkskonsens ist. Einer von Fischers Hofschranzen hat es in der ,,taz'' (7.8.) mit einer Klarheit und Offenheit gesagt, die schon ans Selbstzerstörerische grenzt: Die Forderung nach Austritt aus der NATO war in diesem unserem Land ,,*politisch nie mehrheitsfähig*''. ,,*Wer da glaubt, es sich noch immer leisten zu können, die von breitesten Schichten der Bevölkerung nicht nur akzeptierte, sondern auch gewollte Westbindung der Bundesrepublik weiter in Frage stellen zu können*'', ist erstens ein ganz sturer Dogmatiker und verhindert zweitens reformerische Lösungsansätze. Die grüne Partei habe ,,*die Pflicht, gesellschaftliche Realitäten zu akzeptieren*''.

Pflicht zur Anpassung also an das, was erstens Realität ist und was zweitens von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewollt wird. Gerade vor dem speziellen Hintergrund der deutschen Geschichte ist das eine sehr bemerkenswerte Auffassung von den Aufgaben einer Oppositionspartei.

Kt., Hamburg

Mitten in ,,Sommer-Theater'', Chile-Streit und Golf-Krieg platzte die TAZ (28.7.87) mit der Meldung, Frankreich plane die Stationierung der Neutronenbombe auf westdeutschem Territorium und die Einrichtung eines Zweischlüsselsystems, das dem Bundeskanzler die Mitentscheidung über den Einsatz der Bombe erlauben solle. Offizielle Stellen beiderseits des Rheins wiegelten ab: Es handele sich um persönliche Stellungnahmen der französischen Politiker Hernu und Messmer. Vom Wert dieser ,,persönlichen Stellungnahmen'' und vom Stand der deutsch-französischen Militärbeziehungen handelt dieser Artikel.

BRD/Frankreich:

Kommt die Neutronenbombe?



Im Februar 1982 beschlossen Ex-Kanzler Schmidt und der französische Staatspräsident Mitterand, ,,*daß ihre beiden Länder die Abstimmung ihrer Außenpolitik noch enger gestalten werden ... und einen vertieften Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen über Sicherheitsfragen (zu) führen*'' werden (1). Es blieb der neuen konservativ-liberalen Regierung unter Kanzler Kohl vorbehalten, diese Beschlußfassung mit Leben zu füllen. Im Oktober 1982 verabredeten die Regierungen beider Staaten die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung, der sich seitdem viermal pro Jahr trifft und sich aus Industriellen und Militärs sowie Mitarbeitern der Außen- und Verteidigungsministerien zusammensetzt.

Angesichts der großen Bedeutung, die die Friedensbewegung damals hatte, existierten in Frankreich nicht geringe Befürchtungen vor einem neutralistisch-pazifistischen Abgleiten der BRD. Um die Bundesregierung bei ihrem Einsatz für die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen zu unterstützen, trat im Januar 1983 Mitterand vor dem westdeutschen Parlament auf und bekräftigte nachdrücklich die ,,gemeinsame Entschlossenheit und die Solidarität'' der NATO-Staaten. Es war auch und gerade Mitterand, der versuchte, dem in vielen Friedensdemonstrationen Ausdruck verliehenen Bedürfnis nach stärkerer Unabhängigkeit von den USA durch eine Neuauflage der Debatte um die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO Rechnung zu tragen. Dazu gehören die Versuche der ,,Wiederbelebung'' der WEU (Westeuropäische Union) und der Ausdehnung der Kompetenzen der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) auf den militärpolitischen Bereich. Treibende Kräfte waren die Regierungen Frankreichs und der BRD. Obgleich die WEU den erhofften Stellenwert bis heute nicht erlangt hat, ist die BRD al-

bende Kräfte waren die Regierungen Frankreichs und der BRD. Obgleich die WEU den erhofften Stellenwert bis heute nicht erlangt hat, ist die BRD al-

lemal Nutznießerin der Diskussion gewesen, da 1984 der Vorbedingung der Bundesregierung, Aufhebung aller WEU-Rüstungsbeschränkungen auf konventionellem Gebiet, stattgegeben wurde.

Eureka und Europäische Politische Union

Das von US-Präsident Reagan forcierte Programm zum Aufbau einer strategischen Raketenabwehr (SDI) löste in Westeuropa neue Ängste vor einer ,,Abkoppelung'' der USA aus. Zugleich, m.E. sogar vorrangig, befürchtete das westeuropäische Bürgertum eine Beschleunigung der technologischen Entwicklung in den USA und die Erlangung eines schwer aufholbaren Vorsprungs im innerimperialistischen Konkurrenzkampf. Die Situation war psychologisch günstig für den Vorschlag der Außenminister Frankreichs und der BRD, Dumas und Genscher, eine Agentur für die Zusammenfassung der westeuropäischen Hochtechnologieforschung (Eureka) ins Leben zu rufen. Die Eureka-Initiative zielte darauf, die modernen Technologien einer koordinierten zivilen und militärischen Anwendung, letztere insbesondere beim Projekt einer Europäischen Verteidigungsinitiative (EVI), zuzuführen.

Diesen Vorstoß verbanden die französische und die Bundesregierung mit der Vorlage eines Vertragsentwurfes ,,Über die Europäische Union'', den sie auf dem EG-Gipfel im Juni 1985 in Mailand vorlegten. Demnach sollte zukünftig ,,eine engere Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit'' angestrebt werden (2). Diese Formulierung findet sich in der im Februar 1986 von den Außenministern der EG-Staaten unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Akte genauso wieder wie die von der Entschlossenheit, die ,,notwendigen technologischen und industriellen Voraussetzungen'' für die Sicherheit der EG gemeinsam zu schaffen (3).

Begleitet wurden diese Entwicklungen im Jahre 1985 von Debatten innerhalb der sozialistischen und der bürgerlichen Parteien Frankreichs über eine Ausweitung des französischen Atomschirms auf die Bundesrepublik. Auf eine ,,automatische Nukleargarantie'' bei einer ,,Verletzung'' der westdeutschen Elbgrenze wollte sich damals kein französischer Parteiführer festlegen, doch sprach Giscard bereits von einem zukünftig ,,erweiterten Sanktuarium'' und die Sozialistische Partei erklärte, daß ,,*die Entwicklung des nuklearen strategischen und vorstrategischen Arsenals so sein (wird), daß Frankreich in den nächsten Jahren seiner Abschreckung eine doppelte Fähigkeit geben kann, die Verteidigung seines Gebietes und eine regionale Abschreckung... Die nukleare französische Streitmacht wird neben und unabhängig vom amerikanischen Schutzschirm eine wachsende Rolle für die Sicherheit von Westeuropa spielen*'' (4). Obgleich niemand das alleinige Verfügungsrecht des französischen Staatspräsidenten über die ,,force de frappe'' in Frage stellte, drückte der Verlauf der Diskussion eine Annäherung an bundesdeutsche Wünsche aus. Diese formulierte Franz Josef Strauß: ,,*Da aber mit Sicherheit französische Atomwaffen auch gegen Ziele auf dem Boden Deutschlands (gerichtet sind),*

Diese formulierte Franz Josef Strauß: ,,*Da aber mit Sicherheit französische Atomwaffen auch gegen Ziele auf dem Boden Deutschlands (gerichtet sind),*

und zu Deutschland gehört natürlich auch die DDR, das ist unser gemeinsames Vaterland, ist hier noch ein weites Feld nicht nur für Informationen, sondern auch für Abstimmung, für gegenseitige Aufklärung und gemeinsame Planung'' (5).

Im Rahmen des deutsch-französischen Gipfels im Februar 1986 erklärte der französische Präsident sich dann ,,*bereit, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland über den eventuellen Einsatz der prästrategischen französischen Waffen auf deutschem Gebiet zu konsultieren, und zwar in den Grenzen der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der solche Entscheidungen zu treffen sind. Er ruft in Erinnerung, daß in dieser Sache Entscheidungen nicht teilbar sind*'' (6).

Neutronenbombe für „prästrategische" Trägersysteme?

Bei den in diesem Abkommen angesprochenen prästrategischen Waffensystemen handelt es sich um die atomar bestückten Pluton-Systeme mit einer Reichweite von 120 km, die in Frankreich stationiert sind. Diese Trägersysteme sollen bis 1992 durch die moderneren Hades-Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 350 km ersetzt werden. Bereits vor der Berichterstattung der TAZ war bekannt, daß diese Waffenart ,,gegebenenfalls einen der Träger für die Neutronenwaffe abgeben'' könnte (7), die Frankreich inzwischen bis zur Serienreife entwickelt hat. Diese Waffe, von Egon Bahr einmal als die vollendete Perversion menschlichen Denkens bezeichnet, hat die Eigenschaft, in ihrem Wirkungskreis jegliches Leben zu zerstören, Gebäude und Industrieanlagen aber wesentlich unbeschadet zu lassen. Die Neutronenbombe gilt als ideales Kampfmittel gegen konzentrierte Panzerverbände.

Massive Panzerangriffe drohen, so der Sprachgebrauch der NATO-Militärs, vom Warschauer Pakt. Beginnen müßte der seine Offensive an den Ostgrenzen der BRD. Frankreich, dessen bisher nicht offiziell aufgegebene Atomstrategie den Einsatz von Nuklearwaffen nur zum Erhalt der nationalen Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit seines Staatsgebietes vorsieht, wäre von solchem fiktiven Angriff des Warschauer Paktes nicht unmittelbar betroffen, könnte sich dennoch eine Politik des Abwartens kaum erlauben. Premierminister Chirac drückte diesen Sachverhalt folgendermaßen aus: ,,*Wenn das Überleben der Nation an den Grenzen des Landes auf dem Spiele steht, dann steht ihre Sicherheit an den Grenzen ihrer Nachbarn auf dem Spiele*'' (8). Chirac vermied es in dieser Rede auch, die Begriffe ,,prästrategische Waffen'' und ,,letzte Warnung (ultime avertissement)'' zu benutzen. Da die bisherige französische Auffassung die Palette atomarer Waffen kürzerer und längerer Reichweite als Bestandteil einer einheitlichen nuklearen Abschreckungsstrategie ansah, die nicht aufgespalten werden könne, muß offen bleiben, ob Chirac ausdrücken wollte, daß seines Erachtens die taktischen Atomraketen als Gefechtsfeldwaffen, als Element eines konventionellen Krieges eingesetzt werden sollten.

Soviel diplomatische Zurückhaltung

waffen, als Element eines konventionellen Krieges eingesetzt werden sollten.

Soviel diplomatische Zurückhaltung

legte sich der ehemalige sozialistische Kriegsminister Hernu in seinem Gespräch mit der TAZ (28.7.1987) nicht auf: ,,*Noch sind unsere taktischen Atomwaffen Abschreckungswaffen ... und keine Gefechtswaffen. Wir müssen uns aber neue Fragen stellen. Unsere deutschen Freunde sorgen sich um den Einsatz der taktischen französischen Atomwaffen. (...) Eine Einigung mit der Bundesregierung über den Einsatz dieser Waffen ... wird um so wichtiger, wenn die Hades-Rakete die Pluton ersetzt, und sich die Reichweite unserer Waffen ändern wird. Dies erlaubt uns, den Deutschen entgegenzukommen. (...) Wenn man die Hades auf deutschem Boden stationiert, reicht sie auch über die Grenze der DDR* (wohlgemerkt: zu Polen! — d.A.) *hinaus.*'' Hernu empfiehlt dann weiter, die Bundeswehr mit der Hades-Rakete auszurüsten, ein ,,Zweischlüsselsystem'' für den Einsatz dieser Waffen einzurichten, ohne ,,*daß die Deutschen über Atomwaffen verfügen sollen*'', und die ,,*öffentliche Verkündung eines deutsch-französischen Sicherheitsbündnisses in vielleicht ein oder zwei Jahren*''.

Hernu befindet sich damit in Übereinstimmung mit dem gaullistischen Fraktionschef in der französischen Nationalversammlung, Messmer, der ebenfalls in einem Gespräch mit der TAZ zur ,,Zweischlüssellösung'' und der Einbeziehung der Neutronenbombe ausführte: ,,*Die Neutronenbombe ist das Mittel, dem Dilemma der widersprüchlichen deutschen und französischen Anforderungen zu entkommen. Die Neutronenbombe erlaubt einerseits, Bundeskanzler Kohl entgegenzukommen, der sagt, daß Deutschland nicht zerstört werden darf, denn sie ist keine Waffe der massiven Zerstörung. Sie entspricht andererseits der militärischen Anforderung Frankreichs, das seine Armee auf deutschem Boden nicht ohne taktische Atomwaffen eingreifen lassen kann.*''

Die Reaktion in der BRD auf diese Vorschläge der französischen Politiker war ablehnend. Kanzler-Berater Teltschik: ,,*Weder von uns noch von französischer Seite ist je die Initiative zu einem solchen Gespräch ausgegangen noch zu erwarten.*'' Genau wie Schröder und Voigt (SPD) bezeichnete der CSU-Politiker Biehle die Vorschläge als ,,falsches Signal'' angesichts der Genfer Verhandlungen. Gleichzeitig wurde von SPD-Seite die Zustimmung zu einer ,,engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit'' bekräftigt, die jedoch die ,,Mitverfügung über französische Atomwaffen'' nicht berühren solle. Die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade erfährt Unterstützung aus der SPD, obgleich ,,das Problem des französischen Atomschirms für den deutschen Teil der Brigade'' existiere und jeder ,,Verdacht'' vermieden werden müsse, ,,als wollte (die BRD) sich über die deutsch-französische Zusammenarbeit schrittweise der NATO-Integration entziehen'' (9).

Auch in Frankreich fand der Vorstoß der Ex-Minister zum jetzigen Zeitpunkt keine offene Unterstützung. Wohl auf Betreiben seines Vorgesetzten Mitterand veranlaßt, wollte Hernu alles so nicht gemeint haben und bestritt sogar das Gespräch überhaupt.

Konventionelle und nukleare Zusammenarbeit lassen sich nicht trennen

Konventionelle und nukleare Zusammenarbeit lassen sich nicht trennen

1966 schied Frankreich aus der militärischen Integration der NATO aus. Das hat nicht zuletzt auf seinen Beitrag zur ,,Vorneverteidigung'' Auswirkungen. Während Einheiten mehrerer NATO-Staaten unmittelbar an den westdeutschen Ostgrenzen stationiert sind, befinden sich drei Panzerdivisionen des II. Französischen Armeekorps im Rückraum Südwestdeutschlands, die 450 Panzer und 55000 Soldaten umfassen und Teil der 1. Französischen Armee sind. Taktische Nuklearwaffen, bisher die Pluton-Raketen, später die Hades-Systeme, sind organischer Bestandteil der 1. Armee. Neben diesen Landstreitkräften könnten in Europa-Mitte die taktischen Luftstreitkräfte (Forces Aerienne Tactiques — FATAC), deren Flugzeuge zum Teil für den Nukleareinsatz vorgesehen sind, und die Schnelleingreiftruppe (Force d'Action Rapide — FAR), die 1983 unter der sozialistischen Regierung aufgestellt wurde, eingesetzt werden.

Mit dem Eingreifen der 1. Armee würde die Frage nach dem Einsatz taktischer Nuklearwaffen aufgeworfen, denn nach französischer Auffassung, die auch einen frühen Ersteinsatz von Atomwaffen in Betracht zieht, stellt die Beteiligung der 1. Armee eine erste Warnung an den Gegner dar. Da der Einsatz atomarer Systeme Frankreichs nicht in den NATO-Militärstäben abgestimmt würde, tauchen im spezifischen Verhältnis zur BRD zwei Problemkomplexe auf. Erstens die Abstimmung zwischen den beiden Regierungen unmittelbar vor einem Einsatz atomarer Waffen; hierfür scheint durch die zitierte Erklärung vom Februar 1986 eine vorläufige Lösung erreicht. Der zweite Komplex betrifft die Möglichkeit der Zusammenarbeit bei der Dislozierung und dem Einsatz dieser Mittel. Nach Ansicht von Francois Valentin, dem ehemaligem Befehlshaber der 1. Armee, ,,*könnte eine Kooperation auf diesem Gebiet... in der Präsenz von Luft-Boden-Lenkwaffen mittlerer Reichweite (Air Sol Moyenne Portee — AMSP) ... auf dem Boden der Bundesrepublik bestehen.*'' Dies *würde auch gestatten,* ,,*sehr weit im Osten befindliche Ziele zu erreichen*'' (10). Die Ähnlichkeit mit den Vorschlägen Hernus und Messmers ist unverkennbar.

Die auf Betreiben Kohls ins Auge gefaßte Aufstellung einer konventionell bewaffneten deutsch-französischen Brigade wirft ebenfalls die Fragen nach dem nuklearen Schutz auf. Denn einerseits lehnt Frankreich es ab, daß diese Brigade im Rahmen der NATO agiert und deren Befehlssträngen unterliegt, andererseits will die westdeutsche Seite nicht, daß diese Einheit unter den französischen Atomschirm kommt, um jeden Eindruck zu vermeiden, die BRD wolle allmählich die Abkoppelung von den USA.

Neuorientierung westdeutscher Militärpolitik?

Eine Auflösung der engen deutsch-amerikanischen Beziehungen wird jedoch selbst im konservativen Lager aufgrund des Fortgangs der Genfer Verhandlungen gesehen. Ein bisher als ,,Atlantiker'' ausgewiesener Mann wie Alfred Dregger beschwor die Gefahr, daß die USA ihr Engagement in Europa zumindest ,,entnuklearisieren'' könnten, und leitete daraus die Notwendigkeit einer ,,Neuorientierung der deutschen Sicherheitspolitik'' ab. Er erhob an Frankreich die Forderung, seinen Atomschirm auf die BRD auszudehnen und ,,im Rahmen der Allianz'' zur Bildung einer ,,europäischen Sicherheitsunion'' beizutragen (11).

Diese Erörterungen fielen in eine Zeit, in der sich in Frankreich unter Bezug auf Vorschläge Helmut Schmidts die Sozialisten Fabius und Chevenement ebenso wie Giscard und Alt-Gaullist Peyrefitte für die Ausdehnung des französischen Atomschirms und eine neue militärpolitische Initiative aussprachen. Schmidt schlägt bereits seit einiger Zeit ein,,Integriertes Westeuropäisches Verteidigungssystem'' vor, in dem die konventionellen Streitkräfte der BRD, Frankreichs und der Benelux-Länder unter französischem Oberbefehl vereint sein sollen. Die Verfügungsgewalt über nukleare Waffen solle ausschließlich beim französischen Präsidenten verbleiben, doch sollten die französischen Abschreckungskräfte ,,*nicht mehr nur das französische Territorium durch Abschreckung verteidigen, sondern das westeuropäische Festland als Ganzes*'' (12). Die konsequente Verknüpfung der konventionellen und nuklearen Aspekte der Strategie entspricht den Realitäten mehr als das scheinheilige Gerede seiner Parteifreunde von einer nur-konventionellen deutsch-französi-

Aspekte der Strategie entspricht den Realitäten mehr als das scheinheilige Gerede seiner Parteifreunde von einer nur-konventionellen deutsch-französi-

schen ,,Sicherheitspartnerschaft''.

Weder Schmidts noch Dreggers Vorstellungen treffen in der BRD auf ungeteilte Zustimmung. Kohl distanzierte sich von jeglichem Versuch, die US-amerikanische Nukleargarantie zu zerreden, und Kriegsminister Wörner sieht in eben dieser Verknüpfung konventioneller und atomarer Strategiefragen die Probleme, weil bereits bei einer Zusammenlegung konventioneller Streitkräfte entweder die BRD zum Austritt aus der militärischen Integration der NATO gezwungen wäre oder die Franzosen zur Rückkehr, da anderenfalls ein nuklearer Schutz nicht gewährleistet sei.

Angesichts dieser vielschichtigen Problemlage ist m.E. nicht mit schnellen, weitreichenden Entscheidungen und Veränderungen zu rechnen, sondern eher wird das tastende, pragmatische Vorgehen beibehalten werden: Gemeinsame Truppenmanöver unter Einschluß der Schnelleingreiftruppe FAR, gemeinsame Offiziersausbildung und Aufstellung eines gemischten Verbandes (vorerst mit sehr begrenzten Aufgaben), Ausbau der Rüstungskooperation und der Durchführung gemeinsamer Weltraumprojekte.

Quellen:

1) Europa Archiv 7/82, S. D 194
2) EA 16/85, S. D 449
3) Einheitliche Europäische Akte, in: W. Weidenfeld und W. Wessels (Hrsg.), Wege zur Europäischen Union, Bonn 1986, S. 188
4) Süddeutsche Zeitung, 3.7.85
5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.4.84
6) EA 9/86, S. D 236
7) D. Colard, Frankreichs Verteidigungspolitik kaum verändert, in: Dokumente 2/87
8) EA 2/87, S. D 33
9) TAZ-Interview mit Karsten Voigt, 29.7.87
10) F. Valentin, Deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa-Mitte, in: K. Kaiser und P. Lellouche (Hrsg.), Deutsch-Französische Sicherheitspolitik, Bonn 1986, S. 146
11) FAZ, 19.7.87
12) H. Schmidt, Deutsch-Französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, in: EA 11/87, S. 309 ff.

(Dieser Artikel erscheint auch im Rundbrief „Ziviler Ungehorsam" Nr.4/87)

Massaker in Mekka

Noch heute ist unklar, was denn an jenem schwarzen Freitag Ende Juli in Mekka wirklich geschah. Nachrichten gelangen nur selten durch die saudische Zensur, und heute scheint es, als wollten beide Staaten den Schaden begrenzen. Nach wilden Drohungen der iranischen Mullahs und deren libanesischen Verbündeten gegen die saudische Dynastie ist es auffallend ruhig geworden.

Wie in jedem Jahr demonstrierten Anhänger Chomeinis aus verschiedenen Ländern gegen die saudischen Herrscher und die großen und kleinen Teufel überall in der Welt. Diesmal aber endete die Demonstration mit einem Massaker. Über 400 Menschen wurden getötet, weit mehr verletzt. Die Zahlen beruhen auf saudischen Angaben und dürften deshalb eher untertrieben sein. Glaubt man der Darstellung Riads, dann sollen diese vielen hundert Menschen von flüchtenden Massen zu Tode getrampelt worden sein, als Polizei und Soldaten die Demonstration schiitischer Pilger aufzulösen versuchten. In Wirklichkeit aber hatten die saudischen Sicherheitskräfte in die Menschenmenge geschossen.

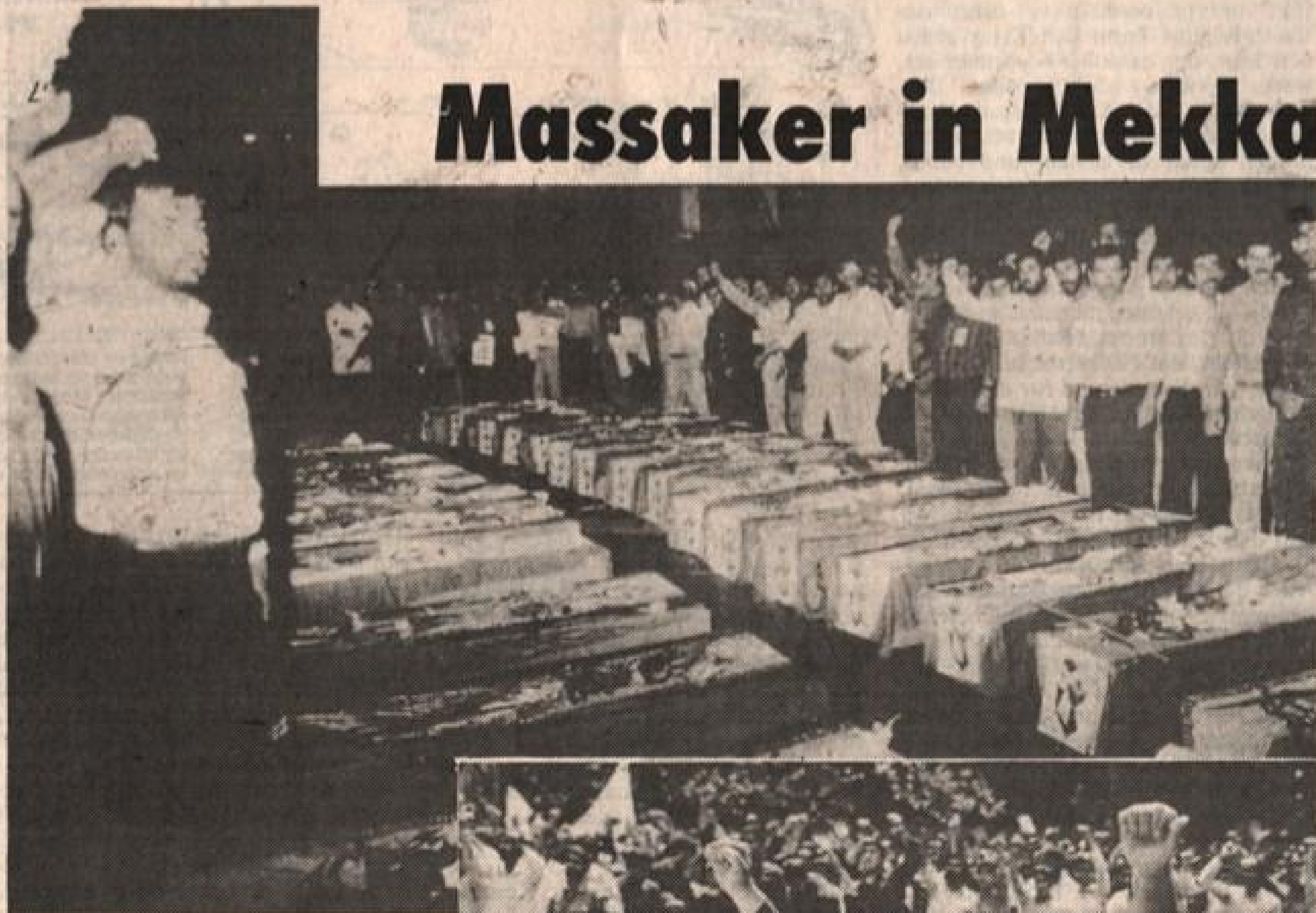
Riad und Teheran beschuldigten sich gegenseitig, die Zwischenfälle provoziert zu haben. Die islamischen Führer schworen, die Pilger zu rächen, und der iranische Parlamentspräsident Rafsandjani rief zum Sturz der saudischen Dynastie auf. Wer hatte provoziert? Die einfachste Erklärung wäre, daß die Islamische Republik, durch die UN-Resolution und den amerikanischen Flottenaufmarsch am Golf in Bedrängnis geraten, den engsten Bündnispartner der USA in der Region provozieren und in Schwierigkeiten bringen wollte, um so Druck auf die westlichen Staaten auszuüben. Unruhen in Mekka und Märtyrertum wären geeignet, die iranischen Massen zu moblisieren und davon abzulenken, daß Teheran trotz wilder Drohungen gegen die USA nicht geneigt ist, in direkte Konfrontation mit der Supermacht zu treten. Die Rede Chomeinis an die Pilger jedenfalls war in diesem Jahr besonders aggressiv, und indirekt forderte er zum Sturz der saudischen Monarchie auf: Die wahabitische Dynastie sei heidnisch, die Entlarvung der Heiden aber sei der Anfang des Kampfes der Soldaten Gottes gegen das Heer des Satans.

Aber nicht nur die aktuelle Situation ließ diesen Schluß zu: Seit dem Sieg der islamischen Revolution im Februar 1979 waren die jährlichen Pilgerfahrten nach Mekka Anlaß für Spannungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Wie auch Chomeini legitimiert der saudische König, der sich seit einem Jahr nur noch *„Hüter der Heiligen Stätten"* nennen läßt, seine Herrschaft mit dem Islam und verfügt — dank der Petrodollars — über erheblichen Einfluß in den islamischen Staaten. Der iranische Revolutionführer hält diesen Anspruch des saudischen Monarchen für Anmaßung und Ketzerei, denn für die Schiiten sind die sunnitischen Herrscher Ungläubige und Heiden, die noch dazu mit dem großen Satan USA verbündet sind. Deshalb suchte Chomeini die Pilgerfahrten für

Heiden, die noch dazu mit dem großen Satan USA verbündet sind. Deshalb suchte Chomeini die Pilgerfahrten für

die eigenen politischen Ziele und den Export der schiitischen Revolution zu nutzen. Politische Probleme während des Hadsch anzusprechen, sei, so meint der Ayatollah, *„immerwährendes göttliches Recht"*, eine Interpretation, die König Fahd ganz und gar nicht teilt. Der saudische König argumentiert mit dem Koran und behauptet, jede politische Betätigung verletze die *„Heiligkeit der Pilgerfahrt"*. Dialoge zwischen beiden Staaten über die Politisierung der Pilgermonate blieben ergebnislos. Die Forderungen der Saudis stießen bei dem greisen Ayatollah auf taube Ohren. Trotzdem bemühte sich Saudi-Arabien weiterhin um gute Beziehungen zum iranischen Regime, denn die saudischen Machthaber hofften, diese Politik würde sich eines Tages durch eine moderate Haltung Teherans auszahlen.

Gleich nach der iranischen Revolution hatte Riad das neue Regime beglückwünscht und die Hoffnung auf gute Zusammenarbeit ausgedrückt. Chomeini indes ließ sich von den guten Wünschen nicht beeindrucken: Er rief im Scheichtum Bahrein, das mehrheitlich von Schiiten bewohnt ist, zu Demonstrationen auf. Die Saudis fürchteten, die islamische Revolution könne auch auf der arabischen Halbinsel Fuß fassen und ihre Machtposition bedrohen. Um Stärke zu zeigen, schickte Riad Truppeneinheiten in das verbündete Scheichtum, als die iranische Marine im September '79 Manöver im Golf abhielt. Ayatollah Montazeri, heute designierter Nachfolger Chomeinis und lange für Beziehungen zu schiitischen Bewegungen in anderen Ländern zuständig, drohte den Ländern am Golf: Sie hätten die Lektion der iranischen Revolution zu lernen, andernfalls würden sie das gleiche Schicksal wie der Schah erleiden. Nur





oben: Ankunft von Särgen mit Mekka-Toten in Teheran

rechts: Protest gegen die Saudis in Teheran

wenige Monate später, im November '79, erschütterte die Moschee-Besetzung in Mekka den Mythos von einer stabilen saudischen Monarchie. Auch wenn Teheran mit dieser Besetzung nichts zu tun hatte, so waren die Aufständischen doch von der iranischen Revolution und deren Forderungen inspiriert. Parallel und unabhängig von den Mosche-Besetzern erhob sich in der saudischen Provinz Hasi die schiitische Bevölkerung. Die Unruhen wurden schnell unterdrückt, trotzdem waren die saudischen Herrscher aufgeschreckt.

Deshalb verstärkten die Saudis nun ihre Beziehungen zum Irak, dessen Regime sich ebenfalls von der schiitischen Revolution bedroht fühlte. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten verbesserten sich schnell, schon im August waren die jahrzehntealten Streitigkeiten zwischen beiden Staaten ausgeräumt; und nur einen Monat später begann Saddam Hussein, von Riad ermutigt, den Krieg gegen den Iran. Die Kontakte zu Teheran indes hielten die saudischen Herrscher weiter aufrecht. Sie unterstützten den Irak finanziell, gaben aber vor, sich neutral gegenüber beiden Kriegsparteien zu verhalten. Sie distanzierten sich vorsichtig von Bagdad und ließen sich auch nicht vom irakischen Präsidenten in den Krieg hineinziehen.

Dennoch weckte die saudische Unterstützung für den Kriegsgegner Irak den Zorn der Mullahs. Um Rache zu

Dennoch weckte die saudische Unterstützung für den Kriegsgegner Irak den Zorn der Mullahs. Um Rache zu

üben, versuchten die Iraner das jährliche Treffen der Pilger in Mekka in politische Demonstrationen umzuwandeln, die Riad zu unterdrücken suchte. In den Jahren 1981 und 1982 endeten deshalb die Pilgerfahrten mit blutigen Zusammenstößen zwischen iranischen Pilgern und saudischen Sicherheitskräften. Häufig wurden iranische Pilger ausgewiesen — für Ayatollah Montazeri Anlaß zu behaupten, freie Pilgerfahrten seien unter saudischer Herrschaft nicht möglich; deshalb sei es notwendig, die heiligen Stätten einer Delegation von Repräsentanten aller islamischer Staaten zu unterstellen, eine Forderung, die der Iran auch in diesem Jahr erhob. Während des Hadsch im August 1986 wurde eine Gruppe iranischer Pilger festgenommen, in deren Gepäck die saudischen Behörden Sprengstoff gefunden hatten. Die Saudis wahrten darüber zunächst Stillschweigen, denn sie wollten das gute Einvernehmen und die geheimen Abmachungen mit Teheran nicht gefährden.

Trotz der religiös verbrämten Differenzen blieben die Beziehungen zwischen Riad und Teheran intakt: Saudi-Arabien wollte vermeiden, in den Krieg hineingezogen zu werden, und der Iran suchte die Saudis von deren Unterstützung für den Irak abzubringen. Die Mullahs konnten bald Erfolge verbuchen: Im Mai 1984 bat Saudi-Arabien den Irak — so die Verlautbarung — seine Angriffe auf die iranische Schiffahrt zu beenden, ein Gerücht, das Riad umgehend dementierte, ebenso wie die Behauptung, sie wünschten den Sturz Saddam Husseins, der einer friedlichen Regelung im Wege stehe.

In dem Maße wie der Krieg eskalierte, wuchsen die Kontakte zwischen dem saudischen Regime und der Islamischen Republik, denn die Saudis wollten eine Ausweitung des Krieges verhindern. Im Mai 1985 — der Konflikt verschärfte sich und die irakische Luftwaffe bombardierte iranische Städte — reiste der saudische Außenminister zum ersten offiziellen Besuch seit 1979 in den Iran: Man wolle Schritt für Schritt den Himmel zwischen beiden Staaten aufklären.

In aller Stille scheinen Riad und Teheran einen Nichtangriffspakt geschlossen zu haben, denn in den letzten 15 Monaten griffen die Iraner kein einziges saudisches Schiff an. Hingegen verstärkten die iranischen Verbände ihre Attacken auf Schiffe des Scheichtums Kuwait, des Landes, das Teheran nun als Hauptunterstützer des Kriegsgegners Irak denunzierte. Wen wundert es da, daß die Saudis zurückhaltend auf die Entscheidung des Emirats reagierten, seine Tanker fortan unter

dert es da, daß die Saudis zurückhaltend auf die Entscheidung des Emirats reagierten, seine Tanker fortan unter

amerikanischer Flagge fahren zu lassen? Riad war jedenfalls auch jetzt nicht bereit, den Amerikanern Luftwaffenbasen und Stützpunkte für deren Flotte zur Verfügung zu stellen.

Teheran freilich ließ sich das Stillhalteabkommen mit Saudi-Arabien gut bezahlen: Wiederholt halfen die Saudis aus, wenn die Mullahs Waffenkäufe auf dem grauen Markt nicht bezahlen konnten. Als nach schweren Angriffen der irakischen Luftwaffe im Sommer letzten Jahres die Erdölproduktion und -ausfuhr der Islamischen Republik nahezu zusammenbrach, sprang wiederum Saudi-Arabien ein. US-Firmen lieferten aus saudischen Raffinerien Erdölprodukte an den Iran, die sogar zum Teil aus iranischem Öl hergestellt worden waren. Bedeutsam, wenn auch schwer zu durchschauen, ist die Rolle Riads in den Waffengeschäften zwischen Teheran und Israel/USA: Der saudische Waffenhändler Kaschoggi und Ali Ben Musallam, ein Vertrauter König Fahds mit guten Kontakten zu Chomeini, vermittelten den Deal zwischen dem Iran und Israel/USA.

Es wäre also widersinnig, wollte der Iran die gute Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien nun leichtfertig auf's Spiel setzen, indem er schwere Auseinandersetzungen in Mekka provoziert. Schließlich pflegten die Mullahs in Krisenzeiten eher eine pragmatische Politik zu verfolgen.

Auch die Berichte zurückgekehrter Pilger nähren Zweifel an der saudischen Darstellung: Schon am 22. Juli, zwölf Tage vor den blutigen Ereignissen in Mekka, demonstrierten in Medi-

schen Darstellung: Schon am 22. Juli, zwölf Tage vor den blutigen Ereignissen in Mekka, demonstrierten in Medi-

na 10.000 von 80.000 anwesenden Schiiten friedlich. Vor der Demonstration in Mekka handelte der iranische Delegierte, Hodjatoleslam Karrubi, mit den saudischen Sicherheitskräften Route und Zeitpunkt der Demonstration aus, die nach dem Nachmittagsgebet im iranischen Quartier beginnen und vor dem Abendgebet auf dem der Platz der Großen Moschee enden sollte. Karrubi gilt als maßvoller Vertreter der Islamischen Republik und löste den radikalen Hodjatoleslam Khoeinah als Verantwortlichen für die iranischen Pilger ab. Letzterer hatte im November 1979 die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran angeführt.

Seit dem frühen Morgen aber wurden gut ausgerüstete saudische Sicherheitskräfte in den Straßen nahe der Demonstrationsroute zusammengezogen. Verspätet setzte sich der Zug von Anhängern des iranischen Regimes und schiitischen Pilgern aus anderen Ländern in Bewegung, begleitet von saudischer Polizei. Dort, wo die breite Straße sich verengte und mehrere Fußgängerbrücken die Route überspannen, ging ein Hagel leerer Coca-Cola-Flaschen und Steine von Brücken, Hochhäusern und Hügeln auf die Demonstranten nieder. Panik brach aus. Der iranische Ordnungsdienst wies deshalb die Pilger an, sich auf den Boden zu setzten. Mit Tränengasgranaten und Wasserwerfern, die seit dem Morgen in der Sonne gestanden hatten und in denen das Wasser nahezu kochte, suchten die Sicherheitskräfte die Demonstranten zu vertreiben. In diesem Augenblick erscholl der Aufruf zum Abendgebet, die Demonstranten begannen, wie auch auf den großen Demonstrationen zur Zeit des Schah-Regimes, zu beten. Daraufhin gerieten der Ordnungsdienst der Perser mit den saudischen Sicherheitskräften aneinander, die — in die Defensive geraten — schließlich Schußwaffen einsetzten.

Nach dem Massaker in Mekka gingen in Teheran und anderen iranischen Städten Hunderttausende auf die Straße, das Martyrium der Pilger hatte die kriegsmüden Menschen erneut mobilisiert. Auch im Libanon demonstrierten die Massen, wurden Anschläge auf schon lange leerstehende saudische Einrichtungen verübt, mußte die schiitische Organisation Amal einen Generalstreik im Südlibanon ausrufen, um nicht noch mehr von ihrem politischen Einfluß unter den libanesischen Schiiten an die proiranischen Hezbollahis zu verlieren. Wieder einmal konnten die iranischen Machthaber den schiitischen Opferkult für die eigenen politischen Ziele ummünzen: Die Massendemonstrationen — hieß es offiziell — seien das Votum von Millionen für die Fortführung des Krieges. Chomeini verhängte den Bann über die saudische Monarchie und Parlamentspräsident Rafsandjani rief zum Sturz der Dynastie auf, um die Pilger zu rächen.

Sehr bald aber klangen die Reden aus Teheran maßvoller: Chomeini forderte Ruhe in Mekka aus Respekt vor den Märtyrern. Syrien, das heute noch offiziell im Krieg den Iran unterstützt und von dessen Wohlwollen und Einfluß im Libanon ebenso abhängig ist wie von den jährlichen Milliarden-Zuwendungen der Saudis, suchte zu vermitteln. Präsident Assad bedauerte gegenüber dem „Hüter der Heiligen Stätten" die Ereignisse und bat den iranischen Staatspräsidenten Khamenei, die Spannungen mit Riad zu mildern.

Die Saudis verzögerten die Rückführung der Toten und Verwundeten. Schließlich wollte man nicht zusätzlich Öl ins Feuer gießen und Zeit für Verhandlungen gewinnen, denn auch Saudi-Arabien hat kein Interesse, die Spannungen mit Teheran zu schüren. Wer also hatte provoziert? Riad, Teheran, sunnitische oder schiitische Eife-

Spannungen mit Teheran zu schüren. Wer also hatte provoziert? Riad, Teheran, sunnitische oder schiitische Eife-

rer? Hatten die saudischen Sicherheitskräfte versagt — wie es hieß — oder waren da andere Hände im Spiel?

„Hätten wir Tausende von Agitatoren und Predigern in die ganze Welt geschickt, um den wahren Islam zu propagieren, wir hätten es nie in dieser schönen Form darzustellen vermocht..."

Chomeini zu den Toten in Mekka

Quellen: Le Monde, 4.8., 5.8., 6./7.8., 8.8. und 12.8.1987, Spiegel, 17.8.87

(Entnommen der Broschüre „Der Krieg am Golf", Informationen des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg, Heft 1, Juli/Sept. 87)

Minen im Golf — Droht eine Ausweitung des Krieges?

Schon das Timing stimmt mißtrauisch: Kaum hatten sich die Mitglieder des Sicherheitsrates geeinigt, nachdrücklich auf ein Ende des iranisch-irakischen Krieges hinzuwirken, eskalierte der Konflikt am Golf. Ohne eine Reaktion der Kriegsparteien auf die neue Friedensinitiative abzuwarten, begannen die USA in provozierend kurzer Frist, kuwaitische Tanker umzuflaggen und unter dem Schutz amerikanischer Kriegsschiffe durch den Golf zu geleiten, um — wie es hieß — die internationale Schiffahrt und die für die westliche Welt lebensnotwendigen Ölrouten vor *iranischen* Angriffen zu schützen. Dabei hatten doch zwei Monate zuvor *irakische* Kampfflugzeuge die amerikanische Fregatte „Stark" angegriffen; und trotz der irakischen Beteuerungen und Entschuldigungen mag man an einen Zufall kaum glauben.

Wie nicht anders zu erwarten, provozierte das amerikanische Vorgehen den Iran. Für Teheran war der militärische Schutz für kuwaitische Schiffe eine direkte Unterstützung des Kriegsgegners, denn der Iran fürchtet, die Anwesenheit der amerikanischen Kriegsschiffe werde den Irak zu Luftangriffen gegen iranische Städte und Erdölanlagen, vor allem aber auf die iranische Schiffahrt ermuntern. Der Schutz der kuwaitischen Schiffe, argumentierte der Iran, sei überdies nur ein Vorwand, die amerikanische Flottenpräsenz im Golf zu verstärken. Die Mullahs drohten, den Golf zu sperren, falls die iranische Schiffahrt behindert würde.

Die Ereignisse am Golf spitzten sich schnell zu: Am 26.7. lief die „Bridgeton", einer der ersten kuwaitischen Tanker unter amerikanischer Flagge, auf eine Treibmine. Im Kielwasser der Tanker, die sie ja eigentlich schützen wollten, erreichten die hochgerüsteten US-Kriegsschiffe schließlich die kuwaitischen Häfen. Diesmal wollten die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

USA militärische Stärke demonstrieren. Und Argumente für den amerikanischen Flottenaufmarsch waren schnell zur Hand: Wer anders als die fanatischen Anhänger Chomeinis, die oft genug gedroht hatten, den Golf zu verminen und die Straße von Hormuz zu schließen, konnte diese Mine gelegt haben? Scheiterte nicht auch die Friedensinitiative des Sicherheitsrates und die Bereitschaft des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, den Krieg zu beenden, nur an der Unnachgiebigkeit und Halsstarrigkeit des Chomeini-Regimes? Angesichts der iranischen Provokationen *mußten* die USA einfach Flagge zeigen, wollten sie bei ihren Bündnispartnern im Golf als Schutzmacht glaubwürdig bleiben.

Neue Schreckensmeldungen schienen die amerikanischen Befürchtungen zu bestätigen: Kaum hatten die Luft- und Seestreitkräfte der Pasdaran (iranische Revolutionsgarden) Anfang August ihre dreitägigen Manöver vor den persischen Küsten beendet, tauchten unerwartet Minen im Golf von Oman auf, *außerhalb* der eigentlichen Gefahrenzone. Dort Minen zu legen, hatten nicht einmal die Mullahs angedroht. Am 10. August aber lief nahe den internationalen Tankersammelplätzen vor Oman ein amerikanisches Schiff, die „Texaco Carribean", beladen mit *iranischem* Öl, auf eine Mine. Wenige Tage später explodierte ein Versorgungsschiff vor der Küste des Emirats Fudschairah. Die internationale Schifffahrt schien nun endgültig gefährdet. Die schweren Auseinandersetzungen in Mekka Ende Juli hatten zudem die Krisenstimmung erhöht: Der Dollarkurs zog an und an den Börsen stiegen die Erdölpreise.

Nun beschlossen auch England und Frankreich — um ihre Handelsschiffe zu schützen —, Minensuchboote in den Golf zu entsenden, was einem Wunsch des amerikanischen Präsidenten entsprach, der damit allerdings vor wenigen Wochen noch bei seinen NATO-Partnern auf keine Gegenliebe gestoßen war. Jetzt aber schien die westliche Welt ernstlich durch den

NATO-Partnern auf keine Gegenliebe gestoßen war. Jetzt aber schien die westliche Welt ernstlich durch den

Greis aus Teheran bedroht und der amerikanische Flottenaufmarsch im Golf gerechtfertigt. *„Chomeinis Krieg gegen die Welt"*, lautete die „Stern"-Schlagzeile vom 13.8.87, und das Titelbild zeigte einen rachsüchtigen Ayatollah, der winzige Kriegsschiffe der US-Flotte im Petroleumfaß dirigiert. Der Bösewicht war gefunden.

Dabei war der Iran — trotz der martialischen Reden seiner Wortführer — in den letzten Wochen von seiner unnachgiebigen Politik abgerückt. Die iranischen Machthaber signalisierten in ihrer Antwort auf die UNO-Resolution Verhandlungsbereitschaft und deuteten Kompromisse an, eine Haltung, die zudem so neu nicht war. Bei mehreren Gelegenheiten hatte der Iran deutlich zwischen dem iranisch-irakischen Krieg und einem Krieg am Golf unterschieden und geäußert, letzterer sei schnell zu beenden. Der Iran sei zwar in der Lage, erklärte der iranische Parlamentspräsident Rafsandjani, Minen wie Samenkörner im Golf zu säen. Wenn aber Kuwait, Saudi-Arabien, Jordanien und die Türkei den Kriegsgegner Bagdad dazu bewegen könnten, seine Luftangriffe auf iranische Einrichtungen einzustellen, dann wäre der Friede im Golf leicht herzustellen. In einem solchen Fall wäre der Iran bereit, darüber hinwegzusehen, wenn Kuwait und Saudi-Arabien weiterhin Erdöl auf Rechnung Bagdads exportierten und den Irak unterstützten. Diese Verlautbarungen freilich werden von den Interessen Irans diktiert und bedeuten noch keine Bereitschaft zum Waffenstillstand oder Friedensschluß.

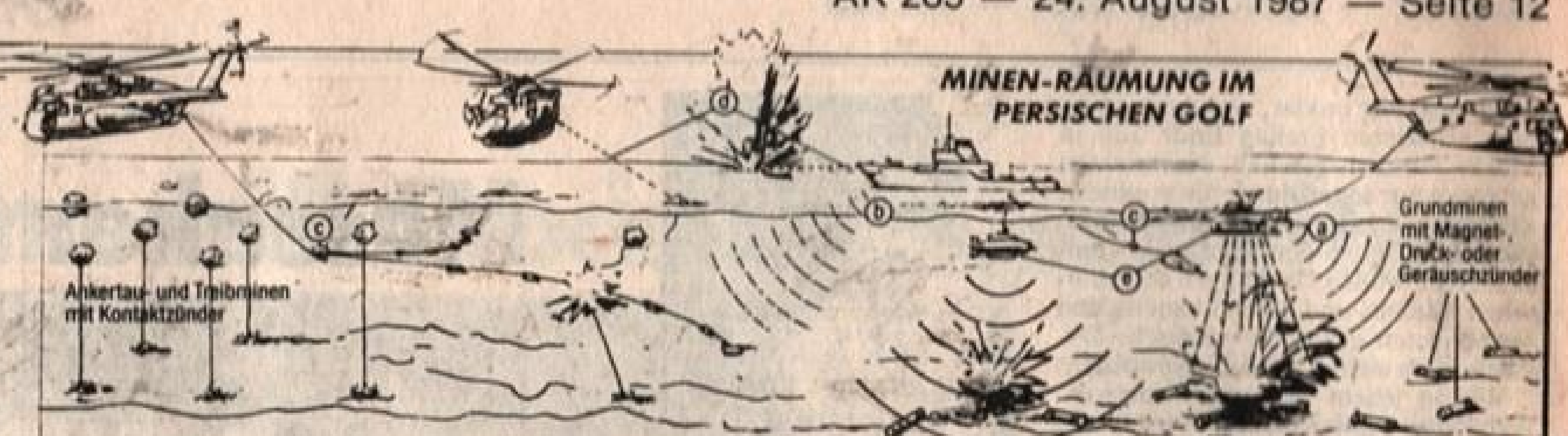
Die Islamische Republik muß — als einziger Golfanrainer — nahezu sein gesamtes Erdöl durch die Straße von Hormuz exportieren. Eine Schließung des Wasserweges oder eine nennenswerte Behinderung der Schiffahrt würde in erster Linie der iranischen Wirtschaft schaden. Deshalb ist der Iran nicht an einer — unkontrollierten — Ausweitung des Krieges interessiert, sondern versucht seinerseits mit dem Tankerkrieg, Druck auf die Unterstützerstaaten Bagdads auszuüben. Denn die überlegene Luftwaffe Iraks hatte in der Vergangenheit wiederholt die Erdölwirtschaft des Iran empfindlich getroffen.

Der iranische Außenminister Velayati reiste, um den guten Willen der Islamischen Republik zu bekunden, in das proamerikanische Sultanat Oman: Fortan wolle man, so hieß es, in beiderseitigem Interesse gute Beziehungen pflegen und ... gemeinsam die Minen im Golf von Oman räumen. Ein Angebot des Iran, das die Vereinigten Arabischen Emirate wenige Tage zuvor dankend abgelehnt hatten.

Der Irak hingegen möchte den Konflikt internationalisieren, denn das Baath-Regime kann den Krieg gegen den Iran, den es selbst begonnen hat, weder gewinnen noch beenden. Deshalb war Bagdad in der Vergangenheit bemüht, die Golfstaaten an seiner Seite in den Krieg zu ziehen, und bereit, Zwischenfälle zu provozieren. Denn der irakische Präsident Saddam Hussein geht — nicht zu Unrecht — davon aus, daß ein Eingreifen fremder Mächte sich letztlich gegen den Iran richten würde, dessen Sieg niemand wünscht.

Selbst Regierungskreise in den USA bezweifeln, das Hilfeersuchen Kuwaits sei der wirkliche Grund für den amerikanischen Flottenaufmarsch im Golf gewesen. Schließlich hatte auch der amerikanische Präsident noch im Juni '87 erklärt, er werde nicht zulassen, daß vitale Seewege im persischen Golf von den Iranern diktiert und von der Sowjetunion kontrolliert werden. Auch der ehmalige amerikanische Außenminister und NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Alexander Haig sieht andere Gründe für die US-Politik: Ziel der amerikanischen Operation sei nicht, die kuwaitischen Tanker durch Umflaggen zu schützen und die Ölwege offenzuhalten, sondern die Vormachtstellung der USA in der Region zu festigen und den Einfluß der Sowjetunion zurückzudrängen. Schließlich seien weniger als ein Prozent des Erdöls, das durch die Straße von Hormuz transportiert werde, durch den Krieg gefährdet.

Diese Gründe leuchten ein. Die Reagan-Regierung, durch geheime Beziehungen zum Mullahregime und umfangreiche Waffenlieferungen gründlich blamiert, mußte gegenüber dem Iran Stärke demonstrieren. Gleichzeitig suchten die Amerikaner mit Friedensvorschlägen ihr Image aufzubessern, denn die iranischen Verbände konnten nun dank der amerikanisch-israelischen Waffenlieferungen — sie versiegten auch nach Irangate nicht —, die überlegene irakische Luftwaffe angreifen und das Emirat Kuwait bedrohen, das die USA heute zu schützen



Zwei Minentreffer auf US-Tankern sowie Minenfelder im Golf und südlich der Straße von Hormus kennzeichnen die derzeit größte Gefahr auf der Welt wichtigster Erdölroute. Während Moskau seit Wochen drei Minensuchboote im Golf kreuzen läßt, befinden sich acht US-Spezialhubschrauber und vier Minensuchboote noch auf dem Weg ins Krisengebiet. Frankreich und Großbritannien haben Minensucher in Marsch gesetzt, sogar Teheran hat Räumeinsatz angekündigt. Ihre Räumtechnik ist weitgehend gleich: Minen müssen von Hubschraubern oder Schiffen aus gesehen oder mit geschleppten (a) bzw. im Bug eingebauten (b) Sonargeräten aufgespürt werden. Dann macht man sie durch geschleppte Minenräumgeräte (c) unschädlich: Ankertauminen werden von Räumseilen losgeschnitten und an der Meeresoberfläche wie Treibminen mit Handfeuerwaffen oder Sprengladungen zerstört (d). Grundminen, deren Zünder auf die Druckwelle, typische Geräusche und/oder das Magnetfeld von Schiffen ansprechen, werden von „Simulationsschlitten" gezündet (e). DER SPIEGEL

vorgeben. Mit Blick auf den Islamischen Gipfel in Kuwait erklärte die amerikanische Regierung am 4. Dezember unschuldig, sie suche nach einem Frieden ohne Sieger und Besiegte, der die Souveränität und die territoriale Integrität beider Länder sichert. Seither setzten sich die USA für eine neue Friedensinitiative der Vereinten Nationen ein, parallel aber bereiteten die Amerikaner den Marineeinsatz vor.

Die Sowjetunion hingegen hatte im Iran wieder Einfluß gewonnen. Der iranische Außenminister Velayati reiste im Februar '87 nach Moskau; Kontakte auf dieser Ebene hatten die beiden Staaten seit der islamischen Revolution nicht unterhalten. Die Sowjetunion, der größte Waffenlieferant des Irak, vereinbarte mit Teheran, die Handelsbeziehungen auszubauen. Seit Anfang Juli besuchten hohe sowjetische Regierungsbeamte zweimal Bagdad und Teheran. Über die wachsenden Spannungen in der Region beunruhigt, die von — wie die Sowjets erklärten — von Washington genutzt würden, die militärische Präsenz im Golf auszubauen, schlug Moskau vor, alle fremden Kriegsschiffe aus den Gewässern abzuziehen, und suchte von den beiden Kriegsgegnern die Annahme der UN-Resolution zu erreichen. Ein Waffenembargo gegen den Iran, von den USA vorgeschlagen, aber will die Sowjetunion nicht mittragen. Moskau bemüht sich im Gegenteil, die Position des Iran zu stärken; über den Ausbau der Ölleitung in Richtung UdSSR wird verhandelt, ein bedeutsames Projekt, denn eine solche Pipeline würde den Erdölexport des Iran absichern.

Das diplomatische Terrain aber wollen die USA — trotz des Säbelrasselns — nicht der Sowjetunion überlassen. Der Iran solle die amerikanische Toleranz nicht als Schwäche auslegen, drohte der amerikanische Präsident zwar noch einmal, andernfalls würden die Vereinigten Staaten auf Sanktionen gegen die Islamische Republik drängen. Hinter den Kulissen aber wird längst wieder verhandelt. Anfang August traf sich der Sohn Chomeinis — der eine bedeutende Rolle in der iranischen Politik spielt — in Genf mit Amerikanern und Israelis. Bei dieser Gelegenheit soll unter anderem über Waffenlieferungen gesprochen worden sein.

Auch auf den Irak übten die USA Druck aus. Amerikanische Regierungskreise ließen verlauten, der irakische Präsident Saddam Hussein wolle — einem amerikanischen Wunsch folgend — seine Luftangriffe auf den Iran beschränken und die Attacken auf die iranischen Tanker einstellen. Bagdad hatte schon seit einigen Wochen die Tankerangriffe eingestellt, dafür aber umso heftiger die iranischen Erdölanlagen bombardiert, um so die Wirtschaft Teherans entscheidend zu schwächen. Die Amerikaner haben sich alle Optionen offen gelassen. Deshalb drängt das Baath-Regime nun seinerseits den Sicherheitsrat, die UN-Resolution gegen den Iran durchzusetzen, und kritisiert indirekt die Sowjetunion, nicht genügend Druck auf den Iran auszuüben.

Dieses Spiel wird wohl noch eine Weile weitergehen, keine der äußeren Mächte will sich auf einen der beiden ungeliebten Staaten festlegen. Aber auch an einer Eskalation und Ausweitung des Krieges ist heute niemand interessiert.

Quellen: Middle East International, 8.8.87, Le Monde, 17.2., 19./20.7., 5.8, 12.8., 14.8., 18.8., 19.8., 20.8.87, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 5.6.87

(Entnommen der Broschüre „Der Krieg am Golf", Informationen des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg, Heft 1, Juli/Sept. 87)

20 Jahre nach dem Juni-Krieg

Westbanks und Gazastreifen immer noch unter israelischer Besetzung

Im Juni-Krieg 1967 besetzte die israelische Armee innerhalb weniger Tage große arabische Gebiete. Noch im gleichen Monat annektierte Israel Ost-Jerusalem und Umgebung. Schließlich wurde 1980 das „wiedervereinigte" Jerusalem per Gesetz zur „unteilbaren" Hauptstadt Israels bestimmt. Wenig später, Ende 1981, dehnte die Knesset israelische Rechtsprechung auch auf den Teil der syrischen Golan-Höhen aus, den die israelische Armee seit den Truppenentflechtungsabkommen 1974 besetzt gehalten hatte.

Die Besetzung und Annexion dieser arabischen Gebiete ist bis heute von der übergroßen Mehrheit der Palästinenser nicht akzeptiert worden. Bis heute blieb die Forderung nach einem Ministaat oder das Existenzrecht des Staates Israel umstritten, statt dessen fordern einige palästinensische Gruppen die Zerstörung des zionistischen Staates und die Befreiung ganz Palästinas. Diese Positionen werden im wesentlichen von Palästinensern oder palästinensischen Widerstandsorganisationen vertreten, die in arabischen Staaten oder in der Diaspora leben. Umgekehrt hatten sich große Teile der Palästinenser in Israel — sie wurden nach 1948 israelische Staatsbürger zweiter Klasse — mit den Verhältnissen arrangiert. Zwanzig Jahre lang waren sie von der arabischen Welt getrennt gewesen; nach der israelischen Okkupation indes konnten sie wieder mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten Verbindungen aufnehmen. Ihr Nationalbewußtsein und Widerstand wuchsen durch diese Kontakte.

Die Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens hingegen forderten schon seit 1967 vor allem das Ende der israelischen Besatzung; in den ersten Jahren wurde sogar die Anbindung des Westjordanlandes an die jordanische Monarchie nicht in Frage gestellt.

Eine politische Elite aber, die den Kampf gegen die Okkupation führen konnte, existierte in den ersten Jahren nicht, denn die traditionellen Führer waren dazu weder willens noch in der Lage. Entsprechend ihrer jeweiligen Interessenlage ordneten sie sich der jordanischen Politik unter oder kollaborierten versteckt mit Israel.

Eine nationale und demokratische Widerstandsbewegung entwickelte sich nur langsam: Unter dem Haschemiten-



Israelische Besatzer im Gazastreifen nach dem Blitzkrieg 1967

Regime war die Opposition seit 1957 unterdrückt worden; im Gaza-Streifen hatte es unter ägyptischer Militärverwaltung nicht viel besser ausgesehen (vgl. den ersten Teil dieses Artikels in AK 283, S.7/8). Viele palästinensische Nationalisten waren desorientiert, sie hatten sich in panarabischen Bewegungen organisiert und hofften für die Befreiung Palästinas (und Zerstörung des zionistischen Staates) auf die Hilfe der arabischen Regimes. Die Kommunistische Partei, von allen Organisationen am besten organisiert, hatte längst die Existenz Israels anerkannt und stand deshalb in Widerspruch zu den anderen politischen Kräften.

Die PLO aber war noch zu keinem wirksamen Instrument im nationalen palästinensischen Kampf geworden. Erst nach 1967 begannen die palästinensischen Widerstandsorganisationen ihren Einfluß auf die PLO zu stärken und übernahmen 1969 deren Führung. In den besetzten Gebieten waren die palästinensischen Widerstandsorganisationen Ende der 60er Jahre deshalb kaum verankert und konnten sehr schnell durch die israelische Armee zerschlagen werden.

Langsam aber wuchs eine neue palästinensische Führungsschicht — weitgehend unabhängig von der PLO — in den besetzten Gebieten heran, die das Vertretungsrecht für die Bewohner der Westbank und Gazas beanspruchte. In den ersten fünf Jahren der Okkupation bestanden zwar Kontakte zwischen politischen Führern dieser Gebiete und der PLO; die Vertreter der Westbank und Gazas hatten indes keinen nennenswerten Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Befreiungsorganisation. Das änderte sich, als sich zu Beginn der 70er Jahre eine neue Führungsgeneration in den besetzten Gebieten herausbildete.

Die Ablösung der traditionellen politischen Führer in den besetzten Gebieten und die Herausbildung einer neuen nationalen Führungsschicht ist das Thema dieses Artikels.

Unter israelischer Militärregierung

Unmittelbar nach der Besetzung wurden im Gaza-Streifen (6.6.67) und in der Westbank (7.6.67) Militärregierungen eingesetzt. Örtliche Stadtverwaltungen, nach jordanischem Recht ohnehin nur mit Verwaltungsaufgaben betraut, blieben im Amt. Politische Funktionen — wie die Gouverneure der drei Verwaltungsbezirke im Westjordanland — erkannten die Israelis nicht an. Auf diese Weise sollte die Herausbildung einer regionalen politischen Führung von vornherein verhindert werden, ein Vorschlag des damaligen Verteidigungsministers Moshe Dayan, dessen Politik der funktionalen Teilung sich in der Praxis durchgesetzt hatte (vgl. den ersten Teil dieses Artikels in AK 283, S. 7/8): wirtschaftliche Durchdringung der besetzten Gebiete bei Fortdauer der Besatzung, gleichzei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tig Förderung der palästinensischen Selbstverwaltung in Kooperation mit Jordanien.

Die Militärregierung erließ eine Reihe von Sicherheitsbestimmungen, um Proteste der Bevölkerung, aber auch die Herausbildung einer politischen Führung zu verhindern. Drakonische Strafen drohten für die Mitgliedschaft in einer Organisation, welche die Absicht verfolgt, die öffentliche Ordnung zu stören; für Aufhetzung und feindliche Propaganda; für die Publikation politischer Schriften ohne Billigung der Militärregierung; für Kontakte mit Ausländern feindlicher Nationalität; für Besitz, Herstellung und Gebrauch von Sprengstoffen und Waffen; für Behinderung der israelischen Streitkräfte. Nicht nur auf die eigenen Sicherheitsbestimmungen sollten sich die israelischen Militärs stützen: Diese Erlasse wurden ergänzt durch noch gültige Rechtsvorschriften aus der britischen Mandatszeit und jordanische Gesetze. All diese Bestimmungen blieben bis heute die Grundlage für Deportationen, Verhaftungen, Hausarrest, Reisebeschränkungen und Zensur; für Kollektivstrafen (Ausgangssperren, Häusersprengungen, Schul- und Universitätsschließungen); für Handelsbeschränkungen und wirtschaftliche Sanktionen (z.B. Schließung der Jordanbrücken für den Export aus einzelnen Regionen).

Begleitet wurde diese Politik der Härte von wirtschaftlichen Maßnahmen, die zwar in erster Linie den israelischen Interessen dienten, gleichzeitig jedoch den Lebensstandard der palästinensischen Bevölkerung hoben, die Handelsbourgeoisie förderten und zunächst Kontakte und Einflußnahme des jordanischen Monarchen sicherten, langfristig indes die wirtschaftliche und politische Macht der mit dem König verbundenen traditionellen Führungsschicht untergruben. Auch diese Maßnahmen folgten im wesentlichen den politischen Vorstellungen Dayans.

Nach dem Krieg 67 brach die Wirtschaft in den besetzten Gebieten zunächst völlig zusammen. Die wirtschaftlichen und politischen Bindungen der Westbank an Jordanien und des Gaza-Streifens an Ägypten waren schlagartig unterbrochen worden. Die Banken wurden geschlossen, Landwirtschaft, Bauwesen und Tourismus kamen zum Stillstand. Die Zahl der Flüchtlinge aber war im Gaza-Streifen auf 60% der Bevölkerung angestiegen, im Westjordanland betrug sie nun 20% der Einwohner. Im Gaza-Streifen blieb die wirtschaftliche Situation bis heute dramatisch (siehe unten), auf der Westbank hingegen entspannte sich die

im Westjordanland betrug sie nun 20% der Einwohner. Im Gaza-Streifen blieb die wirtschaftliche Situation bis heute dramatisch (siehe unten), auf der Westbank hingegen entspannte sich die

Lage bald: Israel erlaubte, landwirtschaftliche Produkte über Jordanien auszuführen. Ansonsten lag auch hier das wirtschaftliche Leben brach.

Die Wirtschaftspolitik Israels in den besetzten Gebieten wurde ganz an den eigenen Interessen orientiert. Deshalb wurde eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete unterbunden.

Das israelische Kapital wollte die billigen palästinensischen Arbeitskräfte ausnutzen. Die israelische Regierung duldete zunächst die Beschäftigung der palästinensischen Arbeiter, förderte sie aber schon bald. Denn der wirtschaftliche Aufschwung in Israel nach dem Kriege hatte zu spürbarem Arbeitskräftemangel geführt. Die Palästinenser waren daher die ideale Arbeitskraftreserve, die kein Wohnrecht oder Übernachtungsrecht in Israel besaßen und täglich zwischen ihrem Wohnort und Arbeitsplatz pendeln mußten.

Israelische Waren überschwemmten bald die eroberten Gebiete. Die arabischen Märkte wurden unbeschränkt für israelische Produkte geöffnet. Gleichzeitig unterlag die Einfuhr arabischer Waren strengen Restriktionen oder wurde ganz unterbunden. Auch die nominell offenen Jordanbrücken blieben nur in Richtung der arabischen Welt durchlässig. Israel schützte den eigenen Markt durch eine Fülle von Handelsbeschränkungen.

Parallel verhinderten die Israelis die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft: Öffentliche Investionen und umfassende Entwicklungsprogramme wurden drastisch eingeschränkt; israelische Privatinvestitionen blieben in den besetzten Gebieten gering.

Auch Jordanien ergriff vornehmlich Maßnahmen, die den eigenen Wirtschaftsinteressen dienten, und nahm deshalb die arabischen Boykottmaßnahmen, die den Handel zwischen Israel und der arabischen Welt einschränkten, zum Vorwand, seinerseits die Einfuhr von Produkten aus den besetzten Gebieten zu beschränken, konnten doch diese Güter aus Israel stammen.

Die Politik der offenen Brücken — ebenfalls eine Idee Moshe Dayans — hatte vor allem für Israel Vorteile, denn sie milderte die wirtschaftliche Integrationspolitik.



aus: „Spiegel", 12.6.1987

Trotz dieser schwierigen Bedingungen wuchsen die Einkommen der Palästinenser, die 1967 nur ein Zehntel der Einkünfte der israelischen Bevölkerung betragen hatten, unter israelischer Besetzung: Bald fuhren Zehntausende täglich zur Arbeit nach Israel und erhielten — gemessen am Lohnniveau in den besetzten Gebieten — vergleichsweise hohe Löhne. 1973 schließlich arbeiteten mehr als die Hälfte der Lohnabhängigen aus der Westbank und Gaza in Israel. Ihre Einkünfte betrugen

fast ein Drittel des Bruttosozialpro-
weise hohe Löhne. 1973 schließlich arbeiteten mehr als die Hälfte der Lohnabhängigen aus der Westbank und Gaza in Israel. Ihre Einkünfte betrugen

fast ein Drittel des Bruttosozialproduktes und kamen vor allem dem Handels- und Dienstleistungssektor zugute. Ein künstlicher wirtschaftlicher Aufschwung, der von den Notwendigkeiten des israelischen Kapitals abhängig blieb.

Die Palästinenser arbeiteten nicht freiwillig in Israel: In den besetzten Gebieten stagnierte die Landwirtschaft und konnte keine zusätzlichen Arbeitskräfte aufnehmen. Häufig bot sie nur saisonale Beschäftigung. Die Beschlagnahme großer Ländereien — oft des fruchtbarsten Landes — durch die israelischen Militärbehörden, verschärfte die Arbeitslosigkeit. Außerdem waren die Löhne erheblich niedriger als in Israel. In der Westbank gibt es auch heute Industrie, denn investiert wurde und wird vor allem im unproduktiven Sektor, besonders im Bau- und Transportwesen (wahrscheinlich um den Transport der palästinensischen Arbeiter nach Israel sicherzustellen). Nur wenige Unternehmer, meist zurückkehrende, gut ausgebildete Emigranten, investierten in der Leichtindustrie (Pharmazie, Plastik, Textilien). Einzig die Handelsbourgeoisie profitierte von der wirtschaftlichen Entwicklung; sie legte aber ihr Geld aber aufgrund der politischen Situation lieber im Ausland an. Die Konkurrenz israelischer Produkte und die steigenden Lohnkosten behinderten zusätzlich die Entwicklung der einheimischen Industrie.

Die Emigration wurde zu einer weiteren wichtigen Einkommensquelle in der Westbank. In arabischen Ländern bestand die Möglichkeit, für eine begrenzte Zeit Jobs anzunehmen und Handelsbeziehungen zu knüpfen.

Gerade qualifizierte Kräfte waren in steigendem Maße zur Emigration gezwungen. Denn in der palästinensischen Bevölkerung stieg das Bildungs- und Ausbildungsniveau an, während die Erwerbsmöglichkeiten für qualifizierte Berufe drastisch abnahmen. Angehörigen dieser Schicht blieb nur die Möglichkeit, auszuwandern oder unter den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen auszuharren.

Diese Veränderungen in der Wirtschaft hatten sehr bald tiefgreifende Konsequenzen in der Sozialstruktur. Die traditionelle Feudalgesellschaft begann zu zerbröckeln. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen verringerte sich, während die Zahl der Industrie- und Bauarbeiter anstieg. Immer weniger Pächter und Landarbeiter befanden sich in einem feudalen Abhängigkeitsverhältnis; die traditionelle Führungsklasse verlor mit dem wirtschaftlichen auch langsam ihren politischen Einfluß.

Traditionelle gegen nationale Führung

Traditionelle gegen nationale Führung

In der Westbank gab es 1967 keine autoritative traditionelle Führungsschicht. Eine Ausnahme bildete Scheich Jabari aus Hebron, dessen Ansehen und politischer Einfluß vom jordanischen Königshaus unabhängig war. Jabari suchte sich nach 1967 sofort bei der israelischen Besatzungsmacht anzubiedern, um für die eigene Machtposition Nutzen aus den neuen Verhältnissen zu ziehen: Der Scheich schlug die Bildung eines palästinensischen Gemeinwesens in Konföderation mit Israel vor. Jabari bezog sich in seinem Vorschlag auf die UN-Teilungsresolution von 1947. Seine Vorstellungen fanden freilich wenig Gegenliebe, denn die Israelis wollten keinerlei politische Führung in den besetzten Gebieten dulden, ob sie nun kooperationsbereit war oder nicht.

Die Position Jabaris stieß auf vehemente Kritik seitens der nationalen Kräfte und der PLO sowie der projordanischen Führer, deren Machtposition mit ihrer Stellung im jordanischen Regierungsapparat verquickt war. Unter jordanischer Herrschaft waren sie Bürgermeister, Rats- und Parlamentsmitglieder, Minister und Distriktgouverneure gewesen. Sie gehörten den einflußreichen Familien im Norden der Westbank an, wie den Masris in Nablus.

Während Jabari im Süden jeden Protest gegen die israelische Besatzungsmacht zu unterdrücken suchte, verhielten sich die traditionellen Führer im Norden differenzierter. Sie begrüßten verbal die Proteste und Widerstandsaktionen der Bevölkerung. Von Jordanien ermutigt, unterstützten sie anfangs die Protestdemonstrationen. Um einer politischen Isolation zu entgehen, näherte sich aber auch Scheich Jabari 1969 bald wieder der jordanischen Monarchie.

Verglichen mit den traditionellen Führern blieben die nationalen radikalen Politiker zunächst schwach. Diese Kräfte konzentrierten sich ebenfalls im Norden, gehörten meist zur Intelligenz und hatten in den 1957 von Jordanien verbotenen Oppositionsparteien gearbeitet oder sich den palästinensischen Widerstandsorganisationen angeschlossen. Sie genossen zwar in der Bevölkerung Ansehen, ihre Schwäche resultierte aus dem zehn Jahre dauernden Parteienverbot in Jordanien. Auch hatte die PLO in der Westbank unter jordanischer Herrschaft nur ein Jahr arbeiten können, während die nasseristische Arabische Nationale Bewegung (aus der später die PFLP hervorging) im Gaza-Streifen erlaubt gewesen war, ebenso wie die PLO. Der palästinensische Widerstand hatte also in der Westbank und im Gaza-Streifen andere Voraussetzungen und entwickelte sich folglich in beiden Gebieten unterschiedlich.

Die nationalen Strömungen der Westbank besaßen keine einheitlichen politischen Vorstellungen über die Zukunft der besetzten Gebiete, denn der größte Teil der jordanischen Opposition war panarabistischen Ideen verbunden und hatte darauf gehofft, die arabischen Armeen würden eines Tages Palästina befreien. Der palästinensische Nationalismus hingegen war noch sehr schwach. Deshalb forderten diese Kräfte nicht etwa einen eigenen palästinensischen Staat, sondern nur den Abzug der Israelis aus den besetzten Gebieten, erst dann sollte über die Zukunft des Landes entschieden werden. Eine Verbindung der Westbank — und auch des Gaza-Streifens — mit Jordanien blieb noch jahrelang die bevorzugte Option. Damals war diese Parole indes auch gegen das Konzept eines palästinensischen Gemeinwesens in Konföderation mit Israel gerichtet, das u.a. von Scheich Jabari vertreten worden war. Die Forderung nach einem Ende der Besatzung — ohne die Zukunft der Region anzusprechen — konnte sogar von den projordanischen traditionellen Führern mitgetragen werden.

Gemeinsam aber war den zersplitterten nationalen Kräften die scharfe Ablehnung der israelischen Besatzung, die Opposition gegen das Regime König Husseins und die Gegnerschaft zu den traditionellen Führern, deren Machtlegitimation man nicht anerkannte und deren Kooperation mit der israelischen Besatzungsmacht und Bindung an die jordanische Monarchie man kritisierte. Die nationale Bewegung strebte vielmehr an, sich mit den jordanischen Oppositionsgruppen gegen den haschemitischen König zu verbünden.

Die radikalen nationalen Kräfte aber waren uneinig über die weitergehenden politischen Ziele und über die nächsten taktischen Ziele. Grob kann man von zwei Gruppen sprechen. Eine Gruppe umfaßte die Anhänger der panarabischen Baath-Parteien und die Sympathisanten der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die andere bestand im wesentlichen aus der Kommu-

nistischen Partei (KP) (Zweig der KP
umfaßte die Anhänger der panarabischen Baath-Parteien und die Sympathisanten der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die andere bestand im wesentlichen aus der Kommu-

nistischen Partei (KP) (Zweig der KP Jordaniens). Die ersten wollten durch Revolution und bewaffneten Kampf ganz Palästina befreien und einen säkularen Staat errichten; diese Strömungen widersetzten sich jedem Dialog mit dem zionistischen Feind, egal, ob es sich um offizielle israelische Stellen oder Parteien handelte. Hingegen forderte die Kommunistische Partei das Ende der Besatzung und den Rückzug der israelischen Truppen auf die Grenzen von 1948. Sie hatte den Teilungsplan 1947 akzeptiert und wenig später den israelischen Staat anerkannt. Die Kommunisten waren besser organisiert als die übrige Opposition. Die politische Auseinandersetzung stand für diese Partei im Vordergrund; sie beteiligte sich nicht an bewaffneten Aktionen und suchte den Dialog mit linken israelischen Gruppierungen.

Die Organisierung des Widerstandes in der Westbank

Die nationalen Kräfte suchten den Widerstand zunächst in lokalen Komitees zu organisieren, in denen sie mit den einflußreichen traditionellen und religiösen Führern zusammenarbeiteten. In der Nationalen Charta der Araber in der Westbank, veröffentlicht am 4.10.67, drückten sich die damaligen politischen Ziele aus. Das Schreiben war von 129 prominenten Einwohnern aus allen Städten unterzeichnet worden, von projordanischen Führern wie dem ehemaligen Präsidenten des jordanischen Parlamentes, Hikmat al-Masri; von palästinensischen Nationalisten wie Kamal Nasir, den die Israelis im Dezember des gleichen Jahres auswiesen, der dann Mitglied des Exekutivkomitees der PLO und deren Sprecher wurde, und den 1973 ein israelisches Kommando in Beirut ermordete; und von Kommunisten, christlichen und moslemischen religiösen Führern.

Die Charta forderte die gemeinsame arabische Aktion in der palästinensischen Frage, betonte, Jerusalem müsse Bestandteil der Westbank bleibn, unterstützte ausdrücklich die Einheit der Westbank und Jordaniens und kritisierte die jordanische Regierung. Jordanien, so forderten die Unterzeichner, müsse zukünftig eine blockfreie Außenpolitik verfolgen und in ein demokratisches, konstitutionelles Regime umgewandelt werden. Die Judaisierung und Internationalisierung Jerusalems wurde strikt abgelehnt, ebenso wie die Forderung nach einem palästinensischen Staat in der Westbank, der mit der fremden zionistischen Präsenz verbunden sein und das palästinensische Volk sowie das palästinensische Problem aus dem arabischen Kontext lösen würde. Die wenigen, die einen eigenen Staat forderten, wurden denunziert und ihr Leben bedroht.

Möglich wurde die Unterzeichnung der gemeinsamen Charta, weil in der territorialen Frage (Anbindung der Westbank an Jordanien) keine Differenzen zwischen den traditionellen und nationalen Führern bestanden; wohl aber darin, wer dort zukünftig die Macht ausüben sollte. (Noch auf dem 8. Palästinensischen Nationalrat (Frühjahr 1971 in Kairo) forderte die PLO einen einheitlichen demokratischen Staat, der aus dem befreiten Palästina und Jordanien gebildet werden sollte.)

Gegen die ersten politischen Organisationsversuche ging Israel mit harter Hand vor. Noch im Dezember 1967 wurden sechs wichtige politische Führer ausgewiesen, u.a. auch religiöse und traditionelle Führer. Fortan hielten sich auf Weisung des jordanischen Königs die traditionellen Führer mit politischen Äußerungen zurück.

Nach dem ersten Schock bildeten sich seit Beginn des Jahres 1968 Widerstandszirkel, die in Basis- und Berufsorganisationen arbeiteten und maßgeblich die vielen Protestaktionen organisierten, in den folgenden beiden Jahren jeweils nach Übergriffen des israelischen Militärs oder an bestimmten Jahrestagen.

Der bewaffnete Widerstand faßte in der Westbank kaum Fuß. Nach der Schlacht von Karameh im März 1968, als die Widerstandskämpfer in Jordanien einen israelischen Angriff zurückschlugen, wuchs das Ansehen der Fedayin in den besetzten Gebieten; die Mehrheit der Bevölkerung aber folgte deren Strategie und Taktik nicht, auch wenn sie die Kämpfer hoch achtete. Nahezu alle Ansätze von bewaffneten Organisationen deckten die israelischen Militärbehörden sehr schnell auf: Im Februar 1969 beispielsweise wurde eine 200 bis 300 Mitglieder umfassende Gruppe der PFLP verhaftet. In den Jahren 1968/69 verübten palästinensische Kommandos zwar eine Reihe von Bombenanschlägen auf Kinos, Marktplätze und Konsulate. Aber

weder diese Anschläge noch Guerilla-
fassende Gruppe der PFLP verhaftet. In den Jahren 1968/69 verübten palästinensische Kommandos zwar eine Reihe von Bombenanschlägen auf Kinos, Marktplätze und Konsulate. Aber

weder diese Anschläge noch Guerilla-Aktivitäten von jordanischem Gebiet aus, noch die Unruhen und Demonstrationen in den besetzten Gebieten brachten einen Fortschritt in Richtung auf Befreiung. Mitte des Jahres 1970 schien der Widerstand in der Westbank paralysiert und die Politik Dayans erfolgreich gewesen zu sein. Hinzu kam der Schock nach der verheerenden Niederlage des palästinensischen Widerstandes in Jordanien im „Schwarzen September" 1970. Die Aussichten für eine militärische Befreiung Palästinas schienen gering.

Bewaffneter Widerstand im Gaza-Streifen

Im Gaza-Streifen unterschieden sich die Formen des Widerstandes deutlich von den Protesten in der Westbank. Nach dem Rückzug der ägyptischen Armee waren große Mengen Waffen versteckt worden. Die Palästinensische Befreiungsarmee, von den arabischen Regimes als bewaffneter Arm der PLO eingerichtet, hatte hier in den sechziger Jahren Mitglieder werben können, die sich nun in den Flüchtlingslagern und Armenvierteln Gazas versteckten. Die Arabische Nationale Bewegung, die unter ägyptischer Militärregierung geduldet worden war, hatte relativ großen politischen Einfluß. Im Dezember 1967 wurde aus Teilen dieser Organsation und verschiedenen anderen Gruppen die PFLP unter Führung von George Habasch gegründet. Sie besaß in den ersten Jahren der Besetzung im Gaza-Streifen den größten Einfluß. Die PFLP betonte den bewaffneten Widerstand und widersetzte sich jeder Kooperation mit den israelischen Militärbehörden. Ende 1970 kontrollierten die Fedayin die Flüchtlingslager und in der Nacht die Städte. Handgranatenanschläge auf Marktplätze sollten den Handel mit Israel unterbrechen; Attentate wurden auf die Plätze verübt, auf denen sich palästinensische Arbeiter versammelten, die tagsüber in Israel arbeiteten. Viele wurden durch die Aktionen der Fedayin davon abge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schreckt. Trotzdem fuhren im März 1968 schon 7.000 Lohnabhängige jeden Tag zur Arbeit nach Israel, denn im Gaza-Streifen herrschte unbeschreibliche wirtschaftliche Not. Schon vor dem Krieg war die wirtschaftliche Lage miserabel gewesen, jetzt aber waren auch noch die meisten Vorkriegsjobs verloren.

Als Anfang Januar 1971 zwei israelische Soldaten durch eine Handgranate getötet wurden, durchkämmte die israelische Armee den gesamten Gaza-Streifen. Bürgermeister und Stadtrat wurden entlassen. 20 Stunden am Tag herrschte Ausgehverbot, unterdessen durchsuchten die israelischen Soldaten (unter Führung des berüchtigten Generals Sharon) Haus für Haus. Die Männer wurden auf Plätzen interniert oder mußten, der besseren Kontrolle wegen, bis zu den Hüften im Mittelmeer stehen, während die Soldaten ihre Jagd fortsetzten. 12.000 Menschen wurden in ein Sammellager auf der Sinai-Halbinsel gebracht. Im Juli 1971 — Jordanien zwang die letzten Fedayin-Verbände zum Abzug aus dem Land — „dünnte" die israelische Armee die Flüchtlingslager aus. Täglich sprengten Soldaten Häuser, und Bulldozer zogen breite Schneisen durch die Lager. Ende 1971 war der Widerstand gebrochen. Raschid Schawa wurde von den israelischen Behörden zum neuen Bürgermeister von Gaza bestellt.

In seinem Haus aber soll der kommandierende Offizier der PFLP, Major Husainy, Selbstmord verübt haben. Husainy hatte sich im Hause Schawas versteckt, der gerade versuchte, mit Israelis über Amnestie und Deportation zu verhandeln. Der Fall ist bis heute ungeklärt.

Gemeindewahlen in der Westbank 1972

Im Gaza-Streifen waren die Gemeinderäte bis 1967 von der ägyptischen Militärverwaltung bestimmt worden. In der Westbank hingegen hatte die Bevölkerung auch unter jordanischer Herrschaft wählen dürfen. Im Dezember 1971 nun kündigte Israel Gemeindewahlen in einigen Städten der Westbank an. Die Situation schien günstig: Der bewaffnete Widerstand im Gaza-Streifen war zerschlagen; die Entwicklung einer eigenständigen politischen Bewegung in der Westbank schien im Keim erstickt. Der jordanische König aber hatte sich bei der Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch das Septembermassaker an den palästinensischen Fedayin höchst unbeliebt ge-

den besetzten Gebieten durch das Septembermassaker an den palästinensischen Fedayin höchst unbeliebt ge-

macht. Selbst die projordanischen Notablen sahen sich gezwungen, den jordanischen Herrscher zu kritisieren. Israel hoffte auf proisraelische Gemeinderäte und eine Legitimierung der Besatzung.

Die PLO rief zum Boykott der Wahlen auf: Eine Teilnahme würde die israelische Besatzung legitimieren. Aus Beirut warnte PLO-Sprecher Kamal Nasir, die Wahlen seien Teil eines Komplottes, das Palästinaproblem zu liquidieren, und warnte etwaige Teilnehmer: Die PLO werde in einem solchen Fall nicht untätig zusehen. Anfragen nationalistischer Persönlichkeiten bei der PLO, ob sie nicht kandidieren sollten, da das Ergebnis der Wahlen ein Erfolg nationaler Kräfte gegen die traditionellen Führer werden könnte, brachten die PLO nicht von ihrer Haltung ab. Die kommunistische Untergrundzeitung in der Westbank polemisierte ebenfalls gegen eine Teilnahme an den Gemeindewahlen: Israel wolle den Groll gegen Jordanien ausnutzen und die Besatzung als einzige Alternative zur jordanischen Herrschaft darstellen. Die Kommunisten drohten sogar möglichen Kandidaten Bestrafung an.

Auch der jordanische König rief zunächst zum Wahlboykott auf, denn Hussein fürchtete die Abwahl projordanischer Notablen. Die Wahlen drohten zu scheitern, denn ohne Jordanien, die PLO und die KP würde es keine Kandidaten geben. Im Januar 72 aber wechselte der Haschemiten-König das Lager: Geheime Gespräche zwischen Jordanien und Israel — wie es hieß — seien geführt worden, in denen die Gesprächspartner überein gekommen waren, daß nur traditionelle palästinensische Führer bei den Wahlen eine Chance haben sollten. Welche Argumente hatten Hussein umgestimmt? Schließlich hoffte der jordanische König nun umgekehrt, durch die gleichen Wahlen seinen zerbröckelnden Einfluß stärken zu können. War ihm etwas versprochen worden? Denn vierzehn Tage vor der Wahl schlug er einen jordanisch-palästinensischen Föderationsplan vor, der den Bewohnern der Westbank Autonomie auf kommunaler Ebene versprach; dem König aber alle wesentlichen Rechte sicherte: Hussein wollte Staatsoberhaupt, zentrale Exekutive und Legislative und oberster Befehlshaber in dem zukünftigen palästinensisch-jordanischen Staat bleiben.

Der Boykottaufruf der PLO und der Kommunisten blieb ohne Erfolg. Bei den Wahlen im März 1972 beteiligten sich 84% der Wahlberechtigten (nur Männer, die Vermögenssteuer zahlen) an den Wahlen. Der Druck der israelischen Behörden war groß: Bei Wahlbeteiligung erhielt der Wähler einen Stempel in die Identitätskarte. Die Angst, bei Boykott Sanktionen ausgesetzt zu sein, war groß.

Um nicht den Israelis und dem jordanischen König das Feld zu überlassen, riefen PLO und KP die palästinensische Bevölkerung dazu auf, sich an der zweiten Runde der Wahlen in 13 Südstädten zu beteiligen. Die Unterstützung der *alten* Kandidaten sollte — da Israel praktisch eine Wahlpflicht erzwungen hatte — nun Ausdruck des Protestes gegen die Besatzung sein, denn bei den Wahlen im Norden waren zur Hälfte „neue Gesichter" gewählt worden, die allerdings ebenfalls eine projordanische Politik vertraten.

Wollte die PLO in den besetzten Gebieten Einfluß gewinnen und die politische Führung des nationalen palästinensischen Kampfes behalten, mußte sie ihre Politik der „Ablehnung", des „Alles oder Nichts" ändern. Denn seit Beginn der siebziger Jahre bildete sich auch in den besetzten Gebieten eine nationale palästinensische Führung mit klareren politischen Zielen heraus. Nun begann auch die PLO ihre politische Strategie — in Diskussion mit Palästinensern der besetzten Gebiete — zu revidieren.

Das Mini-Staat-Projekt

Umstrittenster Punkt unter den Palästinensern ist bis heute der sogenannte Mini-Staat geblieben, d.h. die Forderung nach einem souveränen Staat in den von Israel 1967 besetzten Gebieten oder Teilen davon. Einige traditionelle Führer, die unabhängig von Jordanien waren, hatten gleich zu Beginn der israelischen Besetzung ein palästinensisches Gemeinwesen in Anbindung an Israel gefordert. Die Idee hatte damals von keiner Seite Zustimmung gefunden (s.o.). Die einen lehnten ein solches Projekt ab, da sie wieder Untertanen im jordanischen Königreich werden wollten, die anderen strebten panarabische Ziele an. Sie wollten ganz Palästina für die arabische Nation befreien und dachten nicht daran, einen eigenen palästinensischen Staat zu gründen.

freien und dachten nicht daran, einen eigenen palästinensischen Staat zu gründen.

Anfang der 70er Jahre aber hatte sich die Situation gewandelt. In den besetzten Gebieten waren die palästinensischen Nationalisten stärker geworden; täglich mußten die Bewohner den Schikanen der israelischen Besatzer trotzen und sahen sich einem übermächtigen israelischen Militär gegenüber. Der Bevölkerung in der Westbank und in Gaza brachte eine Politik des „Alles oder Nichts" keine Vorteile. Alle Bemühungen, die Okkupation zu beenden, waren erfolglos geblieben: Der bewaffnete Widerstand, die Proteste und Aktionen des zivilen Ungehorsams hatten die Palästinenser kaum ihren Zielen näher gebracht. Langsam setzten sich andere politische Standpunkte durch, die man als „positive Standfestigkeit" bezeichnen könnte, nämlich die Ausnutzung aller Möglichkeiten, die die israelische Militärregierung bot, um die eigenen Interessen zu verwirklichen. Um 1970 wurde das Projekt eines eigenen palästinensischen (Mini-)Staates wieder diskutiert.

Diese Diskussion war vom heutigen Außenminister der PLO, Faruk Kaddumi, schon 1967 innerhalb der Fatah vorgeschlagen worden. Aber noch drei Jahre später, im November 1970, sprach sich Arafat in einem Gespräch mit Westbank-Führern vehement gegen die Forderung eines solchen Staates aus. Aber nicht nur palästinensische Persönlichkeiten, auch die Sowjetunion und Tunesien hatten die gleiche Idee gehabt und Vorschläge zu einer Schritt-für-Schritt-Strategie gemacht, ohne je die Existenz Israels in Frage zu stellen oder gar einen solchen Staat als Zwischenetappe auf dem Weg zur Befreiung ganz Palästinas zu verstehen.

Die PLO lehnte dieses Projekt zunächst rundheraus ab. Die Gründe der PLO gegen einen Mini-Staat waren vor allem: Ein Staat in der Westbank und Gaza sei nicht lebensfähig; er würde von traditionellen palästinensischen Politikern geführt werden; die Existenz Israels werde durch einen solchen Schritt legitimiert; dadurch würden das palästinensische Problem und der palästinensische Widerstand liquidiert. Das palästinensische Volk habe kein Recht, der Teilung und der UN-Resolution 242 (die den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 vorsieht und die Palästinafrage als Flüchtlingsproblem betrachtet) zuzustimmen. Das Recht auf Selbstbestimmung werde nur durch Auslöschung des israelischen Staates mittels des bewaffneten Kampfes erreicht.

Trotz der Absage der PLO an diesen Vorschlag, gewann die Idee des Mini-Staates in den besetzten Gebieten an Boden. Der Journalist Muhammad Abu Shilbaya veröffentlichte im Herbst 1971 konkrete Vorschläge für die Verwirklichung eines solchen Staates: Die besetzten Gebiete sollten fünf Jahre unter UN-Verwaltung gestellt werden. In dieser Zeit könnten die palästinensischen Flüchtlinge zurückkehren, würden Pässe ausgegeben, politische Parteien organisiert, freie Wahlen abgehalten und schließlich die Republik Palästina ausgerufen. Der Verfasser war eher eine politische Randfigur, sein Traum wurde als naiv und defätistisch charakterisiert. Vor allem wurde befürchtet, daß aufgrund fehlender politischer Macht, die israelische Besetzung zu beenden, das Ergebnis dieses Planes nicht viel anders aussehen würde als die von Scheich Jabari geforderte Autonomie unter israelischer Herrschaft — Befürchtungen, die nicht von der Hand zu weisen waren. Trotzdem fand das Mini-Staat-Projekt immer mehr Anhänger in den besetzten Gebieten und wurde schließlich auf dem 12. Palästinensischen Nationalrat im Juni 74 in offener Formulierung („ein palästinensischer Staat auf jedem Stück befreiten Bodens") von der PLO übernommen.

Diese vieldeutige Formulierung und die Festlegung, daß der Mini-Staat nur eine Etappe auf dem Weg zur Befreiung ganz Palästinas sei, vermochten die Einheit der PLO notdürftig zu wahren: Die PFLP verließ zwar das Exekutiv-Komitee und bildete mit einigen anderen Gruppen die Ablehnungsfront *innerhalb* der PLO, die Befreiungsorganisation aber wurde nicht gespalten. Die Änderung der politischen Strategie der PLO aber wurde dadurch verlangsamt, aber nicht aufgehalten. Denn die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung sah in einem Mini-Staat an der Seite Israels eine mögliche Perspektive, während die Zerstörung des zionistischen Staates in absehbarer Zeit völlig unrealistisch erschien.

Entscheidenen Anteil an dieser Wende innerhalb der PLO hatten — neben einer realistischeren Einschätzung des Kräfteverhältnisses — die nationalen und demokratischen Kräfte in den besetzten Gebieten.

Die neue nationale Bewegung

Die neue nationale Bewegung

Im Januar 1973 beschloß der Palästinensische Nationalrat — das höchste Beschlußorgan der PLO —, in der Westbank und in Gaza eine Nationale Front zu gründen, um die politische Demoralisierung der Bewohner zu überwinden und um eine politische Basis für ein zukünftiges unabhängiges Regime zu schaffen. Die neue Front solle ein Signal setzen, hieß es, und zeigen, daß in den besetzten Gebieten kein politisches Vakuum herrsche, das Jordanien und Israel nutzen könnten. Noch zu diesem Zeitpunkt war die nationale Bewegung in Westbank und Gaza ziemlich schwach, die Debatten in Beirut und die Empörung über die Ermordung dreier palästinensischer Führer in Beirut durch israelische Kommandos im April 1973 gaben den nationalen Aktivitäten indes Auftrieb.

Im Juli des gleichen Jahres appellierten 107 prominente Bürger der Westbank und Gazas an den UNO-Generalsekretär: Sie forderten das Ende der Besatzung und Selbstbestimmung für das palästinensische Volk. Eine gemeinsame Definition, was denn unter Selbstbestimmung verstanden werden sollte, fanden die Politiker der besetzten Gebiete nicht. Sie waren über diese Frage ähnlich zerspalten wie die PLO-Aktivisten: Sollte das Selbstbestimmungsrecht in ganz Palästina gelten, in den Grenzen von 1948 oder sollte der UN-Teilungsplan von 1947 die Grundlage bilden? Wollte man Israel anerkennen oder war der Mini-Staat nur ein Zwischenstadium, das es schnell zu durchlaufen galt? Allerdings waren die Kräfte, die auf Verhandlungen und das Mini-Staat-Projekt setzten, in den besetzten Gebieten erheblich einflußreicher als in der PLO.

Ohne daß diese Widersprüche ausgeräumt worden wären, wurde im August die Palästinensische Nationale Front in den besetzten Gebieten gegründet. Sie war eine Koalition unabhängiger Politiker und politischer Gruppen, unter anderem gehörten der Front die Fatah, DFLP, KP, Baath und für kurze Zeit die PFLP an. Die Palästinensische Nationale Front definierte sich als „*untrennbarer Teil der palästinensischen Nationalbewegung, repräsentiert durch die PLO*". Das 13-Punkte-Manifest (15.8.73) forderte: Schutz der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, Selbstbestimmung, Recht auf Rückkehr, Rückweisung der Pläne, ein separates Gebilde unter israelischer Kontrolle zu bilden (also Zurückweisung jedweder Autonomieprojekte), Ablehnung des Allon-Planes und des Konföderationsplanes König Husseins, Verteidigung des Landes, der Wirtschaft, der Kultur und der Heiligen Stätten, Entwicklung des Widerstandes und Einheit des palästinensischen Kampfes. Auf Drängen der KP wurde das Ziel, einen demokratischen nationalen Staat in ganz Palästina zu errichten, aus der Endfassung gestrichen; die Kommunisten indes konnten die anderen Gruppen nicht bewegen, als Grenzen eines eigenen Staates die von 1967 festzulegen. Die KP nahm ihrerseits die Anerkennung der UN-Resolution 242 zurück. Die PFLP aber vermutete liquidatorische Tendenzen.

Trotz dieser Widersprüche und Unstimmigkeiten gewann die Palästinensische Nationale Front nach dem Oktoberkrieg 1973 an Einfluß. Die nationale arabische Stimmung erfaßte auch Palästina, nach den Teilsiegen der ägyptischen Armee schien die Lage aussichtsreicher und Israel nicht mehr unangreifbar. Die führende Rolle der KP in der Front wurde deutlicher: PNF und auch die Jordanische Kommunistische Partei forderten jetzt die internationale Anerkennung der PLO als einzige Repräsentantin des palästinensischen Volkes — eine wichtige Voraussetzung für Verhandlungen — und *explizit* einen unabhängigen Staat in der Westbank und im Gaza-Streifen.

In einer Botschaft vom 1.12.73 drängte die PNF die Führung der PLO, an der geplanten Genfer Konferenz teilzunehmen, wenn sie eingeladen würde. (Auf der Genfer Konferenz sollte Ende 1974 das Nahostproblem unter Schirmherrschaft der beiden Großmächte verhandelt werden.) In demselben Schreiben rieten sie der PLO, sich vor „sentimentalen" und abenteuerlichen Versuchen zu hüten, da angesichts der internationalen Lage nicht alle palästinensischen strategischen Ziele realisiert werden könnten.

Es gelang der Front, den Obersten Moslemischen Rat in Jerusalem zu bewegen, Anfang Dezember ein Statement herauszugeben, das die Anerkennung der PLO durch den Arabischen Gipfel in Algier im Dezember 73 gegen König Hussein — der dagegen votierte — und Israel unterstützte. Israel reagierte hart. Noch in der ersten Dezemberwoche wurden acht Führer der PNF ausgewiesen.

Der jordanische König indes war

berwoche wurden acht Führer der PNF ausgewiesen.

Der jordanische König indes war

nicht untätig geblieben. Auch er wollte von den Ergebnissen des Oktober-Krieges, an dem seine Armee nicht teilgenommen hatte, profitieren, denn in die nahöstliche Diplomatie war Bewegung gekommen. Schon im Mai 73, kurz nach dem Beschluß der PLO, eine Palästinensische Nationale Front in den besetzten Gebieten zu gründen, hatte der Haschemiten-König ein Ministerium für die besetzten Gebiete eingerichtet, um der geplanten PNF eine eigene Institution entgegenzusetzen. Aufgabe dieses Ministeriums war es, Gelder und Lizenzen zu verteilen, um die schwindende Loyalität der westjordanischen Bevölkerung für den Monarchen zurückzugewinnen. An ehemalige jordanische Staatsangestellte zahlte der König plötzlich wieder Gehälter. Am Abend des Oktoberkrieges ließ Hussein 750 politische Gefangene frei und amnestierte 2.500, die seit dem jordanischen Bürgerkrieg 1970/71 auf der Schwarzen Liste gestanden hatten.

Jetzt, am Ende des Oktoberkrieges, hoffte König Hussein an den Verhandlungen über das Nahostproblem beteiligt zu werden. Der jordanische Monarch führte Gespräche mit dem damaligen amerikanischen Außenminister Kissinger, der zwischen Israel und Syrien/Ägypten bilaterale Truppenentflechtungsabkommen aushandelte. Dem König brachten diese Gespräche keinen Erfolg; sie zeigten aber, daß der König trotz der Beschlüsse des Arabischen Gipfels in Algier (s.o.) das Vertretungsrecht der Palästinenser in den besetzten Gebieten weiterhin beanspruchte.

Als im Frühjahr 1974 die PNF immer deutlicher für eine begrenzte territoriale Lösung und für eine Beteiligung an der Genfer Konferenz eintrat, zog sich die PFLP (Habasch) aus der Front zurück, wenig später auch aus dem Exekutiv-Komitee der PLO (s.o). Sie beharrte weiter darauf, daß nur durch einen langdauernden Guerillakampf Israel zerstört und Palästina befreit werden könnte.

Der Einfluß der PNF in den besetzten Gebieten aber wuchs, je klarer ihre politischen Ziele wurden. Zwischen Februar und Juli 1974 — in den Monaten also, in denen die politische Strategie der PLO und der PNF überdacht und verändert wurden — verhaftete das israelische Militär Hunderte von Mitgliedern und Kadern der PNF. Eine verhandlungsbereite PLO, die keine maximalistischen Ziele mehr vertrat, die eine Existenz Israels nicht mehr in Frage stellte und auf dieser Basis eigene nationale Rechte einforderte, war der israelischen Regierung natürlich weniger lieb als die alte PLO.

Im Juni beschloß der 12. Palästinesische Nationalrat das 10-Punkte-Programm — nicht zuletzt ein Erfolg des wachsenden Einflusses der Politiker aus den besetzten Gebieten, die erst seit dem 10. Palästinensischen Nationalrat 1972 in diesem offiziell vertreten sind, wegen der israelischen Ausreisebeschränkungen aber an den Sitzungen nicht teilnehmen können. Dort heißt es: Die Befreiungsorganisation sei gewillt, „*auf jedem befreiten Teilstück des palästinensischen Territoriums*" einen palästinensischen Teilstaat zu errichten. Strategisches Ziel aber blieb die Gründung eines demokratischen säkularen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas, wie in der PLO-Charta festgeschrieben.

Vor dem nächsten arabischen Gipfel in Rabat (Oktober 74), der *mit* der Stimme Husseins die PLO als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes einschließlich der besetzten Gebiete bestimmen sollte, brachen die Widersprüche zwischen Anhängern der PLO und projordanischen Notablen noch einmal aus. Beide Gruppen verfaßten Petitionen. Die Position des Königs in den besetzten Gebieten aber war längst geschwächt: Der Gipfel votierte einstimmig für die PLO.

König Hussein indes erkannte diesen Beschluß nur mit Einschränkungen an und handelte sich einige Sonderrechte aus: Jordanische Rechtsprechung bleibt in der Westbank bis zur Befreiung gültig; der alte Status der Westbank kann jederzeit wieder hergestellt werden, wenn eine arabische Gipfelkonferenz ihre Entscheidung zurücknehmen sollte; die Einwohner der Westbank und Transjordaniens müßten nach der Befreiung entscheiden, ob beide Territorien der jordanischen Krone unterstellt werden sollten. Diese Einschränkungen blieben nicht leeres Papier: Sie haben ihren Niederschlag im Fahd-Plan von 1982 und im jordanisch-palästinensischen Amman-Abkommen von 1985 gefunden. Unter dem Vorwand, die Bewohner in der Westbank könnten unter Besatzung nicht mitwählen, verschob der jordanische König die Parlamentswahlen 1974 und ernannte erst 10 Jahre später westjordanische Parlamentsabgeordnete. Denn 1984 schien es — nach der Niederlage der PLO in Beirut —, als kön-

jordanische Parlamentsabgeordnete. Denn 1984 schien es — nach der Niederlage der PLO in Beirut —, als kön-

ne der Haschemiten-König der Befreiungsorganisation das Alleinvertretungsrecht abjagen. Auch in den jordanischen Wirtschaftsplänen nach 1974 wurde die Westbank nicht mehr berücksichtigt. Heute freilich plant der König wieder ein gigantisches Wirtschaftsprogramm für diese Gebiete.

Eine Woche nach dem Gipfel in Rabat hielt PLO-Chef Arafat vor der UNO-Vollversammlung seine berühmte Rede. In den besetzten Gebieten verfügte das israelische Militär wieder Ausweisungen und Verhaftungen. Der Machtverfall der traditionellen Führungsschicht aber setzte sich rapide fort.

Nahost-Kommission

Anm. d. Verf.: Dem aufmerksamen Leser der Nahostseiten wird nicht entgangen sein, daß sich unsere Sichtweise der Palästinafrage verändert hat. Das ist beabsichtigt und durchdacht.

Quellen:

Naseer H. Aruri and Samih Farsoun, Palestinian Communities and Arab Host Countries, in: Khalel Nakleh, Elia Zuraik, The Sociology of the Palestinians, London 1980

Alain Dieckhoff, A Propos des Territoires Arabes Occupés, in: L'Afrique et l'Asie Modernes, No. 141, Eté 84

Ann Moseley Lesh, Political Perceptions of Palestinians on the West Bank and the Gaza Strip, Washington 1980

diess., Gaza; The Forgotten Corner of Palestine, in: Journal of Palestinian Studies, Autumn 1985, S. 43 - 61

J. Metzger, M. Orth, C. Sterzing, Das ist unser Land, Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung, Bornheim-Merten, 1980

Palästina-Dokumentation Nr. 7, Der Einfluß israelischer Besatzung auf die Wirtschaft der Westbank und des Gaza-Streifens, aus einer Studie von Brian von Arkadie, Benefits and Burdens: A Report on the West Bank and the Gaza Strip Economies Since 1967

Moshe Shemesh, The West Bank: Rise and Decline of Traditional Leadership, June 1967 to October 1973, in: Middle Eastern Studies, July 1984/3, S. 290 - 323

Shaul Mishal, Nationalism through Localism: Some Observations on the West Bank Political Elite, in: Middle Eastern Studies, Oct. 1981/4, S. 477 - 491

Salim Tamari, The Palestinians in the West Bank and Gaza, the Sociology of Dependency, in: Nakleh, Zureik, a.a.O.



Otto Schily: Das Regime im Iran isolieren!

Zum Besuch des iranischen Außenministers erklärt Otto Schily, MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuß:

Die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Beendigung des Golfkrieges ist zu begrüßen, auch wenn sie reichlich spät kommt und bisher noch keine Sanktionen zu ihrer Durchsetzung beschlossen wurden.

Die Tatsache, daß sich das terroristische und blutbefleckte Regime des Ayatollah Khomeini sich den Forderungen des Sicherheitsrates widersetzt und einen sofortigen Waffenstillstand ablehnt, sollte zur Folge haben, den internationalen Druck auf Teheran zu verstärken.

Das terroristische Regime im Iran muß isoliert und international geächtet werden. Jede Nachgiebigkeit und Willfährigkeit gegenüber den gegenseitigen Machthabern in Teheran wird den mörderischen Golfkrieg nur verlängern und weitere von Teheran gesteuerte Morde und Geiselnahmen begünstigen.

Der ehrenvolle Empfang, der heute dem iranischen Außenminister Ali Akbar Velayati in Bonn zuteil wird, ist deshalb äußerst fragwürdig. Velayati wird nicht nur mit Außenminister Genscher, sondern auch mit Bundeskanzler Kohl und sogar mit Bundespräsident von Weizsäcker zusammentreffen. Anstelle roter Teppiche für Velayati wäre jetzt notwendig:

1. Solidarität mit Frankreich in seiner Auseinandersetzung mit Khomeini
2. Ein striktes Waffenembargo gegenüber dem Iran und
3. wirtschaftliche Repressalien unter anderem in Gestalt eines internationalen Boykotts des iranischen Erdöl-Exports.



GRÜNE fordern: Keine

GRÜNE fordern: Keine Unterstützung der Kriegsparteien im Persischen Golf durch die Bundesregierung

Angelika Beer MdB, Mitglied im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle, erklärt zur Eskalation des militärischen Konflikts im Persisch-Arabischen Golf:

Der Golf und der gesamte Mittlere Osten stellen eine Region dar, die durch mehrere explosive Konflikte gekennzeichnet ist. Die Golfregion wird immer mehr zu einem Gebiet, vergleichbar mit dem Balkan vor dem Ersten Weltkrieg: Der mögliche Auslöser einer nicht zu kontrollierenden Eskalation zwischen den Großmächten.

Jede Militarisierung, sei es durch usamerikanische, französische, sowjetische oder bundesdeutsche Waffenlieferungen, sei es durch die weitere Verstärkung von Kanonenbootflotten im Golf oder auf irgendeine andere Weise, ist daher ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, das sofort eingestellt werden muß.

Äußere Einmischung, insbesondere durch die NATO-Staaten unter Führung der USA, verschärft und verlängert den Krieg. Geplante Maßnahmen der Bundesregierung, durch Zuweisung zusätzlicher Aufgaben an die Bundesmarine im Mittelmeer oder Atlantik die US-Marine zu entlasten und so deren Präsenz im Golf zu unterstützen, tragen zur weiteren Eskalation bei und müssen unterbleiben.

Beide Kriegsparteien im Golfkrieg tragen gleichermaßen die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges. Der Iran durch seine Taktik der menschlichen Wellen und der Rekrutierung von Kindern, der Irak durch die Entfesselung des Krieges und den wiederholten Einsatz von Giftgas — auch gegen Zivilisten — mit dem er eine besondere Menschenverachtung bewiesen hat.

Deshalb darf keine der beiden Kriegsparteien durch die Bundesregierung unterstützt werden.

Alle militärischen Verbände dritter Staaten müssen sofort aus dem Golf abgezogen werden und Iran und Irak sind dringend aufgefordert, die Kampfhandlungen sofort einzustellen.



Welche Position im Golfkrieg?

Ellen Olms und Dietrich Schulze-Marmeling zur eurozentristischen Arroganz

Eine Pressemitteilung von Otto Schily — den Krieg Iran-Irak betreffend — gibt uns Anlaß, die Frage nach der grünen Position zum Golf-Krieg aufzuwerfen.

Die Brisanz der Pressemitteilung liegt zweifelsohne darin, daß hier einseitig Position zugunsten des Irak bezogen wird, wenn auch eher in indirekter Form. So wird ,,Solidarität mit Frankreich in seiner Auseinandersetzung mit Khomeini'', ein ,,striktes Waffenembargo gegenüber dem Iran'' (vom Irak ist nicht die Rede, was der US-Position bezüglich etwaiger Sanktionen und Embargos entspricht) und ,,wirtschaftliche Repressalien (!) unter anderem in Gestalt eines internationalen Boykotts des iranischen Erdöl-Exports'' gefordert.

Was etwas merkwürdig stimmt und bei uns kurzzeitig den Eindruck erweckte, bei der Pressemitteilung handele es sich um eine primitive Fälschung: Die Erklärung steht in einem eklatanten Widerspruch zu der von Otto Schily gepflegten Behauptung, die Lieferung westlicher Großwaffensysteme an Saudi-Arabien stelle eine Bedrohung Israels dar. Abgesehen davon, daß diese Waffensysteme (z.B. AWACs-Aufklärer, Minensuchboote etc.) derzeit der amerikanischen Armada im Golf zur Seite stehen und zur ,,Solidarität mit Frankreich'' beitragen, muß die bezüglich Saudi-Arabien postulierte Behauptung notwendigerweise auch für Waffentransfers an den Irak gelten. Israel unterstützt den Iran im Golf-Krieg ja nicht zuletzt deshalb, weil es im arabischen Irak die größere ,,Bedrohung'' seiner Sicherheit erblickt. Es sei nur daran erinnert, daß die israelische Luftwaffe 1981 einen Reaktor in der Nähe von Bagdad bombardierte. Irgendwo hapert's also mit der Logik ... Nachforschungen bei der Pressestelle ergaben jedenfalls, daß es sich bei der besagten Pressemitteilung keineswegs um eine Fälschung handelt, verfaßt zum Zwecke der Desavouierung. Von daher wird man sich wohl mit ihr auseinandersetzen müssen.

Beginnen wir mit der ,,Solidarität
verfaßt zum Zwecke der Desavouierung. Von daher wird man sich wohl mit ihr auseinandersetzen müssen.

Beginnen wir mit der ,,Solidarität mit Frankreich'': Eine solche ist unseres Erachtens gänzlich unangebracht, da dieses Land mit dem Krieg von Beginn an ein blutiges Geschäft betrieb. Frankreich verhielt sich in der Auseinandersetzung zudem alles andere als unparteiisch, weshalb der aktuelle Konflikt mit dem Iran a.) nicht unerwartet kommt und b.) von Frankreich zu einem Gutteil selbst provoziert wurde. Wer derart tief in den Krieg verstrickt ist, der muß sich nicht wundern, wenn die Auseinandersetzung — und sei es in der Form des Terrorismus — auf sein eigenes Territorium herüberschwappt. Gegenüber dem Terror des Golf-Krieges, der dank französischer Waffenlieferungen seit nunmehr 7 Jahren geführt wird, erscheint die Herausforderung, die nun in Frankreich die Gemüter erhitzt, als ein müder Abklatsch. Wenn Frankreich jahrelang Tonnen von Waffen in den Krieg hineinpumpt, dann darf es sich nicht wundern, wenn die Kriegspartei, die ihre Interessen durch das französiche Engagement negativ tangiert sieht, nicht nur gegenüber dem unmittelbaren Kontrahenten, sondern auch gegenüber dessen Protegé Vergeltung übt. Es gibt gute Möglichkeit, sich gegenüber einem Durchschlagen des Golf-Krieges auf das eigene Territorium zu schützen: Neutralität und vor allem Disengagement.

Davon kann allerdings bislang nicht die Rede sein. Bereits 1982 kam es zum Konflikt zwischen Paris und Teheran, nachdem Frankreich dem Irak Super-Etendard-Kampfmaschinen lieferte. Von allen westlichen Staaten unterhält Frankreich die materiell gesehen einseitigsten und engsten Beziehungen zu einer der Kriegsparteien. Laut SIPRI gehen heute nicht weniger als 40% des französischen Rüstungsexports in den Irak. 1982-84 wurden für 5 Mrd. US-Dollar Waffen geliefert, darunter 89 Mirage-F-1-Kampfflugzeuge und 5 Jagdbomber des bereits genannten Typs Super-Etendard, bestückt mit den berüchtigten Exocet-Raketen, die mittlerweile auch einen durchschlagenden Erfolg gegen ein US-Kriegsschiff zeitigten. Die irakischen Piloten wurden in Frankreich (Bretagne) ausgebildet. Längst übersteigt der Gesamtwert der französischen Verkäufe die Summe von 7 Mrd. US-Dollar. Allein 1986 betrug die Neuverschuldung des Iraks für französische Rüstungsgüter um eine halbe Mrd. Dollar (alle Angaben nach SIPRI 1986). Der französische Beistand bezüglich des Ausbaus der irakischen Luftwaffe befähigte Bagdad zu jenen Angriffen gegen Ziele im iranischen Hinterland, die so viele Zivilisten das Leben kosteten. Sie verbesserten des weiteren die irakischen Möglichkeiten im ,,Tanker-Krieg'', der ja bekanntlich (?) vom Irak und nicht vom Iran eröffnet wurde. (Der Irak ist hinsichtlich des Transports seines Öls überhaupt nicht auf Tanker angewiesen, sondern befördert es per Pipeline; von daher kann sich die iranische ,,Tankerdrohung'' ohnehin nur gegen Staaten wie Kuweit und Saudi-Arabien wenden, die auf den Tankertransport angewiesen sind und mit ihren Öleinnahmen die irakische Kriegsführung mitfinanzieren).

Der Irak ist heute bei Frankreich hochverschuldet, ja nahezu zahlungsunfähig. Die Behauptung, daß der Irak Frankreich mittlerweile ,,gehört'', ist somit gar nicht unbedingt übertrieben.

Im übrigen sei noch angemerkt, daß auch die BRD — über Koproduktionen, die dann mit französischem Etikett in den Irak gehen — an der irakischen Kriegsführung mitverdient.

Eine ,,Solidarität mit Frankreich'' ist unserer Auffassung nach weder moralisch noch politisch gerechtfertigt. So wie die Dinge nun einmal liegen, impliziert ,,Solidarität mit Frankreich'' zwangsläufig: ein ,,Ja'' zu den französischen Rüstungsexporten an den Irak wie ein ,,Ja'' zum französischen Flottenaufmarsch. Die bisherige Position der ,,GRÜNEN'', der zufolge wir Rüstungsexporte prinzipiell ablehnen, würde an Glaubwürdigkeit verlieren. Zudem: Wenn Frankreich und andere westliche Staaten heute für eine Beendigung des Krieges plädieren — wobei Zweifel angebracht sind, ob dies tatsächlich ihren Interessen entspricht, oder ob es sich bei der UN-Resolution um eine diplomatische Floskel mehr handelt, die nichts kostet —, dann nur deshalb, weil sie zu der Einschätzung gelangen, daß die Kriegshandlungen sich mittelfristig nicht mehr länger begrenzen lassen und der Wiederaufbau die profitablere Perspektive bietet. Zumal dann wohl beiden Staaten gar nichts anderes übrig bleiben wird, als bei den NATO-Staaten um ökonomi-

die profitablere Perspektive bietet. Zumal dann wohl beiden Staaten gar nichts anderes übrig bleiben wird, als bei den NATO-Staaten um ökonomi-

sche (wie rüstungspolitische, was die Wiederbewaffnung der Armeen anbelangt) Hilfen zu buhlen.

,,Solidarität mit Frankreich'' oder irgendeiner anderen externen Macht, die sich in den Konflikt einmischt, läuft zudem darauf hinaus, ein etwaiges militärisches Eingreifen zu ermuntern, zumindest aber abzudecken und zu legitimieren. Die EG-Solidaritätsbekundungen bezüglich der amerikanischen Sanktionen gegenüber Libyen hatten seinerzeit ja auch nur zur Folge, daß sie Washington zur kriegerischen Aggression ermunterten.

Was anstatt derartiger ,,Solidaritätsbekundungen'' (zum Glück interessiert die Franzosen nicht, was Otto Schily über ihr Agieren denkt) vielmehr angesagt ist, das ist die Forderung, daß sich alle externen Mächte militärisch aus der Region zurück zu ziehen haben. Externe Interventionen verstärken die Gefahr einer weiteren Eskalation. Und dies alles in einer Region, die nicht ganz zu Unrecht gemeinhin als möglicher Ausgangspunkt einer globalen Konfrontation betrachtet wird.

,,Ein striktes Waffenembargo gegenüber dem Iran'': Selbstverständlich. Indes: Was spricht dagegen, dieses auch auf den Irak auszuweiten? Die prinzipielle Ablehnung von Rüstungsexporten verlangt dies ohnehin. Aus welchem Grunde soll der Irak auch fortan in den Genuß von westlichen Waffenlieferungen gelangen? Die Tatsache, daß das Regime stärker die Anlehnung an den Westen sucht, macht es noch lange nicht zu einer demokratischen und unterstützenswerten Angelegenheit (s.u.). Ein einseitiges Rüstungsembargo gegen den Iran, bei fortgesetzter Aus- und Aufrüstung des Iraks, dürfte kaum dazu angetan sein, den Krieg zu beenden. Daß der Irak überhaupt noch Krieg führen kann, verdankt er ja in erster Linie den französischen Unterstützungsleistungen, seien sie nun ökonomischer oder militärischer Art.

Bei dem Regime in Teheran handelt es sich unserer Ansicht nach um ein theokratisch-faschistisches, das bekämpft gehört. Mit seiner jahrelangen Unterstützung des Schah-Regimes hat der Westen allerdings jeden Anspruch verwirkt, als Hüter von Demokratie und Menschenrechten im Iran aufzutreten. Dem Westen geht es nicht vorrangig um Realisierung von Demokratie und Menschenrechten, sondern um die Etablierung eines pro-westlich denkenden Regimes in Teheran, notfalls auch in der Form einer modernisierten Ausgabe der theokratischen Diktatur. Wenn die Westorientierung mit Demokratisierung korrespondiert, dann ist dies gut, aber nicht unbedingt notwendig. Der NATO-Staat Türkei ist ein gutes Beispiel für das taktische Verhältnis des Westens gegenüber Fragen der Demokratie und der Menschenrechte. Hauptsache pro-westlich. Und: So demokratisch wie möglich, so repressiv wie nötig.

Die Klärung der Verhältnisse im Iran im demokratischen Sinne ist in erster Linie eine inneriranische Angelegenheit. Oder, ganz ungrün formuliert: eine Frage von Bürgerkrieg.

Eine einseitige Unterstützung des Regimes in Bagdad ziemt sich allein schon deshalb nicht, weil es sich dabei nicht minder um eine extrem repressive Angelegenheit handelt. Für den Fall, daß es bislang entgangen ist: Jede auch nur verbale Kritik an Saddam Hussein wird mit der Todesstrafe belegt. Um den Krieg fortführen zu können, betreibt das Hussein-Regime eine brutale Politik der Zwangsrekrutierung. Und was die irakische Kriegsführung anbelangt: Diesbezüglich ist der Irak nicht zimperlicher als sein Kontrahent. Im Gegenteil: Der Irak flog als erster Bombereinsätze gegen zivile Ziele im gegnerischen Hinterland. Des weiteren darf als gesichert betrachtet werden, daß der Irak im Golf-Krieg C-Waffen einsetzte. Es gibt somit überhaupt keinen Grund, einseitig für das Hussein-Regime Partei zu ergreifen.

Die GRÜNEN sollten die Regime in Teheran und Bagdad gleichermaßen verurteilen und demokratische Regungen in diesen Ländern unterstützen. Jedenfalls sofern es sich dabei nicht schlicht um ,,fünfte Kolonnen'' der einen oder anderen Kriegspartei handelt oder lediglich die Errichtung von bürgerlichen ,,Fassadendemokratien'' intendiert wird.

Abschließend noch eine generellere Bemerkung: Es gibt eine ,,eurozentristische Arroganz'' gegenüber dem Golf-Krieg, die auch in Otto Schilys staatsmännischer Erklärung durchschimmert. Allein schon die forsche Androhung von ,,Repressalien'' stimmt uns bedenklich. Es geht zudem gar nicht um Repressalien. Es geht schlicht und einfach darum, daß sich der Westen aus diesem Krieg endlich zurückzieht, in den er schon längst bevor er die erste Flotte entsandte, bis zum Halse involviert war. Es geht schlicht und einfach darum, daß der Westen — sei es Frankreich, Großbritannien, die BRD oder die USA — aufhört, auf dem Rücken der Bevölkerung beider Staaten sein eigenes Süppchen zu kochen. Es geht um Disengagement. Die Androhung von Repressalien macht außerdem nur Sinn, wenn man sich ökonomisch wie militärisch am ,,längerem Hebel'' wähnt. Dies trifft für die NATO-Staaten in ihrem Verhältnis zur Dritten Welt zweifelsohne zu. Nur: Es soll doch wohl nicht grüne Politik werden, sich diese Machtposition, die ja nicht zuletzt auf bestimmten internationalen Ausbeutungsverhältnissen beruht, zu eigen zu machen.

Jede ,,eurozentristische Arroganz'' ist aber auch noch aus einem anderen Grunde unangebracht: Das Kriegsgeschehen, das wir ,,dort unten'' erleben, ist doch nicht einfach ,,typisch'' für ,,unterentwickelte Völker'', die nicht einmal dazu in der Lage sind, ,,zivilisiert'' Krieg zu führen. Der Vernichtungskrieg ist nun einmal eine europäische Erfindung (siehe Weltkrieg I sowie ,,Theoretiker'' vom Schlage Ludendorffs etc.), die im iranisch-irakischen Krieg — unter Verwendung von Kriegsmitteln, die den hiesigen Rüstungsschmieden entstammen — lediglich nachvollzogen wird. Und: Sie wurde hier — d.h. in der ,,ersten Welt'' — nach dem zweiten Weltkrieg auf ein Niveau gebracht, daß die Kriegsführung schon wieder als nach dem Kosten-Nutzen-Kalkül nicht praktizierbar erscheinen läßt. Nichtsdestotrotz bleibt die nukleare Vergeltungsdrohung ja existent: Und was deren Einlösung an Massenvernichtung mit sich bringen würde, muß wohl nicht weiter erläutert werden.

Bemerkung: Es gibt eine ,,eurozentristische Arroganz'' gegenüber dem Golf-Krieg, die auch in Otto Schilys
Einlösung an Massenvernichtung mit sich bringen würde, muß wohl nicht weiter erläutert werden.

Dokument

Brief des Bundestreffens der Palästina- und Nahostgruppen an die GRÜNEN

Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes?

Sehr geehrte Damen und Herren,
von einigen Initiatoren aus dem Kreis der Grünen, von medico international, SHO Najdeh und anderen ist die Durchführung einer Nahost-Konferenz im November d.J. vorgeschlagen worden. Die Grünen wurden aufgefordert, das Gelingen einer solchen Konferenz finanziell und organisatorisch entscheidend zu unterstützen. Dies ist am Widerstand grüner Mandatsträger gescheitert. Wir sind darüber erstaunt, daß in der Partei der Grünen — wie die Diskussionen zeigten — das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, so wie es allen Völkern selbstverständlich zukommt, in Frage gestellt bzw. gänzlich negiert wird.

Die Nichtregierungsorganisationen bei der UNO (NGO) haben das Jahr 1987 zum ,,Internationalen Jahr der Solidarität mit dem palästinensischen Volk'' erklärt, weil sich 1987 die Verfolgung und Demütigung der Palästinenser in mehrfacher Hinsicht jährt:
1897 beschloß der 1. zionistische Weltkongreß eine ,,jüdische Heimstätte'' in Palästina zu errichten und dort Boden zu erwerben, um dann Menschen aus aller Welt dort anzusiedeln;
1917 legitimierte die Kolonialmacht Großbritannien in der sogenannten Balfour-Erklärung die europäische Einmischung in Palästina und die tatkräftige Unterstützung der zionistischen Immigration;
1947 wurde der UN-Teilungsbeschluß gefaßt, der den zionistischen Einwanderern 51% des Territoriums Palästinas zusprach. Daraufhin begann die systematische und gewaltsame staatliche Vertreibung der Palästinenser;
1967 besetzte Israel im Juni-Krieg die sog. Westbank und Ghaza, den Golan und Ostjerusalem und hält seitdem ganz Palästina besetzt. 1980 wurde Jerusalem sogar dem Staatsgebiet Israels einverleibt und damit widerrechtlich annektiert — ebenso die Golan-Höhen 1981;
1982 überfiel Israel auch den Nachbarstaat Libanon, um die dorthin geflüchteten Palästinenser erneut zu vertreiben und die PLO zu zerschlagen.

Angesichts dieser Ereignisse und ihrer katastrophalen Folgen für die Menschen, besonders aber wegen der verzweifelten Lage der Palästinenser heute im Libanon, in der Westbank und in Ghaza sowie in den anderen Ländern ihrer Zuflucht, ist es unbedingt notwendig, daß auch wir in der Bundesrepublik für eine gerechte Lösung der Palästinafrage und des Nahostkonflikts offen eintreten und aktiv werden. Der Friede in der Region ist — auch für den Frieden in Europa — unabdingbar. Das palästinensische Volk, das gänzlich unschuldig an unserer Geschichte ist, darf nicht stellvertretend zum Büßer für sechs Millionen in Deutschland und Europa ermordete Juden gemacht werden. Es braucht seinen eigenen Staat, um endlich seine Existenz, seine Kultur, sein Gesundheits- und Bildungswesen, seine Sicherheit usw. in Frieden organisieren zu können. Wie alle Welt sehen kann, ist das weder in Libanon, noch in Jordanien, Ägypten, Israel oder sonstwo realisierbar. Das kann nur in Palästina, in der Heimat der Palästinenser geschehen.

Die geplante Konferenz hätte ein Schritt zur Unterstützung einer gerechten Friedenslösung, wie sie längst auch international eingefordert wird, sein können. Offenbar herrscht in grünen Kreisen jedoch mangelndes Verständnis, zumindest aber Unkenntnis über Ziele, Programm und Rolle der PLO, die vom palästinensischen Volk als seine authentische, legitime und einzige Vertretung betrachtet wird. Darüberhinaus ist die PLO und ihr Programm von der UNO, der Bewegung der Blockfreien, der Arabischen Liga, der Organisation für afrikanische Einheit sowie von 134 Staaten als rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt worden.

Wir fordern daher die Partei der Grünen auf, im Sinne des internationalen Rechts und der Gebote der Menschenrechtsvereinbarungen die israelische Besatzung anzuklagen und vorbehaltlos für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, nämlich Selbstbestimmung, Rückkehr in die Heimat, Errichtung eines unabhängigen Staates, einzutreten.

Dortmund, den 11.7.1987
Bundestreffen der Palästina- und Nahostkomitees

Der Störfall als Normalfall

Das AKW Mühlheim-Kärlich geht ans Netz

Dienstag, 11. August, 11.00 Uhr, AKW Mühlheim-Kärlich: Spaziergänger, die zufällig in der Nähe sind, schrecken hoch. Alarmsirenen heulen auf, Fuerwehrfahrzeuge rasen über das Gelände. Ein Strahlenmeßtrupp in voller Ausrüstung verläßt das AKW-Gelände und entnimmt am nahen Rheinufer Wasserproben.

Was war passiert? Langsam und über Umwege findet die Nachricht zu den örtlichen BIs.

Mittwoch, 12. August: Die ersten Anrufe im AKW. Der Sicherheitsdienst weiß von nichts. Kein Dementi, keine Bestätigung. Die Anrufe häufen sich. Der Sicherheitsdienst — er kann wohl den Anrufen nicht ausweichen — wandelt sich: ,,Hier Putzstelle des Kernkraftwerks Mühlheim-Kärlich. Ich weiß kein Bescheid''. Vertröstung auf Donnerstag morgen.

Nun endlich, Donnerstag 9.30 Uhr, die erste ,,fundierte'' Antwort: AKW-Direktor Horst Gutmann dementiert und schreibt die Beobachtung von Dienstag einer ,,regen Phantasie von Kernkraftgegnern'' zu.

In der zuständigen Aufsichtsbehörde der Landesregierung Rheinland-Pfalz ist mensch entweder noch nicht so dreist, oder das Chaos und damit der vermutete Zwischenfall hat doch größere Dimensionen. Auf Nachfragen der Presse räumt das Mainzer Umweltministerium ein, daß ein Vorratsbecken für Borwasser übergelaufen sei. Es habe ein Leck in irgendeinem System gegeben. Natürlich bestehe keinerlei Gefahr für die Bevölkerung. Zu den geschilderten Beobachtungen von Dienstag konnte die Pressestelle zunächst nichts sagen. Nach Rücksprache mit einem Experten des Ministeriums, der sich am Mittwoch rein zufällig im AKW befunden habe, erklärt sie, es habe eine routinemäßige Übung der Feuerwehr stattgefunden. In einem späteren Gespräch mit dem Experten Dipl. Ing. Wirts bestreitet dieser die Aussagen der Pressesprecherin bezüglich eines Lecks. Es laufe alles normal. Dieser Meinung ist auch die AKW-Direktion. Dr. Grau geht jedoch diesmal so weit, eine Feuerwehrübung für Mittwoch zuzugeben.

Das Problem bleibt: Beobachtet wurden Alarm, Feuerwehrübung und Strahlenschutztrupp nicht am Mittwoch, sondern am Dienstag, zur Zeit des inzwischen zugegebenen Zwischenfalls im AKW. Einen Versuch der ,,Klärung'' macht das Mainzer Umweltministerium am Freitag, 14. August, mit einer Presseerklärung. Die Varianten ,,harmloser Zwischenfall am Dienstag'' und ,,Feuerwehrübung am Mittwoch'' werden aufrechterhalten.

Die Widersprüche nehmen kein En-
am Mittwoch'' werden aufrechterhalten.

Die Widersprüche nehmen kein Ende. In einem Rundfunkinterview (SWF 1) bestätigte AKW-Direktor Horst Gutmann überraschend die Zeugenbeobachtungen von Dienstag bis in die zeitlichen und örtlichen Details. Von einem Zwischefall ist allerdings hier keine Rede. Sein Kollege, Dr. Grau, kann sich in einem Telefongespräch mit den Grünen Rheinland-Pfalz zu einer detaillierten Bestätigung, vor allem der Wasserprobenentnahme, nicht durchringen. Er findet aber zu der genialen Variante, Feuerwehrübungen sowohl für Dienstag als auch Mittwoch zu bestätigen.

Soweit der Bericht über einen alltäglichen Störfall in einem AKW, der einmal nicht vertuscht werden konnte. Die Landesregierung ist mittlerweile in die Offensive gegangen. Sie gestand Widersprüchlichkeiten ein und kündigte für die nächste Zeit einen wöchentlichen Routinebericht an, sozusagen als Beruhigungspille. Notwendig im Sinne von Betreiber und Landesregierung erscheint das allemal. Bereits beim Störfall vom 27.8.85 konnten sich beide nicht so recht einigen: Die Landesregierung behauptete ,,Bedienungsfehler und einwandfreie Konstruktion''; Betrieber RWE bestand auf ,,Konstruktionsfehler und einwandfreie Bedienung''.

Inzwischen sollen insgesamt 13 Schnellabschaltungen erfolgt sein, eine am 26.5.86 von Hand, nachdem die automatische Schnellabschaltung mehrfach nicht ansprach. Einen Monat nach Tschernobyl stand hier die nächste Atomkatastrophe ganz kurz bevor. Störfälle im AKW Mühlheim-Kärlich sind eigentlich der Normalfall. Dieser Reaktortyp ist weitgehend baugleich mit dem Katastrophenreaktor von Harrisburg (US-Lizenz) und wurde in der BRD durch den Schweizerischen Konzern Brown, Boverie & Cie AG (BBC) errichtet. Mühlheim-Kärlich war der erste und Druckwasserreaktor dieser Größe, den BBC baute. Mindestens dreimal mußte der Konzern alle Pläne verwerfen und das AKW komplett neu planen. In den USA, wo diese Reaktorlinie von der offiziellen Atomaufsichtsbehörde NRC als die störanfälligste amerikanische Reaktorenentwicklung bezeichnet wird, gibt es eine Initiative bis in Gouverneurskreise, diese Atomanlagen endgültig stillzulegen. Dort wurde mittlerweile auch klargestellt, daß alle Nachbesserungen nach Harrisburg daran nichts geändert haben.

Die Risikofreudigkeit der RWE, die
Nachbesserungen nach Harrisburg daran nichts geändert haben.

Die Risikofreudigkeit der RWE, die das AKW Mühlheim-Kärlich 1973 in Auftrag gab, bezieht sich nicht nur auf die Konstruktion des Reaktors, die gilt auch für den Standort. Untergrund, Metereologie, Bevölkerungsdichte und Evakuierungs,,un''möglichkeiten machen Mühlheim-Kärlich zu einem der ungünstigsten AKW-Standorte der Welt (Risikostudie des ÖKO-Instituts). So wurde das AKW z. B. in vollständiger Kenntnis der Geologie auf einer Erdbebenverwerfung errichtet. Die gerichtliche Anfechtung der Standortwahl wurde dann mit einer besonderen Delikatesse abgebügelt: Die Gutachter von RWE, BBC und Hochtief wurden einfach von der Genehmigungsbehörde als unabhängige Sachverständige herangezogen. Anschließend wurden sie dann noch als Gutachter zur Begutachtung ihrer eigenen Gutachten herangezogen.



Blockade des Haupttors am AKW Mühlheim-Kärlich am 9.8.87

Das hartnäckige Interesse der RWE, mit dem sie über alle Widrigkeiten hinweg das AKW-Projekt durchboxte, liegt zum Teil auch in dem hier erstmals gewählten Finanzierungsmodell begründet: eine der Varianten westdeutscher Kapitalfluchtstrategien in den 70er jahren.

Die Rheinisch West-
mals gewählten Finanzierungsmodell begründet: eine der Varianten westdeutscher Kapitalfluchtstrategien in den 70er jahren.

Die ,,Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG'' (RWE) — größter privatwirtschaftlicher Stromerzeuger und -händler Europas —, die beiden BRD-Großbanken Deutsche Bank und Dresdner Bank plus Schweizerische Kreditanstalt Zürich (SKA) als ausländisches Alibi, gründeten 1975 in Luxemburg eine Aktiengesellschaft, die SCN, Es handelt sich dabei um eine ,,Briefkastenfirma''; Postadresse ist die SEO, ein luxemburgisches Elektrizitätsunternehmen, an dem die RWE wiederum mit 41 % beteiligt ist. Zweck der SCN ist u.a. ,,die Errichtung eines Kernkraftwerks in Mühlheim-Kärlich'' und ,,die wirtschaftliche Nutzung desselben, besonders durch Verpachtung''. Die RWE hält mit 31,01% die größte Beteiligung am Aktienkapital der SCN — die Verflechtungen mit der Deutschen Bank bleiben hier unberücksichtigt. Gleichzeitig ist die RWE Pächter des AKW Mühlheim-Kärlich und zahlt an die SCN allein bei Stillstand 800.000 DM Pachtkosten täglich. Die Laufzeit des Pachtvertrages begann bereits am 1.1.1981, als eine kommerzielle Nutzung noch nicht in Aussicht war. Sie endet frühestens 1997.

Lutz Metz, FU Westberlin, faßt in seinem Kurzportrait der SCN das wesentliche zusammen: ,,*RWE hat Mitte der 70er Jahre bewußt aufgehört, als Eigentümerin von neuen AKWs aufzutreten. Die Vorteile der Leasing-Finanzierung bedeuten, daß die Baukosten schon vor Inbetriebnahme auf den Strompreis abgewälzt werden können. Im Fall der SCN spielen vermutlich folgende Gründe eine Rolle:*

— Die günstige luxemburger Körperschaftssteuer — in der höchsten Progressionsstufe 40% gegenüber 56% in der Bundesrepublik.

— In Luxemburg gibt es für Geschäftsführer und Vorstände keine 'Durchgriffshaftung' — d. h. persönliche Haftung bei persönlicher Verfehlung oder grober Fahrlässigkeit.

— Aktien bzw. Bauzinsen, die in der Bundesrepublik nicht ausgeschüttet werden dürfen, können gezahlt werden.

— Luxemburg gewährt Subventionen von 12 % der Investiionen, die innerhalb von fünf Jahren von der Körperschaftssteuer abgezogen werden dürfen.

— Eine riesige Baustelle, die normalerweise nur Geld kostet, konnte fast ausschließlich durch teures Fremdkapital finanziert werden und warf trotzdem von Anfang an stattliche Gewinne ab, bereits mehr als 60 Mio. DM.'' (1)

Die ,,Kostenexplosion'' (geplant: 1,3 Milliarden; Baukosten 1986: ca. 7 Milliarden) trägt der Stromkunde. Um noch einmal die Dimensionen klar zu machen: Für das Geschäftsjahr 1985/86 gab die RWE ca. 835 Mio. DM an Kosten für das AKW Mühlheim-Kärlich an, das sind ca. 2,2 Mio. pro Tag.

Der Widerstand vor Ort

Der Widerstand vor Ort

Initiiert und getragen wird der Widerstand vor Ort im wesentlichen von der Landeskonferenz der rheinland-pfälzischen Anti-AKW-Initiativen (Lako). Die Lako ist ein Zusammenschluß von aktiven BI's, die sich hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Kampf gegen das AKW Mühlheim-Kärlich gebildet haben. Die tragenden Säulen der Lako sind die Inis aus Neuwied, Andernach, Trier und Koblenz (Argus und Kiga). Grüne, Sozialdemokraten und DKP sind zeitweise auch mit von der Partie, aber insgesamt kann nicht gesagt werden, daß die Lako in einem bestimmten parteipolitischen Fahrwasser liegt. Unterstützt wird die Lako von Initiativen aus Köln und Bonn. Die Anti-AKW-Bewegung ist traditionell relativ schwach in Rheinland-Pfalz; dies zeigt sich gerade auch an der Zusammensetzung der Lako. Es kann nicht von einer repräsentativen Landeskonferenz gesprochen werden. Für die Menschen in Speyer z.B. ist das AKW kein Thema. Dies soll aber nicht heißen, daß die Unterstützung der Bevölkerung in der Nähe des Standorts ,,massenhaft'' ist. Hier ist eher das Gegenteil der Fall. Die Aktionen und Aktivitäten der letzten Zeit dokumentieren das augenscheinlich. Nach Tschernobyl fanden verstärkt regelmäßige Sonntagsspaziergänge um das AKW-Gelände statt. Die Beteiligung aus der Region daran war bis heute eher mäßig.

Ein erster größerer Erfolg der Lako war im Vorfeld der Landtagswahlen eine Demonstration von 3.000 Leuten von Neuwied zum AKW. Eine Koalition quasi aus allen Lagern ,,links von der CDU'' (plus ÖDP) hatte im Land zumindest verbal dafür geworben. Im Gegensatz dazu war die reale Beteiligung — speziell der Sozialdemokraten, für die der ,,Ausstieg aus Mühlheim-Kärlich'' immerhin eine zentrale Forderung im Landtagswahlkampf gewesen war, nur schmal. Nun sind solche Demonstrationen vor Landtagswahlen nicht unbedingt ein Gradmesser für Ernsthaftigkeit und Zähigkeit des Protestes. So blieben dann auch die Sonntagsspaziergänge nach der Demo am 10. Mai auf dem Niveau von 100 bis 200 Leuten.

Einen gewissen Push hatten die AktivistInnen nach der Wiederaufnahme des Probebetriebs am 27. Juli:

— In der Nacht vom 4. auf den 5. August gingen ,,20 vermummte Kernenergie-Gegner'' mit ,,Steinen, Feuerwerkskörpern, Sprühdosen und sogenannten Krähenfüssen'' gegen das AKW vor. Es enstanden ,,keine größeren Schäden''. Gegen 22 Festgenommene wurde Anzeige wegen ,,Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Herbeiführung einer Brandgefahr'' (alle Zitate: ,,Allgemeine Zeitung'', 6.8.87) erstattet. Die Leute wurden erst nach 17 Stunden auf freien Fuß gesetzt, nachdem ernsthaft erwogen wurde, sie dem Haftrichter vorzuführen. Im Zusammenhang mit der Aktion wurde der Einsatz von SEK aus Mainz in Betracht gezogen.

— In Bonn demonstrierten am 6. August etwa 250 Menschen gegen die Wiederaufnahme des Probebetriebs im Rahmen einer Aktion zum Hiroshima-Tag. Sie wurde gleichberechtigt vom Anti-AKW-Forum Bonn und vom Bonner Friedensplenum getragen.

— In Köln organisierte das Anti-AKW-Plenum am 8. August einen Fahrradkorso, an dem sich aber nur 40 Leute beteiligten — das bei 50 Bullen Begleitung.

— Für den 9. August organisierte die Lako eine ganztägige Blockade des Haupttores, für die offen mobilisiert
Begleitung.

— Für den 9. August organisierte die Lako eine ganztägige Blockade des Haupttores, für die offen mobilisiert wurde. Etwa 300 Menschen beteiligten sich an dieser Aktion. Die Polizei hatte starke Einsatzkräfte (Hunde, Wasserwerfer) inner- und außerhalb des Geländes postiert. Ein geplanter Spaziergang um das AKW-Gelände (auf der gewohnten Route) wurde durch den Einsatz von Bahnbullen mit Hunden und NATO-Draht erstmalig provokativ verhindert. Ein Demonstrant wurde dabei von einem Bullenhund angegriffen und an der Brust verletzt — Anzeige wurde erstattet.

Im Verlauf der Blockade gelang es lediglich einem zweijährigen Mädchen, durch den Betonstrebenzaun in das Gelände ,,einzudringen''. Anstatt das Haupttor für die Rückgabe zu öffnen, ,,quetschte'' die Polizei das Kind durch den Zaun wieder zurück. Die Blockade konnte ohne weitere Zwischenfälle planmäßig um 18.00 Uhr beendet werden.

In der nächsten Zeit muß es darauf ankommen, den politischen Druck auf die Landesregierung zu erhöhen. Durch Enthüllungen aus dem ,,Innenleben'' des Reaktors, durch größere Sonntagsspaziergänge und andere Aktionen muß in der Region ein Klima der allgemeinen Verunsicherung (für die Betreiber) geschaffen werden. Dies wird nur dann umsetzbar sein, wenn sich insbesondere mehr Leute aus der Region am Widerstand beteiligen.

Widerstand ist notwendiger denn je — am 18. August ging das AKW Mühlheim-Kärlich endgültig als zweiter Reaktor nach Tschernobyl in der BRD ans Netz.

AKW-GegnerInnen aus Köln und Bonn

1) In: Reader zum Kongreß der Grünen, Rheinland-Pfalz ,,AKW Mühlheim-Kärlich auf dem Prüfstand'', am 25.4.87

Nächste Lako Rheinland-Pfalz
am 27. Sept. 1987, 14.00 Uhr
in der Sonderschule in Bendorf,
Engersstraße 33
Kontakt Lako:
Willi Marme
Friedrichstraße 9
5450 Neuwied 1
Tel.: 02631/31469



Blockade des AKW Mühlheim-Kärlich am 9.8.87



Krise der kapitalistischen Stahlindustrie

Dritte Welle von Massenentlassungen in Vorbereitung Teil 1

Die „modernste und wettbewerbsfähigste Stahlindustrie der Welt" (Thyssen-Chef Kriwet) schickt sich an, nach 1975/79 und 1980/85 Produktionskapazitäten zu verringern und bis 1989 rund 30.000 Arbeitsplätze abzubauen.

Den Anfang machte der Klöckner-Konzern, der sich der Maxhütte in der Oberpfalz entledigte. Nach dem Konkurs der Hütte im April dieses Jahres wird die vollständige Stillegung dieses Stahlstandortes erwogen, dem ca. 4.500 Arbeitsplätze zum Opfer fallen würden. Im Falle einer Sanierung der Maxhütte blieben 3.600 Arbeiter auf der Strecke. Wenig später segnete der Aufsichtsrat des Thyssen-Konzerns mit der ausschlaggebenden Stimme des Ex-Bundespräsidenten Scheel die Stillegung des Werkes Hattingen (2.900 Arbeitsplätze) ab. Außerdem plant Thyssen die Schließung eines weiteren Betriebs in Oberhausen (3.000 Arbeitsplätze). Weitere Massenentlassungen sind geplant bei Hoesch (4.000 Arbeitsplätze), Mannesmann (6.500 Arbeitsplätze), nochmals Thyssen (insgesamt 7.800 Arbeitsplätze) und Saarstahl-Völklingen (3.900 Arbeitsplätze). Summa Summarum: rund 30.000 Entlassungen stehen nach den Planungen der Stahlmanager an.

Begründet wird der weitere Gesundschrumpfungsprozeß der westdeutschen Stahlindustrie mit den roten Zahlen, die die Bilanzen für 1986 ausweisen, und mit der angeblich unlauteren Konkurrenz aus den übrigen EG-Ländern, die ihre Stahlexporte in die BRD staatlich subventionieren würden. Zwischen den Stahlbossen und der Führung der IG Metall ist unumstritten, *daß* Kapazitäten bei der Rohstahlerzeugung und damit auch Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. In seltener Eintracht und gemeinsamen Positionspapieren geht es bei der Bewältigung der Stahlkrise in der Hauptsache nur noch um die „soziale Verträglichkeit" der bevorstehenden Maßnahmen. Aus unterschiedlichen Motiven heraus fordern beide Seiten den Staat zum Handeln auf: Die Kapitalseite möchte sich möglichst schadlos halten und die anfallenden Kosten der Massenentlassungen und Stillegungsmaßnahmen der Bundesregierung aufbürden.

Die IG Metall fordert Bonner Geld für ausreichende Sozialplan-Maßnahmen, Umschulungen, Ersatzarbeitsplätze und neue Investitionen zugunsten der von den Entlassungen betroffenen Arbeiter und Angestellten. In einer Art kleiner „Konzertierter Aktion" operiert die Bundesregierung derzeit noch mit Hinhaltetaktik und verweist auf noch ausstehende Entscheidungen der EG.

Zur Erklärung der bevorstehenden Kapitalentwertungsprozesse in der westdeutschen Stahlindustrie reichen nationalstaatliche Betrachtungsweisen nicht aus. Sie stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den veränderten Weltmarktbedingungen und insbesondere — was leider allzu häufig ausgeblendet wird — mit dem EG-Stahlmarkt und dessen innerer Widersprüchlichkeit. Auf diese beiden Thematiken soll im ersten Teil dieses Artikels näher eingegangen werden.

Strukturverschiebungen auf dem Weltmarkt

Die bis heute andauernde kapitalistische Stahlkrise brach im Rahmen der Weltwirtschaftskrise 1974/75 aus. Seit 1974 ging der Stahlverbrauch aller Industrieländer (Nordamerika, Japan, Westeuropa) zurück, während er in den Ländern des RGW, der VR China und den „Entwicklungsländern" anstieg. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, war der Stahlverbrauch vor allem in den USA und in den EG-Ländern stark rückläufig, während er in Japan eher stagniert. Innerhalb der EG wiederum werden beträchtliche Unterschiede deutlich: Die beiden größten Stahlverbraucher BRD und Italien weisen eine eher stagnierende Entwicklung auf, während die Stahlnachfrage in Frankreich und Großbritannien — wie in den USA — um ca. 30% zurückging. Der hohe Anstieg des Stahlverbrauchs in den sog. „Entwicklungsländern" beschränkt sich auf einige wenige „Schwellenländer" (vor allem Südkorea und Brasilien), die im Zuge ihrer „verschuldeten Industrialisierung" seit den siebziger Jahren einen hohen Stahlbedarf aufweisen. Von der Verbrauchsseite her können einige Ursachen der Stahlkrise abgeleitet werden. Zum einen entspricht der tendenziell rückläufige Stahlverbrauch den insgesamt niedrigeren gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten in den kapitalistischen Industrieländern. Außerdem resultiert die geringere Nachfrage nach Stählen aus Veränderungen in der materiellen Produktion selbst. Bei der Weiterverarbeitung wurde der Stahl-Input entweder aus Kostengründen verringert, oder durch andere Materialien (Leichtmetalle, Kunststoffe, Keramik) ersetzt.

Wie reagieren nun die Stahlproduzenten auf die stagnierende bzw. sinkende Nachfrage?

Wie aus der Tabelle 2 hervorgeht, ging die Rohstahlproduktion in den USA um ca. 25% zurück, auch die EG insgesamt baute ihre Kapazitäten ab, während die Stahlproduktion Japans seit 1974 nahezu konstant verläuft. Innerhalb der EG folgt die Entwicklung der Nachfrageseite: Italien weitete die Stahlerzeugung sogar noch geringfügig aus, die BRD baute ihre Kapazitäten nur geringfügig im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien ab.

Seit den sechziger/siebziger Jahren wuchsen gegenüber den „klassischen" Stahlproduzenten USA, BRD, Frankreich, Großbritannien neue Konkurrenten heran: zum einen Japan, das die BRD schon 1964 in der Stahlproduktion überholte und seit Anfang der achtziger Jahre zum weltweit führenden Stahlkocher aufstieg. Zum anderen Südkorea, das 1985 bereits einen Weltmarktanteil von 7% aufwies — und damit vor der BRD rangierte (Eisen und Stahl 1986, S.63).

Die „klassischen" Stahlproduzenten konnten also die geringere heimische Nachfrage nicht über verstärkte Exporte in die Länder der Dritten Welt kompensieren — vielmehr verschärfte sich der internationale Konkurrenzkampf durch das Auftreten einiger „Schwellenländer" wie Südkorea, Brasilien, Taiwan usw., die nun selbst äußerst kostengünstig „dank" niedriger Löhne Stahl auf dem Weltmarkt anboten, wobei ihre modernen Produktionsanlagen wiederum aus der BRD, den USA und Japan stammen.

Die Veränderungen auf dem Stahl-Weltmarkt lassen sich auch durch eine andere Kennziffer erhärten. Die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der Rohstahlproduktion zwischen 1970 und 1985 betrugen in den 24 OECD-Staaten (alle kapitalistischen Staaten Nordamerikas, Westeuropas, Japan) nur 0,2%, in den RGW-Ländern 3% und in den „Entwicklungsländern" 18,6%. (Krägenau 1986, S. 14).

Krisenverschärfend neben den schon genannten Ursachen (sinkende Nachfrage, Veränderungen in der Bedarfsstruktur, Aufkommen neuer Konkurrenten) wirkten sich zusätzlich die riesigen aufgebauten Kapazitäten aus. Bereits in den sechziger Jahren wurde durch neue technische Verfahren der Output zum Teil erheblich gesteigert. So stieg die Kapazität moderner Hochöfen bei der Rohstahlgewinnung mittels des Oxygenverfahrens von ca. 600.000 t Roheisen auf 4 bis 5 Millionen t. Warmbreitbandstraßen und später die Stranggußanlagen erhöhten den jährlichen Output von 1-2 Millionen t nach dem Kriege auf heute 12-15 Millionen t. Rentabel wird die Rohstahlerzeugung und deren erste Stufe der Weiterverarbeitung zu Walz- oder Stabstählen erst bei 6-7 Millionen t Jahresproduktion (Grünert 1985, S.32). Diese riesigen Rohstahlkapazitäten wurden in den sechziger und siebziger Jahren noch in der Erwartung angelegt, daß der Weltstahlverbrauch kontinuierlich steigen würde. Statt der damals prognostizierten 900 Millionen t Rohstahl für 1985 liegt der Weltstahlverbrauch heute jedoch bei nur 766,8 Millionen t (1). Noch im Jahre 1983 dürften nach einer Untersuchung des HWWA die Überkapazitäten bei Rohstahl zwischen 32 und 38% gelegen ha-

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 1:

ENTWICKLUNG DER STAHLNACHFRAGE NACH REGIONEN (Sichtbarer Verbrauch[a], Rohblockgewicht)

- in Mio t und v.H. -

	1970		1974		1979		1984		1985[b]	
	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.
WESTLICHE WELT	424,0	70,7	493,9	69,2	510,6	65,9	475,9	62,6	474,2	61,8
Industrieländer	381,4	63,6	422,3	59,2	412,9	53,3	372,6	49,0	365,5	47,2
USA	127,2	21,2	145,6	20,4	144,1	18,6	119,2	15,7	114,3	14,9
Japan	71,5	11,9	80,7	11,3	78,7	10,2	86,0	11,3	86,8	11,3
EG	126,0	21,0	124,3	17,4	120,5	15,5	106,4	14,0	102,5	13,4
Bundesrepublik	41,9	7,0	37,5	5,3	40,5	5,2	35,4	4,7	34,1	4,4
Frankreich	23,2	4,0	25,2	3,5	21,8	2,8	17,3	2,3	17,4	2,3
Italien	21,7	3,9	24,7	3,5	25,3	3,3	24,5	3,2	23,0	3,0
Großbritannien	25,6	4,3	23,3	3,5	20,0	2,6	16,0	2,1	16,5	2,2
Entwicklungsländer	42,6	7,1	71,6	10,0	97,7	12,6	103,5	11,6	108,2	14,2
STAATSHANDELSLÄNDER[c]	175,7	29,3	219,5	30,8	263,8	34,1	284,0	37,4	292,6	38,2
Welt	599,7	100,0	713,4	100,0	774,5	100,0	759,9	100,0	766,8	100,0

a Sichtbarer Verbrauch von Stahlprodukten = Produktion - Exporte + Importe; b Geschätzt;
c Osteuropa, einschl. UdSSR + China + Nordkorea.

Quelle: OECD; eigene Berechnungen.

(Krägenau 1986, S. 11)

Tabelle 2:

ENTWICKLUNG DER ANGEBOTSSTRUKTUR (ROHSTAHLPRODUKTION, ROHBLOCKGEWICHT)

- in Mio t und v.H. -

	1970		1974		1979		1984		1985[a]	
	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.	Mio t	v.H.
WESTLICHE WELT	423,0	70,5	507,1	70,6	525,1	67,5	493,4	64,7	491,2	64,0
Industrieländer	400,6	66,8	475,5	66,2	467,1	60,1	418,2	54,8	413,7	53,9
USA	120,1	20,0	134,1	18,2	126,9	16,3	90,0	11,8	90,0	11,7
Japan	94,3	15,7	122,3	17,0	121,9	15,7	122,0	16,0	122,1	15,9
EG	138,5	23,1	159,0	22,1	147,8	19,0	134,0	17,6	129,5	16,9
Bundesrepublik	45,7	7,6	55,0	7,7	49,2	6,3	44,7	5,9	n.v.	n.v.
Frankreich	23,8	4,0	27,5	3,8	24,6	3,2	21,2	2,8	n.v.	n.v.
Italien	17,4	2,9	24,7	3,4	26,2	3,4	27,1	3,6	n.v.	n.v.
Großbritannien	27,9	4,7	22,6	3,1	22,1	2,8	16,6	2,2	n.v.	n.v.
Entwicklungsländer	22,4	3,7	31,6	4,4	58,0	7,5	75,2	9,9	77,5	10,1
STAATSHANDELSLÄNDER	177,1	29,5	210,9	29,4	252,9	32,5	269,1	35,3	276,7	36,0
Welt	599,9	100,0	718,0	100,0	777,6	100,0	762,5	100,0	767,9	100,0

a [illegible] Schätzung.

Quelle: OECD; eigene Berechnungen.

(Krägenau 1986, S. 15)

Fortsetzung von vorheriger Seite

ben, sie sind also — trotz anhaltend sinkender Nachfrage — seit 1974 beträchtlich gestiegen und führten zu einer drastischen Verschärfung der Stahlkrise (Krägenau 1986, S. 18). Doch auch hier zeigen sich regionale Unterschiede. 1985 betrug das Verhältnis von Rohstahlerzeugung zum Rohstahlverbrauch in Japan 105:73, in der EG 121:105 und in den USA 82:109 Millionen t. Während die USA also zu einem Netto-Importland von Stahl avancierten, wiesen die EG und Japan beträchtliche Überschüsse auf (Eisen und Stahl 1986, S. 3).

Der internationale Konkurrenzkampf wurde und wird zum Teil über den Ausbau bzw. die Aufrechterhaltung hoher Kapazitäten ausgetragen. Vor allem Länder wie Japan, die BRD und Italien versuchen, ihre eigenen Kapazitäten auf Kosten ihrer Konkurrenten auf hohem Niveau zu halten. Dadurch verschärfte sich der internationale Konkurrenzkampf und die USA sahen sich wiederholt veranlaßt, gegenüber ihren Hauptkonkurrenten Japan, Südkorea, Taiwan, Brasilien und einigen EG-Ländern protektionistische Maßnahmen zu ergreifen oder ,,freiwillige Handelsbeschränkungen'' zu vereinbaren. Ebenso schirmen die EG-Länder ihren Markt vor Drittländern mit hohen Zollschranken ab. Die gleichen Rivalitäten treten im übrigen auch innerhalb der EG-Länder auf, worauf noch zurückzukommen sein wird.

Der Stahlmarkt der EG bis zum Ausbruch der Krise

Die Entwicklung der westdeutschen Stahlindustrie kann nicht losgelöst von der EG betrachtet werden, denn seit 1951 ist diese Branche der bedeutendste Bestandteil der ,,Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl'' (EGKS), geläufiger auch als ,,Montanunion'' bezeichnet. Politische und wirtschaftliche Ziele waren für die Gründung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl ausschlaggebend:

— Die westdeutsche Schwerindustrie sollte nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges eingebunden und von den übrigen Mitgliedstaaten (Frankreich, Italien, Benelux-Staaten) kontrolliert werden.

— Mit dem Beitritt der BRD in die EGKS wurden die alliierten Kontrollen und Beschränkungen aufgehoben.

— Die Montanunion galt damals als eine erste Säule im Rahmen der westeuropäischen politischen und wirtschaftlichen Integration.

— Aus der Sicht der westdeutschen Stahlkapitalisten bedeutete die EGKS die Chance, Zug um Zug die ,,Marktführerschaft'' innerhalb der EWG zu erobern und eine führende Stellung einzunehmen.

Im EGKS-Vertrag vom 1.5.1953 wurden gemeinsame Außenzölle, eine interne Zollfreiheit und ein liberaler Binnenmarkt vereinbart.Kartelle und Formen staatlicher Subventionen waren verboten. Die supranationalen interne Zollfreiheit und ein liberaler Binnenmarkt vereinbart.Kartelle und Formen staatlicher Subventionen waren verboten. Die supranationalen Exekutivorgane der EGKS bekamen das allgemeine Informationsrecht ebenso zugesprochen wie die einer allgemeinen Orientierungsfunktion, ohne dabei in die ,,Privatsphäre'' der Stahlkapitalisten einzugreifen. Nur im Notfall, etwa im Falle von Überproduktion, konnten die EGKS-Organe Mengenquoten und Preise beeinflußen und festlegen (Artikel 58 des Vertrages). In groben Zügen läßt sich die EG-Stahlpolitik bis 1974 wie folgt umreißen. In den fünfziger Jahren waren die Kapazitäten zu 90% ausgelastet und die Stahlindustrien expandierten. 1963 tauchten erste Absatzprobleme auf, die EG erhöhte daraufhin die Außenzölle, um die Importe zu drosseln. Vor allem Japan und die Sowjetunion exportierten Stahl zu wesentlich niedrigeren Weltmarktpreisen als die damaligen EWG-Länder. Im Jahre 1967 hob die EWG-Kommission das Kartellverbot mit der Begründung auf, die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie zu erhöhen und den Markt überschaubarer zu gestalten. Damit vollzogen die EWG-Organe nur den allgemeinen Trend nach stärkerer Kapitalkonzentration und Kartellbildung in den jeweiligen EWG-Ländern nach.

Die Bedingungen der auch heute noch vier wichtigsten Stahlproduzenten der EG, die 80% der Stahlproduktion tätigen, waren und sind höchst unterschiedlich. Mit Ausnahme von Peine-Salzgitter und inzwischen Saarstahl-Völklingen (ehemals Arbed-Saarstahl) befindet sich die Stahlindustrie der *Bundesrepublik* in privaten Händen. Neben den beiden genannten Konzernen konzentrieren Thyssen, Klöckner, Krupp, Hoesch und Mannesmann rund 85% der Rohstahlerzeugung der BRD auf sich. Seit 1967 existiert zwischen diesen Konzernen eine Art Kartell. So trafen vier BRD-Konzerne im Rahmen eines Walzstahlkontors Mengen- und Preisabsprachen, im Jahre 1971 wurde ein Rationalisierungsabkommen unterzeichnet. Zwischen 1960 und 1970 unterstützte der Staat die westdeutsche Stahlindustrie mit insgesamt 2 Mrd. DM in Form von Zuschüssen und Vorzugskrediten sowie Bürgschaften. In *Frankreich* griff der Staat nach 1966, als die dortige Stahlindustrie gegenüber der BRD nicht mehr konkurrenzfähig war, mit gezielten langfristigen Programmen im Rahmen der Planification ein und förderte die Restrukturierung der französischen Stahlindustrie bis 1971 mit 9,7 Mrd. FF. Seit dieser Zeit beherrschen zwei Konzerne, Sacilor und Usinor, die französische Stahlszene. Seit 1978-1981 befinden sich beide Konzerne in staatlichem Besitz.

In *Italien* herrscht eine Doppelstruktur vor. Neben einer ganzen Reihe kleinerer Stahlproduzenten beherrscht der staatliche Konzern Finsider 50% des italienischen Marktes und ist nach Nippon Steel und US-Steel der drittgrößte Stahlproduzent der Welt. Finsider erhielt erhebliche staatliche Subventionen zwecks Expansion.

Die eher stark zersplitterte Stahlindustrie *Großbritanniens* verlor in den sechziger Jahren ihre Konkurrenzfähigkeit. Im Jahre 1967 wurden die 13 größten Stahlproduzenten des Landes unter der damaligen Labour-regierung in der British-Steel Corporation (BSC) verstaatlicht; die BSC, nach Finsider der viertgrößte Stahlproduzent der Welt (Thyssen folgt erst an 6. Stelle), tätigt rund 90% der britischen Stahlerzeugung. Im Jahre 1973 begann ein 10-Jahres-Programm, in dessen Rahmen Altanlagen stillgelegt und die Produktion auf 6 Großanlagen konzentriert wurde. Massenentlassungen waren die Folge (Krägenau 1986, S. 28-37).

Zusammengefaßt weist die Stahlindustrie in den EG-Ländern einen hohen Monopolisierungsgrad auf, wobei die größten Konzerne in Italien, Frankreich, Großbritannien, aber auch Belgien, im Zuge der Stahlkrise verstaatlicht wurden. Im Jahre 1985 produzierten die 11 größten EG-Konzerne (Finsider, BSC, Sacilor, Usinor, Hoogovens (Niederlande), Cockerill-Sambre (Belgien), Thyssen, Klöckner, Krupp, Hoesch und Saarstahl 83,9 Mio. Tonnen oder 70% der gesamten Rohstahlerzeugung der EG (Eisen und Stahl 1986, S. 71; Stat. Jahrbuch der Eisen und Stahlindustrie, 1986).

Die Stahlkrise in der EG 1974-1985

Es lassen sich schematisch zwei Phasen der Stahlkrise in den EG-Ländern unterscheiden. Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1974/75 sank die Rohstahlerzeugung der EG insgesamt um rund 30 Mio. Tonnen (vergl. Tabelle 3). Trotz sinkenden Verbrauchs stieg die Rohstahlerzeugung der EG-Länder bis 1979 — vor Ausbruch der nächsten Weltwirtschaftskrise 1980/82 — wieder an, ohne jedoch das hohe stieg die Rohstahlerzeugung der EG-Länder bis 1979 — vor Ausbruch der nächsten Weltwirtschaftskrise 1980/82 — wieder an, ohne jedoch das hohe Niveau von 1974 zu erreichen. Bis 1979 erhöhten die in Tabelle 3 aufgeführten Länder ihre Stahlerzeugung — die EG insgesamt weitete ihre Produktion zwischen 1975 und 1979 um 14,6 Mio. Tonnen aus. Im gleichen Zeitraum wurde kräftig rationalisiert und ca. 100.000 Arbeitsplätze abgebaut (siehe Tabelle 4). Mit Ausnahme Italiens, in dem die Beschäftigtenzahlen um 3500 zunahmen, nahmen die Arbeitsplätze in der BRD um 17.000, in Frankreich um 35.000, in Großbritannien um 28.000 und in Belgien um rund 10.000 ab (Tabelle 4). Vor allem die französische Stahlindustrie schrieb rote Zahlen, führte daraufhin die größten Massenentlassungen durch und wurde seit 1978 schrittweise verstaatlicht.

Die damalige Krisenlösung im Rahmen der EG wurde zunächst von den Stahlkonzernen selbst in die Hand genommen. Einige westdeutsche Konzerne versuchten, ihre Verhandlungspositionen durch Kooperationen und Fusionen zu verbessern. Dazu zählt die gescheiterte Liaison zwischen Klöckner und dem belgischen Cockerill-Konzern ebenso wie die Fusion zwischen Hoesch und dem niederländischen Konzern Hoogovens, die 1972 eingefädelt, 1982 jedoch beendet wurde. Im Jahre 1976 gründete sich der Stahlverbund EUROFER aus zunächst 15, später 22 Konzernen der EG (2). Zusammen mit der EG-Kommission handelte EUROFER vierteljährlich vereinbarte ,,freiwillige Selbstbeschränkungen'' aus. Ab 1978 fungierte EUROFER quasi als Kartell mit der Festlegung von Preisabsprachen und Lieferquoten. Auch die Exportmärkte wurden mit einbezogen. Ferner gelang es, die ,,Bresciani'', die billig produzierenden Stahlbetonhersteller Italiens, in das

Kartell einzubinden und zu ,,disziplinieren''. Seit 1978 versuchten die jeweiligen nationalen Stahlkonzerne, ih-

fang der achtziger Jahre rekonstituiert, weil Klöckner höhere Mengenquoten zugesprochen bekam und auf Druck

Subventionen an die EG-Stahlindustrie (nationale Beihilfen und Zahlungen aus der EG-Kasse) auf rund 130 Mrd.

Kartell einzubinden und zu ,,disziplinieren''. Seit 1978 versuchten die jeweiligen nationalen Stahlkonzerne, ihre Positionen unter Inanspruchnahme staatlicher Preis- und Investitions-Subventionen gegenüber ihren Konkurrenten zu behaupten. Traten die westeuropäischen Stahlkapitalisten, wenn es um die interne Quoten- und Preisabsprache ging, als Streithähne gegeneinander auf — schließlich werden 50% der Exporte und 75% der Importe innerhalb der EG abgewickelt — so demonstrierten sie Einigkeit nur gegenüber Drittländern. Mit hohen Importzöllen sollten die ausländischen Konkurrenten ferngehalten und mit staatlichen Zuschüssen die eigenen Exporte subventioniert werden.

In der zweiten Phase der Stahlkrise — zwischen 1980 und 1985 — verschärften sich die EG-internen Auseinandersetzungen. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise brach im Jahre 1980 das EUROFER-Kartell zusammen, weil Klöckner und Finsider wegen angeblicher Markt-Benachteiligung bei der Quotenfestlegung ausstiegen. Daraufhin entbrannte ein ruinöser Preiskrieg, der im Oktober 1980 durch die EG-Kommission beendet wurde. Der Notstandsartikel des EGKS-Vertrags trat in Kraft und die EG-Kommission legte nach Verhandlungen mit den Mitgliedsländern Erzeuger- und Lieferquoten für Rohstahl und für vier Walzstahlgruppen fest. Die Preise unterlagen einer Reglementierung, Exporte erhielten Subventionen und der ,,Außenschutz'' gegenüber Drittländern wurde erhöht (Zölle, ,,freiwillige'' Handelsabsprachen). Ursprünglich sollte das EG-Quotensystem nur bis Mitte 1981 gelten, schließlich einigte man sich auf eine Verlängerung bis Ende 1987. Dafür plädierte übrigens auch das reaktivierte EUROFER-Kartell. Es hatte sich Anfang der achtziger Jahre rekonstituiert, weil Klöckner höhere Mengenquoten zugesprochen bekam und auf Druck seiner westdeutschen Konzern-Kollegen dem erlauchten Kreise wieder beitrat (Grünert 1986, S. 32/33; Krägenau 1986, S. 45-57).

Ein besonderer Streitpunkt bis heute waren die staalichen Subventionen. Die EG-Kommission legalisierte die nationalstaatlichen Subventionen gegen den Protest der BRD-Regierung, die befürchtete, daß die EG-Konkurrenten staatlich subventionierte Stähle zu Dumping-Preisen in die BRD exportieren und die ,,Wettbewerbsfähigkeit'' der hiesigen Stahlkonzerne gefährden könnten. So setzte die Bundesregierung unter Helmut Schmidt einen sog. ,,Subventionskodex'' durch, wonach die nationalen Subventionen von der EG-Kommission genehmigungspflichtig sind und vorrangig dem Kapazitätsabbau dienen sollten, was jedoch praktisch ständig unterlaufen wurde.

Dieser Widerspruch zwischen der modernsten und produktivsten Stahlindustrie der BRD unter privatkapitalistischer Regie einerseits und den größtenteils verstaatlichten Stahlkonkurrenten Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens andererseits, spielt bei den aktuellen Auseinandersetzungen um ein weiteres ,,Gesundschrumpfen'' der westdeutschen Stahlindustrie eine Rolle. Sarkastisch verdeutlichte Hoesch-Chef Rohwedder den Konflikt mit den Worten, daß die westdeutsche Industrie vor allem die Finanzminister ihrer EG-Konkurrenten zu fürchten habe, wobei er allerdings verschwieg, daß auch die BRD Sanktionen kassierte. Über das Ausmaß der insgesamt gezahlten Subventionen existieren unterschiedliche Angaben. Laut ,,Die Zeit'' (Nr. 47-1986) beliefen sich die gesamten direkten Subventionen an die EG-Stahlindustrie (nationale Beihilfen und Zahlungen aus der EG-Kasse) auf rund 130 Mrd. DM. Offensichtlich enthält diese Angabe alle Subventionen, die zwischen 1974 und 1985 gezahlt wurden, denn Krägenau kommt für den gleichen Zeitraum auf 115 Mrd. DM (Krägenau 1986, S. 55).

Zwischen 1980 und Ende 1985 — auf diesen Zeitraum war der ,,Subventionskodex'' limitiert — belaufen sich die Subventionen auf 80,5 Mrd. DM. Davon entfielen auf Italien 29,2 Mrd. DM, Frankreich 19,3 Mrd. DM, Großbritannien 11,9 Mrd. DM und die BRD 8,1 Mrd. Davon werden an sogenannten ,,Betriebsbeihilfen'' 51,1 Mrd. DM gezahlt. Sie dienten in erster Linie als kurzfristig greifende Finanzierungsbeihilfen für Stahlkonzerne, die in roten Zahlen steckten oder Liquiditätsprobleme besaßen. Allein Italien sanierte den Finsider-Konzern mit 20 Mrd. DM, Frankreich Unisor/Sacilor mit 12,2 Mrd. DM. De facto wurden damit das Konkursrisiko und die Bilanzverluste sozialisiert und die eigentlich dafür zuständigen Banken von Kreditrisiken befreit. An Modernisierungsbeihilfen wurden ca. 24,4 Mrd. DM gezahlt und an Schließungsbeihilfen ca. 4,9 Mrd. DM (Krägenau 1986, S. 52). Bis 1990 zahlt die EG-Subventionen nur noch für Forschung/Entwicklung und den Umweltschutz; bis 1988 übernimmt die EG die Hälfte der Sozialplankosten im Falle von Betriebsstillegungen (3).

Insgesamt dienten die riesigen Subventionen der Sozialisierung der Kosten zur Aufrechterhaltung der Stahlproduktion der privaten und/oder staatlichen Konzerne. Die Frage stellt sich, was mit den genannten Krisenbewältigungsmaßnahmen seitens der EG-Kommission in Zusammenarbeit mit

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 3:

Rohstahlerzeugung EG (Mio. t), ohne Griechenl., Span., Port.

Jahr	BRD (% an EG)	Belgien	Frankr.	Großbr.	Italien	EG
1974	53.2 (34.2%)	16.2	27.0	22.3	23.8	155.5
1975	40.4 (32.2%)	11.6	21.5	20.1	21.8	125.6
1976	42.4 (33.6%)	12.1	23.2	22.3	23.4	134.0
1977	39.0 (31.0%)	11.3	22.1	20.4	23.3	126.1
1978	41.3 (31.1%)	12.6	22.8	20.3	24.3	132.6
1979	46.0 (32.8%)	13.4	23.4	21.5	24.3	140.2
1980	43.8 (34.3%)	12.3	23.2	11.3	26.5	127.7
1981	41.6 (33.3%)	12.3	21.3	15.3	24.8	125.1
1982	35.9 (32.5%)	9.9	18.4	13.6	24.0	110.5
1983	35.7 (32.8%)	10.2	17.6	15.0	21.8	108.7
1984	39.4 (33.1%)	11.3	18.8	15.2	24.1	119.2
1985	40.5 (33.9%)	10.7	18.8	15.7	23.7	119.5

Quelle: Stat. Jahrbuch der Eisen- u. Stahlind., 1986

Tabelle 4:

Abhängig Beschäftigte in der EG-Stahlindustrie 1975 - 1985

A — Abhängig Beschäftigte insgesamt / Total employees / Total des salaries

	D	F	I	NL	B	L	UK	IRL	DK	GR	EUR
1975	221853	155775	96140	25401	59348	21447	184385	680	2572		787601
1976	219142	153948	98015	25066	57198	21755	182298	754	2782		760958
1977	209465	142992	96593	23293	49752	17437	178874	704	2509		721619
1978	202801	131595	95591	21295	48541	16774	165361	800	2455		685213
1979	204813	120555	96720	20931	48665	16351	156396	735	2762		669928
1980	197406	104940	99528	21047	45220	14904	112120	527	2181		597873
1981	186685	97305	95651	20911	44106	13419	88247	650	1743		548717
1982	175946	95200	91495	20158	41649	12425	74475	618	1629		513595
1983	163748	90714	87060	19210	39569	12934	63694	659	1642		479220
1984	152467	85064	75611	18748	37184	12713	61856	657	1543	4154	449997
1985	150833	76141	67408	18780	34542	12612	59056	531	1751	4158	425812

Quelle: Eisen und Stahl 1986, S. 24)

Tabelle 5:

	D	F	I	NL	B	L	UK	IRL	DK	GR	EUR
I. Kapazität / Capacity / Capacite(') — 1000 t											
1980	66924	32512	39385	8512	19659	6380	27954	90	1120		202536
1981	67793	29677	40981	8612	17916	6380	25374	82	870		197885
1982	65427	29402	41554	8612	17084	6380	24900	345	850	3775	198329
1983	61375	28778	39601	7975	16833	6380	24107	345	850	3995	190239
1984	51556	28829	37271	7965	15664	6380	23991	345	850	4417	177268
1985	48952	28479	36202	7965	14756	5450	23999	345	850	4424	171422
II. Tatsächliche Erzeugung / Actual production / Production effective — 1000 t											
1980	43838	23172	26501	5272	12321	4619	11278	2	734		127738
1981	41610	21245	24778	5472	12283	3790	15321	33	612	909	126053
1982	35880	18403	24009	4354	9992	3510	13740	61	580	933	111442
1983	35729	17582	21811	4484	10154	3294	14980	141	493	858	109526
1984	39389	18827	24062	5743	11300	3987	15214	166	548	895	120131
1985	40497	18627	23898	5521	10683	3945	15766	203	528	985	120653
III. Auslastung / Utilization / Utilisation: II/I — %											
1980	66	71	57	62	63	72	40	2	66		63
1981	61	72	61	64	69	59	61	12	70		63
1982	55	63	58	51	58	55	55	18	66	25	56
1983	58	61	55	56	58	52	61	41	57	22	56
1984	76	65	55	72	72	62	63	48	64	20	68
1985	83	65	66	69	72	72	66	59	62	22	70

Quelle: Eisen und Stahl 1986, S. 65

Fortsetzung von vorheriger Seite

EUROFER und den nationalen Regierungen erreicht worden ist.

Die Tabelle 3 weist von 1980-1985 einen Rückgang der EG-Stahlerzeugung von rund 8 Mio. Tonnen aus. Mit Ausnahme Großbritanniens sank die Rohstahlerzeugung in allen anderen EG-Ländern geringfügig.

Demgegenüber führten Rationalisierungsmaßnahmen und ein schrittweiser Abbau überschüssiger Kapazitäten zu einer EG-weiten Vernichtung von insgesamt 172.000 Arbeitsplätzen! Aus der Tabelle 4 wird ersichtlich, in welchen Ländern wieviel Beschäftigte aus den Betrieben entlassen wurden: in der BRD über 46.000, in Frankreich rund 29.000, in Italien 32.000, in Großbritannien sogar 53.000, in Belgien rund 11.000.

Mit anderen Worten: Die Krisenlasten „bereinigte" die Stahlindustrie nicht „nur" mit Massenentlassungen großen Stils, sondern die (noch) beschäftigten Arbeiter erwirtschafteten einen größeren Output an Stahl, da mit überproportional weniger Arbeitern mehr Stahl produziert wurde (höhere Arbeitsproduktivität). Einen ungefähren Beleg dafür bietet eine andere Statistik für die BRD. In der „Eisenschaffenden Industrie" kletterte der Umsatz je Beschäftigten von 175.000,- DM (1983) auf 240.600,- DM (1985) — also um 150% innerhalb von 3 Jahren (Stat. Jahrbuch der BRD 1986, S. 180). Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme von 22,1% auf 18,1% (ebenda).

Abschließend soll auf das Problem der Überkapazitäten hingewiesen werden, da mit ihnen die erneut geplanten Massenentlassungen seitens der EG-Kommission und EUROFER begründet werden.

Aus Tabelle 5 geht hervor, daß die EG-Länder zwischen 1980 und 1985 ca. 31 Mio. Tonnen überschüssiger Kapazitäten abgebaut haben, was den Empfehlungen der EG-Kommission von 1983 in etwa entspricht.

Dennoch besteht, für 1985, eine große Diskrepanz von knapp 51 Mio. Tonnen Rohstahl zwischen realem Output und den vorhandenen, ungenutzten Kapazitäten. Die Auslastungen der Kapazitäten gingen insbesondere 1982 und 1983 erheblich zurück. In diesen Jahren erreichten die Massenentlassungen in Frankreich, Italien und der BRD ihren Höhepunkt. Nur die westdeutsche Stahlindustrie erzielte 1985 als einziges EG-Land wieder rentable und damit profitable Kapazitätsauslastungen (im Schnitt 83%). Die neuesten Zahlen für 1986 weisen jedoch einen erneuten Rückgang der realen Stahlproduktion von 40,5 auf 37,5 Mio. Tonnen aus, die Kapazitätsauslastung ging somit wieder uf knapp 77% zurück (FR, 23.3.87).

Beim Abbau überschüssiger Kapazitäten 1980 bis 1985 war die BRD füh-

Beim Abbau überschüssiger Kapazitäten 1980 bis 1985 war die BRD führend; auf ihr Konto gingen ca. 18 Mio. Tonnen (Frankreich: 4 Mio. Tonnen; Italien: 3 Mio. t; Großbritannien: knapp 4 Mio. t). Zwar wird die BRD bei den anstehenden EG-Verhandlungen ihre erbrachten „Vorleistungen" als Verhandlungspoker einsetzen, wobei die BRD-Konzerne mit der Schaffung und dem Abbau von Überkapazität den Konkurrenzkampf recht erfolgreich ausgetragen haben. Wenn derzeit von der EG-Kommission und EUROFER die nächsten Massenentlassungen mit dem angeblich notwendigen Kapazitätsabbau begründet werden, so sind sie selbst sich nicht einig, in welchen Größenordnungen diese erfolgen sollen. EUROFER spricht von 11,9 Mio. Tonnen bis 1990 — die EG-Kommission von mindestens 20-42 Mio. Tonnen (FR, 20.11.86).

Letztendlich ist die Frage des Kapazitätsabbaus eine höchst politische:

— Zum einen stellen die Kapazitätsüberhänge gerade der konkurrenzfähigen Stahlsektoren eine permanente Bedrohung der übrigen Länder dar, die im Verlaufe des Konkurrenzkampfes „ausgefüllt" und exportiert werden können. Diese Schlacht um Absatzmärkte wird derzeit noch von den Reglementierungen des Preis- und Quotensystems verhindert. Beim Ringen darum, welches Land in welchem Ausmaße Kapazitäten abbaut, geht es letztendlich um eine Revision oder „Neuordnung" der Stahlmarktaufteilung unter den rivalisierenden Konzernen und Nationalstaaten und damit auch um politische Kräfteverhältnisse.

— Zum anderen hängt das Ausmaß des Kapazitätsabbaus von den politischen Klassenkampfbedingungen in den jeweiligen EG-Ländern ab. Abbau von überschüssigen Kapazitäten ist zumeist gleichbedeutend mit Kapitalvernichtung und drohenden Massenentlassungen.

Eine Radikalkur à la Maggie Thatcher, die die Zahl der britischen Stahlarbeiter binnen 5 Jahren nahezu halbierte (siehe Tabelle 4), können andere EG-Länder aus politischen („sozialer Frieden") oder auch ökonomischen Gründen (hohe Kosten seitens des Staates) nicht so ohne weiteres durchführen.

Es geht dabei außerdem um die Lastenverteilung der Stahlkrise unter den EG-Ländern, die jede Nation gern auf die anderen Staaten abwälzen möchte.

Eine ökonomisch-rationale Begründung für eine bestimmte Größenordnung des Abbaus überschüssiger Kapazitäten gibt es nicht.

Bilanz der EG-Stahlkrise 1974-1985

Zwischen 1974 und 1985 wurden im Verlaufe der tiefgreifenden strukturellen Krise der Stahlindustrie rund 370.000 Arbeiter entlassen — das sind etwa 40% aller Beschäftigten in diesem Industriesektor (4). Die Produktionsreduzierung belief sich im gleichen Zeitraum auf nur ca. 23% (Zahlen für die BRD: Vernichtung von Arbeitsplätzen minus 34%; Produktionsabbau minus 25,9%).

Unter den Bedingungen einer „freien" Marktwirtschaft wären wohl noch höhere Arbeitsplatzvernichtungen erfolgt — und einige Konzerne würde es ebenfalls nicht mehr geben.

Nur mit Hilfe staatlicher Interventionen auf nationalstaatlicher Ebene und dem Kriseninstrumentarium der EG-Organe wurden die Krisenfolgen über das ohnehin schon verheerende Ausmaß hinaus abgemildert. 130 Mrd. DM an direkten Stahlbeihilfen flossen den Stahlmanagern privatkapitalistischer und staatskapitalistischer Konzerne zu, um die jeweils nationalen Stahlindustrien vor dem Konkurs zu bewahren, zu rationalisieren und modernisieren. Daß die Stahlindustrien am Leben erhalten wurden und werden, die Kapitalvernichtungen aus Steuergeldern sozialisiert werden, ist eine politische Entscheidung. Ähnlich wie im Bereich der Energieversorgung zählt die Stahlindustrie trotz sinkender Nachfrage und sinkendem Verbrauch nach wie vor zu den „Basisindustrien", die aus Gründen wirtschaftlicher Autarkie und eines gewissen Grades nationaler Unabhängigkeit aufrechterhalten werden.

Bis heute wurden jedoch alle Probleme der Stahlindustrie nur konserviert, Lösungen hinausgeschoben, weitere „Gesundschrumpfungen" hinausgezögert; denn im Kern bestehen alle Ursachen und Bedingungen seit dem Ausbruch der Krise auch heute noch weiter: Die Spielräume für Exporte der EG-Länder sind entweder durch protektionistische Maßnahmen eingeengt (USA) oder durch neue und alte Konkurrenten (Südkorea, Japan) begrenzt; ein höherer Stahlverbrauch ist nicht in Sicht, weil die Wachstumsraten in den Industrieländern ein sehr niedriges Niveau aufweisen und stoffliche Veränderungen in der materiellen Produktion eine tendenzielle Abkehr von Stahlerzeugnissen bedeuten; das Hauen und Stechen zwischen rivalisierenden Stahlkonzernen und den einzelnen EG-Staaten um entsprechende Marktanteile in der EG wird notdürftig von den EG-Organen mit dem Aushandeln von Preis- und Mengenfestsetzungen im Zaume gehalten; der Widerspruch zwischen kurzfristigen Profitinteressen und einer langfristigen politischen Lösung ist nicht aufzulösen, und mit dem Mittel der Überkapazitäten wird einerseits der Konkurrenzkampf geführt, andererseits drücken sie auf die Rentabilität der Rohstahlproduktion, die der Profitmaxime folgt. Von daher ist ein Ende dieser strukturellen Krise in der EG nicht abzusehen, im Gegenteil: die nächste steht offenbar unmittelbar bevor!

Die Zukunftspläne von EUROFER und EG-Kommission

Bereits im Juni 1985 legte die EG-Kommission eine Studie mit dem Titel „Allgemeine Ziele Stahl 1990" vor. Darin heißt es einleitend: „*Ohne daß heute schon abschließend im einzelnen gesagt werden kann, wo die Überkapazitäten liegen, sollte die Stahlindustrie sich darauf einstellen, daß der Markt sie in den kommenden Jahren zu weiteren Kapazitätsschnitten zwingen dürfte*". Bei einem erwarteten durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von jährlich 2,5% geht die Kommission davon aus, „*daß der Stahlverbrauch bis 1990 nicht über den Stand von 1984* (106 Mio. Tonnen, Anm. d. Verf.) *hinausgeht.*" Aus diesen Einschätzungen entwickelt die EG-Kommission zwei Szenarien, denen zufolge Rohstahlkapazitäten in Höhe von 27 bis 42 Mio. Tonnen bis 1990 abgebaut werden müßten. Begründet werden die vorgeschlagenen Maßnahmen zum einen mit dem stagnierenden bis sinkenden Stahlverbrauch, zum anderen mit der Konkurrenz aus Drittländern, von der sich der EG-Markt nicht auf Dauer abschirmen könne.

Selbst bei dem optimistischeren Szenario, einem Anstieg der Stahlproduktion auf 120 Mio. Tonnen bis 1990, würde „*die laufende Modernisierung der Produktionsmittel, die Automatisierung, der steigende Anteil des Stranggusses und der integrierten Produktion in fortlaufender Linie sowie die ständige Suche nach höherer Stundenleistung und niedrigeren Kosten neue Opfer verlangen.*" Die „Opfer", gemeint sind die Beschäftigten in der Stahlindustrie, würden eine Größenordnung „*wie im Verlaufe der vergangenen 3 Jahre*" erreichen. In konkreten Zahlen also: 115 000 Arbeitsplätze — bei „optimistischer" Prognose der EG-Kommission! (zitiert nach: Politische Berichte 21-1985, S.9).

Das Stahl-Kartell EUROFER schaltete sich in die Diskussionen mit eigenen Vorschlägen ein. Die Stahlindustriellen bekundeten ihre Absicht, bis 1990 „freiwillig"" 11,9 Mio. Tonnen Überkapazitäten abzubauen. Im März dieses Jahres kam es zum Schwur — und eine Einigung unter den Stahlkapitalisten und -managern scheiterte. EUROFER forderte aber eindringlich die Beibehaltung des bisherigen Quotensystems, mit dessen Abschaffung die EG-Kommission drohte, um Druck auf EUROFER auszuüben. Im Sommer (?) dieses Jahres präzisierte daraufhin die EG-Kommission ihre Vorschläge. Sie lauten:

— Die Quotenregelung, die Ende 1987 ausläuft, soll bis 1990 verlängert werden. Bedingung: 30 Mio. Tonnen überschüssiger Kapazitäten müßten abgebaut werden.

— Es ist mit ca. 80 000 Entlassungen in der EG-Stahlindustrie zu rechnen. Aus der EG-Kasse sollen finanzielle Beihilfen im Falle von Stillegungen gezahlt werden.

— Die Quoten für Walzstahl (das würde in der BRD Saarstahl betreffen) und für Stabstahl (Maxhütte) sollen wegfallen und den EG-Markt teilliberalisieren.

— Die EG stellt einen Stahlfonds in Höhe von 1,2 Mrd. DM bereit; weitere 1,2 Mrd. DM sollen von den Mitgliedsländern beigesteuert werden. 70% der insgesamt 2,4 Mrd DM sind als Stillegungsbeihilfen gedacht, 30% als Zuschüsse für Sozialpläne für die entlassenen Arbeiter (FR, 23.7.87).

Am 23.9.87 möchte die EG-Kommission eine Entscheidung herbeiführen. Damit ist EG-üblic nicht zu rechnen, da sich die EG-Mitgliedsländer nach wie vor völlig uneinig sind — aber daß es bis 1990 ans Eingemachte gehen wird und die dritte Welle von Massenentlassungen bevorsteht, darin sind sich EUROFER-Kartell und EG-Kommission einig.

Und genau in diesen Zusammenhang ordnen sich auch die Stillegungen des Stahlstandortes Hattingen, die drohende Stillegung der Maxhütte und die Massenentlassungspläne der westdeutschen Stahlindustriellen ein. Harte Zeiten stehen bevor.

D./Westberlin



Arbeiter-Solidaritäts-Fonds

Praktische Solidarität unter Kolleg(inn)en

Der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds ist 1973 auf Initiative des Sozialistischen Büros gegründet worden und will seine Arbeit angesichts zunehmender Unternehmerrepression in den Betrieben jetzt ausweiten. Er hilft Kolleginnen und Kollegen, die sich wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit gegen Repressalien des Unternehmers wehren, ihren Arbeitsplatz verlieren, Prozesse führen müssen, Kontakte zu anderen suchen, die in der gleichen Situation sind und die Öffentlichkeit auf Unternehmerwillkür, Rechtsbrüche und die Verletzung von Grund- und Menschenrechten aufmerksam machen wollen.

Von ihrer eigenen Gewerkschaft werden sie manchmal gar nicht, manchmal nur zögernd unterstützt; selbst wo gewerkschaftliche Unterstützung vorhanden ist, erweisen sich zusätzliche Hilfen als sinnvoll.

Gegenwärtig sind es eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen, bei denen der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds die Betroffenen unterstützen konnte, so z.B. die Kollegen bei BMW in Berlin, bei Zanker in Tübingen, Kollegen bei Bayer, bei der BASF.

Finanzielle Hilfe ist eine Form praktischer Solidarität – persönliche und politische Unterstützung in den konkreten Auseinandersetzungen, eine Verbreitung der Erfahrungen und ein gegenseitiger Zusammenhalt ist für die Betroffenen nicht weniger wichtig.

Der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds hilft ohne Ansehen der (partei-)politischen Orientierung.

Wir bitten um möglichst kontinuierliche Spenden auf folgende Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft Heidelberg
Nr. 1084 199 900 (BLZ 672 101 11)

Postgiro Karlsruhe
Nr. 259 855-758 (BLZ 660 100 75)

ASoF, c/o express-Redaktion, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach 1. Telefon: 069-88 50 06

Anmerkungen:

(1) Neben der Tatsache, daß nur noch Großanlagen rentabel Rohstahl produzieren können, gibt es seit Beginn der achtziger Jahre eine gegenläufige, ergänzende Entwicklung. Vor allem die pfiffigen Stahlkocher der BRD haben sich zwecks Sicherung von wichtigen Exportpositionen auf Spezialstähle und be- Vor allem die pfiffigen Stahlkocher der BRD haben sich zwecks Sicherung von wichtigen Exportpositionen auf Spezialstähle und besondere Stahllegierungen konzentriert, die in wesentlich kleineren, hochmodernen Anlagen gefertigt werden.

(2) Der EUROFER gehören u.a. an: Clabecq, Cockerill-Sambre, Sidmar (Belgien); D.D.S. (Dänemark); Usinor, Sacilor (Frankreich); Falck, Finsider (Italien); Arbed (Luxemburg); Hoogovens (Niederlande); BSC (Großbritannien) und Buderus, Dillinger-Hütte, Hoesch, Klöckner, Maxhütte, Peine-Salzgitter, Rötzel, Saarstahl, Thyssen, Otto-Wolff-Gruppe (alle BRD).

(3) Die heftigsten Angriffe der westdeutschen Stahlindustrie und der Bundesregierung gegen die hohen Subventionen anderer Länder sind doppelt fadenscheinig: Zum einen hat auch die BRD Subventionen kassiert, zum anderen bezieht sich die Kritik immer auf die ausgewiesenen *direkten Subventionen. In allen EG-Staaten, auch in der BRD, sind erhebliche indirekte* Subventionen in Form von Sozialplänen, Umschulungsförderungen/Frühpensionierungen usw. gezahlt worden.

(4) Im Jahr 1974 weist die Statistik genau 795 700 Beschäftigte in der Stahlindustrie aus.

Literatur:

· Krägenau 1986: Krägenau, H.; Stahlpolitik und Strukturanpassung in der EG-Stahlindustrie, HWWA-Report Nr. 72, Hamburg 1986

· Grünert 1985; Grünert, H.; Kapitalistische Stahlkrise und Veränderungen von Monopolstrukturen in der BRD, in: IPW-Berichte 5-1985, Berlin (DDR) 1985

· Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Jahrgänge 1984 und 1986, Wiesbaden

· Politische Berichte 21-1985: dieselben, BWK, Köln 1985

· Eisen und Stahl 1986: Statistisches Jahrbuch Eisen und Stahl, Luxembourg 1986

· Stratmann 1987: Stratmann, E.: Die stahlpolitische Position der Grünen und die Stahlpolitik der IG Metall, in: Stahl-Forum der Grünen · Beiträge und Materialen, Bonn, Mai 1987

· diverse Zeitungen (Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine, Die Zeit)

Teil 2 dieses Artikels zur Stahlkrise behandelt genauer die Entwicklung in der Stahlindustrie der BRD:

· die Position der BRD-Konzerne in der EG

· Krisenentwicklung 1974 bis 1985

· die Restrukturierung der bundesdeutschen Stahlkonzerne und ihre Expansion in andere Wirtschaftssektoren

· das spezifische bundesdeutsche Krisenmanagement zwischen Kapital, Regierung und Gewerkschaftsvertretern.

Frankfurter NS-Firma will Produktion erweitern

Seit 1922 existiert — ununterbrochen — in Frankfurt eine Firma, deren Produkte aufs Engste mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden verbunden sind: die „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung" (Degesch). Diese Firma Degesch ist verantwortlich für die Herstellung und Lieferung des Blausäuregases Zyklon B, mit dem im Vernichtungslager Auschwitz nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 1,5 Millionen Juden, Sinti, Roma und Polen in Gaskammern ermordet wurden. Eben dieses Zyklon-Gas produziert und vertreibt Degesch bis heute. Jetzt ist die Firma ins Gerede gekommen. Sie möchte die Produktion von sog. „Schädlingsbekämpfungsmitteln", die — von einer kritischen Öffentlichkeit bisher unbemerkt — offenbar seit Jahrzehnten in Frankfurt läuft, erheblich ausweiten.

„Das Tatwerkzeug der ‚Endlösung' war ein kristallines Blausäurepräparat, das im Jahre 1922 durch den Chemiker Dr. Heerdt entwickelt und für die Fa. Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) patentiert worden war ... Von 1942 an wurde das Zyklon B zur Massentötung in Kammern von 2.000 Menschen eingesetzt. Seine Giftwirkung beruht darauf, daß die Sauerstoffversorgung der Körperzellen unterbrochen und die Atmung zum Stillstand gebracht wird. Der Tod tritt innerhalb von 10 Minuten durch Ersticken ein." (1)

Das Gas war als sog. „Schädlingsbekämpfungsmittel" entwickelt worden und wurde zur Bekämpfung von Ratten, Mäusen, Läusen, Küchenschaben usw. eingesetzt. Es kam vorwiegend in Getreidespeichern, Schiffen, Mannschaftsunterkünften, Kleiderkammern oder Lagerbaracken zur Anwendung. Die Degesch hatte ein Verfahren entwickelt, wodurch die schwer handhabbare Blausäure relativ gefahrlos für den Anwender einsetzbar war. Die mit einem Stabilisator versehene Säure wurde in ein Trägermaterial (Kieselgur) geträufelt und in gasdichte Blechdosen verpackt. Der Anwender verstreute den Inhalt der Dose in den zu begasenden Raum und schon eine geringe Erwärmung der Luft bewirkte infolge des niedrigen Siedepunktes der Blausäure (25,7°C) den Übergang der Flüssigkeit in Gas. Außerdem setzte die Degesch dem Zyklon einen speziell entwickelten Geruchswarnstoff zu, der das Vorhandensein der an sich geruchlosen Blausäure anzeigte. Dank der sprichwörtlichen deutschen Gründlichkeit, mit der die Degesch zu Werke ging, besaß sie mit Ausnahme der USA praktisch das Weltmonopol für Zyklon. Die Degesch fungierte dabei als Zentrale, bei der alles zusammenlief. Produziert wurde das Gas von den Dessauer Werken und den Kaliwerken in Kolin bei Prag; eine Fabrik der I.G. Farben stellte den Stabilisator für die Blausäure her. Der Vertrieb des Zyklon erfolgte über die beiden Firmen Heerdt-Lingler (Heli) sowie Tesch & Stabenow (Testa). Das Gebiet östlich der Elbe wurde von der Testa (Dr. Bruno Tesch) beliefert, der Südwesten von Heli (leitender Direktor: Dr. Gerhard Peters). Die Degesch selbst war eine GmbH und gehörte drei Aktiengesellschaften: zu je 42,5% der I.G. Farben und der Degussa und zu 15% der Goldschmidt AG. Die I.G. Farben stellten den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses; leitender Direktor war Dr. Gerhard Peters. (2)

Die Degesch ließ aber nicht nur das Gas herstellen und vertreiben, sondern bildete auch Spezialisten im Umgang mit dem hochgiftigen Zyklon aus. Mit Beginn des Krieges und der Errichtung riesiger Konzentrationslager stieg der Bedarf an Zyklon enorm an. Vor allem die das Fleckfieber übertragende Kleiderlaus breitete sich bei der Nazi-Wehrmacht und in den Lagern stark aus. Ein zentraler Arbeitsausschuß im Nazi-Rüstungsministerium war für die gesamte Zuteilung des Zyklon B zuständig (Ausschußvorsitzender: Dr. Peters). Die Lieferung des Gases erfolgte über die Testa an den Hauptsanitätspark der SS sowie direkt an die einzelnen Konzentrationslager. So kam das Gas direkt in die Hände der SS, die ebenso über „Schädlingsbekämpfer" verfügte, die von der Degesch ausgebildet waren.

Noch aus einem anderen Grund ist es kein Zufall, daß ausgerechnet ein sog. „Schädlingsbekämpfungsmittel" schließlich zur Massentötung von Menschen eingesetzt wurde. *„In der deutschen Propaganda waren die Juden häufig als Ungeziefer dargestellt worden. Frank und Himmler hatten wiederholt konstatiert, die Juden seien Parasiten, die man wie Ungeziefer ausrotten müsse — mit der Einführung des Zyklon B in Auschwitz war dieser Gedanke Wirklichkeit geworden." (3)*

Die enormen Lieferungen des Gases nach Auschwitz (insgesamt 23 to) blieben weder Testa noch Degesch verborgen. Dr. Bruno Tesch und sein Prokurist Weinbacher wurden unmittelbar nach dem Krieg wegen dieser Verbrechen von den Engländern zum Tode verurteilt und 1946 gehängt.

Neben der Testa lieferte aber auch Degesch ab Juni 1943 direkt nach Auschwitz. Um die Tötungsrate noch weiter zu erhöhen, verlangte die SS von Degesch-Direktor Peters die Entfernung des Geruchswarnstoffes aus dem Zyklon B. Peters äußerte Bedenken, aber ausschließlich deswegen, weil das Patent für die Blausäure inzwischen abgelaufen war und nur noch der ebenfalls für die Degesch patentierte Geruchswarnstoff das Monopol für Zyklon B aufrecht erhielt. Peters überwand seine „Bedenken" und die Degesch lieferte das geruchlose Gas. Nach vorhandenen urkundlichen Unterlagen sind Lieferungen in einer Gesamthöhe von 3.790 kg belegt. Für 1.775 kg Blausäure existierten noch die Quittungen, daß sie wohlbehalten in Auschwitz angekommen waren.

SS „human"

Nach dem Krieg klagten die Amerikaner die Direktoren der I.G. Farben im Nürnberger Prozeß u.a. wegen der Lieferung von Zyklon B nach Auschwitz an. Das war nur folgerichtig, denn erstens war die Degesch u.a. von der I.G. Farben kontrolliert und überwies die Gewinne aus dem Zyklon-Geschäft an den Konzern. Zweitens konnte es nach Auffassung des amerikanischen Chefanklägers den I.G.-Direktoren nicht entgangen sein, was in Auschwitz passierte, weil der Konzern in Auschwitz-Monowitz ein riesiges Chemiewerk betrieb, in dem mit Hilfe von Lagerhäftlingen unter unmenschlichen Bedingungen produziert wurde. Das Gericht sprach jedoch die I.G.-Direktoren von diesem Vorwurf frei; sie seien zu weit entfernt davon gewesen. Die Amerikaner verzichteten auf eine Anklage gegen die Degesch-Geschäftsführung und überantworteten Dr. Peters der deutschen Justiz — da war er richtig!

Zunächst wurde Peters 1949 wegen Beihilfe zu Totschlag verurteilt. Der Vorwurf der Beihilfe zum Mord war nach Ansicht des Frankfurter Landgerichts nicht gegeben, da Peters als „gläubiger Nazi" nicht die „niedrigen Motive" seines Führers Hitler beim Völkermord an den Juden durchschauen konnte. Das Gericht charakterisierte Peters darüberhinaus als einen *„allgemein anerkannten und geschätzten Mann, ... von außerordentlicher Schaffensfreude ..., von anerkanntem Berufsethos ..."* (4)

Nun konnte Peters ja nachgewiesen werden, daß er den Geruchsstoff aus dem Zyklon B entfernt hatte. Und es existierten noch die Empfangsquittungen über 1.750 kg, die, wie das Gericht rechnete, zur Tötung von 450.000 Menschen ausreichten. Nach eigener Aussage lieferte Peters das geruchlose Gas, damit *„auf Befehl des Reichsführers SS gewisse Verbrecher, unheilbar Kranke und geistig Minderwertige getötet würden, daß die hierzu verwendeten Verfahren zuerst grausam und quälend gewesen seien, daß man es nun mit Blausäure versucht hätte, um humaner vorzugehen, daß aber hierin noch eine große Grausamkeit liege, weil man nur behelfsmäßig mit dem der SS verfügbaren Zyklon die Tötungen vorgenommen hätte."* Das Gericht honorierte das. Der „Unrechtsgehalt der Aktion" sei Peters nicht bewußt gewesen. Die Lieferungen des Gases nach Auschwitz erfolgten, weil *„idealistische"* Motive Peters dazu *„zwangen"*. (5)Er wurde in diesem Verfahren zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, beschäftigte in der Folge noch sieben weitere Gerichte und erreichte 1955 schließlich einen Freispruch. Da die Lieferungen nach Auschwitz, für die Peters persönlich verantwortlich war, nicht die einzigen Zyklon-Lieferungen waren (Testa) und eine geringe Menge des Gases tatsächlich der Entlausung diente, könne Peters nicht nachgewiesen werden, daß ausgerechnet mit dem von ihm gelieferten Gas gemordet wurde — so das Landgericht Frankfurt in seiner Urteilsbegründung.

Peters hatte bei all seinen Prozessen sog. honorige Zeugen, die ihn als „vorbildlich, ethisch hochstehend in der Lebensauffassung" usw. schilderten. Ärzte und Chemikerkollegen bekundeten ihre Hochachtung vor Peters und seiner „Lebensaufgabe", dem Kampf gegen die Kleiderlaus. Dieser Kampf hörte für Peters auch nach 1945 keineswegs auf: Seine Bemühungen um eine Lieferung „Schädlingsbekämpfungsmitteln" an das Ägyptische Kriegs- und Innenministerium im Jahre 1953 sind dokumentiert. (6)



Zyklon B „mißbraucht"

Die Degesch hat nach dem Krieg einfach weitergemacht. Sie hat niemals auch nur eine minimale Geste des Bedauerns gegenüber den Opfern und den Überlebenden gemacht. Sie haben ihren Namen nicht geändert, sie haben nie irgendeine Form der „Wiedergutmachung" geleistet und sie produzieren und vertreiben bis heute eben dieses Zyklon-Giftgas. Auch die Eigentumsverhältnisse hatten sich bis 1985 kaum verändert: den I.G. Farben Anteil übernahm die Bayer-AG (ehemals Teil des I.G. Farben Konzerns). Die Produkte der Degesch — einschließlich des Zyklons — werden weltweit vertrieben und sind in der Bundesrepublik behördlich anerkannte und genehmigte „Schädlingsbekämpfungsmittel". Das „Pflanzenschutzmittel-Verzeichnis 1986" der „Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft" erlaubt den Einsatz von Zyklon zur Begasung von leeren Mühlen, Lebensmittelbetrieben und Speichern gegen Ratten, Mäuse und Insekten. Da verwundert es kaum, wenn Degesch-Geschäftsführer Kleist heute meint, sein Firmenname sei ein *„schöner Name"* und er stehe auch für einen hohen Anspruch: *„aktive Welthungerhilfe"*. (7) Bezeichnend für die Normalität, mit der die Degesch heute existiert, ist die Tatsache, daß die Firma Niederlassungen und Produktionsstätten in Chile und Südafrika unterhält. Zu letzterem fällt Degesch-Manager Kleist nur ein, daß sie dort *„Spitzenlöhne zahlen und mehr schwarze als weiße Arbeiter beschäftigen."* (8)

Zweifellos ist die Degesch mit ihren Produkten seit 1944 nicht mehr an Massenmorden beteiligt. Es mag auch sehr unwahrscheinlich sein, daß sich der historisch einmalige Versuch jemals wiederholt, ein ganzes Volk aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Religion oder Abstammung u.a. durch ein „Schädlingsbekämpfungsmittel" vernichten zu wollen. Die Degesch ist heute der Meinung, Zyklon B sei „zweckentfremdet" und „mißbraucht" worden. Bei diesem Firmengebaren weiß man kaum, worüber man mehr erschrocken sein soll: die Kaltschnäuzigkeit, mit der sie ihren Anteil am NS-Massenmord zurechtinterpretieren und sich jeglicher Verantwortung entziehen oder die traumwandlerische Sicherheit, mit der sie ihre Geschäftsbeziehungen zu den am meisten verhaßten Diktaturen dieser Welt unterhalten und einen erneuten „Mißbrauch" ihrer Produkte offenbar ausschließen.

Probleme mit der Vergangenheit

Wie man aus den Äußerungen des Degesch-Managers erkennen kann, ist die Firma in jüngster Zeit ins Gerede gekommen. Wird endlich doch noch über die Degesch und ihre Geschichte in Frankfurt und anderswo diskutiert?

Die Degesch ist in die Schlagzeilen gekommen, weil sie eine Erweiterung der Produktion und Weiterverarbeitung von Aluminium- und Magnesiumphosphid in Frankfurt plant. Beides sind sog. „Schädlingsbekämpfungsmittel" und gehören zu den giftigsten Substanzen, die es gibt. Sie reagieren mit Luftfeuchtigkeit unter Freisetzung des hochgiftigen Phosphins. Dieses Gas entsteht schon während des normalen Produktionsprozesses und wird an die Umgebung abgegeben. Es wirkt auf den gesamten Organismus. Bei schweren Vergiftungen führt es zum Tod, bei mittelschweren bleiben Schäden an Leber, Nieren und Nervensystem. Bei einem Störfall kann es zu einer Katastrophe vom Ausmaß Bophals kommen. Im Umkreis von mehreren Kilometern muß dann mit Toten und Verletzten gerechnet werden. Das betroffene Gebiet schließt in Frankfurt die Stadtteile Fechenheim, Bornheim, Riederwald und Seckbach sowie die Stadt Offenbach ein.

Inzwischen haben fast 600 Menschen Einwendungen nach dem Bundesimissionsschutzgesetz gegen die Degesch erhoben, über deren Antrag auf Erweiterung ein Erörterungstermin stattfindet.

Aber ein großer Teil der Einwender, allen voran das Darmstädter Öko-Institut, sträubte sich von Anfang an massiv gegen jede Diskussion über die NS-Vergangenheit des Unternehmens. Mehr oder weniger offen wurde geäußert, die heutige Degesch habe nichts damit zu tun, was damals war; die damaligen Verantwortlichen seien doch alle tot und: Hört doch endlich auf mit dem alten Mist. Hinzu kam die offen geäußerte Befürchtung, daß mit der Geschichte des Zyklon B die ökologischen Bedenken in den Hintergrund treten würden. Diese Befürchtungen haben sich nun überhaupt nicht bewahrheitet, im Gegenteil. So bringt es z.B. die „taz" in ihrem ersten Artikel über die Degesch fertig, unter der Überschrift „Pestizide aus Frankreich für Ratten in Thailand" mit keinem Wort auf die Geschichte dieser Firma und das Zyklon B einzugehen, obwohl die Redaktion seit Wochen sämtliche dazu erarbeiteten Materialien besitzt. (9) Und eben diese „taz" druckt noch nicht einmal einen Veranstaltungstermin ab, wo über die Vergangenheit dieser Firma ausführlich informiert wurde.

Die Grünen im Frankfurter Römer sind in der Auseinandersetzung über die Degesch geteilter Meinung. Während die Minderheit der Radikalökologen unter Hinweis auf die „Beteiligung der Degesch an den Verbrechen — Lieferung von Zyklon B — des Nazi-Regimes" eine Auflösung der Firma für „unumgänglich" hält, möchte die Mehrheit von Realpolitikern und autonomen Frauen, daß der Magistrat *„in Verbindung mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vorschläge (entwickelt) für eine Produktkonversion der Fa. Degesch."* Begründung: *„Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Fa. Degesch ist hier eine einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglicher zur verträglichen Produktion überzugehen."*

Die Realos und Realas halten die Forderung nach Betriebsschließung *„nicht für ein angemessenes Mittel der Vergangenheitsbewältigung oder gar Wiedergutmachung an den Opfern."*

Einzig eine Initiative, in der u.a. ehemalige Auschwitz-Häftlinge mitarbeiten sowie die Minderheitsfraktion der Grünen bezeichnen die Existenz der Firma als einen fortdauernden Skandal und fordern, daß endlich Schluß sein müsse mit der Degesch und ihrem Zyklon.

KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkungen

1.) zit. nach: Jörg Friedrich, Die kalte Amnestie, S. 205
2.) alle Angaben nach: Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, S. 598ff
3.) ebenda
4.) C.F. Rüter, Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIII
5.) zit. nach: Friedrich, S. 206 ff
6.) siehe Ernst Klee, Was sie taten — was sie wurden, S. 290
7.) Frankfurter Rundschau, 14.8.87
8.) FR, 7.8.87
9.) taz, 15.8.87

DEGESCH neue Anschrift:

DEGESCH
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG M.B.H.
FRANKFURT / M.

neue Anschrift:
DEGESCH
Friedberg / Hessen
Kaiserstr. 70, Postfach 98

Weissfrauenstr. 9 / Fernsprecher: Ortsruf 20121 / Fernruf 20546 / Nachtruf: 241 41 / Drahtwort: Degesch / Postanschrift: Degesch Frankfurt/Main, Schliessfach 248 Postscheck 48 674 Frankfurt/M.
Telegramme: Alle Codes

Herrn Obersturmführer
Kurt Gerstein,
(1) Berlin
Leipzigerstrasse 31/32

RECHNUNG

Frankfurt a. M., den 30.April 1944
Ha.

D. G. S.		Einzelpreis	Reichsmark
	Wir sandten am 11. April ab Dessau mit einem Wehrmachtfrachtbrief der Heeresstandortverwaltung Dessau an das Konzentrationslager Auschwitz, Abt. Entwesung und Entseuchung, Station: Auschwitz als Frachtgut folgende Sendung: ZYKLON B Blausäure ohne Reizstoff		
50146/58	= 13 Kisten, enthaltend je 30 = 390 Büchsen a 500 g = 195 kg CN	5.—	975. —
	Brutto: 832,00 kg Tara: 276,25 „ Netto: 555,75 „		
	Die Etiketten tragen den Vermerk: „Vorsicht, ohne Warnstoff"		

aus: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG), Bd. XXVII, S. 342.
Dokument 1553-PS

Die Patrioten vom 20. Juli

In der Auseinandersetzung um die Aufnahme der chilenischen Todeskandidaten in diesem unserem Land wurden von grüner und anderer gutmeinender Seite die *deutschen Patrioten vom 20. Juli* als Kronzeugen beschworen. Auf den ersten Blick ein naheliegender Einfall. Mensch stelle sich einmal vor: Nach dem mißglückten Attentat auf Hitler wäre dem Grafen Claus von Stauffenberg in Schweden oder vielleicht gar im schon befreiten Teil Frankreichs Asyl und Rettung verweigert worden mit der Begründung, man wolle mit einem kriminellen Mörder nichts zu tun haben. Das ungeklärte Verhältnis der CDU/CSU zur Gewalt und der reine Alibi-Charakter aller staatlichen Veranstaltungen und Redereien zum 20. Juli wird an diesem Vergleich wieder einmal deutlich.

Und doch ist der gutgemeinte Vergleich sachlich nicht korrekt und politisch vielleicht nicht ganz so geschickt, wie es zunächst den Anschein hat.

Wenn einst dies geschlecht sich gereinigt von schande
Vom nacken geschleudert die fessel des fröners
Nur spürt im geweide den hunger nach ehre:
Dann wird auf der walstatt voll endloser gräber
Aufzucken der blutschein ... dann jagen auf wolken
Lautdröhnende heere dann braust durchs gefilde
Der schrecklichste schrecken der dritte der stürme:
Der toten zurückkunft!

Wenn je dieses volk sich aus feigen erschlaffen
Sein selber erinnert der kür und der sende:
Wird sich ihm eröffnen die göttliche deutung
Unsagbaren grauens ... dann heben sich hände
Und münder ertönen zum preise der würde

Dann flattert im frühwind mit wahrhaftem zeichen
Die königsstandarte und grüßt sich verneigend
Die Hehren · die Helden!

Stefan George

Stefan George

Das Problem beginnt schon beim Wort „Patrioten", unter das hierzulande der Widerstand gegen das NS-Regime gern subsummiert wird, und das auch von den Grünen verwendet wurde. Eigentlich seltsam. Wäre ein Begriff wie „Antifaschisten" oder einfach „Demokraten" nicht angemessener, um den Widerstand gegen die Nazi-Diktatur zusammenfassend zu bezeichnen? Offenbar nicht. Denn erstens waren in den Reihen der Leute vom 20. Juli viele, die allzulange mit dem NS-System gegangen waren, um glaubhaft als Antifaschisten eingeordnet werden zu können. Und zweitens legt die bundesdeutsche Staatsdoktrin auf diesen kleinen Unterschied sehr viel Wert: Demokrat zu sein, legitimiert allein noch keinen bewaffneten Widerstand. Es muß schon Patriotismus das zentrale Motiv sein. Um es verständlicher zu sagen: Es geht um den Unterschied zwischen denen, die aus prinzipiellen Gründen immer schon gegen Hitler waren, und denen, die sich erst im Laufe der Jahre nach 1933 und besonders während des Krieges gegen das NS-Regime wandten, „um Deutschland vor dem Untergang zu retten" oder, richtiger gesagt, soviel wie möglich von Deutschlands großmachtpolitischen Zielen festzuhalten.

Ein Putsch ohne Truppe

Im Vordergrund der Darstellung des 20. Juli im Unterricht und in den Medien steht die Tatsache, daß ein Bombenanschlag auf Hitler versucht wurde. Kaum erwähnt wird, daß dieser Anschlag nur der Auftakt eines genau geplanten militärischen Staatsstreichs sein sollte. Auch das ist kein Zufall. Mit dem Bombenattentat wird das politisch-moralische Problem künstlich eingeengt auf die wesentlich theologische Frage des sogenannten Tyrannenmords, der im herrschenden System eben noch als legitim gilt. In Wirklichkeit ist mit dem 20. Juli aber in viel umfassenderer Weise die Frage nach der Berechtigung und Pflicht zum allgemeinen bewaffneten Aufstand und zum Bürgerkrieg unter bestimmten Bedingungen gestellt. Das würde zwangsläufig zu Überlegungen führen, die über das ziemlich idiotische Scheinproblem, „Durfte man Hitler töten?", weit hinausweisen.

Ein erfolgreicher Anschlag auf Hitler *allein* hätte das NS-Regime nicht entscheidend erschüttert. Er hätte auch von vornherein keine Chance gehabt, im Ausland als politisches Signal für die Existenz einer relevanten Gegengruppe im Bereich der herrschenden Eliten wahrgenommen zu werden. Dem Attentat mußten militärische Maßnahmen folgen, die vor allem die möglichst schnelle Ausschaltung der systemloyalen Teile des NS-Staats zum Ziel hatten. Ministerien und Rundfunksender waren zu besetzen, zentrale Figuren (Himmler, Goebbels u.a.) festzunehmen, SS-Truppen in ihren Kasernen einzukreisen und zu entwaffnen. Was hingegen die Wehrmacht anging, wurde in allen Putschplänen vorausgesetzt, daß sie sich anschließen oder zumindest neutral beiben würde.

Ein wesentliches Problem jeder Putschplanung bestand darin, daß es zwar ein weitverzweigtes Netz hochrangiger Offiziere gab, auf die direkt und zuverlässig gezählt werden konnte oder deren Abneigung gegen die NS-Führer man kannte, aber der Mittel- und Unterbau für einen Aufstand fehlte. Es gab keine einzige militärische Einheit, mit der man wirklich rechnen konnte, und die mittlere und untere Offiziersebene galt als nazi-loyal. Diese strukturelle Schwäche sollte durch Bluff und Überrumpelung wettgemacht werden. Der Plan war folgender: Nach erfolgtem Bombenattentat sollte durch die in und um Berlin stationierten Einheiten des sog. Reserveheers — wo sich die Putschisten in Schlüsselstellungen festgesetzt hatten — und durch die Kreiswehrersatzkommandos in allen großen Städten der Alarmplan „Walküre" ausgelöst werden, der für Fälle innerer Unruhen in den Schubladen lag. Den Einheiten sollte erklärt werden: Hitler sei durch ein Attentat getötet worden. „*Eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer*" wolle die Lage dazu auszunutzen, „*der schwerringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen.*" Das Militär habe zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der Kriegsfähigkeit die Macht übernommen. Potentielle Gegner, insbesondere die SS, müßten durch sofortige militärische und polizeiliche Maßnahmen ausgeschaltet werden.

Statt durch politische Überzeugung und klare Aufgabenstellung sollten die Truppen für den Aufstand also ausschließlich durch Täuschung in Bewegung gesetzt werden. Man hoffte auf das System des blinden Gehorsams. Dieser Plan unterschätzte die Politisierung der Armee durch das NS-System. Es gab eine Reihe von Offizieren, denen die erteilten Befehle unglaubwürdig vorkamen und die von sich aus Verbindungen zu Goebbels und zum Führerhauptquartier herstellten. So kam es, daß Einheiten, die als Kernkraft des Putsches in Berlin vorgesehen waren, unversehens gegen die Zentrale der Putschisten in der Bendlerstraße (ehem. Kriegsministerium) vorgingen.

Am späten Abend des 20. Juli war der Putsch gescheitert.

Ein differenziertes Gebilde

Jede Verallgemeinerung über die Putschisten vom 20. Juli und über den bürgerlichen deutschen Widerstand insgesamt geht an der Wirklichkeit vorbei. Das Spektrum reichte von rechten Sozialdemokraten und Liberalen, die schon 1933 gegen Hitler gewesen waren, bis zu Militärs, die noch bis 1943 an den „Endsieg" geglaubt hatten. Da gab es zum Beispiel Arthur Nebe, eine zentrale Figur bei der Planung des Staatsstreichs. NSDAP-Mitglied seit 1931, 1933 führender Funktionär der Polizei, seit 1936 Direktor des von ihm selbst geplanten und aufgebauten Reichskriminalamts (als Teil der ebenfalls neugeschaffenen Reichssicherheitshauptamt), 1941 Leiter der Einsatzgruppe B in der Sowjetunion. (Aufgabe der Einsatzgruppen war vor allem die systematische „Vernichtung" der jüdischen Bevölkerung) — Eine ähnliche Vergangenheit hatte Wolf Heinrich von Helldorf, der am 20. Juli eine zentrale Rolle spielen sollte und Kandidat für ein Regierungsamt war. Nach dem 1. Weltkrieg gehörte Helldorf dem rechtradikalen Freikorps Roßbach an und war am Kapp-Putsch 1920 beteiligt, der die Weimarer Republik vernichten sollte. Helldorf trat 1926 in die NSDAP ein, wurde 1931 SA-Funktionär in Berlin, war nach 1933 zusätzlich Obergruppenführer in der SS, seit 1935 Polizeipräsident von Berlin.

Oder betrachten wir Claus von Stauffenberg, der am 20. Juli nicht nur die Bombe ins Führerhauptquartier brachte, sondern anschließend, mit dem Flugzeug nach Berlin zurückgekehrt, auch „die Seele" des Putschversuchs war. Als Chef der Organisationsabteilung des Oberkommando Wehrmacht (OKW) war Stauffenberg treibende Kraft bei dem heftig umstrittenen Projekt, sowjetische Gefangene und Teile der sowjetischen — insbesondere nichtrussischen — Bevölkerung in die Nazi-Wehrmacht zu inte-
nen Projekt, sowjetische Gefangene und Teile der sowjetischen — insbesondere nichtrussischen — Bevölkerung in die Nazi-Wehrmacht zu inte-
grieren oder auf andere Weise den deutschen Kriegsanstrengungen dienstbar zu machen. Nach Ansicht Stauffenbergs war die Sowjetunion „*nur mit Hilfe der dort lebenden Russen und der anderen vielen Völkerschaften zu schlagen.*" Dazu sollte die Parole des „antibolschewistischen Befreiungskampfs" an der Seite Deutschlands aufgestellt werden, und den Völkern der UdSSR sollte das nationale Selbstbestimmungsrecht versprochen werden. Dieses politische Projekt wurde außerhalb der Wehrmacht im Wesentlichen nur von Rosenbergs Ostministerium unterstützt, blieb also isoliert und konnte nur in kleinen Stücken realisiert werden.

Widersprüche zur Nazi-Kriegspolitik

Andere Vertreter des bürgerlichen Widerstands hatten nicht erst die Wende des Weltkriegs zu Niederlage und Zusammenbruch gebraucht, um Pläne zum Sturz Hitlers zu entwickeln. Im Zentrum dieser Kreise stand Generaloberst Ludwig Beck, Chef des Generalstabs des Heeres seit 1935. Er trat im Mai 1938 zurück, weil er Hitlers Kurs auf Annektion der Tschechoslowakei, bei dem ein Krieg mit England und Frankreich riskiert wurde, für allzu gefährlich hielt. Die Wehrmacht sei auf eine solche Konfrontation (noch) nicht vorbereitet, lautete das entscheidende Argument. Beck und andere Militärs bereiteten für Ende September 1938 einen Staatsstreich vor, dessen Realisierung ihnen erspart blieb, weil im letzten Moment die Regierung Englands und Frankreichs Hitler weit entgegenkamen. Damit war nach Auffassung der wichtigsten Militärs das entscheidende Argument für einen Putsch weggefallen.

Nach dem Überfall auf Polen, der in vier Wochen abgeschlossen war, stand die Frage nach den nächsten Schritt zur Entscheidung. England und Frankreich hatten zwar Deutschland den Krieg erklärt, militärisch aber absolut nichts zugunsten Polens unternommen. Hitlers Absicht, noch im Herbst 1939 Frankreich angreifen zu lassen, beunruhigte viele Militärs, weil dadurch ein Krieg mit England unvermeidlich zu werden schien, dem man sich nicht gewachsen glaubte. Erneut gab es hektische Geheimtreffen und detaillierte Putschpläne, ein Datum Anfang November stand schon fest, und wieder siegte das Zögern.

Erst Ende 1942/Anfang 1943 kam es wieder zu einer Reaktivierung der Putsch- und Attentatspläne. Anlaß war der sich abzeichnende Untergang der 6. Armee im Kessel von Stalingrad und die Landung der Westalliierten in Nordafrika. Das Dilemma der *patriotischen* Opposition wird daran deutlich: Bis 1938 stimmte sie mit dem NS-System weitgehend im außenpolitischen Ziel überein, das „Schanddiktat von Versailles" zu revidieren, also die deutschen Grenzen von 1914 im Westen wie im Osten wiederherzustellen. Auch darüber hinausgehende Schnitte gegen die Tschechoslowakei und Polen wurden im Prinzip eher begrüßt als abgelehnt. Der Unterschied lag in der Risikoabwägung. Nach Ansicht des bürgerlichen Widerstands war Deutschland (noch) nicht kriegsfähig, mußte also gegenüber England und Frankreich sehr vorsichtig und langsam agieren. Anders gesagt: der bürgerliche Widerstand hatte beansprucht, das realitätstüchtigere, vernünftigere Konzept für eine deutsche Großmachtspolitik zu haben. Das Unglück dieser Warner war, daß bis 1941 in der Realität immer wieder Hitler recht zu behalten schien, während ihre pessimistischen Einschätzungen zuerst durch die außenpolitischen Erfolge und seit September 1939 auch durch die militärischen Erfolge immer aufs neue widerlegt wurden. Das führte zwangsläufig zur Korruption und zur Ausdünnung des bürgerlichen Widerstands angesichts der großen Kriegserfolge 1940-42. Einen siegreichen Feldherrn könne man unmöglich stürzen, lautete nun das Argument. Erst einmal müsse nun der Krieg gewonnen werden, alles weitere sei *danach* zu ordnen, pflegte beispielsweise Stauffenberg zu sagen.

„Nur kleine schar ist zu der sicht berufen
Nur kleine schar hat von dem hehren held geträumt
Sie schweigen stille · haben nichts mit euch gemein
Sie knieen gläubig an des Meisters stufen ...

So ist in mir zu herrschen dunkles wissen
Und jugend künftig kraft und größe ahnend.
Unglaublich ist was mich bewegt
Unfaßlich ist was mich gezeugt."

Claus von Staufenberg

Die außenpolitischen Pläne

Wie sahen die außenpolitischen Vorstellungen der *Patrioten* aus? Betrachten wir die Friedenspläne Goerdelers, Leipziger Bürgermeister bis 1936, Reichskommissar für Preiskontrolle 1931-36, Verbindungsmann des Elektro-Konzerns Bosch. Goerdeler war von den Putschisten des 20. Juli als Reichskanzler vorgesehen.

Im Mai 1941, auf dem Höhepunkt der militärischen Stärke Deutschlands, entwarf Goerdeler ein Programm für einen Verhandlungsfrieden mit England. Unter anderem forderte er: 2. Anerkennung der Annektionen Österreichs, des Sudetenlands und des Memelgebiets. 3. Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1914. 5. Rückgabe der durch den 1. Weltkrieg verlorenen deutschen Kolonien oder Ersatz durch gleichwertige Kolonialgebiete. Verglichen mit den riesigen Annektions- und Vernichtungsplänen des NS-Staates war das selbstverständlich ein maßvolles und humanes Programm. Abgesehen von den Kolonialforderungen lief es auf Wiederherstellung des Status quo vor dem 1. September 1939 hinaus.

Politisch sehr viel interessanter ist ein strategisches Papier Goerdelers vom Spätsommer oder Herbst 1943. Zu dieser Zeit war die Niederlage Deutschland schon abzusehen, aber Goerdelers territoriales Programm unterscheidet sich nur wenig von seinem Friedensplan aus dem Jahr 1941. Im Süden ist sogar Südtirol — auf das selbst Hitler schon verzichtet hatte — noch hinzugekommen, dafür wird nicht mehr das ganze Elsaß-Lothringen beansprucht, sondern eine Teilung entlang der Sprachgrenze vorgeschlagen. „*Im übrigen werden in einem europäischen Staatenbunde, auf den wir hinstreben müssen, innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen.*" — Das sind doch schon sehr moderne Töne! Und auch dies: Deutschland muß materiell (wirtschaftlich, territorial, militärisch) stark bleiben, weil „*Europa eine Sicherung gegen russische Übermacht braucht*". Da es „*zweifelhaft ist, ob Amerika dauernd Kräfte für diese Sicherung zur Verfügung stellen wird*", sei die „*natürliche Interessengemeinschaft zwischen England und Deutschland*" für diese Aufgabe gefordert. Dem polnischen Staat solle seine frühere Ostgrenze — 1920 durch einen Raubkrieg gegen die junge Sowjetunion gewonnen — garantiert werden. Da die Sowjetunion dies voraussichtlich nicht akzeptieren würde, müßte dann die deutsche Wehrmacht im Bunde mit den Westalliierten Polen verteidigen!

Hier findet sich bereits die Idee einer Umkehrung der Kriegsallianzen, die fast identisch später auch in den Planspielen des NS-Apparats eine große Rolle spielte. Am Rande sei erwähnt, daß dieser *Patriot* im Namen der weißen Völker „*die Wiederherstellung des europäischen Kolonial- und sonstigen Besitzes in Ostasien*" für notwendig hielt und deutsche Mitwirkung („*mit den anständigerweise zu vertretenden Mitteln*") an diesem Gemeinschaftswerk anbot.

Das Verhältnis zur SU

Es gab im bürgerlichen Widerstand auch andere Konzepte, die anstelle des militanten Antisowjetismus — der aber unter den relevanten Kräften die dominierende Tendenz war — die Rolle Deutschlands als eines „Mittlers zwischen Ost und West" betonten. Ganz wenige (wie der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Schulenburg) befürworteten sogar eine freundschaftliche Verbindung mit der Sowjetunion. Überwiegend herrschte aber auch bei den Vertretern der „Mittler"-Theorie die Ansicht vor, der Sowjetunion erst einmal den Bolschewismus austreiben zu müssen, wenn auch nicht mit militärischen Mitteln, sondern durch die innere Dynamik der Sowjetgesellschaft und durch die Zwänge der Ökonomie.

Überhaupt war man der Meinung, viele großmachtpolitischen Ziele, die auch vom NS-Staat verfolgt wurden, ließen sich mit friedlichen Mitteln besser erreichen. Typisch dafür wieder Goerdeler (in einem Memorandum vom März 1943): „*Die Eingliederung Polens in Deutschland wäre auch für uns kein Segen. Ein selbständiges, richtig behandeltes Polen wird ganz von selbst wirtschaftlich und politisch Anschluß an Deutschland suchen müssen.*" — Ähnlich war man der Meinung, daß in einem europäischen Staatenbund auf ganz natürliche, friedliche Weise die Hegemonie Deutschlands sich herstellen würde. Nicht durch Militärbesatzung und Gestapo-Terror, sondern auf Grundlage scheinbarer Freiwilligkeit, deshalb umso wirkungsvoller.

kt., Hamburg

Diskussion um das grüne Müttermanifest

Einbrüche

Anfang Mai beschloß die Bundesversammlung der Grünen nach heftigen Auseinandersetzungen über eine neu einzurichtende „Bundesarbeitsgruppe Mütter'' die Flucht in einen Kompromiß, der in erster Linie einen Freibrief für die neuen Mütterpolitikerinnen bedeutete.

Eigens für sie wurde ein neues Gremium erfunden: die „Unterarbeitsgruppe'' (UAG). Damit wird es neben der „Bundesarbeitsgruppe Frauen'' die „UAG Mütter'' geben, die zudem mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet ist. Sie hat weitgehende Autonomie in ihren Entscheidungen, verfügt über „entsprechende Finanzen'' und wählt eine eigene Sprecherin.

Die vorläufige Arbeitsgrundlage wird das umstrittene Müttermanifest sein, das in Duisburg aber offiziell nicht zur Abstimmung stand.

Auf einem ersten Treffen der „UAG'' wurden inzwischen gleich zwei Sprecherinnen gewählt, die Ökolibertäre Gisela Anna Erler, Vordenkerin und Erstunterzeichnerin des Manifests und Doro Pass-Weingarts, ebenfalls Erstunterzeichnerin. „Fürs erste'' will sich die „UAG Mütter'' mit den Vorwürfen auseinandersetzen, sie vertrete eine konservative Mütterideologie, dann will sie sich an der grünen Stiftungsdebatte beteiligen und ein Konzept für „grüne Kinderräume'' erarbeiten.

Die Debatten um Sinn und Unsinn des Manifesttextes gingen inzwischen weiter — in der „Szene'' wurde Position bezogen.

Die „Emma'' polemisierte wie erwartet messerscharf dagegen, während die taz uns durchweg zustimmende Artikel bescherte. Kritisches fand frau hier im wesentlichen nur auf den Leserbriefseiten.

Doch auch über „die Bewegung'' hinaus fand das Müttermanifest Beachtung. Rita Süßmuth, das „feministische'' Aushängeschild der CDU, stellte erneut ihr aufgeschlossenes frauenpolitisches Image unter Beweis und setzte sich kritisch mit dem Manifesttext auseinander.

Rita Süßmuth zum grünen Müttermanifest

Ist den Grünen (Müttern) jetzt endlich der langersehnte Einbruch in christlich konservative Kreise gelungen — oder wittert die CDU ihrerseits Morgenluft bei der grünen Klientel?

Wie immer auch bewertet, Rita Süßmuth zumindest trug ihren Anteil dazu bei. Sie nutzte das Sommerloch und überraschte eine Bonner Journalistinnenrunde („Lila Karte'') mit einem Auseinandersetzungspapier zum grünen Müttermanifest.

Weitgehend zufriedene Zustimmung äußerte sie darin in ihren ersten vier Thesen. Sie begrüßte, daß endlich auch die Frauenbewegung das Mütterthema problematisiert; sie teilte die „Situationsanalyse'' im Manifest; sie freute sich besonders über die *„Aufwertung der Familienarbeit''* und versicherte noch einmal ausdrücklich, daß dies auch *„für die Bundesregierung ein vorrangiges Ziel''* ist. Sie fand viele der erhobenen Forderungen richtig — allerdings nicht neu, denn *„sie stehen auch im Programm der Bundesregierung''*. Da hat sie recht. Mit der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen oder der Einführung von flexiblen Arbeitsplätzen z.B. hat die Bundesregierung längst den Wunsch der Manifestfrauen (*„ausgedehnte Experimente mit qualifizierter Teilzeitarbeit und flexibler Arbeitszeit''* — aus dem Müttermanifest) richtigen Weg sind, aber falsche Akzente setzen und so eher einen rückwärtsgewandten frauenpolitischen Ansatz verfolgen.

„In dieser Unausgegorenheit liegen Gefahrenmomente, die bewirken können, daß die Frauenpolitik in eine für Frauen fatale Richtung läuft und das bereits Erreichte wieder in Frage gestellt wird.''

Dagegen präsentierte sie sich sehr viel zeitgemäßer und moderner.

„Frausein ist schön"

„Motherhood is beautiful'', heißt ein zentraler Slogan des Müttermanifests. Das ist Rita Süßmuth viel zu wenig. Sie warnte vor einer *„Totalidentifikation mit der Mutterrolle''* und warf den Manifestfrauen vor, daß sie eine *„Entsolidarisierung der Frauen''* betreiben, wenn sie zwischen Müttern und Nichtmüttern unterscheiden. Sie forderte dagegen dazu auf, *„die Vielfalt der Lebensphasen''* anzuerkennen, denn *„Mutter zu sein, ist für viele Frauen wichtig und eine Bereicherung, doch sie kann keine ausschließliche lebensausfüllende Aufgabe mehr sein''*. Deshalb favorisiert sie das Motto: *„Frausein ist schön''*.

Es störte sie außerdem erheblich, daß *„immer nur von Müttern die Rede ist, Väter kaum erwähnt werden, Eltern praktisch nie''*.

Kritisch setzte sie sich auch mit dem biologischen Ansatz (Frausein heißt anderssein) des Manifesttextes auseinander: *„Ich halte dabei auch eine Überstrapazierung der ‚weiblichen' oder ‚mütterlichen' Werte für gefährlich. Niemand kann heute nachweisen, daß es wirklich solche geschlechtsspezifischen Werte gibt und wie sie aussehen. Unbedingt muß vermieden werden, daß solche Eigenschaftsbeschreibungen an biologische Erklärungsmuster gekoppelt werden. Wer über angeborene Mütterlichkeit nachdenken will, darf sich nicht wundern, wenn Frauen für immer auf die Rolle der Hausfrau und Mutter festgelegt werden.''*

Skepsis meldete sie auch gegenüber den Manifestforderungen nach *„öffentlichen Wohnstuben''* und *„Mütterzentren''* an. Zwar betonte sie gerade hier ihr Engagement im Bereich des *„Selbsthilfebereichs''* und im *„Aufbau eines Betreuungskontaktnetzes''*, ließ es sich aber auch hier nicht nehmen zu differenzieren und warnte zugleich vor allzuviel fraulicher Privatheit. *„Ich verkenne nicht ihren Wert als Kommunikationsorte für Frauen, die sonst isoliert wären. Doch sie könnten auch dazu beitragen, daß Frauen in ihren Nischen verbleiben und ihre Rollenzuweisung verfestigt wird.''*

Eine „gewisse Attraktivität"

Die CDU verfolgt ohne Einschränkung das politische Konzept, die Familien rückhaltlos zu stärken, die Geburtenrate zu steigern, was bedeutet, die Frau zurück an Heim und Herd zu holen und als Trost die Hausfrauen- bzw. wie sie es nennt, die „Familienarbeit'' aufzuwerten. Es kann aber auch von dieser Partei nicht übersehen werden, daß die Mutterrolle und die Konzentration auf Familie vielen Frauen heute nicht



mehr genügt. Mit diesem Widerspruch umzugehen, hier aufgeschlossen und flexibel in Argumentation und Auftreten, aber auch in ihrem Einsatz für das eine oder andere Zugeständnis oder auch Angebot an Frauen zu sein — dieser Part innerhalb der Konservativen gebührt Rita Süßmuth. Als jüngstes Beispiel sei hier ihr Versuch genannt, die eheliche Vergewaltigung ins Strafgesetzbuch aufnehmen zu wollen. Als konkretes Angebot an Frauen müssen auch flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit gesehen werden, ohne daß hier in irgendeiner Weise die Probleme und Schweinereien damit heruntergespielt werden sollen. Sie bedeuten aber für Frauen ein Stück mehr Möglichkeit (Beruf, Arbeit, Zuverdienst), als wenn sie auch noch darauf verzichten müßten. Diese kleinen Unterschiede machen derzeit eine gewisse Attraktivität in der Politik der Konservativen aus — dafür steht Rita Süßmuth.

Diese Widersprüchlichkeit in seiner Differenziertheit aufzudecken, zu kritisieren und eigene Konzepte zu entwickeln, müßte die Aufgabe linker und feministischer Frauen sein. Dafür ist der politische Ansatz des Müttermanifests gänzlich ungeeignet. Er bewirkt das Gegenteil. Durch die Überbewertung der Mutterschaft, verbunden mit der Forderung nach Aufwertung, mit der Ideologisierung und Wiederaufnahme der uralten Frauenrolle wird hier vor allem eine Politik der Entradikalisierung, der Anpassung und Integration von Frauen betrieben. Nicht ungeschickt, daß Rita Süßmuth sich gerade in die grüne Müttermanifestdebatte eingemischt hat. Sie will damit vor allem Frauen ansprechen, die zwar den Ansatz nach Aufwertung der Frauen- bzw. Familienarbeit teilen, die aber mit der Mystifizierung und Überhöhung der Mutterschaft nichts anfangen können, vielmehr Möglichkeiten nach Abwechslung vom Hausfrauendasein, Beruf oder Zuverdienst suchen. An dieser Stelle aber steht Rita Süßmuth und hat sogar etwas anzubieten.

„... ein Papier aus eigenem Hause"

Eine etwas andere Interpretation für ihre Motivation, das Manifest aufgegriffen zu haben, nennt Rita Süßmuth selbst. Mechthild Jansen, die offenbar an der Journalistinnenrunde in Bonn beteiligt war, läßt in der TAZ (28.7.) die Ministerin wie folgt zu Worte kommen. Sie (Rita Süßmuth) hätte *„sich das Papier ebensogut aus eigenem Hause vorstellen können. Die Ministerin fühlte sich an die ‚Sanfte Macht der Familie' (Blüm-Papier 1981) ... erinnert. Die Lösungsvorschläge beider Papiere hätten durchaus Nähe zueinander.''* ... *„Schon höre sie in der Partei, die (Grünen) dürfen das diskutieren und wir nicht! Es fange immer erst an mit Trendsettern.''* (TAZ, 28.7.)

Auch wenn diese Sorge sicher überzeichnet ist, entbehrt die Argumentation doch nicht einer gewissen Pikanterie: Nachdem es der Rita Süßmuth endlich nach vielen Mühen gelungen ist, die CDU auf einen fortschrittlichen Kurs festzulegen, muß sie diesen nun gegen die rückwärtsgewandten grünen Diskussionen verteidigen.

g., Hamburg

Anmerkung:
Sämtliche Zitate sind aus „10 Thesen zum Müttermanifest verteilt von Rita Süßmuth anläßlich eines Treffens mit der „Lila Karte'' (Kreis von Journalistinnen in Bonn) am 17.7.87

„Zum Überdenken bewegt''

Handfeste Folgen hatte die Müttermanifestdebatte für die Landesarbeitsgruppe (LAG) Frauen der Grünen in Niedersachsen. Sie hatten auf der Grünen-Bundesversammlung einen Aufkleber verbreitet, auf dem das nationalsozialistische Mutterkreuz abgebildet war, versehen mit der Aufschrift: *„Das Kind adelt die Frau. Es ist wieder soweit.''* Sie wollten damit provozieren, erklärten die Frauen hinterher. Dies ist ihnen zweifellos gelungen. Nicht nur bei den Verteidigerinnen des Müttermanifests rief die Aktion Empörung und Emotionen hervor. Diese in der Tat völlig überzogene unsensible Aktion wurde auch von vielen Gegner/innen des Manifests abgelehnt, weil sie in keiner Weise geeignet war, zu einer sinnvollen Auseinandersetzung beizutragen. Vielmehr — so die

Mittlerweile hat der Vorfall ein grün-internes Nachspiel in Niedersachsen gehabt, das von der vielbeschworenen grünen Auseinandersetzungskultur nichts mehr ahnen läßt. Disziplinarmaßnahmen, Parteibürokratie und Berge von Umweltschutzpapier wurden bemüht, um die aufmüpfigen und unfügsamen Frauen in die Knie zu zwingen.

Als ersten Schritt forderte der Landesvorstand die renitente LAG Frauen zu weitreichender Distanzierung und Entschuldigung auf. Dazu waren die Frauen jedoch nicht bereit. In einer Stellungnahme vom 8.5. erklärten sie lediglich: *„Die Verwendung des Textes zielte darauf ab, provokativ zu verdeutlichen, zu welcher Zeit die Mütterideologie ihren Höhepunkt gefunden hat. Es war nicht beabsichtigt, die Müttermanifest-Frauen als Faschistinnen darzustellen.''*

Danach rollte die Bürokratenmaschine ab. Die Stellungnahme der Frauen wurde als „unzureichend erachtet''. (1) Der Vorstand legte seinerseits der LAG ein eindeutigeres Papier vor, das die Frauen nicht akzeptierten. Das zog Konsequenzen nach sich: *„Wir halten es für nötig, die LAG zum Überdenken ihrer starren Haltung zu bewegen ... Wir halten es — mehrheitlich — für erforderlich und angemessen, der LAG das Recht zu verwehren, öffentlich für die Grünen zu sprechen sowie die Grünen zu vertreten.''*

Daraufhin traten zwei Frauen, beide auch im Frauenbereich aktiv — aus dem Vorstand zurück, der damit nur noch aus zwei Männern und einer Frau bestand.

„Nach langem zähen Ringen'' beschloß der Restvorstand dann die Einberufung einer außerordentlichen Landesmitgliederversammlung am 23. August: *„Schwerpunktthema der Versammlung: die Mutterkreuzaktion der LAG Frauen auf der BDK in Duisburg.''*

Wer nicht mitgerechnet hat, der Vorfall liegt zu diesem Zeitpunkt bereits vier Monate zurück. Damit dürfte wohl auch für die nächsten Monate gesichert sein, daß die frisch fröhliche Frauenhatz im grünen Landesverband weitergehen kann.

Anmerkungen
1. *Dieses und die folgenden Zitate sind einem Landesvorstandsbrief an die Delegierten entnommen.*

Monika Jaeckel hat 1981 das Buch *„Wer — wenn nicht wir. Eine Streitschrift für Mütter''* veröffentlicht. Hier werden bereits die wesentlichen Gedanken z.B. zur neuen Bewertung der Hausfrauenarbeit oder die Forderung nach Mütterzentren vertreten, all das, was später dann im grünen Müttermanifest seinen Niederschlag gefunden hat. Das Ziel ihres Engagements formuliert Monika Jaeckel im Vorwort ihres Buches wie folgt: *„Frauen sehnen sich danach, das was sie ausmacht und betrifft, zu bekennen und zu leben. Sie wollen nicht nach fremdem Gesetz und Maßstab funktionieren, sich nicht verraten, verlieren im Zwang unmenschlicher, unweiblicher Arbeitsbedingungen: Zeitdruck, Leistungsdrill, Wettbewerb, Anonymität. Frauen werden nichts Wesentliches in ihrem Beruf, in der Gesellschaft, für sich selbst und untereinander ändern, solange sie eine Fähigkeit, die ihnen eigen ist, verachten: Leben zu geben und leben zu lassen. Denn solange Frauen Mütter verachten, verachten sie sich selbst.*

Wir Frauen sollten anfangen, das gesellschaftliche Potential des Mutterseins als Teil einer starken und einigen Frauenbewegung zu entfalten.''

Obwohl dieser frauenpolitische Ansatz bereits 1981 auf offene Ohren stieß, konnte er doch erst voll zur Geltung kommen, nachdem ein bedeutender Teil der grünen Partei ihn zu seiner eigenen Linie erklärte und über das Müttermanifest massiv propagierte.

(aus: M. Jaeckel, Wer wenn nicht wir — Zur Spaltung von Frauen in der Sozialarbeit — eine Streitschrift, 1981)

Müttermanifest — eine Variante der Bevölkerungspolitik

von Angelika Ebbinghaus

Der Text ist mit freundlicher Genehmigung der Autorin gekürzt. Vollständig erschienen ist er in „1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 3/87 (Hrsg. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte)

Bevölkerungspolitik ist wieder gesellschaftsfähig. Bezogen auf die nicht industrialisierten Länder war sie sowieso nie ein Tabuthema. Seit Mitte der sechziger Jahre fällt in der Bundesrepublik die Geburtenrate. Inzwischen ist sie die niedrigste auf der Welt und Anlaß für die Inszenierung eines neuen Angstthemas: die Bevölkerungsimplosion.

Eine ständig wachsende Anzahl bevölkerungspolitischer Publikationen versucht den Geburtenrückgang in den Industrieländern und insbesondere den drastischen Rückgang in der Bundesrepublik zu erklären. Und es werden Lösungen vorgeschlagen, um diesen Trend, wenn schon nicht umzukehren, so doch mindestens zu stoppen. Einigkeit besteht darüber, daß die wirtschaftliche Dynamik der kapitalistischen Leistungsgesellschaft einem stabilen Bevölkerungswachstum entgegensteht. Kinder seien kein Faktor des Reichtums mehr, keine Altersversicherung —, sondern Kostenfaktoren. Kinder und eine Familie zu haben, konkurriere heute zunehmend mit anderen Wunsch- und Wertvorstellungen der Menschen. Entscheidend für den Rückgang der Geburtenrate sei jedoch das veränderte Rollenverständnis und die Emanzipation der Frau. (...)

Zwischen Bevölkerungswissenschaftlern, Wirtschaftsverbänden und etablierten Parteien besteht Einvernehmen, wie man die Frauen gewinnen will, daß sie wieder mehr Kinder bekommen. Wichtiger noch als der Ausbau des Familienlastenausgleichs sei ein Einstellungswandel, um die Entscheidung für ein oder mehrere Kinder wieder positiv zu besetzen. Zuallererst müsse man deshalb die Hausfrauen- und Mütterarbeit ideell, sozial und materiell aufwerten.

Bereits im Oktober 1981 verabschiedeten die Sozialausschüsse der CDU Leitsätze zur „sanften Macht der Familie''. Die Erwerbsarbeit habe ihren

teriell aufwerten.

Bereits im Oktober 1981 verabschiedeten die Sozialausschüsse der CDU Leitsätze zur „sanften Macht der Familie''. Die Erwerbsarbeit habe ihren

zentralen Stellenwert für die Menschen verloren, deshalb sei eine Veränderung des Wertesystems der industriellen Leistungsgesellschaft nötig und auch bereits im Gang. Damit die Frau Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie habe, müsse die Mütterarbeit der Erwerbsarbeit voll gleichgestellt werden. Die nachindustrielle Gesellschaft — so Norbert Blüm — müsse weiblicher werden, denn „die Fähigkeit weiblich zu sehen, macht erst möglich, auf eigene Vorsprünge zu verzichten, mit knapper werdenden Mitteln zu haushalten oder sanfte Technologie und neue Formen des Wirtschaftens zu entwickeln, die Maß nehmen am Menschen''. Die „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Frau und Mann'' — beschlossen auf ihrem 33. Bundesparteitag im März 1985 — haben im großen und ganzen diese Programmatik weiter festgeschrieben. Die Regierung hat mit dem Ehegattensplitting, dem Erziehungsgeld, dem Erziehungsurlaub — in manchen Bundesländern gibt es anschließend noch das Familiengeld — der Anrechnung der Kindererziehung auf die Rente und der Einführung des Baukindergelds mit der Umsetzung ihres familien- und bevölkerungspolitischen Programms begonnen. In den kommenden Jahren will sie es weiterausbauen.

„Lohn gegen Hausarbeit'' hieß eine Parole, die Frauen aus der italienischen operaistischen Bewegung Anfang der 70er Jahre entwickelt hatten, um auf die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit von Hausfrauen, Müttern und Frauen in Familie und Gesellschaft hinzuweisen. Gleichzeitig damit kritisierten sie die Marxsche Werttheorie, die auf falschen Prämissen beruhe, weil sie die unbezahlte Hausarbeit — die Basis der kapitalistisch patriarchalischen Gesellschaft — nicht zur Kenntnis genommen habe. Seit Mitte der 70er Jahre wird auch in der bundesdeutschen Frauenbewegung heftig über das Thema „Lohn für Hausarbeit'' debattiert und gestritten.

Ungefähr zehn Jahre später wird die Haus-, Erziehungs- und Mütterarbeit quer durch alle Parteien als Arbeit akzeptiert, die es anzuerkennen und zu entlohnen gilt.

Was ist geschehen? Nicht zum ersten Mal sind Inhalte einer emanzipatorischen Bewegung aufgenommen, ihrer radikalen Spitze beraubt und integriert worden. Die Frauenbewegung hat weit in die Gesellschaft hineingewirkt und das Rollenverständnis von Frauen sowie das Machtverhältnis zwischen Frauen und Männern nachhaltig verändert. Frauen sind nicht länger und vor allem nicht zu jedem Preis bereit, unbezahlte Arbeit in der Familie und Gesellschaft zu leisten; sie nehmen immer weniger Benachteiligung in Ausbildung, Beruf und öffentlichem Leben hin. Feministinnen haben mit der Gründung der ersten Frauenhäuser ein tiefsitzendes Tabu gebrochen. Sie haben öffentlich gemacht, daß Gewalt und Vergewaltigung in Ehe und Familie alltäglich sind. Schwangerschaftsverhütung, Entkriminalisierung der Abtreibung und zunehmende Akzeptanz auch nicht ehelicher Lebensgemeinschaften haben dazu geführt, daß viele Frauen in der Kleinfamilie nicht mehr ihre einzige Lebensperspektive sehen. Die Scheidungsziffern steigen, immer mehr Frauen ziehen ihre Kinder alleine groß, viele entscheiden sich gegen die Institution Ehe und gegen eigene Kinder.

Eine Bevölkerungspolitik, die die Geburtenrate erhöhen will, kann an dieser Realität nicht vorbeigehen. Sie muß die Wünsche und Forderungen der Frauen in ihrer Strategie berücksichtigen und hat es auch getan. Die staatlichen Antworten wiederum bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Frauenbewegung.

„Motherhood is beautiful'' — dieser Slogan blendet bewußt die Realitäten aus, in denen Muttersein alles andere als nur schön ist. Die Überhöhung und Mystifizierung von Mutterschaft ist ein zentrales Anliegen des Müttermanifests, das Frauen der Grünen bei ihrer letzten Bundesversammlung im Mai 1986 der Öffentlichkeit präsentierten.

In diesem Manifest wird eine neue Frauenbewegung gefordert, die nicht länger die traditionelle Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter und die Inhalte „traditioneller Frauenarbeit, d.h. die Versorgung von Personen, Wahrnehmung sozialer Bezüge'' kritisch hinterfragt, sondern als „legitime Werte integriert'' und „entsprechend wertemäßig sozial, politisch, finanziell'' anerkennt. (...) Promotorinnen dieses

nehmung sozialer Bezüge'' kritisch hinterfragt, sondern als „legitime Werte integriert'' und „entsprechend wertemäßig sozial, politisch, finanziell'' anerkennt. (...) Promotorinnen dieses

Ansatzes erklären die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern tatsächlich mit der angeblich unterschiedlichen Organisation der rechten und linken Gehirnhälfte bei Frau und Mann (Gisela Anna Erler, Frauenzimmer. Für eine Politik des Unterschieds, Berlin 1985, S. 78ff.). Eine erfolgreiche Frauenpolitik müsse die angeblich natürlichen Fähigkeiten von Frauen — wie beispielsweise gefühlsbetont, personen- und kontextorientiert zu sein — stärken und zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen. (...)

Die Sprache des Müttermanifests kann den Eindruck aufkommen lassen, als sei es ein Produkt der Basis, einer Bewegung. Dem ist aber nicht so. Es gibt bislang keine Mütterbewegung, sondern das Deutsche Jugendinstitut in München — das eng mit dem Familienministerium zusammenarbeitet und von dort den Großteil der Gelder bezieht — will ausgehend von seinen familienpolitischen Forschungen eine Mütter — beziehungsweise eine Mütterzentrumsbewegung initiieren. Drei Forscherinnen aus diesem Institut zählen zu den Erstunterzeichnerinnen des Manifests und zu den Vordenkerinnen der Mütterpolitik. Familienselbsthilfekonzept heißt das Schlagwort für die Nachbarschafts- und Mütterzentren. In diesen Zentren sollen Frauen eine positive Identität als Hausfrauen und Mütter entwickeln, sie sollen wieder lernen ja zu sagen zur Familie. Diese Modellprojekte zur „Humanisierung des Arbeitsplatzes der Hausfrau und Mutter'' wollen die Isolation der Hausfrauen über die Schaffung einer „weiblichen Öffentlichkeit'' — einer Mütterkultur — aufheben und dadurch wieder Symmetrie zu den erwerbstätigen Frauen und Männern herstellen. In diese Projekte fließt begrenzt Geld. Im Rotationsverfahren werden immer einige Frauen als Teamfrauen mit 430,-DM bezahlt. Nach Auffassung der Wissenschaftlerinnen ist dieses Geld als Anreiz nötig, um in den nachbarschaftlichen Angeboten „eine echte Schichtenmischung'' zu erreichen. So würden Frauen wieder lernen, mit Geld umzugehen und eine Lohnmentalität entwickeln, aber nicht die der regulären Arbeitslogik. Frauen können in den Mütter- und Nachbarschaftszentren eine sinnvolle Verteilung und sozial konstruktive Organisation des Mangels erlernen. Diese Selbstbeschränkung zum Lernziel für Frauen zu erklären, ist ein Skandal. Diese Forderung erheben Frauen, die als Sozialwissenschaftlerinnen auf keinen Fall unter BAT IIa verdienen. Das Attraktive an diesen neuen Zentren — die es inzwischen überall in der BRD gibt — sei ihre positive Ausstrahlung als Selbsthilfeprojekte. Auch für den Staat seien sie schon attraktiv, da auf eine bezahlte mindestens zwei ehrenamtlich geleistete Stunden kommen. Damit sind die Einrichtungen „der weiblichen Kultur'' erheblich kostengünstiger als andere sozialarbeiterische beziehungsweise sozialtherapeutische Konzepte.

In diesen Zentren sollen die Frauen auch unterstützt werden, wieder einen Einstieg in den Beruf zu finden, wenn sie dies wünschen. Gegenwärtig untersucht das Deutsche Jugendinstitut den „Computeransatz in den Familien-und Nachbarschaftszentren''. Ausgegangen wird von einer relativen Distanz der Frauen zur Computertechnologie, die abgebaut werden muß, wenn die Frau nach ihrer Familienphase — übrigens auch so eine Wortneuschöpfung um ein bruchloses Hinüberwechseln von der Familie zum Beruf zu suggerieren — wieder Anschluß im Beruf finden will. In den Mütter- und Nachbarschaftszentren wird ein sogenannter frauenspezifischer Ansatz ausprobiert, der davon ausgeht, daß Frauen im Gegensatz zu Männern mehr anwendungsbezogen lernen. Bezogen auf die Computertechnologie heißt das, die Frauen sollen die Geräte handhaben können, verstehen brauchen sie die Informationsverarbeitung nicht. So werden den Frauen „Schnupperkurse'' angeboten, damit sie ihre Scheu vor den Computern überwinden und an den neuen Markt der Heimarbeit herangeführt werden.

Die Sinnstifterinnen der neuen Mütterkultur untersuchen nicht nur die Situation der Frau zwischen Beruf und Familie mit traditionellen sozialwissenschaftlichen Methoden und Fragestellungen, familien- und bevölkerungspolitische Programme im internationalen Vergleich oder die Auswirkungen der Flexibilisierung der Arbeitszeit mittels teilnehmender Beobachtung — wie beispielsweise bei IKEA —, sondern sie verfassen auch Traktate über die soziobiologisch begründete Ungleichheit der Geschlechter oder mischen sich laut in die mit bevölkerungspolitischen Argumenten geführte Angstkampagne ein. So schreiben Gisela Anna Erler und Monika Jaeckel in dem von Heiner Geißler herausgegebenen Bändchen „Abschied von der Männergesellschaft'': „Was tun. Für Frauen, die heute einige Jahre daheim bleiben oder der Kinder wegen Teilzeit arbeiten, steigt der Ärger mit dem Ausmaß der Erkenntnis: sie wissen, daß sie die Last derer tragen, die im Alter von Rentenzahlungen ihrer Kinder leben werden — und hören sich mit sinkender Geduld an, Kinder seien ein Privatproblem oder gar eine ökologische Belastung''.

Gestern las ich in der TAZ, daß die Mütter bereits überlegen, ein goldenes Dreirad zu vergeben. Wer weiß, ob sie demnächst nicht folgende Idee eines Bevölkerungspolitikers aufgreifen. Danach sollten Erwachsene ohne Kinder ähnlich wie Umweltverschmutzer Zertifikate erwerben, um für einen individuellen Lastenausgleich zu sorgen.

218-Prozesse vor Arbeitsgerichten

Lohnfortzahlung nach Notlagenindikation verweigert

Vor dem Bundesarbeitsgericht steht seit Anfang Juli 87 folgender Fall an (AZ: 5 AZR 495/87): Eine Arbeiterin war nach einem legalen Schwangerschaftsabbruch (Notlagenindikation) drei Wochen krankgeschrieben. Der Kapitalist verweigerte ihr die Lohnfortzahlung, obwohl im Lohnfortzahlungsgesetz § 1 Abs. 2 ausdrücklich die Arbeitsunfähigkeit infolge eines nicht rechtswidrigen Schwangerschaftsabbruchs durch einen Arzt eingeschlossen ist. Die AOK zahlte ihr Krankengeld und fordert den Betrag von 775,60 DM per Arbeitsgerichtsklage vom Arbeitgeber zurück.

Das Arbeitsgericht Iserlohn hat die Klage am 16.1.87 abgewiesen und entschieden, daß der Frau keine Lohn-

beitgeber zurück.

Das Arbeitsgericht Iserlohn hat die Klage am 16.1.87 abgewiesen und entschieden, daß der Frau keine Lohn

fortzahlung zusteht (AZ: 3 Ca 1083/86). Die Entscheidungsgründe: Der Eingriff sei von der Frau „vorsätzlich eingeleitet'' worden, „die Herbeiführung der Arbeitsunfähigkeit ... erfolgte im Sinne der § 1 Abs. I LFZG damit schuldhaft.''Außerdem sei die Abtreibung nach der Notlagenindikation, auch wenn das gesetzliche Verfahren mit Beratung, Indikationsstellung und Fristen korrekt eingehalten worden ist, nur *straflos* im Sinne des Strafgesetzbuches aber nach wie vor *rechtswidrig*: „Die Kammer geht davon aus, daß die Indikationstatbestände des § 218a StGB bei verfassungskonformer Auslegung grundsätzlich nicht Rechtfertigungsgründe, wohl aber Entschuldigungs- oder Strafausschließungsgründe sein können.'' ''Gegenüber dem Leben sind alle anderen Rechtsgüter weniger hochwertig, auch etwa die Gesundheit und die Bewertung der sozialen Lage. Danach muß ein Schwangerschaftsabbruch, insbesondere wenn er, wie hier, aufgrund der sogenannten Notlagenindikation erfolgte, stets rechtswidrig sein.'' Aus schuldhaftem und rechtswidrigen Handeln könne kein Anspruch auf Lohnfortzahlung abgeleitet werden. „Von der Entscheidung beeinflußt sind die Rechtsbeziehungen aller derjenigen arbeitenden Frauen, die (für d.V.) Schwangerschaftsabbrüche Lohnfortzahlung erwarten.''

Vor dem Landesarbeitsgericht Hamm zitierte der beklagte Arbeitgeber namhafte Vertreter seiner Position, so z.B. den Bundesarbeitsgerichtspräsident a.D. Gerhard Müller (siehe Kasten), und stellte den Hilfsantrag, das Verfahren auszusetzen, um durch das Bundesverfassungsgericht die entsprechende Bestimmung im Lohnfortzahlungsgesetz als verfassungswidrig erklären zu lassen.

Am 13.5.87 hob das LAG Hamm das Urteil der ersten Instanz auf. In seiner Urteilsbegründung (AZ: 1 Sa 443/87) setzt sich das LAG mit der Entstehungsgeschichte der Indikationsregelung auseinander und weist nach, daß das Bundesverfassungsgericht nicht zwischen rechtfertigenden und entschuldigenden Indikationen unterscheidet. Das Urteil des LAG Hamm ist jedoch nicht rechtskräftig, denn wegen der grundsätzlichen Bedeutung ließ das LAG Revision beim Bundesarbeitsgericht zu, die am 9.7. eingereicht wurde. Mit einer Entscheidung ist nicht vor Ende nächsten Jahres zu rechnen.

In beiden Urteilen ist mit keinem Wort problematisiert, woher der Arbeitgeber überhaupt die Diagnose kannte, die unter das Arztgeheimnis und unter Datenschutz fällt. Es ist also anzunehmen, daß sich der Arbeitgeber die Informationen erspitzelt oder erpreßt hat oder aber Krankschreibungen von Frauenarztpraxen grundsätzlich anzweifelt. Bereits am 14.3.86 hat das Arbeitsgericht Iserlohn ein rechtskräftiges Urteil gesprochen (AZ: 3 CA 2578/85), das sogar noch Anforderungen an die Darlegungspflicht der Arbeitnehmerin hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Schwangerschaftsab-

gen an die Darlegungspflicht der Arbeitnehmerin hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Schwangerschaftsab-

bruchs aufstellt. Die Vorlage der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung allein reiche nicht aus. Nur bei festgestellter Rechtmäßigkeit wird das nicht vorhandene Verschulden an der Arbeitsunfähigkeit angenommen. Das Beweisangebot, den Gynäkologen zu vernehmen, wurde nicht akzeptiert. „Mangels entsprechendem Sachvortrag der Klägerin zur nicht vorhandenen Rechtswidrigkeit waren die Voraussetzungen zur Verurteilung der Beklagten auf Lohnfortzahlung nicht feststellbar.'' (zit. nach: Der Betrieb, Heft 37, 1986).

aus: POLITISCHE BERICHTE''

aus: POLITISCHE BERICHTE''

„Die rechtliche Stellung des Ungeborenen als ein, noch dazu mit Menschenwürde begabter Höchstwert führt dazu, daß der den Abort vornehmende Arzt unerläßlich das Vorliegen des eng zu sehenden Indikationsfalles prüfen muß. Andernfalls muß der Abbruch notwendig jetzt erst recht als rechtswidrig mit allen weiteren zivil- und arbeitsrechtlichen Folgen gewertet werden... Bei einem Verstoß ist die Tötung des Ungeborenen nun einmal schlechthin rechtswidrig. Damit entfallen aber nicht nur arbeitsrechtlich begründet Entgeltpflichten des Arbeitgebers, vielmehr ist auch eine Leistung der gesetzlichen oder der Ersatzkrankenkassen unzulässig.''

Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, daß die Gerichte — und zwar eines jeden Zweiges der Rechtsprechung — berechtigt und verpflichtet sind zu prüfen, ob ein gerechtfertigter Abort vorgelegen hat. „Eine Bindung an die Beurteilung der im Beratungsverfahren beteiligten Institutionen und Personen ... ist nicht angeordnet.'' ''Eine Entscheidung der Fachgerichtsbarkeit, also der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, ... ist also ohne Anrufung des Bundesvefassungsgerichtes möglich.''

„Nach alledem ergibt sich: Bis auf die nach besonderen Maßstäben zu beurteilende vitale medizinische Indikation im eigentlichen Sinne dieses Begriffes können sämtliche Tatbestände des § 218a StGB nur als Schuldausschließungsgründe qualifiziert werden. Bei der Situation der Frau gilt dies zwar für alle Rechtsgebiete. Da die Rechtswidrigkeit der Abtreibung als solche jedoch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten bestehen bleibt, kann hinsichtlich dieser Schwangerschaftsabbrüche eine Verpflichtung zu den hier in Rede stehenden Leistungen nicht erwachsen.''

Auch im Fall einer „vitalen medizinischen Indikation'' — „beide, Mutter und Kind'' müßten sonst sterben, „kann der Eingriff als solcher nicht als legitim angesehen werden ... Die Mutter befindet sich in einer echten und tiefgreifenden Notlage, die sie nur mit letztem Heroismus entsprechend dem Rechtsgedanken bestehen könnte. Würden ihr die Ansprüche versagt, fühlte sie ihre Notlage nicht sachgemäß gewürdigt. Letztere, nicht die rechtliche Bejahung des Abortes, ist der eigentliche Rechtsgrund für die Verpflichtung des Arbeitgebers und der Kassen.''

„Da lediglich die vitale medizinische Indikation unter dem oben aufgezeigten Gesichtspunkt zu Leistungsverpflichtungen gegenüber der Frau zu führen vermag, können darüberhinaus Kollektivvereinbarungen und kollektivrechtsähnliche Regelungen, insbesondere betriebliche Einheitsregelungen, keine Leistungen des Arbeitgebers im Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch vorsehen ... Gleichwohl erfolgende Zahlungen sind bei dem Fehlen eines rechtlichen Grundes nach den Grundsätzen der ungerechtfertigten Bereicherung zu beurteilen.''

Der Vater dieser Gedanken, Prof. Dr. Gerhard Maria Müller, Jahrgang 1912, war von 1963 bis 1980 Präsident des Bundesarbeitsgerichts. Er ist u.a. Träger des Bundesverdienstkreuzes I. Kl., des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der BRD, zweier Ehrenzeichen von Österreich, er ist Ehrenmitglied des Weltrichterbundes, Komtur (Ritter) des Gregorius Ordnens durch Papst Paul VI. und Berater der Kommission für Verfassung, Recht und Politik des Zentralkomitees der dt. Katholiken. Kürschnerns Dt. Gelehrten-Kalender (1987) verschweigt dabei womöglich noch seine Tätigkeit während des „1000-jährigen Reiches''. Dieser wahrlich großartige 75-jährige Bundesarbeitsgerichtspräsident a.D. verschmiert seinen späten Erguß auf einem neunseitigen, enggedruckten Pamphlet in einer der Hauspostillen der Kapitalisten, der Wochenzeitschrift „Der Betrieb'' (Handelsblattverlag) vom 1.12.86.

Im Geld schwimmen, ohne unterzugehen

Anmerkungen zur grünen Stiftungsdebatte

Was gibt es Schöneres für einen christlichen Politiker, als sich öffentlich über grüne Scheinheiligkeit zu entrüsten? Direkt in Begeisterung versetzt werden manche Christdemokraten durch die Vorgänge um die in Vorbereitung befindliche Grünen-nahe Stiftung. Als im September letzten Jahres ein zehnköpfiger Prominentenkreis unter Mitwirkung von Staranwalt Otto Schily, dessen Klage gegen die staatlichen Zuwendungen an die parteinahen Stiftungen das Bundesverfassungsgericht gerade zwei Monate vorher zurückgewiesen hatte, die Gründung einer Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung ankündigte, durfte Manfred Langer im ,,Deutschland-Union-Dienst'' der CDU/CSU-Fraktion nach Herzenslust polemisieren: ,,Selten wohl hat ein Kläger in Karlsruhe so inständig auf die eigene Prozeßniederlage gehofft, wie die Grünen bei der von ihnen Anfang 1983 erhobenen Verfassungsklage gegen die staatlichen Leistungen an parteinahe politische Stiftungen''.

Schilys für hämische Kommentare anfällige Doppelstrategie, nach außen den moralisch haushoch über den korrupten ,,Altparteien'' stehenden Saubermann zu mimen und intern für den Tag X Absprachen zu treffen, hatte schon vorher auch grüne Parteifreunde verwirrt. Befremdet zeigte sich z.B. Helmut Lippelt, damals niedersächsisches Landesvorstandsmitglied, heute Bundestagsabgeordneter, darüber, *,,daß Ihr mit großem Pathos eine Klage gegen die über die Stiftungen laufende politische Bildungsarbeit ankündigt. Ihr müßt allerdings wissen, daß Ihr damit einen grünen Landesverband selbst mit anklagt''*, nämlich Lippelts niedersächsischen Landesverband, der schon für den Haushalt '83 die Gleichstellung mit der FDP beantragt hatte. Aus NRW kam gar die Bitte, die Einreichung der Klage zu verschieben.

Ausgesetzt wurden stattdessen die auch schon auf Bundesebene angelaufenen Vorarbeiten zur Stiftungsgründung. Die Schlagzeilen hatte Otto Schily. Schwerpunkt seiner Klageschrift: die den parteinahen Stiftungen gewährten ,,Globalzuschüsse'' seien eine verfassungswidrige Umgehung des Verbots der staatlichen Parteienfinanzierung.

Acht Wochen Schamfrist

Daß man zwischen dem Karlsruher Urteilsspruch und der ersten öffentlichen Ankündigung der Böll-Initiative nicht einmal acht Wochen ,,Schamfrist'' (CDU-Langer) verstreichen ließ, verstärkte die Irritationen bei einem Teil der grünen Basis. Das Anliegen, die politische ,,Glaubwürdigkeit'' der Grünen, hätte in der Tat weniger Schaden genommen, wenn sich die Partei ohne Wenn und Aber zu der Leitlinie ihres ehemaligen Bundestagsabgeordneten Jo Müller bekannt hätte, der gegenüber dem ,,Stern'' aussprach, was (fast) alle denken: *,,Auch bei uns ist die Geldgier gut ausgebildet, und ich schätze das als Realo''.*

Dieser ,,strömungsübergreifende'' Konsens ist in offiziellen Parteibeschlüsse natürlich nie eingeflossen. Im Gegenteil: der Bundeshauptausschuß (BHA) hatte im September '84 bis auf weiteres — d.h. bis zum nächsten anderslautenden Parteitagsbeschluß — verbindlich festgelegt:*,,Der Bundeshauptausschuß der Grünen lehnt grundsätzlich jede Form indirekter Parteienfinanzierung über Stiftungen ab.''* Die nordrhein-westfälische Landesdelegiertenkonferenz in Detmold war vier Wochen später sogar noch weiter gegangen und hatte auf Antrag von Antje Vollmer beschlossen: *,,Die Grünen NRW sprechen sich gegen jede Form direkter oder indirekter Parteienfinanzierung durch Stiftungen aus. Sie werden deshalb auch selbst keine solchen Gelder aus dem Stiftungstopf beantragen. Die Grünen werden sich politisch (...) für die Finanzierung von Projekten im alternativen Bereich auf direktem Wege einsetzen und nicht über den Umweg einer Geldbeschaffung, die von den Parteien abhängig macht.''*

Kein Wunder also, daß bei der Bewältigung dieser jüngsten Vergangenheit mancher um das Moralische besorgte Parteifreund das Tempo nicht mithalten kann.

Promis proudly present: Die Heinrich-Böll-Stiftung

Diese Trägheit der grünen Basis scheint die Heinrich-Böll-Initiative bei ihrem Überraschungscoup nicht ausreichend in Rechnung gestellt zu haben. Dabei war alles professionell arrangiert: Böll-Sohn Rene und Lukas Beckmann, damals noch Bundesvorstandssprecher, erläuterten am 8.9.86 in einem dpa-Gespräch ihr Vorhaben — ausgestattet mit dem Mandat eines insgesamt zehnköpfigen Prominentenkreises, der sich am 14.9. formell konstituierte: Neben Annemarie Böll, der Witwe Heinrich Bölls, Robert Jungk, Lew Kopelew, Christa Nickels, Otto Schily, Dorothee Sölle, Michael Vesper und Walter Warnach. Weitere ,,namhafte Persönlichkeiten'' seien bereits eingeladen worden, sich an der Stiftungsgründung zu beteiligen, verkündete Lukas Beckmann. Genannt wurden Carl Amery, Karl Bonhoeffer, Hellmut Gollwitzer, Herbert Grönemeyer, Walter Jens, Petra Kelly, Antje Vollmer, Klaus Wagenbach und Günter Wallraff. Fast alle hätten bereits zugesagt.

Das Presseecho war wie geplant, die Reaktionen aus der Partei unerwartet schroff. Der BHA beschloß am 5.10.86 ohne Gegenstimme bei vier Enthaltungen: *,,Die Grünen werden sich auch in Zukunft nicht von Gruppen — wie z.B. der Initiative zur Gründung einer Heinrich Böll-Stiftung — unter Druck setzen und von einem demokratischen, transparenten Diskussions- und Entscheidungsprozeß abhalten lassen. Prominente Namensgebung schafft keinen Sonderstatus in Beziehung zu anderen Initiativen. Grüne Funktionsträger/innen und Mandatsträger/innen werden aufgefordert, keine Grünnahe Stiftung mitaufzubauen und sich zuerst an einem inner-grünen Diskussionsprozeß zu beteiligen''.* Zur Organisierung dieser Diskussion wurde eine Stiftungskommission eingerichtet.

So treiben es die anderen

Längst geht es nicht mehr um das Ob, sonder um das Wie einer Grünen-nahen Stiftung. Die prinzipiell ablehnenden Beschlüsse des BHA und des Landesverbandes NRW sind von allen Beteiligten als nicht mehr zeitgemäß erkannt worden — moralische Überreaktionen auf die seinerzeitigen Versuche eine Reihe alternativer Bildungswerke, mit grüner Hilfe für eigene Zwecke den staatlichen Geldhahn anzuzapfen. Vermutlich war vielen damals auch gar nicht klar, welche enormen Geldsummen sie da mit großer Geste zurückwiesen. Mit den ca. 20 Millionen DM nicht projektgebundenen ,,Globalzuschüssen'' und den gesondert zu beantragenden Zuschüssen aus den Einzeletats des Bundeshaushalts hätte eine Grünen-nahe Stiftung jährlich zwischen 50 und 60 Millionen DM zu verteilen. *,,Die Gelder aus völlig falsch verstandener politischer Moral gar nicht in Anspruch zu nehmen, hieße, sie den anderen zu überlassen''*, schreibt Reinhard Falter von der bayrischen ,,Regenbogen''-Stiftung ebenso platt wie überzeugend. Das scheint überhaupt das entscheidende Argument auch für diejenigen zu sein, die in ihren Diskussionspapieren vielerlei Bedenken vorbringen. Besondere Aufmerksamkeit wird darin der vom Bundesverfassungsgericht erlassenen Norm gewidmet, eine staatlich zu fördernde Stiftung müsse einerseits ,,parteinah'', andererseits aber ,,parteiunabhängig'' sein.

Die Etablierten haben mit der Parteinähe ihrer Stiftungen bekanntermaßen wenig Probleme. Ihre Institutionen sind reine Dienstleistungsbetriebe, nicht nur für mittelfristige Vorhaben wie Strategiebildung — jahrelang bastelte die Friedrich-Ebert-Stiftung am sozialdemokratischen ,,Orientierungsrahmen 85'' — sondern auch für Anforderungen der Tagespolitik (vgl. etwa die von der Konrad-Adenauer-Stiftung für Heiner Geißler ausgearbeitete streng wissenschaftliche Untersuchung über die marxistischen ,,Kader der Grünen''). Vortrefflich verstehen sie es auch, Parteipolitik im Weltmaßstab zu betreiben: die Eindämmung des revolutionären Prozesses in Portugal wurde nicht zuletzt durch die Millionen der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht; weltweit fördert die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU ,,nahestehende politische Gruppierungen'' (Statut) von rechts bis ultrarechts.

Parteinähe und Bewegungsferne

Um eine solche unmittelbare Parteinähe ihrer Stiftung zu verhindern, stürzen sich die Grünen in die Strukturdebatte. Funktionsverbot für Mandatsträger wird gefordert — wäre die Stiftung damit in der Hand der Bewegung? Die Böll-Initiative hätte es gern etwas straffer. Michael Vesper schlägt eine Mischung aus ,,Persönlichkeits''- und ,,Initiativen''- bzw ,,Delegiertenmodell'' vor. Bei einer Mitgliederzahl von 49 (,,ein guter Kompromiß'') wären 16 ,,Grüne aus Bund und Ländern'', 17 ,,Menschen aus den verschiedenen sozialen Bewegungen in der BRD'' und 16 ,,Menschen aus dem Umkreis der Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung'' mit von der Partie.



...ktionsverbot für Mandats- ... zentren. Forschungsgruppen, Buchlä-

Die niedersächsischen Grünen plädieren dagegen für die Zusammenfassung der bereits bestehenden Länderstiftungen und Bildungswerke als ,,Kern der zukünftigen Grünen-nahen Stiftung''. Unerläßlich seien die Prinzipien *,,Basisnähe, Transparenz, Aufbau von der Landesebene her, Vernetzung mit den Initiativen, Parteiunabhängigkeit, dezentrale Förderung''.*

Andere Diskussionspapiere variieren diese Grundprinzipien bzw. fügen neue hinzu: ,,Autonomie'', ,,Pluralität'', ,,personelle Entkoppelung''; ,,föderativ'', ,,dezentral'' und ,,bewegungsorientiert'' soll es zugehen. Wo es um Inhalte geht, wird es dann noch nebulöser: ,,Geistig attraktiv'' muß die Stiftung sein, ,,ein eigenständiges Organ Grünen Geisteslebens'', die ,,Weiterentwicklung kultureller, sozialer, emanzipatorischer und demokratischer Lebensformen'' soll betrieben und die ,,Zerstückelung von Denken, Körper und Natur'' bekämpft werden. Das ist auch nicht konkreter als das, was die Böll-Initiative anzubieten hat: ,,Der Name Böll steht für ein Programm und Inhalte'', die Stiftung soll — so der Satzungsentwurf — politischer Bildung ,,im Sinne einer ökologischen, sozialen, basisdemokratischen und gewaltfreien Zielsetzung dienen''.

,,Bescheidener Größenwahn''

Und dann gibt es da noch die Initiative ,,Grüne Stiftung Femme Fatale'' mit ihrer Aufforderung an die Grünen, ,,einen kühnen Griff zu tun'' und die ,,Totalquotierung'' zu beschließen: *,,Angesichts des ungeheuren Nachholbedarfs, den Frauen in der ganzen Welt aufgrund jahrhundertelanger Ausbeutung und Unterdrückung, die noch (!) anhält, an Freiheit und (Gegen-)Macht haben, ist die Forderung: ,die ganzen 60 Millionen für die Frauenbewegung' ein wirklich bescheidener ,Größenwahnsinn'.''* Thematische Breite wird zugesichert: *,,Wer die Gruppen und Projekte der Frauenbewegung, die politische Bildung, ,3. Welt'-Arbeit, Ökologie, Kultur, Forschung, Gesundheitsvorsorge, Kampf gegen Militär und Rüstung betreiben, fördert, spart damit keinen Bereich der anderen sozialen Bewegungen aus, sondern bringt eine Befreiungsbewegung voran, die an der Revolutionierung aller Gesellschaftsbereiche arbeitet.''* Für jene Grüne, die innerhalb dieser Avantgarde die führende Rölle der Partei vermissen, wird ein weiteres Argument bereitgehalten: *,,Damit bekommen die Grünen die Chance, selbst an Profil zu gewinnen, indem sie ein deutliches Signal im Lande setzen und eine Stiftung mit unverkennbarem, innovativem Profil gründen''.*

Diesen Aufruf hat innerhalb kürzester Zeit bundesweit eine ansehnliche Zahl von Frauenprojekten — Beratungsstellen, Theatergruppen, Frauenzentren, Forschungsgruppen, Buchläden usw. — unterschrieben. Prominenteste grüne Unterstützerin ist Bundesvorstandssprecherin Regina Michalik.

Der vom Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum Westberlin ausgearbeitete Satzungsentwurf macht den Grünen die Frauenstiftung noch mit einem weiteren Argument schmackhaft. Ihr besonderer Vorteil sei, daß mit den Stiftungsgeldern nicht erst mühsam Projekte initiiert und aufgebaut werden müßten. Es sei vielmehr völlig ausreichend, *,,gewachsene Arbeitszusammenhänge der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen in ihrer Existenz abzusichern''.* Die Vokabel ,,absichern'' wird in dem Satzungsentwurf nicht zufällig gleich mehrfach verwendet. An anderer Stelle ist vom ,,Erhalten'' der vorhandenen Projekte die Rede und von der Aufgabe, ,,Kontinuität ... zu gewährleisten''. Allein die Umwandlung befristeter ABM-Verträge in feste Stellen (,,Absicherung'') dürfte die Stiftung um ein hübsches Sümmchen erleichtern. Insgesamt soll das Geld auf drei Ebenen fließen: ,,I. Förderung von Frauenprojekten und -gruppen, die feministische Politik machen''; ,,II. Förderung von Feministinnen'' (u.a. durch Stipendien); ,,III. Förderung zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Erweiterung des Informations- und Erfahrungsaustausches durch Tagungen und Workshops ...''.

Das sind Vorstellungen, die sich in ihrer Konkretheit wohltuend von den (gewollt?) nebulösen Verheißungen noch nie dagewesener Zentren ,,grünen Geisteslebens'' abheben. Aber ob die finanzielle ,,Absicherung'' autonomer Frauenprojekte ohne sichtbaren parteipolitischen Nutzeffekt den Grünen so sehr am Herzen liegt, daß sie dafür jede Möglichkeit des Zugriffs auf die Millionen aus der Hand geben?

,,Mischmodelle''

Es soll hier nicht weiter über Mehrheiten, Kompromißgemauschel und Abstimmungskoalitionen auf dem bevorstehenden grünen Parteitag Ende September in Oldenburg spekuliert werden. Aber da dort in jedem Fall eine Entscheidung fallen soll, werden hier und da schon mutmaßlich mehrheitsfähige ,,Mischmodelle'' durchgespielt. Von einigen linken Grünen favorisiert wird ein Gemisch aus Frauenstiftung und ,,Bewegungsmodell'': letzteres ist das Ziel eines von unabhängigen Friedensinitiativen aus dem BUF-Spektrum gestarteten ,,Aufrufs zur Einmischung'', der mit dem Frauenmodell immerhin gemeinsam hat, daß er sich die parteinahe Stiftung möglichst parteifern wünscht. Im Grundsätzlichen liegen beide Ansätze aber schon wieder ziemlich weit auseinander. Zumindest ein wesentlicher Teil der Frauen will tatsächlich ,,alles oder nichts''. Anliegen der Friedensbewegten dagegen ist — nimmt man ihren Aufruf ernst — auch die Problematisierung des gesamten Stiftungsunternehmens: *,,Das Beispiel Hessen hat gezeigt, wie schnell außerparlamentarische Bewegungen von einer politischen Kraft zu einem Haufen beschränkter Projektelobbyisten werden''.* In einer Zeit, in der ,,die Politik der Bewegungen kaum weniger in der Krise (ist) als die Partei der Grünen'', soll die Einmischung der Basis wenigstens das Schlimmste verhindern: die weitere Festigung der ,,Hegemonie der grünen Partei in der linken Opposition in der BRD'' und die ,,staatlich anvisierte Spaltung der Bewegung''.

Auf dem Parteitag werden solche ,,Randprobleme'' erfahrungsgemäß durch die Vorstellung und Diskussion abstimmbarer ,,Modelle'' in den Hintergrund gedrängt werden. Auch die Miesmacher in den eigenen grünen Reihen werden es dort schwer haben, Gehör für ihre Warnungen zu finden. Zu dem zu erwartenden auf die Grünen wirkenden Anpassungsdruck schreibt z.B. Franz Scheuerer von der Hamburger GAL: Das bei der Beantragung der Mittel geforderte *,, ,partnerschaftliche Verhältnis' zwischen der Bundesregierung und der angestrebten grünen Stiftung läßt schon aus der Begrifflichkeit Schlimmes erahnen. Das heißt, der mit dem Anpassungsprocedere verbundene Anpassungsdruck an die etablierten Politikformen wird auch an der Grünen Partei nicht vorbeigehen. Allein der Umgang mit dem Geheimhaltungsrecht bezüglich der Mittelvergabe oder dem Bemühen um ,Deutsche Interes-*

nen Partei nicht vorbeigehen. Allein der Umgang mit dem Geheimhaltungsrecht bezüglich der Mittelvergabe oder dem Bemühen um ,Deutsche Interes-

sen' unter Wahrung des ,partnerschaftlichen' Verhältnisses zur Bundesregierung bilden politische Stolpersteine, welche im Rahmen der Stiftungsdiskussion bisher kaum problematisiert worden sind''.

Dieser Staat hat eben nichts zu verschenken. Um an die 60 Millionen — zunächst nichts weiter als eine theoretisch erreichbare Summe — heranzukommen, müßten die Grünen (oder wer auch immer die Anträge stellt und begründet) schon zu Gegenleistungen bereit sein. Die schleichende Verstaatlichung einer ursprünglich mit systemoppositionellen Absichten angetretenen Partei vollzieht sich nicht nur über Regierungsbeteiligung oder Bekenntnisse führender Repräsentanten zum staatlichen Gewaltmonopol.

Doch damit genug der düsteren Prophezeiungen. Schließlich besteht die Aufgabe einer kommunistischen Zeitung nicht in der Verbreitung von Resignation, sondern im Aufzeigen von Handlungsperspektiven. Und da können wir nur wärmstens empfehlen, beizeiten mit klaren und nicht zu bescheidenen Forderungen bei den Grünen vorstellig zu werden. Andere haben das schon längst getan, wie aus dem von Regina Michalik verfaßten Bericht der Stiftungskommission hervorgeht: *,,Fast täglich kommen Anfragen ... die einen wollen Geld, andere Jobs in der Stiftung oder einen Sitz im Vergabegremium ...''* Da sollte die Linke nicht länger abseits stehen. Schreibt mal wieder — an die Grünen. Und nicht vergessen: die Konto-Nummer!

Js./Hamburg

Quellen
— ,,Stiften gehen'', Hrsg. Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung;
— ,,Himmel auf Erden? Kontroversen um eine Grün-nahe Stiftung'', Hrsg. Die Grünen, Bundesvorstand und Bundesstiftungskommission;
— ,,Noch mehr Himmel auf Erden? Neue Kontroversen zur Grün-nahen Stiftung'', Hrsg. Die Grünen, Redaktion: Regina Michalik u.a.



Grüne zwischen Reform und Anpassung

von Rolf Geffken

Grüne Reformpolitik — das ist doch Anpassung an bestehende Verhältnisse. Das sondert und grenzt sich doch ab von revolutionär-verträumter Fundamentalopposition. Wieso sollen dann die Grünen zwischen Reform und Anpassung stehen? Ist das nicht ein falsch gesehener oder nur nebensächlicher Gegensatz? Müßte es nicht richtiger heißen: Grüne zwischen Realpolitik und Fundamentalismus? Um es vorweg zu nehmen: Ich meine, nein! Die angeblich bewährte Dichotomie Reform und Revolution, Realismus und Phantasterei, paßt weder zu den tatsächlich vorhandenen Strömungen in den Grünen, noch zu den programmatischen Zielen der Partei, soweit sie Konsens sind. Allerdings sieht dies eine bisweilen recht parteiisch interessierte Öffentlichkeit anders. Eine große Zahl der Grünen-Wähler, wie auch der Mitglieder, geht dieser Sicht auf den Leim. Die einen fühlen sich zu Recht als Realpolitiker gelobt, die anderen fühlen sich zu Recht als Fundamentalisten beschimpft. Man hat die Titulierung im Wesentlichen akzeptiert, auch wenn man sie anders bewertet. Aber doch sind die Begriffe falsch. Ebenso fehlerhaft ist die hinter den Begriffen stehende — soweit überhaupt noch vorhandene — theoretische und strategische Sicht. Sie verrät nicht nur ein immer größer werdendes theoretisches und programmatisches Defizit der Partei, sie verrät zugleich, daß — wie wohl bei keiner anderen oppositionellen Kraft — von außen formulierte Maßstäbe und Kriterien zu Orientierungspunkten und Begriffen innerorganisatorischer Diskussion werden konnten. Ein zusätzlicher Beweis für das beschriebene Defizit. Es ließe sich sagen: Die Grünen betrachten sich von außen, um innen die Rollen zu spielen, die ihnen andere zugedacht haben.

Es ist klar, daß bei einem solchen Spiel grundsätzliche Diskussionen schnell zum bloßen Streit um Leerformeln degenerieren und die Substanz politischen Streits verlorengeht.

Besonders typisch war hier der „Streit" angesichts des Ergebnisses der Hamburger Bürgerschaftswahl. Es wurde allen Ernstes innerhalb wie außerhalb der Partei die Auffassung vertreten, als sei der Stimmenrückgang von etwa 3% auf das Fehlen eines „politischen Angebots" an die SPD zurückzuführen gewesen (das bisherige GAL-Wähler „von der Rückwendung zur SPD" abgehalten hätte).

Im Folgenden soll nicht nur aufgezeigt werden, weshalb diese Interpretation des Wahlergebnisses falsch ist, sondern daß diese Sichtweise auch Ergebnis eines rapide verlaufenden Anpassungsprozesses mancher Grüner ist, dem „grüne Fundamente", also grundsätzliche Bestandteile grüner Programmatik zum Opfer zu fallen drohen.

I.

Auch die Politik der Tolerierung einer Regierung unter bestimmten Bedingungen (Tolerierungskatalog) ist ein „Angebot" an die Regierungsmacht anstrebende politische Kraft (hier die SPD). Ein solches Angebot hatte die GAL in Hamburg direkt der SPD unterbreitet. Dabei waren die Forderungen (wie z.B. sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie, Niederlassungsrecht für Immigranten, Nulltarif für Arbeitslose usw.) in der wahlpolitischen Erklärung zu den Neuwahlen ausdrücklich als „Verhandlungsgrundlage" bezeichnet worden. Nicht der Katalog wurde für unverzichtbar erklärt , sondern die Substanz der Forderungen bei gleichzeitiger Ablehnung von Tauschgeschäften (Beispiel: Niederlassungsrecht für Immigranten gegen verstärkte Abschiebung von Flüchtlingen, oder: Nulltarif für Arbeitslose gegen Stellenabbau im Sozialbereich).

Ein solches Angebot mag manchem als unrealistisch, weil zu wenig der (Hamburger) SPD entgegenkommend, erscheinen. Und in der Tat wurde es von der Hamburger SPD-Führung auch so bezeichnet. Doch ist in der Politik nur das „realistisch", was dem auf Unterstützung angewiesenen Kontrahenten gefällt? Werden nicht z.B. gewerkschaftliche Forderungen vor Beginn von Tarifverhandlungen seit jeher von Unternehmerseite als „unrealistisch" bezeichnet, obwohl sie am Ende einer kampfweisen (nicht nur sprachlich-intellektuellen) Auseinandersetzung in einen gefundenen Kompromiß mehr oder weniger einfließen? Hat die FDP dadurch mehr Realismus als die GAL bewiesen, daß sie selbst eine Satzungsänderung bei den Hamburger Elektrizitätswerken (in Richtung Ausstieg aus der Kernenergie) zu verhindern wußte? Oder hat sie nur Halbherzigkeit entsprechender Beschlüsse der SPD „realistischer" einzuschätzen gewußt?

Der politische Kompromiß ist selbst unter den etablierten Parteien Ergebnis sich bewegender Widersprüche. Nicht die Addition oder Subtraktion „verglichener" Forderungen, sondern das Resultat von Auseinandersetzungen, in denen sich das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen den Kontrahenten widerspiegelt. Dieses Kräfteverhältnis wird nicht nur durch das Wahlergebnis und durch die konkrete parlamentarische Konstellation (Mehrheitsbeschaffung bei der Wahl der Regierung) bestimmt, sondern auch durch Entwicklung und den Stand des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in den jeweiligen Fragen, sowie durch die innerorganisatorischen Auseinandersetzungen der Kontrahenten. In Fragen, die in der Öffentlichkeit wenig Unterstützung fanden, oder in denen außerparlamentarische Gruppen wenig Spielräume erlangen konnten, ist das Durchsetzungsvermögen einer parlamentarischen Kraft zwangsläufig beschränkter. Umgekehrt wird in solchen Fragen, in denen die Öffentlichkeit bereits mobilisiert ist, oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen mobilisiert werden können, die Durchsetzungsfähigkeit einer parlamentarischen Kraft erheblich größer sein. Nicht zuletzt realisiert sich ein solches Kräfteverhältnis auch über den Stand innerparteilicher Auseinandersetzungen der SPD, der aber zugleich „unsichtbarer Verhandlungspartner" ist.

Die Krankheit vieler grüner Politiker besteht allerdings darin, daß für sie bisweilen nur das real vorhanden ist, was sichtbar ist. Sichtbar ist die (unzureichende) parlamentarische Präsenz der Grünen und die Repräsentanz der SPD durch eine von Immobilismus geprägte Parteispitze. Daß die andere — die politisch-gesellschaftliche — Seite aus dem Blickfeld gerät (und damit nicht „sichtbar" ist), verrät, wie weit die Parlamentarisierung des Denkens mancher Grüner geraten ist. Der parlamentarische Diskurs, oft auch nur die Parlamentsarithmetik werden zum Feld eigentlicher politischer Arbeit. Einem solchen Politikverständnis sind dialektische Gegensätze ebenso fremd wie überhaupt die Bewegung gesellschaftlicher Widersprüche. Die Entwicklung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und der Aufbau von demokratischer Gegenmacht werden sowohl in der Analyse wie in der Programmatik von vornherein ausgeblendet. Es ist daher nur konsequent, wenn auf dieser Seite zwischen der Partei der Grünen und den außerparlamentarischen Bewegungen zeitweilig überhaupt kein Zusammenhang mehr gesehen wird. Unter den Bedingungen einer Partei ohne Basis aber muß der auf ihr lastende Anpassungsdruck sich zwangsläufig erhöhen. In der Dynamik dieses Anpassungsprozesses bleiben auch „grüne Fundamente" nicht verschont.

(...)

III

Die Dynamik des Anpassungsprozesses wird aber auch darin sichtbar, daß die Reduzierung politischer Auseinandersetzung auf bloßes „Vergleichen" begrifflicher Forderungen selbst die bloß intellektuelle statt die machtmäßige Form der Auseinandersetzung unmöglich macht. Wer den Kompromiß bereits im Kopf hat, wenn er auch noch nicht verhandelt hat, wer sich selbst um den Preis zweifelhafter Akzeptanz der Gegenseite zurücknimmt, wird letztlich nichts durchsetzen können. Mit einer Verhandlungskommission, deren Mitglieder zuvor ein (!) politisches (!?) Angebot (!) an die SPD gefordert hatten, hätte Klaus von Dohnanyi vermutlich leichtes Spiel gehabt. Der Verfasser erinnert noch recht gut, daß „realpolitische" Kritiker des Tolerierungskatalogs schon im Herbst 1986 an der Forderung nach Gleichstellung von Immigranten (Niederlassungsrecht), Ausweitung des kleinen Asyls und der Aufnahme von mehr Flüchtlingen kritisiert hatten, diese seien utopisch, unrealistisch usw. Es fiel sogar das Wort „schizophren" ... Bevor die Gespräche in Hamburg-Eimsbüttel über die Bedingungen für die Wiederwahl der sozialdemokratischen Bezirksamtsleiterin („Bezirksbürgermeister") begannen, wurde dem Verfasser aus ähnlicher Richtung bedeutet: „Der Punkt Niederlassungsrecht darf nicht zum Bruchpunkt in den Verhandlungen werden!"

Der Verfasser bat zunächst nur darum, „vielleicht doch erst einmal zu verhandeln". Es wurde verhandelt. Ergebnis: Die Punkte wurden sämtlich von der Eimsbüttler SPD akzeptiert. Ja sogar die FDP stimmte später in der Bezirksversammlung den Beschlüssen zu. Auch wenn den Bezirken weitgehende ausländerpolitische Kompetenzen fehlen, so mußte die Vereinbarung sehr wohl als Signal auch auf Landesebene verstanden bzw. gewertet werden können. Nach eigener Beschlußlage gehört das sog. Kommunalwahlrecht für Ausländer (zumindest in den Stadtstaaten) zum sozialdemokratischen Forderungsprogramm. Was hätte näher gelegen, als durch Forderung nach vollständiger Gleichstellung von Immigranten (Niederlassungsrecht) die partielle Angleichung ihrer Rechte (kommunales Wahlrecht) in den Verhandlungen durchzusetzen? Das wäre durchaus kein Tauschgeschäft gewesen. Auch die Substanz grüner Forderungen wäre nicht verloren gegangen. Selbst die o.g. Hamburger Bezirksversammlung hatte das kommunale Wahlrecht als „ersten Schritt zur Schaffung eines Niederlassungsrechts" begriffen. Es wäre das normale Ergebnis von Verhandlungen gewesen. Tatsächlich blieb es nunmehr der FDP (!) vorbehalten, über diesen Punkt mit der SPD eine Einigung zu erzielen ...

Bereits an diesen mehr als paradoxen Beispielen wird deutlich, wie unsinnig, ja unrealistisch die sog. realpolitische Kritik am Tolerierungskatalog war. Es ist dies jedoch nicht das einzige zu nennende Beispiel. Ähnlich massiv attackiert wurde von dieser Seite die im Tolerierungskatalog enthaltene Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie. Natürlich müssen bei einer solchen Forderung die Kompetenzen einer Regierung — hier einer sozialdemokratischen Landesregierung — einkalkuliert werden. Doch ebenso wie beim Niederlassungsrecht, wo mit juristischen Argumenten die mangelnde Kompetenz nur deshalb behauptet wird, um die Forderung selbst abzulehnen (1), hätte über die HEW (Hamburgische Elektrizitätswerke) ein Ausstieg wenn nicht verfügt, so doch zumindest eindeutig vorbereitet werden können. Es ist interessant und bezeichnend zugleich, daß die Schleswig-Holsteinische SPD angesichts kommender Landtagswahlen gänzlich ungeachtet „realgrüner" Sichtweise den „schnellstmöglichen Ausstieg" (2) anvisiert. Nach der Teilstillegung der Hanauer Brennelementefabrik Nukem unter einer CDU-Landesregierung formulierte die taz etwas hilflos (3):

„Die Situation ist paradox: Die politischen Kräfte, die unter keinen Umständen bereit sind, aus der sog. ‚friedlichen' Nutzung der Atomenergie auszusteigen, erreichen die Teilstillegung einer schrottreifen Atomanlage. Und diejenigen, die — nach Tschernobyl — fortwährend erklärten, aussteigen zu wollen, sind in Hessen aus der Regierungsverantwortung ausgestiegen, ohne auch nur ein kleines Rädchen in Hanau stillgelegt zu haben."

Die Frage ist doch, ob nicht gerade hier das ganze Ausmaß der Internalisierung sog. Sachzwänge vor allem durch die Grünen (über den Umweg sozialdemokratischer Sichtweise) deutlich wird. Das im September 1986 beschlossene sog. Umbauprogramm der Grünen zu den Themen Massenerwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung wurde als Sofortprogramm formuliert, um angebliche Sachzwänge, „hinter denen sich die etablierte Politik verschanzt", zu widerlegen. Es zeigt Wege auf, „die gangbar wären, wenn der politische Wille dazu da wäre".

Tatsächlich wird in der realpolitischen Kritik der Tolerierungspolitik der zum Verdecken fehlenden politischen Willens vorgeschobene Sachzwang (einschließlich sog. juristischer Bedenken) selbst zum Maßstab: Die Tatsache, daß die partielle Übernahme grüner Forderungen durch die SPD (in anderen Bereichen oder Ländern) von diesen Kritikern verschwiegen wird, ist konsequent. Konsequent, weil die angeblich „utopischen" Punkte des Tolerierungskatalogs nur so wirklich als utopisch erscheinen. Daß ein solches Vorgehen der unter dem Schein des Realismus betriebenen Übernahme einer bestimmten (noch nicht einmal der) sozialdemokratischen Politik gleichkommt, ist offensichtlich. Es wird aber auch deutlich, daß die Forderungspunkte offenbar nur zum Zwecke der eigenen Beweisführung herausgegriffen wurden, weil die Ablehnung des gesamten Katalogs von vornherein feststand. Das bedeutet, daß diese Kritik nicht nur auf eine generelle (d.h. tendenziell bedingungslose) Koalitionspolitik hinausläuft, sondern zeigt auch, zu welchen Denkverzichten diese Position bei der Durchsetzung ihrer Linie bereit ist.

IV.

Dieses Vorgehen wäre als solches noch kein Argument gegen Koalitionen.

Doch die Argumentationsbrüche in der Position der Kritiker sind keine eigentlichen Fehler, sondern logische Konsequenz ihres Ziels: Tatsächlich kollidiert die Koalitionspolitik mit grundsätzlicher grüner Programmatik. Die Hamburger SPD hat mit ihrer Zurückweisung von Tolerierungsangeboten zugleich ein bestimmtes Verständnis von Koalitionspolitik offenbart, das politisch-historisch konsequent erscheint: Koalition als Teilung der Verantwortung für staatliche Machtausübung. Dieses läuft in der politischen Praxis auf die Vertretung einer prinzipiell gescheiterten Politik durch Grüne (!) nach außen (!) hinaus.

Die Umweltminister Leinen und Fischer haben vorexerziert, wie weit und wie schnell sich solche Administration des Mangels von alternativer Politik entfernt. Es war deshalb auch kein Zufall, daß die Hamburger SPD-Führung in Gesprächen mit der GAL verlangte, „sie müsse die Standortpolitik" (z.B. in der Wirtschaftsförderung) mittragen, d.h. offensiv nach außen vertreten und ein positives (!) Verhältnis zur Abschiebung von Flüchtlingen entwickeln. Nun ließe sich einwenden, daß der herrschenden Konzeption von Koalitionspolitik eben eine andere alternative Konzeption entgegengesetzt werden könnte. Auch der Hinweis, daß die Hamburger SPD hier eine Rechtsaußenrolle übernahm, wäre wohl nicht ganz falsch.

Aber auch unabhängig davon wäre der Einwand zu prüfen, ob nicht Koalitionen aufgrund gesellschaftlichen Drucks einen ganz anderen Inhalt gewinnen könnten.

Koalitionen sind Verträge. Sie sind keine Kuchen, denen alternative Rosinen beliebig entzogen werden können. Die Koalition ist nicht nur ein politisches Bündnis schlechthin. Es ist ein Regierungsbündnis. Ein solches Bündnis unterliegt eigenen Gesetzen. Es verlangt gebieterisch, die Vertretung von Regierungspolitik nach außen und nach innen. Nach innen heißt vor allem gegenüber der eigenen Gefolgschaft, der eigenen Parteimitgliedschaft usw. Für die etablierten Parteien war und ist dies kein zentrales Problem. Allenfalls die SPD hat hin und wieder Probleme mit der Integration ihrer eigenen Basis in eine nach außen vertretene Politik gehabt. So vor allem während der Zeit der Großen Koalition unter Kanzler Kiesinger mit der Propagierung der Notstandsgesetze und unter dem eigenen Kanzler Schmidt bei der Durchsetzung einer vor allem an den Interessen der Großindustrie orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch ist es nie zu einem grundsätzlichen Aufstand der sozialdemokratischen Parteibasis gegen eine sozialdemokratisch geführte oder mitgetragene Regierung gekommen. Und zwar selbst dort nicht, wo in der Regierungspolitik eindeutig sozialdemokratischen Parteitagsbeschlüssen zuwidergehandelt wurde. Dies muß berücksichtigt werden, wenn angesichts des Programms „Arbeit und Umwelt" der SPD die Hoffnung genährt wird, als würde diese Partei tatsächlich „die Industriegesellschaft ökologisch und sozial erneuern" können und wollen. In den Zeiten, in denen sie Regierungspolitik betrieb und in den Bundsländern, in denen sie sie noch heute betreibt, hat die Partei weder dieses noch andere grundsätzliche Reformvorhaben verwirklicht.

Die etablierten Parteien — einschließlich der SPD — sind angetreten, „Regierungsverantwortung" zu tragen. Nicht gesellschaftspolitische Visionen treiben sie, sondern das Interesse an einer Teilhabe an staatlicher Macht, an der Verwaltung des gesellschaftlichen status quo, allenfalls an der Modernisierung staatlicher Politik. Es ist dies der eigentliche Konsens der Altparteien — wie sie im Umbauprogramm der Grünen richtig bezeichnet werden. Dieser im Jargon des Innenministers noch aus älteren Tagen aufscheinende Begriff des „Konsens der Demokraten" drückt nicht etwa einen tatsächlichen — wie auch behauptet — verfassungspolitischen oder verfassungsrechtlichen Konsens aus, sondern schlicht den Konsens über die Aufrechterhaltung bestehender ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Machtverhältnisse. Bereits an dieser Stelle unterliegt Otto Schily einem grundsätzlichen Mißverständnis, wenn er meint, grüne Politik „diesem Staat" unterordnen zu können. Dieser Staat ist nicht der Staat des Grundgesetzes. Dieser Staat ist nicht der in Art. 20 GG proklamierte soziale Rechtstaat. Die Gleichsetzung von realem Staat und normativem Verfassungsgebot entspricht durchaus herrschender Sichtweise. Sie erleichtert allerdings nicht nur die Einbindung grüner Politik in den herrschenden politischen Konsens, sie forciert zugleich auch die Ausgren-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

zung jener, die sich einem solchen Konsens verweigern, ja ihn bekämpfen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Radikalität grüner Forderungen nicht so sehr ihrer eigenen Programmatik, als vielmehr der „Radikalität" des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustandes geschuldet ist: Angesichts geradezu apokalyptischer Zerstörungspotentiale und laufender Zerstörungsprozesse setzte die Perspektive einer bloßen Verwaltung bestehender Zustände geradezu die Leugnung grundsätzlicher Erkenntnisse und das Bekenntnis zu grünen Fundamenten voraus. Das Sterben der Wälder, der schleichende Tod vieler Gewässer, einschließlich der Nordsee, die radioaktive Erblast seit Tschernobyl usw. verlangen nicht um einer abstrakt besseren Gesellschaft willen, sondern um unser aller Überleben willen Sofortmaßnahmen. Gleichwohl radikale Sofortmaßnahmen. Maßnahmen auch, die trotz ihrer angeblich bloß auf die Natur gerichteten Funktion gesellschaftlichen Druck und gesellschaftliche Veränderungen verlangen. Wer in einer solchen Situation gesellschaftliches Protestpotential bindet
tion gesellschaftlichen Druck und gesellschaftliche Veränderungen verlangen. Wer in einer solchen Situation gesellschaftliches Protestpotential bindet
und — ähnlich der SPD-Politik nach 1972 in Bezug auf die 68er-Generation — eine Integration von Systemkritik betreibt, lähmt den Aktionsradius gesellschaftlich-reformerischer Kräfte und erweitert ihn nicht. Das heißt nicht, daß die Art und Weise der Machtausübung irrelevant wäre. Grüne müssen stets auf einen Sturz reaktionärer politischer Kräfte hinarbeiten und sprechen — jedenfalls bislang — auch nicht etwa deshalb von Tolerierungspolitik schlechthin, sondern gezielt von der Tolerierung sozialdemokratischer Regierungen.

Aber es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, grüne Politik könne sich auch nur ansatzweise über den Weg von Regierungskoalitionen realisieren. Grüne Politik zielt vor allem — wie es im Umbauprogramm heißt — auf die Erweiterung der „politischen Handlungs- und Durchsetzungsspielräume der Bevölkerung" (4). Dieses wird am ehesten durch Kontrolle und Begrenzung staatlicher Macht erreicht. Erst so können auch auf staatlichem Weg Veränderungen vorangetrieben werden. Auf diesem Sektor haben die Grünen ganz ohne Regierungsbeteiligung in der Opposition beachtliches bewegt. Auch im parlamentarischen Raum. Dies läßt sich nicht nur qualitativ z.B. in Bezug auf die Vorbereitung und Begleitung des Volkszählungsboykotts und sonstiger außerparlamentarischer Aktivitäten belegen, sondern auch quantitativ: In der letzten Wahlperiode wurden im Bundestag allein 55 von 120 Gesetzentwürfen der Fraktionen von den Grünen eingebracht. Von den 968 Kleinen Anfragen waren 804 von Grünen Abgeordneten gestellt, bei den Großen Anfragen hatten die Grünen einen Anteil von 60%. Es fragt sich, wie dieses Verhältnis aussähe, wenn grüne Minister die Regierungsbank schmücken würden.

(...)

VI.

Weder grüne Politik noch Politik schlechthin realisieren sich ausschließlich oder vor allem über Parlamente oder die Beteiligung an Regierungen. Wenn und soweit politische Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung durchgesetzt oder antidemokratische Maßnahmen verhindert werden konnten, so nicht durch die Beteiligung der Linken — selbst der SPD — an der Regierung, sondern durch die Entfaltung politischer Massenbewegungen. Entscheidende Unterstützung, ja sogar Impulse konnten solche Massenbewegungen allerdings auch und gerade durch parlamentarische Arbeit erhalten. Solche Unterstützung aber war und ist vor allem auf die oppositionelle Rolle dieser parlamentarischen Arbeit zurückzuführen. Eine der Methoden, eine solche oppositionelle Kontrolle zu verhindern ist gerade das Märchen von der angeblichen „Unregierbarkeit" der Städte durch Verhinderung von Koalitionsregierungen. Viel zu wenig wurde bisher von den Grünen, insbesondere von der GAL, aufgezeigt, daß die Unregierbarkeit nichts anderes als eine antidemokratische Fiktion ist. Gerade die Ideologie der parlamentarischen Demokratie, die dem Parlament eine Kontrollfunktion und der Regierung eine Administrationsfunktion zuweist, erklärt bekanntlich diese angebliche Unregierbarkeit zur Regel und kennt eine Koalitionspolitik, d.h. letztlich auch eine verbindliche Absprache im parlamentarischen Raum nicht. Dieses ist auch nicht weiter verwunderlich, weil nämlich Koalitionen auf diese Art und Weise nicht nur Kontrolle schlechthin, sondern parlamentarische Kontrolle tendenziell ausschließen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die demagogische Behauptung von der Unregierbarkeit der Städte — wegen der weitgehenden Lähmung oder Ausschaltung parlamentarischer Kontrolle durch Koalitionsregierungen eine Form des äußeren Druckes ist, der zur Zeit auf die Grünen mit dem Ziel der
schaltung parlamentarischer Kontrolle durch Koalitionsregierungen eine Form des äußeren Druckes ist, der zur Zeit auf die Grünen mit dem Ziel der
Anpassung ausgeübt wird.

Nur die Form parlamentarischer Kontrolle aber ist am ehesten zur Deckung zu bringen mit dem allgemeinen politischen Anspruch, in den vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen politische Gegenmacht aufzubauen, um tatsächliche gesellschaftliche Reformen durchzusetzen. So wie die Dinge liegen, befindet sich die Bundesrepublik Deutschland nicht in einer revolutionären Situation. Gesellschaftliche Reformen, d.h. politische und gesellschaftliche Veränderungen — müssen also in dem gegebenen politischen und gesellschaftlichen Rahmen durchgesetzt werden. Das ist allerdings keine revolutionäre Politik. Insofern sitzen eine Reihe von „Fundamentalisten" erheblichen Irrtümern auf, wenn sie davon ausgehen, grüne Opposition sei mit ihrer Radikalität zugleich tendenziell revolutionär. Dieses ist unsinnig. Auch sog. fundamentalistische Politik in Parlamenten hat dort, wo sie praktisch wirksam wurde, nichts anderes als maximal (in Ansätzen) Reformen bewirken können oder bewirken wollen. Unter den gegebenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen auch angesichts ihrer eigenen Struktur und Programmatik sind die Grünen zu nichts anderem angetreten, als zur Reformpolitik, allerdings zur Politik radikaler Reformen. Denn Reform ist zunächst nichts anderes als Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Inanspruchnahme dieses Begriffes durch die Sozialdemokratie und die gleichzeitige Denunzierung „revolutionärer" Opposition hat dazu geführt, daß in den Köpfen vieler radikaler Grüner Reformpolitik denunziert wurde. Tatsächlich aber ist sowohl aus der eigenen Programmatik, wie auch aus der eigenen Praxis heraus die Erkenntnis zu gewinnen, daß nur die Zurückweisung des auf den Grünen lastenden gegenwärtigen Anpassungsdrucks tatsächlich Chancen und Möglichkeiten einer radikalen Reformpolitik eröffnet. Auch eine Reformpolitik, z.B. die Durchsetzung der im Umbauprogramm der Grünen aufgestellten Sofortforderungen setzt daher nicht Anpassung voraus, sondern gerade die Verhinderung von Anpassung. Die Integration grüner Potentiale aber ist nicht Reformpolitik, sondern die Verhinderung grüner Politik schlechthin.

Anmerkungen
1) Für das Niederlassungsrecht existiert eine landesrechtliche Gesetzgebungskompetenz (vgl. hierzu u.a.: Schuldig, zur Diskussion des Niederlassungsrechts bei den Grünen-Alternativen in: Asyl und Niederlassungsrecht, zur Lage von Flüchtlingen und Immigranten, Hamburg 1987, Seite 10ff.)
2) taz vom 13.06.87
3) taz vom 06.07.87
4) vgl. das Umbauprogramm der Grünen 1986, S.9

Kein Pech

Nun sind sie mir doch draufgekommen. Daß ich das noch erleben durfte! Lange genug hat es ja gedauert, bis sie hinter den radikalen Kommentaren zum Zeitgeschehen endlich den Hallodri entdeckten, der alles nicht so meint.
„Konkret" (Organ des Hermann L. Gremliza) über den ARBEITERKAMPF.

Ein bekannter GAL-Funktionär war böse über die Berichterstattung des AK 283 zur Nachwahldiskussion der Hamburger Grünen, weil dort ein von ihm mitunterstützter Antrag als inhaltlich nichtssagend, öffentlich-rechtlich ausgewogen, rein taktisch-opportunistisch auf die Herstellung einer neuen Mehrheit in der GAL orientiert, charakterisiert wurde, der uns des Abdrucks nicht wert erschien. Er kündigte bitterböse sein AK-Abonnement.

Der KONKRET-Herausgeber war böse, weil er sich mit einem KONKRETEN Vorschlag in die Politik der GAL eingemischt hatte, der im selben Artikelchen in dieser Zeitung als opportunistisch bespöttelt wurde. Auch dieser Vorschlag wurde im AK nicht abgedruckt, da er uns als ein alter Hut erschien, der in verschiedenen Varianten der Stamm-Linie schon länger durch die grünen Reihen geistert und dem interessierten Leser dieser Zeitung hinlänglich bekannt ist. Der Herausgeber kündigte allerdings kein Abo, sondern schrieb einen Kommentar in der Juli-Ausgabe seiner KONKRET, der es in sich hat. Die wahren Opportunisten säßen nämlich — man höre und staune — in den Redaktionsstuben des ARBEiTERKAMPF, würden wir doch zu jenen gehören, die "mit Pathos vom Parlament reden". Es sei uns, so der Herausgeber, auf jeden Fall "unheimlich wichtig". Das tut weh.

Bei Lenin abgekupfert?

Bei Lenin abgekupfert?

Ich schlug dort nach, wo der Herausgeber (Hrsg.), wenn nicht nachgelesen, so doch der Erinnerung nach gedacht haben könnte. Aufatmen. Die Beteiligung am Parlament sei für Revolutionäre so lange „unbedingte Pflicht, gerade um die rückständigen Schichten ihrer Klasse zu erziehen", so lange der Parlamentarismus für die Massen „politisch nicht erledigt ist", und wenn er für Kommunisten hundertmal gegessen sei — so Lenin im „Linken Radikalismus" 1920.

Dagegen habe er ja gar nicht polemisiert, wird der Hrsg. sagen. Mag sein, aber ich mußte mich ja zunächst der Spur vergewissern. Die einen Grünen (die Realos) redeten „mit Liebe", die anderen (die Linken) „mit Haß" vom Parlament, hat er in KONKRET kritisiert, beide nähmen es aber zu wichtig. Stattdessen müsse mit „kühler Verachtung" darangegangen werden.

Da mit dem Haß unsereiner angesprochen sein dürfte, lese ich beim Meister: Antiparlamentarismus, der „edelste proletarische Haß" gegen die bürgerlichen Klassenpolitiker in den Parlamenten, sei „aller Weisheit Anfang". Immerhin! Mit solchen Leuten, lieber Hrsg., „muß man behutsam umgehen und ihnen fürsorglich auf jede Art und Weise helfen" (Lenin). Jedoch lese ich auch, „daß die Stimmung allein nicht genügt", zum Haß muß sich der Verstand gesellen.

Kühle Verachtung (der Hrsg.)! Ist er doch dichter dran? Sehen wir weiter.

Nicht kindische Abstinenz aus einer Schwäche- und Minderheitsposition heraus, so lehrt der Meister 1920 die ungestümen englischen Kommunisten, sondern eine kluge Taktik zur Entlarvung der sozialdemokratischen Opportunisten von Labour sei angesagt. Nicht Verweigerung, sondern das Gegenteil sei gefordert: Ein „Wahlabkommen" ohne Bedingungen, außer der einen — „die vollste Freiheit der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit", oder anders ausgedrückt: „Die vollste Freiheit der Entlarvung der Henderson und Snowden" für die Kommunisten.

Nicht An-den-Halsschmeißen (Koalition), nicht Abstinenz (harte Tolerierung) zeichne den kühlen Parlamentsverächter aus, so der Hrsg. 1987, sondern ein Angebot der GAL an die SPD: Sie für vier Jahre bedingungslos zu wählen, jeden Mißtrauensantrag von CDU und FDP abzuweisen, den jährlichen Haushaltsplänen der SPD und allen Gesetzen und Entschließungen des Senats zuzustimmen, sofern sie nicht gegen die Beschlüsse des legendären Nürnberger SPD-Parteitags verstoßen. Bei einer Voraussetzung, der Freiheit für die GAL, „ihre Kritik und ihre eigenen Konzepte ohne taktische Rücksichten zu entfalten". Oder mit meinen Worten ausgedrückt: Die vollste Freiheit der Entlarvung der Dohnanyi, Voscherau & Co.

So lange die Massen den opportunistischen Führern folgen, so der Meister, müsse das revolutionäre Proletariat auch und manchmal gerade die Parlamente nutzen. Kluge Handhabung des Parlamentarismus sei kein Sündenfall des Kommunismus, vielmehr beweise die russische Revolution, daß sie ihm erleichtere, „den rückständigen Massen zu beweisen, weshalb solche Parlamente es verdienen, auseinandergejagt zu werden, es ihm erleichtert, sie mit Erfolg auseinanderzujagen, es ihm erleichtert, den bürgerlichen Parlamentarismus ‚politisch zu erledigen'".

Über Bewußtseinsbildung

Solcher kräftigen Sprache bedient man sich 1987 nicht mehr. Doch hat sich der Zweck der Übung kaum verändert: „wg. öffentlicher Austragung und Zuspitzung von Konflikten zum Zwecke der Bildung von Bewußtsein" schreibt der Hrsg.; denn sein Vorschlag angenommen, ließe die Dohnanyi und Voscherau im Dreieck springen, gezwungen, die eigene bescheidene Politik machen zu müssen, „gnadenlos an der Regierung gehalten von Leuten, die im Parlament und außerhalb erklären: Diese Regierung ist mies, ihre Politik beschissen und wir sagen allen, warum."

Nehmen die Henderson & Co unser Abkommen an, sei schon alles gewonnen. Man werde ihnen nicht nur helfen, „schneller ihre Regierung zu bilden, sondern auch den Massen, schneller unsere ganze kommunistische Propaganda zu begreifen, die wir gegen die Henderson ohne jede Einschränkung und ohne etwas zu verschweigen treiben werden", schreibt Lenin.

Lehnten sie aber ab, folgert er weiter, dann werde man „den Massen so-
und ohne etwas zu verschweigen treiben werden", schreibt Lenin.
Lehnten sie aber ab, folgert er weiter, dann werde man „den Massen so-
fort gezeigt haben (...), daß den Henderson ihre nahen Beziehungen zu den Kapitalisten lieber sind als der Zusammenschluß aller Arbeiter".

Nichts sei schlimmer für die Dohnanyis und Voscheraus, als „verurteilt zu sein, wenigstens die eigenen Beschlüsse einzuhalten, und vorgeführt zu kriegen vor einer erstaunten Mitgliedschaft und Öffentlichkeit, daß nicht einmal dies möglich ist." So eine „lehrreiche" „Abfuhr" für die GAL würde auch darüber aufklären, daß über den Betrieb von Atomkraftwerken nicht parlamentarische Mehrheiten, sondern „An- und Abschalter" entscheiden.

Auf bolschewistisch: Parlamentstaktik so verstanden, „und ich werde nicht nur in populärer Weise erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament und die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills (...), sondern ich werde auch erklären können, daß ich Henderson durch meine Stimmabgabe ebenso stützen möchte, ***wie der Strick den Gehängten stützt*** *(...)".*

„Natürlich bin ich abgeblitzt", klagt der Hrsg. „Das sei eine ‚Kopfgeburt' und ‚nicht vermittelbar'. Weil ein richtiger Politiker halt mit anderen Körperteilen denkt und dabei zu dem Schluß kommt, daß die ‚einfachen Mitglieder und Wähler' noch dümmer sind".

Aggressiver der Meister: „Und wenn man mir entgegnen sollte, das sei eine zu ‚schlaue' oder zu komplizierte Taktik, die Massen würden sie nicht verstehen (...), so werde ich diesen ‚linken' Opponenten antworten: Wälzt euren Doktrinarismus nicht auf die Massen ab! In Rußland ist das Kulturniveau der Massen gewiß nicht höher, sondern niedriger als in England."

Die Realität einer „Kopfgeburt"

Und im Hamburg des Jahres 1987? Wer auch immer den Vorwurf der „Kopfgeburt" gemacht hat, Gremlizas Vorschlag oder die Varianten Stamms sind nicht so kompliziert, als daß sie sich zu recht mit intellektuell anspruchsvollen Titeln schmücken könnten. Höchstens kann man dies für die damit behaupteten politischen Implikationen annehmen, wenn es so käme, wie man es denkt. Doch ist die Sache viel einfacher als sie sich gibt.

Um was geht es denn konkret? Die Grünen seien ihm schnurz, schreibt der Hrsg., eine große Zukunft habe er ihnen nie gegeben, die achtziger Jahre würden sie nicht überleben. Womit er bei vielenLesern dieser Zeitung allerhand Sympathien ernten könnte. Was sie bewirken könnten, die „Partei als Mittel zu bestimmten Zwecken" und „nicht bloß zu dem der Selbstverwirklichung", das sei von Interesse — auch nicht schlecht. Aber was hat das mit dem Vorschlag der bedingungslosen Hamburger SPD-Wahl zu tun? Was sollte Hamburger Sozialdemokraten an einer bedingungslosen GAL-Unterstützung schrecken? Allein regiert haben sie in Hamburg mehrfach, zuletzt vier Jahre hintereinander; zusammen mit der FDP ebenfalls; die Mitglieder und die Massen haben ihre Erfahrungen mit Beidem und trotzdem hat sie diese Vision nicht so geschreckt, daß anders gewählt worden wäre. Im Gegenteil.

Hatte der Meister seine Taktik noch abgeleitet aus einer Summe von konkreten politischen Faktoren, die es möglich machten, über die Vermittlung von Erfahrungen mit jenen Hendersons in der Regierung eine revolutionäre, kommunistische Partei herauszubilden zum Zwecke der Revolution, muß man heute wohl nahezu alle Faktoren anders bewerten. (Am ehesten ließen sich Lenins Überlegungen — wenn auch auf gänzlich anderem, nichtrevolutionären Niveau — auf die Situation 1969-1972 anwenden, als zum erstenmal nach 1945 Erfahrungen mit einer von Reformhoffnungen und -versprechungen getragenen mehrheitlichen SPD-Regierung möglich wurden.)

Heutiges Bewußtsein von Wählen und Regiertwerden ist viel stärker von der Erfahrung geprägt, daß es anders nicht geht. Daß allerdings im Vergleich zwischen CDU und SPD letztere für einige Bevölkerungsschichten das geringere Übel darstellt. Oder wie der Herausgeber der GAL empfiehlt: Kritisiert die SPD gnadenlos, aber wählt sie, „weil wir den Hamburger Arbeitslosen, Sozialmietern, Realschülern mit unserem Nein bloß eine noch miesere Regierung und beschissenere Politik aufhalsen würden". Mehr enthält das Angebot unter dem Strich nicht. Erfreulich nackt auf das Wesen zurechtgestutzt, ein höchst unkomplizierter
aufhalsen würden". Mehr enthält das Angebot unter dem Strich nicht. Erfreulich nackt auf das Wesen zurechtgestutzt, ein höchst unkomplizierter
Gedankengang, der viele KONKRET-Leser bereits vor des Herausgebers Regierungsbildungsüberlegungen veranlaßt hat, nichts anbrennen zu lassen und *bewußt* gleich die Partei zu wählen, die dieses Wenige aller Vorraussicht nach garantiert: SPD. Das ist bereits gebildetes Bewußtsein, aus dem heraus alle Jahre wieder SPD gewählt wird oder Grüne, damit die SPD ein klitzekleines Korrektiv hat.

Dagegen ein anderes Bewußtsein zu bilden, andere politische Ziele zu formulieren, den Beweis anzutreten, daß es eigentlich nur lohnt, *für mehr* anzutreten, ist allemal mehr wert als Regierungen zu bilden. Können Angebote zur Regierungsbildung wie z.B. die konditionierte Tolerierung dies befördern und Druck auf die ewigen Verwalter kapitalistischer Sachzwänge machen, so ist das gut, funktioniert aber nur um den Preis von mehr und anderen Inhalten, als die sozialdemokratische Normalität zuläßt. Was sich so kühl parlamentsverachtend gibt, ist völlig unergiebig, wenn der Kern des Ganzen SPD-Beschlüsse sind, die in Nichts präzisiert sind. Eigentlich müßte auch der KONKRET-Herausgeber wissen, daß sozialdemokratische Parteitagsbeschlüsse nicht erst seit heute, sondern seit der Erfindung der „Realpolitik" durch die Sozialdemokratie selber, es an sich haben, daß sie das Gegenteil von präzise sind. Das ist das „Geheimnis" sozialdemokratischer Politik. Doch nicht einmal diese Präzisierung von SPD-Beschlüssen enthält Gremlizas Vorschlag. Warum will man der GAL/Grüne zumuten, auch noch einmal die Erfahrungen durchzuspielen, die die SPD-Linke bereits verinnerlicht hat? Besser ist daher: wer nicht mehr will, sollte gleich SPD wählen. Wer mehr will, muß nicht wählen; sollte dies aber von den Grünen verlangen. Wozu sonst das ganze Parlamentarische?

Nicht die Grünen und ihr Überleben in den achtziger Jahren sind mein Problem (und diese Zeitung stand bislang nicht im Verdacht, dieser Sorge anzuhängen), sondern eine Linke, die sich mehr oder weniger auf diese Grünen bezieht, in sie aufgelöst hat. Nicht ob sie als Formation sterben interessiert, sondern woran sie sterben und was politisch überlebt. Bei des Herausgebers Taktik sind die Grünen von vornherein die Gehängten. Maximal profitiert davon die Sozialdemokratie. Wem soll das nützen? **hr.**

Anmerkung:
Alle Zitate des Herausgebers sind dem Kommentar „Mein Pech" von Hermann L. Gremliza in KONKRET 7/87 entnommen.
Alle Zitate des Meisters sind aus „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" von W.I. Lenin entnommen, Werke Band 31, die Kapitel „Soll man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen?" und „Der ‚linke' Kommunismus in England".

Irreperable Schäden für den baskischen Befreiungskampf?

Die Anschläge der ETA und die Haltung der Linken

Der Bombenanschlag vom 19. Juni auf den Supermarkt Hipercor in Barcelona war nur die Spitze einer Anschlagserie der ETA in Katalonien. Die bewaffenete baskische Befreiungsorganisation hat in letzter Zeit zusehends versucht, ihr Aktionsfeld nach ganz Spanien auszudehnen. Katalonien nimmt in dieser Strategie insofern einen besonderen Platz ein, als dort 1992 die Olympischen Sommerspiele stattfinden. Nachfolgender Artikel beschreibt die Situation dort und in Euzkadi und versucht, ein paar weitergehende Gedanken anzustellen.

20 Todesopfer und über 30 Verletzte forderte der Anschlag auf den Supermarkt im Stadtteil San Andres. Um 15.15 und 15.25 Uhr informierte ein Anrufer die Redaktion der Tageszeitung „Avui" von der bevorstehenden Explosion. Ein weiterer Anruf erfolgte gleichzeitig bei der Stadtpolizei und mindestens zwei im Hipercor selbst. Die Direktion des Supermarktes dementierte allerdings vorerst, überhaupt Anrufe erhalten zu haben, Angestellte hingegen informierten „El Pais" dahingehend, daß Hipercor mehrere Anrufe erhielt. Polizisten haben darauf erfolglos Tiefgarage und Supermarkt durchsucht und gemäß einem Polizeikommunique desselben Tages der Direktion die Räumung angeraten. Dieser Darstellung folgte eine schließlich ungeklärte Polemik, in deren Verlauf Hipercor einen derartigen Rat bestritt. Daß die Räumung nicht angeordnet wurde, mutet allen Presseberichten zum Trotz auch seltsam an, wird doch zum Beispiel die Untergrundbahn mindestens einmal wöchentlich wegen Bombenalarm geräumt. Bei sämtlichen anderen (falschen) Bombenalarmen, insbesondere wenn die Hinweise im Namen der ETA erfolgen, wird mit der Räumung keine Minute gezögert. Im Supermarkt selber funktionierte außerdem weder die Sprinkler-, noch die Notstromanlage, so daß es der Feuerwehr nicht gelang, an den Brandherd vorzustoßen und die meisten Opfer an Erstickung starben.

Der Anschlag wurde von allen politischen Kräften Kataloniens verurteilt. Selbst die im vorangegangenen Wahlkampf Herri Batasuna unterstützenden Organisationen kritisierten das Ziel des Anschlages. Die Zeitung „El Periodico" titelte „ETA massakriert uns!" und die Zentralregierung in Madrid ließ verlauten, daß es der ETA nur noch um den Terror gegen das Volk gehe und sie sich ihre Ziele wahllos aussuche. In einem ganzseitigen Inserat rief die Arbeitgebergemeinschaft wörtlich zur Lynchjustiz auf, zum Kampf gegen den Terrorismus mit denselben Mitteln und plädierte damit sozusagen für die Abschaffung des Rechtsstaats.

Hipercor war die siebte Aktion, die ETA seit dem letzten Herbst in Barcelona durchführte:

— Am 13. September 1986 richtete sich eine Autobombe gegen einen Kleinbus der Guardia Civil im zukünftigen olympischen Dorf Pueblo Nuevo. Drei Guardia Civiles und ein Zivilist wurden verletzt, da die Bombe infolge eines Fehlers in der Synchronisation nicht genau traf.

— Drei Tage vor der Nominierung Barcelonas für die Olympischen Sommerspiele 1992 explodierte am 14. Oktober 1986 vor einer Polizeikaserne an der Placa Espanya eine Autobombe. Ein Polizist starb, 14 Zivilisten wurden verletzt.

merspiele 1992 explodierte am 14. Oktober 1986 vor einer Polizeikaserne an der Placa Espanya eine Autobombe. Ein Polizist starb, 14 Zivilisten wurden verletzt.

— Am 11. November 1986 wurde die Citroen-Vertretung in der Carrer Badal durch eine Autobombe vollständig zerstört. Der Wagen wurde am späten Nachmittag zur Reparatur gebracht und explodierte nachts. Verletzt wurde niemand.

— Bei der Explosion einer Autobombe am 27. März 1987 vor einem Polizei- und Zollposten im Hafen wurde ein Polizist getötet und 16 Zivilisten verletzt.

— Fünf Tage später, am 2. April 1987, wurde in der Avenida Meridiana auf Distanz eine Autobombe neben einem vorbeifahrenden Bus der Guardia Civil gezündet. Ein Zivilist starb.

— 10. April 1987: Beim dritten Anschlag innerhalb zweier Wochen entstand durch eine Autobombe an einer französischen Bank in der Pau Claris Mallorca hoher Sachschaden. Drei Zivilisten wurden bei der Explosion um 22.30 Uhr verletzt.

— Eine Woche vor dem Anschlag auf Hipercor explodierten am 12. Juni 1987 zwei Bomben unter den Leitungsrohren der staatlichen Petrochemiefirma Enpetrol, fünf Kilometer von Tarragona entfernt. 400 Meter Rohre wurden zerstört und das Feuer, das erst nach einer Woche gelöscht werden konnte, richtete hohen Sachschaden an. Die nahegelegene Schule wurde evakuiert, die Autobahn gesperrt und Tausende von Stadtbewohner/innen flüchteten angesichts der bis zu 150 Meter hohen Flammen. Die Bevölkerung wurde erst Stunden nach dem Anschlag über den Sachverhalt informiert, worauf anderntags eine Demonstration den Abtritt des Zivilregierungschefs forderte. In der Provinz Tarragona haben die bedeutendsten Petrochemiefirmen Spaniens (Hoechst, BASF, Bayer, Dow Chemical) sowie zwei Atomkraftwerke ihren Standort. 1978 explodierte auf dem Campingplatz bei Tarragona ein Tankwagen, in dessen Folge 270 Menschen verbrannten.

Rufe nach Todesstrafe und politischen Verboten

Der Bombe im Hipercor folgten zwei von der Regierung organisierte Massendemonstrationen, denen einmal 70.000 und einmal 100.000 Menschen beiwohnten. Während es zu vereinzelten Zwischenrufen nach Wiedereinführung der Todesstrafe kam, forderte unter anderen der Generalsekretär der wichtigsten Oppositionspartei (20% Stimmenanteil) *Allianza Popular* (AP) das Verbot der baskischen revolutionären Linkskoalition Herri Batasuna (HB). HB hatte zwei Wochen zuvor in einer immensen Propagandaschlacht ihren Spitzenkandidaten *Txema Montero* ins Europaparlament gebracht, wobei er außerhalb Euzkadis mit 40.000 Stimmen in Katalonien den größten Erfolg verbuchte. HB-Wähler äußerten nach Hipercor in Leserbriefen ihr Unverständnis: *„Nach den letzten Stellungnahmen von führenden HB-Mitgliedern habe ich Schuldgefühle bekommen, weil diese Gewalt und Terrorismus verteidigen."* HB übte zwei Tage nach dem Anschlag und nach der Veröffentlichung des ETA-Kommuniques Kritik am Ziel des Anschlags: Es zeuge aber von politischer Reife der ETA, daß diese in ihrem Kommunique von einem schwerwiegenden Irrtum spreche.

Ähnlich dem Kommunique der HB argumentierte ein Leitartikel in der der HB nahestehenden Tageszeitung Egin vom 22. Juni: *„Wer aber die Geschichte kennt, weiß, daß ETA eine solche Aktion nicht plant, ohne daß mit der Evakuierung gerechnet wird. Für das spricht auch, daß die Anrufe mehrfach und an verschiedenen Orten bereits eine Stunde vor der Explosion erfolgten. (...) Niemand kann die Verantwortung für das Massaker denen absprechen, die die Bombe legten und den Ort aussuchten. Auch wenn sie die Hoffnung hatten, daß es keine Opfer gäbe. Niemand kann garantieren, daß Bombendrohungen ernst genommen werden und zum notwendigen Handeln führen. Noch weniger bei so unüblichen Zielen wie einem Supermarkt."*

Daß HB zwar das Ziel des Anschlages kritisierte, gleichzeitig aber auch die verantwortlichen Stellen bei Hipercor und Polizei scharf angriff, trug der Organisation eine Empörungswelle

Daß HB zwar das Ziel des Anschlages kritisierte, gleichzeitig aber auch die verantwortlichen Stellen bei Hipercor und Polizei scharf angriff, trug der Organisation eine Empörungswelle

ein. Politiker forderten erneut ein Verbot der drittstärksten baskischen Partei, der die Parteilegitimation erst letztes Jahr vom obersten Gerichtshof zugesprochen wurde. Das Rechtsaußenblatt ABC schrieb vom Terrorismus als „horrorhaftem Ekel", in dem HB beauftragt sei, „Stimmen für den Terror zu rekrutieren". Den 40.000 katalanischen HB-Wähler/innen wurde vorgeworfen, mit ihrem Votum der ETA Terain verschafft zu haben.

In der in Spanien mit großer Aufmerksamkeit verfolgten ersten Sitzung des Europaparlaments nach den spanischen EG-Wahlen verabschiedeten mit Ausnahme Monteros alle Parlamentarier eine Resolution gegen den „Terrorismus der ETA". Montero wies darauf hin, daß die baskische Problematik nicht mittels Repression, sondern nur mittels politischer Veränderungen gelöst werden könne.

Isolation und Belagerung

Katalonien hat wohl die bestgestellte Arbeiterklasse Spaniens. Ebenfalls für Unabhängigkeit kämpfend, wurde den Katalanen schon früh nach Francos Tod die eigene Sprache, ein eigenes TV-Programm und die Entwicklung der katalanischen Kultur zugestanden. Im Verhältnis zu Euzkadi z.B. sprechen viel mehr Menschen katalanisch als in Euzkadi Euzkerra. Dem Land wurde wie Euzkadi 1978 der sogenannte Autonomiestatus zugestanden, womit im Gegensatz zu Euzkadi der Unabhängigkeitsgedanke zu einem großen Teil befriedet war. Jede/r Katalane/in ist für Unabhängigkeit, nur kämpfen sie nicht dafür. Ihre Arbeitsplätze sind so gesichert wie nirgends sonst in Spanien, und die Bewegung blieb mitsamt bewaffnetem Flügel (Terra Lliure) in den Kinderschuhen stecken. Die Schwäche der Bewegung und patriarchal-feudale Parteistrukturen verhindern ideologische Auseinandersetzungen und Entwicklungen an der Basis. So beschränkt sich der militante Ausdruck der Forderung auf den alljährlichen Unabhängigkeitstag am 11. September, der noch jedesmal über 100.000 auf die Straße bringt.

Hipercor verschärfte nur den Zustand dieser katalanischen Linken. Es gibt hier niemanden, der erklärt, weshalb die ETA französische Institutionen angreift, keine inhaltliche Vermittlung von Aktionen und zuletzt auch keine (dringend notwendige) Gegenöffentlichkeit zur omnipräsenten Konterpropaganda des Sicherheitsministers Barrionuevo.

Seit dem 3. Juli ist Barcelona eine besetzte Stadt. Während dreier Tage schlossen 10.000 Polizisten alle vier Ausfallstraßen Barcelonas für rigorose Kontrollen, die 23 km lange Staus provozierten. Die Polizei sprach anschließend von einer sehr erfolgreichen Aktion, konnte zwar keine konkreten Resultate vorweisen, gab sich aber davon überzeugt, daß sich führende Mitglieder des sogenannten „Kommando Barcelona" noch immer in der Stadt aufhalten würden. Seither führt die Polizei unter Einsatz von „selektiven Straßensperren" und Luftüberwachung ihre Aktionen fort. Sie sind, indem sie die Bevölkerung einschüchtern und verärgern, wohl mehr Bestandtteil von Barrionuevos Aufstandsbekämpfungsplänen als Fahndung mit Aussicht auf Erfolg.

Neue ETA-Offensive und Gegenschlag

Neue ETA-Offensive und Gegenschlag

Nach knapp drei Wochen Ruhe griff die ETA am 7. Juli in Donostia (San Sebastian) mit automatisch gesteuerten Hohlgeschoßgranaten (zum vierten Mal in drei Jahren) die Militärkaserne an, wobei vier Militärs verletzt wurden. Die Polizei verhaftete am selben Tag in Aragon und Andalusien drei mutmaßliche Etarras: An der Costa del Sol einen 22jährigen Franzosen sowie in Zaragoza zwei Basken, von denen einer dem „Kommando Madrid" zugerechnet wird. Sie sollen die von der ETA unlängst angekündigte traditionelle Sommeroffensive gegen touristische Institutionen geplant haben, um anschließend, wie die Regierung allzu durchsichtig verlauten ließ, Supermärkte in die Luft gehen zu lassen.



Am 10. Juli wurde wieder mit Hohlgeschoßgranaten und Sprengstoff ein Anschlag auf einen Sitz des staatliche Ölmultis Campsa in Gipuzkoa verübt, der hohen Sachschaden verursachte. Vier Tage später wurden in Onati, einem kleinen baskischen Dorf, in dem Militär- und Polizeikasernen untergebracht sind, zwei führende Mitglieder der Antiterroreinheit UAR getötet und zwei weitere verletzt, als eine ferngezündete Bombe neben einem vorbeifahrenden Konvoi der Guardia Civil explodierte. Im Kommunique zu dieser Aktion betonte die ETA „ein weiteres Mal die Notwendigkeit von Verhandlungen auf der Basis der Alternative KAS" (s. Kasten). Der Staat, voran Sicherheitsminister Barrionuevo, reagierte mit einer eindrücklichen Propagandaschlacht, Konferenzen zur Koordinierung der Anti-Terror-Bekämpfung und Aufrufen an die Presse mit der Bitte um mehr Staatstreue. Am 18. Juli verbot die Polizei in Donostia eine Kundgebung der Gestoras pro Amnestia, die eine Menschenkette zur Erinnerung an die Inhaftierten vorsah. Die Kundgebung, an der mehrere Tausend Menschen teilnehmen wollten, wurde niedergeknüppelt, was ein Dutzend Schwerverletzte und Straßenschlachten bis in die Nacht hinein nach sich zog.

Am 23. Juli gelang es der Polizei mittels einer Reihe von Razzien, in der Provinz Gipuzkoa acht Personen festzunehmen, die einen Teil des sogenannten „Kommando Donosti" ausmachen sollen. Bei den Razzien wurde eine neunte Person, die 27jährige Lucia Urregoitia Ahuria, in ihrer Wohnung erschossen. Wie die Zeitung „El ais" zwei Tage später enthüllte, wurde die Frau durch einen Genickschuß aus nächster Nähe getötet.

Zwei der acht Verhafteten wurden eine Woche später ohne Anklage wieder auf freien Fuß gesetzt. Offensichtlich als Antwort auf die Verhaftungen plazierte die ETA einen Tag danach, am 24. Juli, vor der Hauptwache der

der auf freien Fuß gesetzt. Offensichtlich als Antwort auf die Verhaftungen plazierte die ETA einen Tag danach, am 24. Juli, vor der Hauptwache der

Guardia Civil in der Grenzstadt Eibar eine Autobombe. Sieben Guardia Civiles und dreizehn Zivilisten wurden verletzt, das Gebäude zerstört.

Neue Ebenen des Krieges

Mit der vor zwei Jahren begonnenen Ausdehnung des Aktionsgebietes auf ganz Spanien bewies die ETA, daß sie fähig ist, den Krieg bis zum Zustandekommen einer politischen Lösung weiterzuführen. Ob diese Lösung in Verhandlungen über die Alternative KAS mündet, darüber kann nur spekuliert werden. Nachdem der Staat allerdings bereits 1984 geheime Verhandlungen mit Txomin Iturbe führte, welche an der mangelnden Bereitschaft des Staates, auf der Basis von KAS zu verhandeln, scheiterten, ist es der Regierung nicht mehr möglich, öffentlich Verhandlungen zu führen, ohne einen totalen Gesichtsverlust zu erleiden. Zudem hat sich die Position von Barrionuevo in der Regierung seit Hipercor verstärkt, nachdem er mit seinem Rücktritt drohte, sofern nicht umfassendere Anti-Terror-Programme an die Hand genommen würden.

Die Reaktion des Staates verschärft sich so von Tag zu Tag (in Euzkadi werden im Schnitt jährlich 1.250 Personen wegen politischer Delikte festgenommen) und die mit den bilateralen Verträgen zwischen Frankreich und Spanien im Frühjahr regelmäßig begonnenen Auslieferungen und Deportationen haben der ETA sicherlich schwere Schäden an ihrer Infrastruktur zugefügt. Mitte Juli lieferte Frankreich den siebzigsten Basken an Spanien aus, bis Jahresende werden es über hundert sein. Ebenfalls ein schwerer Schlag dürfte das französische Verbot der Organisation der im französischen Teil des Baskenlandes lebenden Basken sein.

Letztes und neuestes Zeichen der Verschärfung der Situation für die ETA ist wohl das Attentat auf einen im französischen Baskenland lebenden Flüchtling, welches in der spanischen Presse allgemein als Wiederauftreten der mit den zentralamerikanischen Todesschwadronen vergleichbaren GAL interpretiert wird. Die GAL (Groupes Antiterroristes de Libération) ist zum Teil eng personell mit der Guardia Civil verknüpft und tötete bis zum Abschluß der bilateralen Verträge Frankreichs und Spaniens im Frühjahr 1986 30 baskische Flüchtlinge im nördlichen Teil Euzkadis.

Es fragt sich, ob die Strategie der Autobombe von Barcelona eine Reaktion auf veränderte Bedingungen war. Jedenfalls, wie die ETA in ihrem Kommunique zu Hipercor auch teilweise eingesteht, war sie falsch.

Es liegt primär an der ETA, die Geschichte zu schreiben, die den Anschlag auf Hipercor und die verursachten irreparablen Schäden aufarbeitet.

Pipo Surber, Donostia

Welche Ziele hat die ETA?

ETA führt bewaffnete Aktionen durch, um den spanischen Staat zu einer Verhandlung über das Programm KAS zu

ETA führt bewaffnete Aktionen durch, um den spanischen Staat zu einer Verhandlung über das Programm KAS zu

zwingen.

Das Programm KAS beinhaltet:

1. Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes.
2. Entfernung der spanischen Polizei und Militärkräfte aus dem Baskenland.
3. Vereinigung der 4 Provinzen Biscay, Guipozkoa, Alaba und Navarra.
4. Baskische Sprache als Landessprache.
5. Verbesserung der Lebensgrundlagen des baskischen Volkes.

Das Programm KAS ist ein typisches Programm von nationaler Befreiung, das die Autonomie des Baskenlandes von Spanien zum Ziel hat. Die Frage nach revolutionärer Umwälzung wird gar nicht thematisiert.

Das Programm KAS ist ein Bündnisprogramm unter dem sich verschiedene Strömungen vereinigt haben.



Egin-Erklärung

Niemand kann es unterlassen, an erster Stelle die, die das Gerät montiert und seine Plazierung ausgesucht haben, zur Verantwortung zu ziehen, auch wenn sie es mit der Hoffnung gemacht haben sollten, daß es rechtzeitig entschärft oder es keine Opfer verursache würde. Niemand ist in der Lage zu garantieren, daß die Meldungen nicht ernst genommen werden und auch nicht, daß diejenigen, die danach aktiv werden müssen, es schnell tun. Noch weniger wenn das Ziel unüblich ist, und es gegenteilige Vorerfahrungen gibt.

Egin 22.6.87



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Communique der E.T.A.-m vom 21. Juni 1987

E.T.A., baskische revolutionäre sozialistische Befreiungsorganisation, übernimmt die Verantwortung für die Aktion am 19. Juni in Barcelona, die mittels einer Autobombe gegen die Firma Hipercor durchgeführt wurde. Ebenfalls übernehmen wir die Verantwortung für den Bombenanschlag vom 20. Juni gegen die Bank von Paris in Iruna, bei der ein bewaffneter Polizist verletzt wurde.

Wir möchten dem ganzen katalanischen Volk unser Beileid ausdrücken, im speziellen aber den Angehörigen und Verwandten der unschuldigen Opfer.

Wir akzeptieren die ehrliche Kritik des arbeitenden baskischen und katalanischen Volkes und drücken uns nicht vor der großen Verantwortung, die uns nach diesem Ereignis anlastet. Wir anerkennen übereinstimmend mit unserer Praxis und revolutionären Ehrlichkeit, den schwerwiegenden Irrtum, den wir in der Ausführung dieser Operation begangen haben. Wir möchten auch unsere ehrliche Solidarität mit dem katalanischen Volk und allen Völkern dieses Staates ausdrücken.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu versichern, daß wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen werden, um die Selektivität unserer Aktionen zu garantieren, damit sich Vorfälle wie dieser nicht mehr ereignen.

Wir hoffen, daß die Zeit und unser fortschreitender Prozeß helfen werden, diesen unglücklichen Unfall und die verursachten irreparablen Schäden, die unseren gerechten Kampf für nationale Befreiung und unsere traditionell solidarischen Beziehungen trüben, ins rechte Licht zu rücken.

Dies gesagt, verwerfen wir die heuchlerischen Verurteilungen der reformistischen Kräfte, die sich zusammen mit der PSOE und dem Teil der faktischen Mächte (Militär, Klerus, Großgrundbesitzer und Wirtschaft, ps.) die Verantwortung für die Sicherung der aktuellen Situation der Dinge teilen, indem sie auf die Repression setzen und die notwendige Verhandlungslösung übergehen.

Nebst der generellen Verantwortung der faktischen Mächte und ihren direkten Vertretern der nationalen Unterdrückung und der kapitalistischen Ausbeutung, die unser Volk erleidet, müssen Oligarchie und Armee zusammen mit der spanischen Sozialdemokratie, dieselben Feinde des baskischen und katalanischen Volkes, wie aller Völker und Arbeiter, die dem ausbeuterischen spanischen Staat unterstellt sind, die konkrete Verantwortung übernehmen, daß sie trotz mehrfacher Warnung und genügend Zeit das Gebäude nicht geräumt haben. Vielmehr haben sie, wie es schon bei anderen Gelegenheiten geschehen ist, den kalten und geplanten Tod von unschuldigen Personen gesucht, um anschließend den Protest des Volkes im Rahmen ihrer Aufstandsbekämpfunesnläne gegen unseren nationalen Be-
Tod von unschuldigen Personen gesucht, um anschließend den Protest des Volkes im Rahmen ihrer Aufstandsbekämpfungspläne gegen unseren nationalen Be-
freiungskampf zu instrumentalisieren.

Auf die realen Mächte des Staates fällt die Verantwortung für alle humanen und materiellen Schäden, die erzeugt werden durch die Verzögerung eines Verhandlungsprozesses, der in einem Waffenstillstand münden würde. E.T.A. hat einseitig den Waffenstillstand angeboten, als Konsequenz aus Verhandlungen auf der Basis der Alternative KAS und der effektiven Anerkennung unserer nationalen Souveränität.

Gora Euzkadi Askatuta! Gora Euzkadi Sozialista!

★

Tschema Montero, Abgeordneter von Herri Batasuna im Europäischen Parlament

„.... Von meinem Standpunkt aus git es keinen Irrtum bezüglich der Tatsache, daß es dieses Resultat gab ... Davon ausgehend, daß E.T.A. die innere Boshaftigkeit der Kapitalisten, der Leitung des Supermarktes und auch der Polizei kennt, daß sie erwarten kann, daß diese nicht das Mögliche tun werden, um die Örtlichkeit zu räumen, ist das Resultat der Installation einer Bombe in einem Supermarkt um vier Uhr nachmittags höchst voraussehbar ..."

Zur Tatsache, daß HB zu den Ereignissen eine „energische Kritik" anstatt einer Verurteilung herausgebracht hat, sagt Montero: „Die Kritik hat eine größere politische Bedeutung als moralische Verurteilungen, die bis jetzt wirkunslos waren." Gleichzeitig bezeichnet er es als „gerechtfertigt, eine energische Kritik zu üben ..., weil ich meine, daß von Seiten der Abertzale-Linken aus eine Verurteilung nicht angemessen ist, die moralisch und vor allem nutzlos ist und eine energische Kritik angebracht ist, weil man davon ausgeht, daß innerhalb der Abertzale-Linken politische Kritiken kultiviert/effektiviert werden müssen, die genauso viel oder mehr Bedeutung haben können als die von den anderen politischen Kräften betriebene Verurteilung."

Auf die damalige Frage von Efe nach dem Vergleich mit dem Anschlag gegen Enpetrol eingehend, spezifizierte Montero „das, was ich ausgedrückt habe, als ich zu diesem Thema gefragt wurde", nämlich „daß gerade im Vorwahlkampf und im Wahlkampf, gerade in Katalonien, es erstens Herri Batasuna nicht nützte und daß ich außerdem den Grund für diese Kampagne der Bomben in Katalonien nicht verstehen konnte".

Nach Egin, 23.6.87

★

Statement von MCC, LCR, MDT usw.

Zu dem Attentat vom 19. im Supermarkt „Hipercor" an der Avinguda Meridiana in Barcelona, für das die ETA die Verantwortung übernommen hat, erklären die unterzeichnenden Bürgerrechts- und politischen Organisationen:

1. Unsere völlige Zurrückweisung und Verurteilung einer nicht unterscheidenden Aktion, die direkt das Leben Hunderter von Menschen der Zivilbevölkerung gefährdete und die leider den Tod von 17 Personen und zahlreiche Verletzte mit sich brachte. Wir fordern das Ende dieser Art von Aktionen gegen das Volk.

2. Wir prangern die Unverantwortlichkeit der Polizei und der Geschäftsleitung von „Hipercor" an, die, nachdem sie die Ankündigung eine Stunde vorher erreicht hatte, nicht daran gingen, die Örtlichkeit zu räumen. Trotzdem ist es ebenso sicher, daß die Installation der Bombe ein großes Risiko mit sich bringt, unschuldige Opfer zu verursachen, dessen Verhinderung man nicht dem Erniessen der Polizei überlassen kann.

3. Von unserer Position des Kampfes für die nationale Befreiung und für das Recht auf Unabhängigkeit unseres Volkes, des katalanischen, bekräftigen wir ein weiteres Mal unsere Unterstützung für den Kampf des baskischen Volkes für seine nationalen Freiheiten, für das Recht auf Selbstbestimmung und für eine seinen Forderungen gerecht werdende politische Lösung.

4. Wir prangern das Verhalten einiger Medien, Institutionen und in einigen wahnsinnigen Erklärungen an, die für diese Aktion die mehr als 360.000 Men-
4. Wir prangern das Verhalten einiger Medien, Institutionen und in einigen wahnsinnigen Erklärungen an, die für diese Aktion die mehr als 360.000 Men-
schen verantwortlich machen wollen, die im Baskenland, in Katalonien und im übrigen spanischen Staat die Kandidaten von HB ins Europäische Parlament gewählt haben.

5. Wir prangern jeden Versuch der Manipulation einer verständlichen allgemeinen Empörung an, der direkt oder indirekt versucht, ein repressives Klima gegen die gerechten Forderungen des katalanischen oder des baskischen Volkes zu schüren. In diesem Sinne wollen wir klarstellen, daß keine der unterzeichnenden Organisationen an der Demonstration am gestrigen Sonntag im Stadtteil St. Andreu teilgenommen hat und auch nicht an der für heute im Stadtzentrum geplanten teilnehmen wird.

CSP, LCR, MCC, MDT, MEN, NF
(aus: „Avui", 22.6.87)

Erklärungen:
CSPC (= Comités de Solidaritat amb els Patriotes Catalans, Solidaritätskomitees mit den katalanischen Patrioten): gegründet 1979, unterstützen eingeknastete Katalanen (z.B. von „Terra Lliure" und MDT) und ehren im Kampf um die nationale Befreiung getötete Genossen (im Franquismus und danach).
LCR: Trotzkisten
MCC hat als nationale katalanische Sektion von MC eine gewissen Autonomie
MDT (= Moviment de Defensa de la Terra, Bewegung zur Verteidigung des Landes): momentan größte linke Independentistengruppe, noch relativ jung; unterstützt „Terra Lliure" an vielen Punkten; Schwerpunkte: nationaler Befreiungskampf und Ökosachen (Anti-AKW); interessante Attraktivität v.a. bei sehr jungen Leuten
MEN (= Moviment d'Esquerra Nacionalista, Bewegung der nationalistischen Linken), radikale Abspaltung von NE (Nacionalistes d'Esquerra), die (NE) sich Ende der 70er Jahre mit Programmen ähnlich denen der ALs/BuLis bei uns (+ nationale Unabhängigkeit natürlich) an Regionalwahlen beteiligt hatten
NF (= Nova Falc, Neue Sichel), ein independentistisches Kollektiv

Herri Batasuna im Europaparlament

Wahlerfolg für die baskische und spanische Linke

Herri Batasuna (Abk. HB) ist baskisch und heißt auf deutsch soviel wie „Volksfront". In der bürgerlichen Presse Spaniens bedeutet „HB" vor allem eines: der politisch-legale Arm von ETAm(militar). Nun hat HB seine Sympathie mit dem bewaffneten Kampf als einer von verschiedenen Ausdrucksformen effektiven, linken Widerstands niemals verheimlicht. Genauso wie übrigens von allen verantwortlichen und offiziellen Stellen besagter baskischer Organisation stets darauf hingewiesen wurde, daß Herri Batasuna die allgemeinen, parlamentarischen Spielregeln akzeptiert und personell in keinster Weise mit ETAm identisch ist.

Die politischen Zielsetzungen jener Gruppen, die sich zur Gründung HBs zusammenfanden, lassen sich in etwa folgendermaßen formulieren: Sozialismus und Autonomie in Euzkadi (Baskenland). Sie stehen allesamt in einer langen Tradition anti-frankistischen Widerstands. Auf diesem historischen Hintergrund erklärt sich der linksradikale und autonomistische Charakter der Partei sowie ihre Weigerung, bewaffnete Aktionen der ETA öffentlich zu kritisieren. HB stellt sich sowohl gegen die sozialdemokratische als auch gegen die traditionell kommunistische Parteilinke Spaniens, im gleichen Sinne übrigens wie gegen die konservative baskische Rechte. Das historisch Wesentliche war stets die Vereinigung von Separatismus und Linksradikalismus, die Gleichzeitigkeit von baskischen und sozialistischen Positionen.

So verwundert es natürlich nicht besonders, daß Herri Batasuna außerhalb des Baskenlandes stets als regionalistische Organisation in Erscheinung trat und ihre eigentlichen Wahlerfolge in Euzkadi erzielte. Bei den Wahlen zum Europaparlament jedoch, die am 10. Juni 87 in Spanien abgehalten wurden, überraschte HB die spanischen Politiker mit einer nationalen Kandidatur und Wahlkampagne, die sich nicht mehr nur aufs Baskenland beschränkte. Verschiedene nichtbaskische Strömungen der radikalen Linken hatten sich in einer gesamtspanischen Wahlliste gruppiert und unter dem Slogan „Wählt, was sie am meisten quält! — Herri Batasuna" den Wahlkampf fürs Europaparlament geführt. In jener Liste hatten sich die linksradikale MC (Movimiento Comunista), die trotzkistische LCR sowie verschiedene Gruppen radikalsozialistischer Autonomisten außerhalb des Baskenlands vereinigt, vor allem radikale katalanische Separatisten.

Zur Entstehung dieses Bündnisses läßt sich sagen, daß die gemeinsamen Aktivitäten der verschiedenen Grup-
scne Separatisten."

Zur Entstehung dieses Bündnisses läßt sich sagen, daß die gemeinsamen Aktivitäten der verschiedenen Grup-
pen den Weg zu direkten Verhandlungen öffneten. Gemeinsame Positionen und gemeinsames Vorgehen innerhalb des gewerkschaftlichen Kampfes, Gemeinsamkeiten in der Anti-Nato- und Referendum-Kampagne — all das ermöglichte eine Verbreiterung HBs sowie die Aufstellung einer nationalen Wahlliste. Zudem konnten Gruppen wie LCR und MC auf eine langjährige Erfahrung mit HB im Baskenland und innerhalb der kommunistischen Sammelgewerkschaft CCOO zurückblicken. Bei den Streiks und Generalstreiks, die 85/86 Teile der spanischen Groß- und Kleinbetriebe lahmlegten, zeigte sich die größte Kampfbereitschaft in den Demonstrationen und Straßenschlachten Euzkadis. Und sicher nicht zufällig war der Stimmenanteil beim Referendum zur Nato-Mitgliedschaft Spaniens mit bis zu 65% Nein-Stimmen im Baskenland am höchsten. Von daher war die Entstehung einer gemeinsamen landesweiten Wahlliste für die Wahlen zum Europaparlament nicht total überraschend. Alle politischen Kräfte, die sich links von regierender Sozialdemokratie und traditionellen KPs verstehen, sympathisieren (mehr oder weniger natürlich) mit den radikalsozialistischen Positionen innerhalb HBs, CC OO oder bewaffneter Gruppen. Daraus folgt jedoch in keinster Weise kritikloses Verhalten gegenüber mißlungenen oder völlig unverständlicher Aktionen der ETA (s. ETA-Erklärung). Der gemeinsame Konsens des Wahlbündnisses war vielmehr vom ersten Moment an: Schaffung linksradikaler Einheiten gegen Arbeiterreformismus und Sozialdemokratie.

Dieser gemeinsame Konsens, also die Suche nach Vereinheitlichung linksradikaler Kräfte, zeigte sich während des gesamten Wahlkampfes. HB und die die Liste unterstützenden, nichtbaskischen Gruppen, führten die Kampagne mit folgenden Parolen:

1. Euzkadi kämpft mit dir
2. solidarischer Kampf mit den Arbeitern, gegen Arbeitslosigkeit,
3. für eine rebellische Jugend
4. gegen Imperialismus und Atomkrieg
5. für eine Welt in Frieden und ökologischem Gleichgewicht
6. für ein antiimperialistisches, selbstbestimmtes Europa
7. gegen Folter und Repression
8. für die Befreiung der Frau
9. für eine kreative und basisnahe Kultur.

Die bürgerliche und reaktionäre Presse wurde nicht müde, HB als Sympathisantengruppe des Terrors zu diffamieren — sicherlich um das erstmalige Auftreten HBs als gesamtspanisches Sammelbecken linksradikaler Opposition im Vorfeld abzuwürgen. Von außen betrachtet läßt sich vermuten, daß die erstmalige Nominierung von HB als landesweite Wahlliste den Wunsch bestimmter linksradikaler Kräfte zum Ausdruck bringt, weder von der Allmacht der spanischen Sozialdemokratie, noch von der Schaukelpolitik der Eurokommunisten erdrückt zu werden.

In diesem Sinne wurde das Wahlergebnis von 1,9% und einem Europaparlamentarier von HB und den anderen am Bündnis beteiligten Gruppen als Wahlerfolg interpretiert, obwohl es weit hinter dem Ergebnis der PSOE (39,1%) oder der KP-Sammelliste Izquierda Unida IU (5,25%) liegt. Denn von den etwa 350.000 Stimmen, die landesweit auf HB entfielen, stammten fast ein Drittel aus dem nichtbaskischen Spanien — eine politische Neuheit, die auch von der bürgerlichen Presse als überraschend gewertet wurde, hatten die Medien doch seiten- und stundenlang die Gemeinsamkeit von HB, ETA und Terror verkündet.

Die Bedeutung des Wahlbündnisses ist also eher symbolisch zu verstehen; das Interesse am Europaparlament
HB, ETA und Terror verkündet.

Die Bedeutung des Wahlbündnisses ist also eher symbolisch zu verstehen; das Interesse am Europaparlament
selbst ist in jedem Fall geringer als der mögliche Aufbau einer gesamtspanischen, linksradikalen Opposition gegen Sozialdemokratie und Arbeiterreformismus. Die begonnene Bündnispolitik könnte der Anfang neuer Einheitsfronten innerhalb der revolutionären Linken sein, die sich nicht zuletzt gegen den von den Sozialisten eingeleiteten vollständigen Ausverkauf Spaniens an die EG-Multis wendet (s. Rationalisierungsmaßnahmen in der Stahl- und Schiffahrtsindustrie, EG-Agrarpolitik etc.).

PS.: Bezüglich des Wahlergebnisses im allgemeinen sollten wir das Resultat der Rechten nicht unerwähnt lassen. Die ultrarechte, Franco nachtrauernde Allianza Popular (AP), verlor sowohl bei den Kommunal- und Landtags-, als auch bei den Europaparlamentswahlen Stimmen bezüglich der vergangenen Wahlen, brachte es aber immer noch auf stolze 24,72%. In gleichem Maße stiegen die Stimmenanteile für die regionalistische Rechte leicht an. Ein ähnlicher Prozeß also wie die Stimmenverluste der Sozialisten an Izquierda Unida und HB (s. Kasten).

S., Barcelona





Txema Montero, Europaparlaments-Abgeordneter von Herri Batasuna, über das Europaparlament und die Bedeutung des Wahlbündnisses:
(Auszüge aus einem Interview der „Hacer", Zeitung der MC, vom 21. Mai 1987).

„Hacer": *Was bedeutet es für die Herri Batasuna, im gesamten spanischen Staat gemeinsam mit anderen politischen Kräften eine Wahlkampagne durchgeführt zu haben?*

Montero: Für HB bedeutet das Bündnis für die Europawahlen zum einen die Fortführung einer politischen Linie, die nicht neu ist; denn wir haben in den letzten vier Jahren unsere internationalen Beziehungen ausgebaut, wobei die Beziehungen zu Gruppen und Parteien innerhalb des spanischen Staates eine besondere Priorität hatten.

In diesem Sinne ist das alles nichts Neues. Neu ist, daß wir gemeinsam mit anderen politischen Kräften innerhalb des gesamten, spanischen Staates zu Wahlen kandidieren, was einerseits bedingt ist durch äußere Zwänge, wie z. B. das Wahlgesetz, andererseits aber ein guter Ansatzpunkt dafür sein kann, die Linie der Zusammenarbeit im gesamtstaatlichen Rahmen weiterzuentwickeln und einen neuen Stil in diese Beziehungen zu bringen.

Ich glaube, daß wir dazu verurteilt sind, uns mit den Kräften der Linken, den rebellischen Kräften, die es im spanischen Staat gibt, zu verständigen. Dies muß ein gegenseitiger Prozeß sein; doch haben
Linken, den rebellischen Kräften, die es im spanischen Staat gibt, zu verständigen. Dies muß ein gegenseitiger Prozeß sein; doch haben
die am Bündnis beteiligten Kräfte bereits erkannt, daß unsere Politik des Widerstands gegen die Reformen (der regierenden Sozialisten der P.S.O.E., Anm. d. Übersetzers) Erfolg hat, während die Linke in anderen Regionen durch die Reformpolitik geschwächt wird.

Und jetzt, mit dem Wieder-in-Erscheinung-treten dieser Gruppen auf Wahlebene, zeitgleich mit der Anti-Nato-Bewegung und den gewerkschaftlichen Kämpfen, sind gute Voraussetzungen dafür gegeben, um mit denen zusammenzuarbeiten, die ausgebeutet und unterdrückt werden. (...)

Welche Bedeutung haben für euch die europäischen Institutionen und das Europaparlament?

Für mich ist das Europaparlament lediglich ein politischer Resonanzkasten.

Es hat aufgrund seines spezifischen Charakters kaum legislative Möglichkeiten — und erst recht keinerlei exekutive. Die legislativen Möglichkeiten beschränken sich auf die Kontrolle des Etats der EG. Trotzdem erscheint es uns als ein hervorragendes Schaufenster und als ein unvergleichbarer Platz, um zuzuhören und gehört zu werden. Und das ist es, was wir für wichtig halten.

Wenn uns außerdem noch die notwendigen Mittel an die Hand gegeben werden, fest und dauerhaft ein Büro in Brüssel zu unterhalten, wo wir im gesamteuropäischen Rahmen zum Thema „nationale Minderheiten" arbeiten können, wo wir etwas über die gegenwärtige Geschichte der Arbeiterbewegung und die neuen, sozialen Bewegungen erfahren — dann ist das hervorragend. Und es wird von ihnen bezahlt — so was ist immer gut! (...)

Das folgende Interview mit Jorge und Gabriél, zwei kriegsverletzen Kämpfern der FMLN, sowie César, Vertreter der FMLN für die Medienarbeit, und Nelson, Vertreter des Guerilla-Senders Radio Venceremos in der BRD, entstand am 14. Juli 87 in Köln.



El Salvador:

Wirklichkeit und Perspektiven des Bürgerkrieges

Interview mit Vertretern der FMLN

AK: Könnt Ihr etwas über Eure persönliche Geschichte erzählen; warum Ihr Euch der FMLN angeschlossen habt, wie Ihr später in die Hände des Feindes geraten seid und wie es Euch dort ergangen ist?

Jorge: Ich heiße Jorge, bin 28 Jahre alt und komme aus einer Bauernfamilie. Ich habe micht in den Jahren der größten Aktivitäten der Massenbewegung als Student dem bewaffneten Befreiungskampf angeschlossen. 1986 wurde ich bei einem Gefecht verletzt. Die Companeros brachten micht zur Behandlung in eine Guerrillaklinik, eine improvisierte Klinik, wo die medizinischen Möglichkeiten ziemlich eingeschränkt sind. Aber die Anstrengungen und die Entschlossenheit der Companeros, einem das Leben zu retten, sind ungeheuer groß. Einen Monat verbrachte ich unter diesen Bedingungen. Nach acht Tagen wurden wir bombardiert. Unsere Kliniken sind eines der bevorzugten Ziele der Luftwaffe. Als sich meine Verletzungen dann als schwerwiegend erwiesen, entschieden die Companeros, um internationale Hilfe zu ersuchen. Sie nahmen Kontakt mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz auf, und einen Monat später wurde ich vom IKRK evakuiert. Ich stand schon unter dem Schutz dieser internationalen Organisation, als ich von der Nationalpolizei in einem Zivielkrankenhaus in San Salvador verhaftet und fünf Tage lang psychologischer Folter unterworfen wurde. Sie zwangen mich, wachzubleiben und entzogen mir das Essen. Mit allen Mitteln versuchten sie, Informationen aus mir rauszuholen. Zwei Monate befand ich mich in der Haft der Nationalpolizei, ohne vor ein Gericht gestellt zu werden. Dann wurde ich ins Gefängnis Mariona gebracht. Dort verbrachte ich ungefähr fünf Monate unter den in jeder Hinsicht schwierigen Bedingungen politischer Gefangener in diesem Land. Immerhin können die politischen Gefangenen, als jene Companeros, die verschwunden oder vom Regime ermordet worden sind, im Gefängnis ihrer Freiheit entgegensehen. Viele bleiben ohne ein Gerichtsverfahren jahrelang im Gefängnis. Die Ernährung und die hygienischen Verhältnisse sind sehr schlecht, eine Situation totaler Abhängigkeit. In einem Gefängnis, das für 800 Häftlinge angelegt

nisse sind sehr schlecht, eine Situation totaler Abhängigkeit. In einem Gefängnis, das für 800 Häftlinge angelegt

ist, sitzenallein im politischen Trakt über tausend Companeros. (...)

Wenn schon die Lage der Companeros in normalem Zustand schwierig war, so war sie für uns, die wir verletzt waren, verkrüppelt oder blind, umso schwieriger. Unsere medizinische Betreuung war eher noch schlechter als die, die wir von den Companeros in einer improvisierten Behelfsklinik erhalten hatten. Die Medikamente stammten meist aus der Hilfe internationaler humanitärer Organisationen, nur deshalb erhielten wir überhaupt Medikamente.

Im Dezember 86 versuchte das Regime, eine Propagandashow zu inszenieren. Elf der 24 einsitzenden kriegsverletzten Companeros aus Mariona sollten freigelassen werden und nach Hause zurückkehren. Auf einer Pressekonferenz sollten sie bestätigen, daß es sich um einen humanitären Akt des Regimes handele. Wir meinten, daß es einen humanitären Akt nicht gäbe, geschweige denn auch nur minimale Garantien für unsere Sicherheit. Daher weigerten wir elf uns, aus Protest und mit der Forderung nach Freilassung auch der anderen, das Gefängnis zu verlassen. Wir begannen einen Hungerstreik und forderten politisches Asyl in einem Land, das zu unserer Aufnahme bereit wäre, sowie die Hilfe der Kirche und des IKRK, unter dessen Schutz wir gestanden hatten. Dann wurde ein Austausch gegen den sich in unserer Hand befindenden Oberst Avalos vereinbart, und so konnten wir im Januar 1987 das Land verlassen.

Gabriél: Ich bin Kämpfer der FMLN. Mein Name ist Gabriél Enriquez. Mit 15 habe ich mich organisiert, vor zehn Jahren. Meine ganze Kindheit habe ich unter ziemlich schlimmen Bedingungen von Elend und Schrecken verbracht. Das sind auch die Gründe, aus denen wir uns bewußt werden, daß in unserem Lande eine Oligarchie herrscht, die über allen Reichtum verfügt, eine Minderheit, die ihre Privilegien genießt, während wir, die Mehrheit der Bauern und Arbeiter, nichts besitzen. Für die Mehrheit gibt es keine

heit der Bauern und Arbeiter, nichts besitzen. Für die Mehrheit gibt es keine

Ausbildung, kein Gesundheitswesen und keine Wohnungen. Ich selber war Bauer. Wir besaßen weder Haus noch Eigentum. Für unsere Unterkunft mußten wir Miete zahlen, und die war sehr hoch.

1986 wurde ich im Kampfgebiet in Morazán verletzt. Meine Verletzungen waren sehr schwer, aber trotz all der Schwierigkeiten, an der Front provisorische Kliniken für eine medizinische Betreuung einzurichten, konnten die Companeros mein Leben retten. Sie machten eine erste Opearation, aber ob nun lebensgefährlich oder nicht, meine Verletzungen waren schwerwiegend. Eine medizinische Betreuung war in meinem Zustand in einer Guerillaklinik sehr schwer, denn diese sind nicht stationär, sondern in ständiger Bewegung. So wandte sich die Kommandantur der FMLN an das Internationale Rote Kreuz, und dieses brachte mich in ein Zivilkrankenhaus in San Miguel. Vom Moment meiner Ankunft dort wurde ich unter die Bewachung der Nationalpolizei gestellt und verhört. (...)

Sie drohten, micht umzubringen, wenn ich nichts sagen würde. Sie holten mich aus dem Krankenhaus, um mich alleine zu verhören. Trotzdem konnten sie nichts aus mir herausholen, und als sie merkten, daß sie nichts erreichten, taten sie zwei Dinge: erstens verweigerten sie mir die medizinische Betreuung und zweitens das Essen. So verbrachte ich 15 Tage mit Verhören und Mißhandlungen durch die Nationalpolizei. Es störte sie nicht, daß ich schwer verletzt war: mir fehlte eine Hand, ich war an der Brust stark verletz und konnte nicht sehen, da ich ein Auge vollständig verloren hatte. Aufgrund der fehlenden Behandlung verschlechterte sich mein Zustand: das rechte Auge, das wieder hätte gesund werden können, schwoll an und entzündete sich weiter, und daraufhin beschlossen sie, mich zu operieren. Der Chef der Nationalpolizei ließ einen Militärarzt holen, um mich am Auge zu operieren, weil sie wollten, daß ich für den Krieg unbrauchbar würde und die Revolution nicht mehr unterstützen

den Krieg unbrauchbar würde und die Revolution nicht mehr unterstützen

könnte. So kam dieser Arzt und sagte mir, daß er mir das noch vorhandene rechte Auge amputieren müsse. Ich wehrte mich und ließ ihn nicht an mich rankommen. Daraufhin sagte der anwesende Polizist dem Arzt, daß es sich um einen Befehl handele und er gehorchen müsse. Es nützte nichts, daß ich mich wehrte. Ich wurde betäubt, und als ich wieder aufwachte, hatte ich das Auge nicht mehr. So verlor ich das zweite Auge, das wieder hätte gesund werden können, und wurde blind. Dann versuchten sie mich aus dem Krankenhaus zu holen. Sie drohten der Oberin, sie umzubringen, wenn sie mich nicht auslieferte. Der für meinen Schutz zuständige Rotkreuz-Vertreter intervenierte mit der Forderung, daß ich nicht gefoltert oder ins Gefängnis gebracht würde, aber sie kümmerten sich nicht darum. Sie verweigerten dem Roten Kreuz und der Menschenrechtsorganisation der Kirche, mich zu besuchen. Als eines Tages ein Rotkreuz-Vertreter kam, warfen sie ihn unter Schlägen die Treppe hinunter. Dasselbe geschah mit Vertretern der Kirche. Mit mir zusammen waren drei Companeros aus demselben Gebiet eingeliefert worden, die sie nur drei Tage lang behandelten und dann ins Gefängnis Mariona brachten, wo sie sie ebenfalls verhörten. Bis dann das Rote Kreuz und die FMLN Druck machten und wir am 26. April 86 das Land verlassen konnten. Aber in dem Krankenhaus in San Miguel waren noch zwei Blinde und sind immer noch dort.

Jorge, Du hast erwähnt, daß Ihr als politische Gefangene im Gefängnis wart. Bedeutet das, daß das Regime nach wie vor nicht den Status des Kriegsgefangenen gemäß dem Genfer Abkommen anerkennt?

Jorge: Schon der Status als politischer Gefangener, daß wir nicht als gewöhnliche Kriminelle behandelt wurden, ist sehr hart erkämpft worden. Dadurch wurde es möglich, daß wir uns im Gefängnis organisierten, um unsere Freiheit zu fordern, aber auch, um der Weltöffentlichkeit klarzumachen, daß wir unterdrückt, eingesperrt und gefoltert werden, weil wir den Terror des Regimes gegen unser Volk bekämpfen.

Gabriél: Was Du sagst, stimmt schon: man muß wissen, daß die Genfer Verträge und die Menschenrechte in El Salvador verletzt werden. Es gibt sehr wenige Companeros, die als Kriegsgefangenen unter dem Schutz des Roten Kreuzes nicht gefoltert und als politische Gefangene eingesperrt und verhört worden sind. Die Armee und die Regierung Duarte ignorieren die Rechte des Internationalen Roten Kreuzes. Viele Mitglieder der humanitären Organisationen der salvadorianischen Kirche sind verschwunden, viele sind ermordet oder gefoltert und eingesperrt worden.

Jorge: Der Status als politische Gefangene hat den Companeros mehr Möglichkeiten gegeben, Druck auszuüben, aber das bedeutet noch keine besondere Behandlung. Das heißt, in gewisser Weise gibt es schon eine besondere Behandlung gegenüber den anderen Gefangenen: mehr Folter, Verfolgung deiner Angehörigen. Viele verschwinden; einige sind nach ihrer Verhaftung und Folterung verrückt geworden oder haben schwere gesundheitliche Schäden davongetragen, auch Spätschäden. Das ist der Preis, den man im Kampf für eine gerechte Sache bezahlt und den das Regime immer weiter erhöht hat. Am Terror der 70er Jahre hat sich in den 80ern nichts geändert, im Gegenteil. Nur daß das Regime versucht ihn heute zu vertuschen, um internationale Hilfe zu erhalten. Dabei richtet sich der Terror der Marionettenarmee in ihrer Hoffnungslosigkeit und mangelnden Moral vor allem gegen die Kriegsverletzten. Am 15. Juni sind vier kriegsverletzte Companeros, die internationalen Organisationen schon bekannt waren und ins Ausland evakuiert werden sollten, gefangengenommen und dann ermordet worden.

Gabriél: Duarte hat erklärt, daß die FMLN die Menschenrechte nicht respektiere, und ich möchte das hier richtigstellen. Wir haben nicht nur Kompanien aufgerieben, sondern ganze Bataillone. Bei solchen Gefechten haben sich 30, 100, bis zu 200 Soldaten ergeben, ganze Kompanien. Leichtverletzte werden sofort in den Guerillakliniken behandelt, trotz des Mangels an Medikamenten und der Probleme. Schwerverletzte werden dem Roten Kreuz übergeben, damit dieses sie zu ihren Angehörigen nach Haus bringt. Wir nehmen keinerlei Rache. Diejenigen, die unverletzt sind, werden Kriegsgefangene, aber sie werden gut behandelt, schließlich sind wir Brüder. Sie kämpfen für Sold und fehlgeleitet

Kriegsgefangene, aber sie werden gut behandelt, schließlich sind wir Brüder. Sie kämpfen für Sold und fehlgeleitet

gegen ihr eigenes Volk, aber wir behandeln sie wie jeden Companero. Sie erhalten das gleiche Essen. (...)

Nelson: Dazu noch eine vielleicht interessante Zahlenangabe: Bislang hat die FMLN dem IKRK 2300 Kriegsgefangene übergeben.

Wieviele politische bzw. Kriegsgefangene konnten bislang im Austausch oder im Rahmen ähnlicher Aktionen das Land verlassen und wieviele sitzen noch in den Gefängnissen?

César: Ungefähr 350 konnten das Land verlassen, in den Gefängnissen sitzen über tausend. Dazu muß man sagen, daß die FMLN gewöhnliche Kriegsgefangene nie ausgetauscht, sondern stets freigelassen hat. Ausgetauscht wurden nur hohe Offiziere und zwar gegen mehrer Companeros.

Es gab kürzlich einen erneuten Vorschlag der FMLN/FDR an das Regime, über die Einstellung der Bombardements gegen die Zivilbevölkerung zu verhandeln. Worin bestand dieser Vorschlag und wie war die Reaktion des Regimes?

Gabriél: Es hat sich angesichts des politischen Hintergrundes des Krieges in El Salvador immer Dialogvorschläge gegeben. Es ist klar, daß es keinen anderen als den Verhandlungsweg zur Humanisierung des Krieges gibt. Wenn es bisher Vorschläge für einen Dialog gegeben hat, ging die Initiative stets von der FMLN/FDR aus. Zuletzt hat sie einen umfassenden, weiterentwickelten Dialogvorschlag gemacht, der 18 Punkte umfaßt. Da wir nicht über Flugzeuge verfügen, sind Minen unsere wichtigste Waffe. Im Rahmen dieser 18 Punkte wird angeboten, daß wir den Einsatz von Minen beenden, wenn die Regierung gleichzeitig die massive Bombardierung der Zivilbevölkerung einstellt. Wir haben auch die Einstellung der Wirtschaftssabotage zur Verhandlung gestellt. Duarte hat nur gesagt, er werde diesen Vorschlag prüfen.

Jorge: (...) Unter den Bombardements leidet vor allem die Zivilbevölkerung. Sie ist am meisten betroffen, denn unser Land ist relativ klein; diese Flugzeuge haben im Verhältnis zu ihrem Aktionsradius wenig Bewegungsraum, sodaß sich Bomben oder automatische Beschießung fast zwangsläufig gegen die Zivilbevölkerung richten. Das ist des Grund, der die FMLN bewogen hat, auch vor der Weltöffentlichkeit vom Regime die Einschränkung des Einsatzes der Luftwaffe sowie der Artillerie zu fordern. Die Wirtschaftssabotage ist für uns eine strategische Waffe, aber angesichts dieser Situation sind wird wir im Rahmen von Verhandlungen bereit, die Sabotage einzustellen.

Gabriél: Duarte hat, um die Aussichten auf einen Dialog zu verringern, stets Hindernisse aufgebaut. Er verlangt, daß wir zunächst die Waffen niederlegen. Ich glaube, die Initiative liegt vollkommen auf unserer Seite. Wir verfügen über die notwendige Moral, derartige Vorschläge zurückzuweisen. Wir sind entschlossen zu verhandeln, egal wo, aber ohne die Waffen niederzulegen.

Das beantwortet teilweise schon die nächste Frage. Seit dem ersten Treffen des inzwischen abgebrochenen Dialogs 1984 gab es hier auch in der Solidaritätsbewegung Stimmen, die in der Bereitschaft der FMLN zu Verhandlungen mit dem Regime ein Zeichen sowohl politischer als auch militärischer Schwäche der FMLN/FDR sahen. Wie beurteilt Ihr Eure politische und militärische Situation heute?

Jorge: Ich glaube wir sind weder politisch noch militärisch in einer schlechten Lage, ganz im Gegenteil. Gleichwohl haben unsere Organisationen vor dem Hintergrund einer realistischen Beurteilung der Situation, die unser Land durchgemacht hat, dem Regime Alternativen einer politischen Lösung des Konfliktes vorgeschlagen. Es sind jetzt sieben Jahre, in denen der Krieg sich immer weiter zugespitzt hat, und in all diesen sieben Jahren hat das salvadorianische Volk einen sehr hohen Preis zahlen müssen. Vor diesem Hintergrund schlagen unsere Organisationen eine Alternative des Dialogs, der Verhandlungen und der Bildung einer Regierung unter breiter Beteiligung vor, um dem Konflikt ein Ende zu setzen. Das Volk fordert immer massiver Frieden in El Salvador. Unsere Organisationen greifen die Wünsche des Volkes auf und setzen als Avantgarde der Volkskämpfe denKampf fort, während sich das Regime allen Versuchen verschließt, eine gangbare Alternative zur Lösung des Krieges zu finden.

sich das Regime allen Versuchen verschließt, eine gangbare Alternative zur Lösung des Krieges zu finden.

Als Duarte an die Macht kam, sagte er, daß eine Demokratie am entstehen sei usw., aber die Tatsache, daß sich das Volk die Straße erobert, die Streiks zeigen, daß das Volk gegen ihn ist. Die Leute gehen auf die Strasse, weil sie täglich mehr Hunger haben. Die Wirtschaftskrise spitzt sich weiter zu, und die Regierung ist hilflos. Die militärischen Schläge, die wir dem Feind in letzter Zeit versetzt haben, belegen alles andere als militärische Schwäche. El Paraiso, eine Kaserne mit Verteidigungsanlagen nach nordamerikanischer Art, ist bereits dreimal von uns zerstört worden. Beim letzten Angriff auf diese Kaserne hatte die Armee 650 Verluste und wir eroberten eine Menge Kriegsmaterial. Trotzdem sind wir entschlossen, weiter Verhandlungen mit Duarte zu fordern.

Gabriél: 1981/82 begannen wir den bewaffneten Kampf. 1983 agierten wir nicht mehr nur in kleinen Gruppen, sondern als reguläre Armee, und es gab keine sichere, befestigte Position des Feindes mehr. 1983 brachten wir die salvadorianische Armee beinahe zum Zusammenbruch, es blieben ihr nur noch taktische Positionen, die Basen, die Kasernen in den Städten. Aber es wäre ein Fehler gewesen, damals nach der Macht zu greifen, weil wir nicht auf eine Intervention der Gringos vorbereitet waren. Das Ausmaß des Krieges, seine Entwicklung, die politische Unfähigkeit der Regierung und eine Reihe weiterer Faktoren mündeten in einer militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturkrise. Die Regierung war dabei, den Krieg zu verlieren. Angesichts dessen blieb dem Imperialismus nichts anderes übrig, als eine Regierung mit demokratischem Anstrich zu installieren. So kam Duarte an die Macht, wie der Companero schon sagte, von den Nordamerikanern eingesetzt, nicht durch Wahlen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nungsverschiedenheiten vollzogen werde und daß man an der Übereinstimmung der Interessen festhalten werde.

Die Verschärfung der strukturellen Krise zwang sie jemanden mit einem gewissen Ansehen einzusetzen, um das Volk zu betrügen und die revolutionäre Bewegung zu bremsen. Nachdem Duarte an die Macht gekommen war, initiierte er das erste Dialogtreffen, weil er glaubte, wie er es in seiner Propaganda sagte, daß unsere Organisationen und unsere Führungen total gespalten seien und nicht über das moralische Gewicht verfügten, auf seinen Vorschlag einzugehen. Also schlug er ein Treffen in Ayagualo vor, und unsere Organisationen sagten zu. Er versprach uns dort, die Menschenrechte zu respektieren, die Bombardements einzustellen, und ganz allgemein ein Ende des Krieges und der Repression. Tatsächlich aber verschärfte sich der Krieg, die Repression ging weiter und die strukturelle Krise vertiefte sich. Indes realiserten die Nordamerikaner neben der Einsetzung einer ihrem Plan entsprechenden Regierung auch die militärische Seite dieses Plans: sie rüsteten die Armee auf, vor allem mit Flugzeugen, und schickten 200 Berater, um den Krieg direkt zu leiten. Acht von ihnen sitzen im Generalstab, sie leiten die Kriegsführung unmittelbar, und der Rest ist auf Brigaden, Kompanien und Trainingslager verteilt.

Angesichts der Abhängigkeit der Armee von der US-Hilfe konnte unser primäres Ziel nicht mehr der Abschuß von Flugzeugen oder die Eroberung von Waffen sein, sondern vor allem der personelle Verschleiß dieser Armee. Denn wenn wir ein Flugzeug abschießen, schicken sie fünf, wenn wir hundert Gewehre erobern, haben sie einen Monat später tausend neue. Hingegen können sie ihre personellen Verluste nicht ohne politische Probleme ausgleichen, weil sie dazu auf die Zwangsrekrutierung zurückgreifen müssen, die die Bevölkerung ablehnt. Wenn sie aber ihre Verluste nicht mehr mit Zwangsrekrutierungen ausgleichen können, dann müßten die Gringos selbst Soldaten schicken, und das macht die aktuelle Tendenz zu einer direkten Intervention aus.

Nun geht es nicht nur darum, militärische Fortschritte zu machen, sondern um die Politisierung und Gewinnung des Volkes, um der Regierung die soziale Basis zu entziehen. 1983 waren wir nur in Morazán, um Guazapa und in Chalatenango. Heute hingegen operieren wir in allen 14 Departments, und die Politisierung ist weitaus stärker, die Unterstützung der Bevölkerung in den Städten, die Radikalisierung der Gewerkschaften im Kampf für bessere Löhne, die Auswirkungen der Strukturkrise. Als Duarte an die Macht kam, sagte er, daß er binnen eines Jahres die FMLN aufräumen werde. Bis 1986 hielt er diese demagogische Propaganda aufrecht. Heute sagt er, daß

kam, sagte er, daß er binnen eines Jahres die FMLN aufräumen werde. Bis 1986 hielt er diese demagogische Propaganda aufrecht. Heute sagt er, daß

es in El Salvador zwei gleichgewichtige Kräfte gebe: die FMLN und die von ihm geführte Armee. Selbst die nordamerikanische Botschaft mußte zugeben, daß die Fortsetzung des Krieges wegen der mangelnden Moral der Armee in Gefahr ist und daß es keine befestigte Basis mehr gibt, die vor Angriffen der Guerilla sicher wäre.

Vor einem guten halben Jahr konnte das Regime einen politischen Erfolg verbuchen, als die Demokratische Volksunion, die UPD, die oppositionelle Nationalvereinigung Salvadorianischer Arbeiter, die UNTS, verließ. Welche Auswirkungen hatte das auf die Gewerkschaftsbewegung, wie ist deren aktuelle Situation und welche Entwicklungen hat es in diesem Bereich in letzter Zeit gegeben.?

César: Die UPD hat ihren Ursprung in der Anhängerschaft der Christdemokratie. Ihr Ausscheren aus der UNTS wurde durch Druck des Imperialismus und Bestechung ihrer Führer erreicht. Aber das hat die UNTS nicht geschwächt, denn wesentlich bleibt die Haltung der Basis, und die Basis der UPD ist nach wie vor kämpferisch und stellt das Regime in Frage. Außerdem wird die UNTS durch den Eintritt immer neuer Sektoren weiterhin stärker, vor allem aber aufgrund ihrer beachtlichen Fähigkeit, das gesamte Volk zu organisieren und so die Bedürfnisse und Forderungen jedes einzelnen Sektors zu vertreten. Es hat sich in den letzten Kämpfen gezeigt. So hat etwa die UNTS am 1. Mai zur einzigen Demonstration auf Gewerkschaftsebene aufgerufen.

Man könnte also sagen, daß infolge dieses Austritts sich die Führer der UPD ins Abseits stellten?

César: Ja, denn bis jetzt hat die UPD keine weiteren Kräfte um sich sammeln können, sondern sich isoliert. Zudem hat die UPD bei ihrem Austritt erklärt, daß dieser nicht aufgrund von Meinungsverschiedenheiten vollzogen werde und daß man an der Übereinstimmung der Interessen festhalten werde.

Nelson: Im Mai fand die 4. Versammlung der UNTS statt, bei der sich ihr weitere Sektoren anschlossen: das Komitee von Christen für Vertriebene (CRIPDES), die Universität von El Salvador mit dem gesamten Verwaltungspersonal, allen Dozenten und Studenten und Bauernorganisationen, die Komitees der Arbeiter des Westens und des Ostens, letztere ganz neue Formen gewerkschaftlicher Organisation, die erst kürzlich entstanden sind. Man kann jetzt sagen, daß die UNTS den nicht-militärischen Volkskampf anführt. Sie umfaßt Arbeiter, Bauern, Studenten, Flüchtlinge, Vertriebene, von denen es in El Salvador ungefähr 600.000 gibt, Obdachlose. Es handelt sich um eine tatsächlich hochgradig repräsentative Kraft der verschiedenen Volkssektoren.

Wichtig war der 1. Mai. Trotz der starken Drohungen der Armee und der Sicherheitskräfte, und trotz der starken Präsenz von Hubschraubern, Panzern und Kriegsgerät aller Art demonstrierte das Volk äußerst kämpferisch, und zwar nicht nur in San Salvador, sondern erstmals auch in den anderen wichtigen Städten des Landes: in Santa Ana, San Miguel, auch in Usulután. Und wichtig sind auch die Forderungen und Kampfparolen dieses 1. Mai, die eine ganz andere Qualität als die früheren Maidemonstrationen hatten. Natürlich die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen wie immer, wenngleich aufgrund der zunehmenden Krise stärker als früher, vor allem aber die Forderung nach Rücktritt von Duarte und der Bildung einer neuen Regierung, die die demokratischen Sektoren repräsentiert, die für eine patriotische Lösung eintreten, für nationale Souveränität, für eine Lösung unter Salvadorianeren.

Ein ebenfalls wichtiger Faktor ist die zunehmende Repression der Armee. Während Duarte hier im letzten Mittwoch, dem 8. Juli, auf einer Pressekonferenz in Bonn vom Demokratisierungsprozeß und seiner Besorgnis sprach — er sprach sogar davon, daß er Verletzungen der Menschenrechte in El Salvador Fall für Fall untersuche —, zur gleichen Zeit fand in San Salvador wieder ein Massaker statt, ein Maschinengewehrüberfall auf Arbeiter und Angestellte des Sozialversicherungs-Instituts, bei dem ungefähr 15 Menschen verletzt wurden, darunter auch zwei Journalisten der inländischen Presse und des Fernsehens. Und das interessante ist, daß es nicht zu einem Rückzug der Massenbewegung kam. Am folgenden Tag wurde eine sehr kämpferische Demonstration organisiert, bei der Reifen angezündet, Parolen gemalt wurden und ähnliche Aktionen, und an der sich Bauern und

ganisiert, bei der Reifen angezündet, Parolen gemalt wurden und ähnliche Aktionen, und an der sich Bauern und

Studenten beteiligten, die UNC — Nationale Bauernunion — und die Vereinigung von Universitätsstudenten, rund 8000 Menschen, die an diesem Tag durch die Straßen San Salvadors zogen. Eine Gruppe besetzte die Kathedrale: Bauern, die erklärten, daß, wenn nicht die Probleme im Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht gelöst würden, die die Arbeiter und Angestellten dort schon seit Wochen haben, sie die Sonntagsmesse verhindern würden. Später demonstrierten rund 10.000 Arbeiter und Angestellte, die am Donnerstag an Arbeitsniederlegungen aus Solidarität mit den Arbeitern der Sozialversicherung beteiligt waren; es gab Arbeitsniederlegungen zwischen vier und acht Stunden. Und die UNTS rief für die nächsten Tage zu einer großen Demonstration in San Salvador auf. Außderdem gab es die Reaktion der FMLN, die für den folgenden Montag, den 13. Juli, die siebente landesweite Transportstillegung in diesem Jahr ankündigte. Sieben solcher Transportstillegungen wurden 1986 durchgeführt, und allein in etwas mehr als der ersten Hälfte dieses Jahres waren es genauso viele und mit weitaus größerer Auswirkung, da zum ersten Mal in der Geschichte auch Teile des Westens und die Hauptstadt lahmgelegt werden konnten. Bei der letzten Stillegung wurden, offiziellen Angaben zufolge, aufgrund der FMLN-Aktionen 70% des Verkehrs in der Hauptstadt lahmgelegt.

Noch eine Frage zur Wirtschaftshilfe insbesondere der BRD für das salvadorianische Regime: Allein beim letzen Besuch Duartes hier in Bonn wurden, glaube ich, 54 Millionen DM zugesagt. Wozu dient diese Wirtschaftshilfe? Kann wirklich davon die Rede sein, daß sie in gewissem Maße der Entwicklung des Landes dient, oder wird damit nur die Kriegswirtschaft am Leben gehalten?

Fortsetzung nächste Seite

31. März bis 1. Juni in El Salvador



Guerillaeinheit in El Salvador

„Der FMLN hat seine militärische und politisch-ideologische Stärke verloren. Das drückt sich in einer organisatorischen Schwächung aus, in Spaltungen, inneren Auseinandersetzungen und einer großen Zahl von Austritten aus den Mitgliedsorganisationen." (Lateinamerika-Nachrichten, 27.7.)

„Die Guerilla in dem mittelamerikanischen Land El Salvador ist trotz äußerst ungünstiger Umstände in den letzten Jahren militärisch nicht schwächer, sondern eher stärker geworden. Das ergab eine Untersuchung der Katholischen Universität der Hauptstadt San Salvador, deren wichtigste Ergebnisse die Wochenzeitung ‚Processo' jetzt veröffentlichte." (FR, 8.5.)

In den „Lateinamerika-Nachrichten" (LN, einem Blatt der Solidaritätsbewegung, wurde in der Ausgabe vom 27.7. ein Artikel veröffentlicht, der die Sicht eines ehemaligen Mitglieds über die derzeitige Politik der FMLN wiedergibt. Der Autor kommt in der Überschrift zu dem Schluß: *„Das Projekt von FMLN-FDR ist gescheitert!"* Der Kritiker argumentiert sehr „radikal". Er wirft der Opposition vor, sie vernachlässige die Entwicklung militärischer Stärke; sie habe die politische

Kritiker argumentiert sehr „radikal". Er wirft der Opposition vor, sie vernachlässige die Entwicklung militärischer Stärke; sie habe die politische

Perspektive auf Revolution begraben; sie bewege sich zusehends auf den „Reformismus" des Duarte-Regimes zu. Der Verfasser verzichtet zwar auf Untersuchung der praktischen Gegebenheiten, in denen die FMLN handelt und somit auf Belege für seine Meinung. Aber die Gewichtigkeit der Behauptungen steht für die LN-Redaktion außer Zweifel. Allerdins sind die „Lateinamerika-Nachrichten" kein Organ revolutionärer Kritik an Befreiungsorganisationen. Sympathie dürfte eher mit der Schlußfolgerung des Autors bestehen: Solidaritätsarbeit für die FMLN hat ihren Sinn verloren.

Wir stellen im folgenden den Hauptaussagen der Kritik Meldungen über Ereignisse in El Salvador aus einem Zeitraum von zwei Monaten, genauer vom 31. März bis 1. Juni, gegenüber. Neben dem Informationsbulletin der FDR-FMLN Delegation in der BRD vom 20.5. werden überwiegend Agenturmeldungen aus der Tagespresse zitiert.

Volkskrieg

LN: *„Grundsätzlich ist die militärische Lage aber durch einen starken Rückgang der militärischen Aktivitäten des FMLN gekennzeichnet, deren Hintergrund eine Art informeller Arrangements mit der Armee in vielen Gegenden ist, ein Miteinanderauskommen (conviviencia), da beide Seiten kein Interesse an ‚unnötigen' Kämpfen haben, was zu folgender ‚humoristischer' Darstellung geführt hat: Guerilla und Armee sind in den gleichen Gegenden, wobei die Armee tagsüber, die Guerilla nachts ihre Stützpunkte verlassen. Zu militärischen Kämpfen kommt es, wenn auf einer Seite die Uhren falsch gehen."*

31. März: El Paraiso, Departement Chalatenango. Angriff auf den Stützpunkt der IV. Infanteriebrigade. 600 Verluste für die Regierungsgruppen, 360 erbeutete Waffen, die Unterkünfte der Truppen werden vollständig zerstört. Unter den Toten ist ein US-Berater.

Cerro la Campana, Departement Cuscutlan. 60 Verluste bei der Armee und Vernichtung von zwei Abteilungen des Militärkommandos Nr. 5.

Estenzuelas, Departement Usulutan. 25 Verluste bei der Armee. Angriff und Vernichtung einer Kompanie des Batallions „15. de Septiembre" der Nationalgarde

9. April: Santa Clara, Departement San Vincente. 60 Verluste bei der Armee, Angriff und Besetzung des Ortes. Die Lokalkommandantur wird zerstört. Ein 60 mm Mörser, 2 Raketenwerfer M-72, drei schwere Maschinengewehre und Tausende Patronen werden erbeutet.

16. April: Gleichzeitige Besetzung und Kontrolle über acht Orte im Departement Chalatenango: Concepcion Quezaltepeque, Comalapa, Santa Rita, San Rafael, La Laguna, El Carrizal, Ojos de Aua und Dulce Nombre de Maria.

20. April: San Augustin, Departement Usulutan. 25 Verluste bei der Armee, Angriff auf Positionen des Elitebatallions „Atonal". Waffen und Munition werden erbeutet.

2. Mai: San Francisco Gotera, Hauptstadt des Departements Morazan. 78 Verluste für die Armee. Ver-

2. Mai: San Francisco Gotera, Hauptstadt des Departements Morazan. 78 Verluste für die Armee. Ver-

nichtungsangriff und zeitweilige Besetzung eines Teils der Stadt. Zerstörung der Militärpiste Chilanga, der Militärbasis La Mata, der Basis Cerro Mendoza, Des Hubschrauberlandeplatzes, der Kaserne des Militärkommandos und der Nationalpolizei. Ein Maschinengewehr, eine 90 mm Kanone, Gewehre und 7.200 Schuß Munition werden erbeutet.

Bei einem Angriff der FMLN auf den größten Heeresstützpunkt in der nordöstlichen Provinz Morazan in El Salvador sind am Samstag (2. Mai) nach Guerillaangaben 36 Soldaten getötet und 42 verwundet worden. Nach Darstellung des Armeesprechers Oberst Varges waren an dem Angriff auf den Stützpunkt San Francisco Gotera etwa 200 Guerilleros beteiligt. Der Stützpunkt, der 160 km östlich von San Salvador liegt, sei gehalten worden, sagte Varges. Zu weiteren Fragen schwieg er.

Massenbewegung

LN: *„Außer der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und dem militärischen Patt, auf das noch einzugehen sein wird, ist es vor allem eine generationeller Aspekt, der die Perspektiven des FMLN schwächt: Während es in den 70er Jahren für die Jugend quasi selbstredend war, in den revolutionären Organisationen aktiv zu werden, ist mit dem Zerfall bzw. mit der Zerschlagung der Massenorganisationen ab 1981 das wichtiste Mobilisierungselement verloren gegangen.*

Die neu entstandenen Massenbewegungen sind z.T. durchaus systemtreu. Sie unterstützen den Duarte'schen Diskurs einer demokratischen Umgestaltung, die von einer reaktionären oligarchischen Minderheit, aber auch durch den gewaltsamen Weg der Gesellschaftsveränderung, bedroht werde. Sie stellen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit reformistische Forderungen wie die Verbesserung der Produktionsbedingungen der Campesinos und Kooperativen usw. Der linke Gewerkschaftsverband UNTS ist unter dem Druck der Beschuldigung, eine FMLN-Tarnorganisation zu sein, zu taktischem Verhalten gezwungen und konzentriert sich ebenfalls auf Tagesforderungen."

Trotz starker Militäroperationen und wachsender Repression von Seiten der Regierungsarmee in den Tagen vor dem 1. Mai führte die Nationale Union Salvadorianischer Arbeiter (UNTS) in den vier wichtigsten Städten Demonstrationen durch. In Santa Ana marschierten 12.000 Personen, in Usulutan gingen 5.000 auf die Straße, und in San Salvador begann die UNTS die Demonstration an drei verschiedenen Punkten. Die Armee umstellte diese Punkte militärisch unter dem Vorwand, Gewalt zu verhindern. Trotz dieser Operationen versammelten sich mehr als 20.000 Demonstranten, die ständig von Hubschraubern der salvadorianischen Luftwaffe überflogen wurden. Insgesamt demonstrierten am 1. Mai über 50.000 Arbeiter in verschiedenen Städten, deren Hauptforderungen sofortige Verhandlungen mit der FMLN und der Rücktritt Präsident Duartes waren.

Kämpfen und verhandeln

LN: *„Was sind die Perspektiven? Das Projekt von FMLN-FDR ist gescheitert. Es fehlt eine Aufarbeitung dieser Erfahrung. Die Flucht ins Privatleben und die Entwicklung der politisch-militärischen Organisationen, die auf einen wie auch immer gearteten Sieg hinarbeiten, aber nicht auf ‚die Zeit danach', und daher Pragmatismus erzeugen, statt theoretisch fundierter Analyse, verhindern sie."*

Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag (28. Mai) in Mexico-Stadt boten Vertreter der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN der von den USA unterstützten Duarte-Regierung erneut Friedensgespräche an. In dem 18-Punkte Vorschlag, der Gespräche zur Beendigung des Krieges einleiten soll, bietet die Guerilla an, den Einsatz von Minen und Sabotageaktionen zu beenden, wenn das Militär auf Luftangriffe, Artillerieeinsatz und Zwangsrekrutierungen verzichtet.

Der salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte hat das Friedensangebot der FMLN zurückgewiesen. In einer Rede, die vom Fernsehen übertragen wurde, beharrte Duarte auf seiner bisherigen Forderung, die Guerilla-

gebot der FMLN zurückgewiesen. In einer Rede, die vom Fernsehen übertragen wurde, beharrte Duarte auf seiner bisherigen Forderung, die Guerilla-

gruppen müßten zuerst die Waffen niederlegen und sich in den demokratischen Prozeß eingliedern. In einer am Montag (1. Juni) zum Beginn seines vierten Amtsjahres gehaltenen Rede sagte Duarte, 98 gefangene, verwundete Guerilleros könnten im Austausch mit Gefangenen der Regierungsseite (darunter zwei Bürgermeister) das Land zur ärztlichen Behandlung verlassen.

LN: *„Duarte kann es sich mittlerweile leisten, die Exilierten zur Rückkehr und zur Integration in den politischen Prozeß der ‚jungen Demokratie' aufzufordern. Verfolgt werde nicht die politische Meinung, sondern illegale Mittel, sie durchzusetzen. Die Aufforderung zur Integration in den ‚demokratischen Prozeß' hat Wirkungen in den FDR hinein, wo der M-PSC* (Abspaltung der Christdemokratie, d.V.:) *eine Teilnahme an den Wahlen erwägt. Während FDR-Chef Ungo sich dieser Forderung noch widersetzt, gewinnt sie Einfluß bis in den FMLN hinein."*

Als Antwort auf Duartes ablehnende Haltung gegenüber dem Friedensangebot begann die FMLN am Sonntag (31. Mai) die fünfte Verkehrsstillegung dieses Jahres. Fahrdienstleiter von Busbahnhöfen in San Salvador teilten mit, daß sich inzwischen der Überlandverkehr bis um 90% verringert habe. Der Polizei zufolge wurden in der Hauptstadt drei Busse beschädigt, nachdem offenbar gegen das Fahrverbot der FMLN verstoßen worden war. In der Nacht zum Montag (1. Juni), dem zweiten Tag der Verkehrsstillegung, gingen die Lichter aus, nachdem Einheiten der FMLN mehrere Strommasten gesprengt hatten. In der Hauptstadt fiel die Elektrizität zu 60% aus. Bei einem Überfall auf den Ort Apastepeque, 58 km östlich von San Salvador zerstörte die Guerilla das Polizeirevier, das Telegraphenamt und das Gericht.

hy, Stuttgart

Fortsetzung von vorheriger Seite



César: Duarte kann diese Länder nicht um Militärhilfe bitten, also bittet er sie um Entwicklungshilfe. Es ist bezeichnend, daß Duarte während seiner gesamten Reise nicht mit einem Wort den Krieg erwähnte. Das war Vorraussetzung für diese Hilfe, denn Entwicklungshilfe für ein Land, in dem Krieg herrscht, zumal in dem Ausmaß wie in El Salvador, macht keinen Sinn, da es unter Kriegsbedingungen keine Entwicklung geben kann. Dieser Krieg kostet täglich rund 1,5 Millionen Dollar, und das in einem kleinen Land mit unterentwickelter Wirtschaft. Wenngleich diese Hilfe nicht direkt militärischen Zwecken dient, so ermöglicht sie dem Regime doch, zum Beispiel im sozialen oder wirtschaftlichen Bereich zu sparen und dieses Geld in den Krieg zu stecken. Unter diesen Umständen kann nur eine direkte Hilfe für die Basisorganisationen nützlich sein, die zum Beispiel von den Kooperativen in Form von Krediten dringend benötigt wird. Deshalb wendet sich die Bevölkerung gegen die Hilfe für das Regime. Die Mütterkomitees haben vorgestern von der Botschaft der Bundesrepublik in San Salvador gegen die Hilfe der westdeutschen Regierung demonstriert, weil sie sehen, daß diese Hilfe nicht ihnen zugute kommt, sondern im Gegenteil der Regierung Duarte Luft zum Überleben verschafft.

Nelson: Tatsächlich entspringt diese Hilfe einem vom Imperialismus wohlkalkulierten Plan. Man muß dabei berücksichtigen, daß sich die Außenpolitik der USA in einer Glaubwürdigkeits- und Legitimitätskrise befindet, vor allem was Zentralamerika betrifft. Im Fall der Contra ist das noch erheblich deutlicher. Aber das wirkt sich auch in anderen Bereichen aus. Sie haben auch Probleme, weil Reagan im Kongreß keine sichere Mehrheit mehr hat. So hat sich für Reagan auch die Erhöhung der Militärhilfe für El Salvador erschwert. Seit 1981 ist diese ständig in Riesenschritten erhöht worden. Im nächsten Jahr ist erstmals keine Erhöhung vorgesehen. Duarte aber braucht ständig mehr, denn die Armee ist von dieser Hilfe vollkommen abhängig, wie ein Kranker, der zum Überleben ständige Bluttransfusionen benötigt. Also erhöht die BRD ihre Hilfe gewaltig, um rund 100% zwischen 1986 und

ständig mehr, denn die Armee ist von dieser Hilfe vollkommen abhängig, wie ein Kranker, der zum Überleben ständige Bluttransfusionen benötigt. Also erhöht die BRD ihre Hilfe gewaltig, um rund 100% zwischen 1986 und

1987, von 60 bis 70 Millionen DM auf rund 145 Millionen in diesem Jahr. Die Rechnung ist: was die Reagan-Administration einspart, bezahlt die Bundesrepublik. Insofern hat die Hilfe von hier einen bedeutenden Stellenwert im Aufstandsbekämpfungskonzept. Es ist nicht die wesentliche, aber eine sehr wichtige Hilfe.

Welche Bedeutung meßt Ihr der internationalen Solidarität, insbesondere der BRD, zu? Kann man sagen, daß die sehr begrenzte Solidaritätsbewegung in der BRD Auswirkungen hat?

Gabriel: Ich glaube, daß sich die Solidaritätsbewegung hier viel stärker gegen die Hilfe der Bundesregierung für die Regierung Duarte engagieren muß. Ihr könntet mehr Druck auf die Regierung ausüben, damit dieses Geld direkt humanitären Organisationen in El Salvador zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, daß es an mangelnden Druck gelegen hat, daß Duarte diese Hilfe zur Verschärfung des Krieges erhalten konnte.

Die Solidaritätsbewegung sollte mehr Vertrauen in unseren revolutionären Prozeß haben und ihn und seine Organisationen, die FMLN und die FDR, die für die Befreiung El Salvadors kämpfen, stärker unterstützen. Sie sollte auch volles Vertrauen haben, daß unser Volk, das kämpft, auch wenn es klein ist, früher oder später die Macht erobern wird. (...)

Vielen Dank für dieses Interview!

Informationsmaterial über El Salvador, u.a. Videos, sind bei der Vertretung von Sistema Radio Venceremos in der BRD erhältlich: SRV-Pressebüro, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, Tel. 0221/765852.

Sistema Radio Venceremos ist für seine Informationsarbeit dringend auf Spenden angewiesen! Konto Karl Müller, 2 106 872 500, BfG Köln, BLZ 370 101 11.

Chile:

Diktatur im Übergang?

Chile ist in den Schlagzeilen, die CDU betreut nun die politischen Gefagenen des MIR, sogar die Auffassung setzt sich durch, daß in Chile ab und zu mal „unfein" gefoltert wird.

Der KB und andere linke Reste in der BRD sind darüber hinaus irritiert und besorgt über die Auseinandersetzungen innerhalb der chilenischen Linken, speziell über die Kontroversen im MIR, die inzwischen bis zur Spaltung geführt haben. Wir meinen, daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen nicht um kleinliche Querelen handelt, sondern um Widersprüche, die die Probleme der revolutionären Linken in Chile (und vermutlich nicht nur dort) zum Ausdruck bringen.

In einem Land, in dem Blüm und Geißler die Menschenrechte entdecken, in dem die USA sich gegen den Diktator aussprechen, in dem es zwar eine starke Linke, aber auch eine starke Mittelschicht und bürgerliche Opposition gibt und das sich zudem im Teufelskreis von Außenschuld und Abhängigkeit befindet, in einem solchen Land eine reale und erfolgreiche revolutionäre Perspektive zu entwickeln, das geht sicherlich nicht ohne Schwierigkeiten.

Als Beitrag zur Diskussion veröffentlichen wir zwei Interviews mit beiden Teilen des MIR. Beide Fraktionen des MIR reklamieren für sich den Partei-Namen und das historische Erbe von Miguel Enriquez. Beide betonen, daß sie an ihrem strategischen Ziel, einen Weg zur Machtergreifung in Chile zu entwickeln, festhalten.

Wir wollen hier keine Bewertung der unterschiedlichen Positionen vornehmen, sondern sehen unsere Aufgabe darin, Material zur Diskussion und zum Verständnis der Probleme zu liefern. Wir bitten die Genoss/inn/en von beiden Teilen des MIR um Entschuldigung, daß wir — aus ihrer Sichtweise — nicht ihren korrekten Organisationsnamen benutzen, aber wir müssen beide Teile nun mal irgendwie unterscheiden. Deswegen sprechen wir im folgenden vom MIR (Pascal) und vom MIR (R): MIR (Pascal), weil er weiterhin vom Generalsekretär Pascal Allende geführt wird, beim MIR (R) steht das (R) für Renovacion = Erneuerung, das ist der Teil, der starke Kritik an der Leitung unter Pascal Allende übt und — je nach Sichtweise — ausgetreten ist bzw. ausgeschlossen wurde.

Über das Kräfteverhältnis der beiden MIRs in Chile liegen unterschiedliche Angaben vor. Letztlich wird die weitere Entwicklung in Chile zeigen, welche Position sich durchsetzen kann.

Kurzer Überblick über die aktuelle Situation der Opposition in Chile

Kurzer Überblick über die aktuelle Situation der Opposition in Chile

Bekanntlich gab es in Chile seit 1983 drei Oppositionsblöcke, die bürgerliche Opposition, also im wesentlichen die Christdemokratie, die linke Opposition (Volksdemorkatische Bewegung, MDP) und den Sozialistischen Block, ein Zusammenschluß aus reformistischen Organisationen. In den Jahren von 1983 bis 1986 haben diese Blöcke in wechselnden Konstellationen zeit- und teilweise zusammengearbeitet. Die Notwendigkeit des möglichen baldigen Sturzes der Diktatur und der sozialen Mobilisierung war weitgehend Konsens. Seit dem Attentat gegen Pinochet im September vergangenen Jahres ist as Oppositionsspektrum in Bewegung geraten und gruppiert sich neu.

Seit Ende 1986 hat Pinochet eine politische Initiative ergriffen und „seinen" Institutionalisierungsprozeß eingeleitet. Zwei Gesetze wurden verabschiedet, die die Verfassung des Regimes von 1980 konkretisieren (Die Verfassung schreibt ein Plebiszit über den zukünftigen Präsidenten im Jahre 1989 vor). Erstens das Parteiengesetz, das alle linken Parteien von der Wahlfarce ausschließt. Alle Partgeien, die bereit sind, sich einzuschreiben, müssen genaue Angaben über Anzahl, Namen etc. ihrer Mitglieder machen. Zweitens das Gesetz über die Wahlregister, das die Einschreibung aller Bürger verlangt. Es fehlen noch genauere Ausführungsbestimmungen über die Wahl eines Kongresses, den Auszählungsmodus etc.

Nicht nur in der Opposition, sondern auch im herrschenden Block hat diese Initiative Pinochets Diskussionen ausgelöst.

Pinochet besteht hartnäckig darauf, daß er der einzige Kandidat für das Plebiszit 1989 ist und bleibt. Die USA, Teile der Streitkräfte und der politischen Rechten sind aber auf der Suche nach einem anderen Kandidaten, der wenigstens im Spektrum der Rechten und des Zentrums konsensfähig sein sollte.

In der bürgerlichen Opposition geht die Diskussion um die Frage, ob man sich an diesem Institutionalisierungsprozeß beteiligt. Große Teile — auch der Christdemokratie — haben sich dagegen ausgesprochen. Bei den vor kurzem abgehaltenen Präsidentenwahlen auf dem Kongreß der christdemokratischen Partei hat der Vertreter der „Linken" (Hormazabal) über ein Drittel der Stimmen erhalten. Hormazabal ist für die Zurückweisung von Pinochets Institutionalisierung (Plebiszit und Parteiengesetz), tritt aber für Verhandlungen mit den Streitkräften unter Ausschluß der äußersten Rechten und der radikalen Linken (PC und MIR) ein. Gewählt wurde jedoch Patricio Aylwin, traditioneller Vertreter der Rechten in der Christdemokratie.


Alltag in Chile. Mit Tränengas und scharfen Waffen gehen die Streitkräfte gegen Regimegegner vor.

Damit dürfte das weitere Vorgehen der Christdemokraten entschieden sein: Teilnahme an er Wahlfarce und Eingliederung in den Institutionalisierungsprozeß der Diktatur. Allerdings soll dabei offensichtlich weiterhin Druck auf Pinochet ausgeübt werden, um einen anderen Präsidentschaftskandidaten durchzusetzen. In diesem Rahmen arbeitet z. B. die „Kommission für freie Wahlen", die dazu aufruft, sich in die Wahlregister einzuschreiben und für den Fall, daß Pino-

um einen anderen Präsidentschaftskandidaten durchzusetzen. In diesem Rahmen arbeitet z. B. die „Kommission für freie Wahlen", die dazu aufruft, sich in die Wahlregister einzuschreiben und für den Fall, daß Pino-

chet sich als einziger Kandidat durchsetzt, mit NEIN zu stimmen. Es wird also akzeptiert, daß Pinochet bis 1989 im Amt bleibt und daß Wahlen unter von der Diktatur gesetzten Bedingungen stattfinden.

In zahlreichen anderen Parteien laufen ähnliche Diskussionen. Nur ein Beispiel: Die Radikale Partei hat sich gespalten, ein Flügel (Silva Cimma) geht mit der Christdemokratie zusammen, der linke Flügel (Anselmo Sule, Annibal Palama) hat sich mit der Linken zusammengeschlossen.

Auch die Parteien der Linken formieren sich neu.

Im Juni wurde als neuer Zusammenschluß die Vereinigte Linke (Izquierda Unida) gegründet, die wesentlich auf Initiative der MDP-Parteien zustande kam. Außer den MDP-Parteien (KP, PS Almeyda, MIR-R) beteiligen sich der linke Flügel der Radikalen Partei, die Christliche Linke MAPU und Sozialistische Partei (Historicos). Ein anderer Zusammenschluß (Unabhängige Linke, frente independiente) wurde kurz darauf von folgenden Organisationen gegründet: MIR (Pascal Allende), Mapu-Lautaro, zwei Fraktionen der Sozialistischen Partei (PS Salvador Allende und PS Kollektive Führung) und Mapu OC.

Die Widersprüche zwischen diesen beiden Zusammenschlüssen kennzeichnen zugleich die Widersprüche, die zur Spaltung des MIR geführt haben.

Die MDP-Parteien werten die Vereinigte Linke als Erfolg in Richtung auf die Einigung der chilenischen Linken. Die Plattform der IU lehnt jede Beteiligung an der Institutionalisierung und der Wahlfarce ab und hält an der Notwendigkeit, die Diktatur zu stürzen, fest. Im Rahmen der Diktatur könne es keine Wahlen geben. Die IU ist der Meinung, daß die wesentlichen Punkte des 12-Punkte-Programms der MDP in die IU-Plattform übernommen wurden (Sturz der Diktatur, Provisorische Regierung, Verfassungsgebende Versammlung, wirtschaftliches Notprogramm, Auflösung der Sicherheitsdienste, Demokratisierung der Streitkräfte, Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen unter der Diktatur und Bestrafung der Schuldigen etc.).

KP und MIR (R) wollen trotzdem die MDP vorerst aufrechterhalten, um diese gewachsene Struktur der radikalen Linken nicht aufzugeben, bis sich die Stabilität und Mobilisierungsfähigkeit des neuen Bündnisses erwiesen hat.

Die Sozialistische Partei (Almeyda) scheint daran weniger Interesse zu haben. Sie arbeitet mehr an der Wiedervereinigung der in zahllose Fraktionen zersplitterten PS unter Führung des Ex-Ministers Clodomiro Almeyda, der Anfang des Jahres illegal nach Chile zurückkehrte und nach dreimonatiger Verbannung nun in Chile lebt. Er repräsentiert die „Mitte" der Sozialistischen Partei und gilt als Integrationsfigur. Er ist zugleich Vorsitzender der Vereinigten Linken.

Der Zusammenschluß um den MIR (Pascal) sieht in der Vereinigten Linken einen Rückschritt gegenüber der MDP. Hauptkritikpunkte am Pro-

gur. Er ist zugleich Vorsitzender der Vereinigten Linken.
Der Zusammenschluß um den MIR (Pascal) sieht in der Vereinigten Linken einen Rückschritt gegenüber der MDP. Hauptkritikpunkte am Pro-

gramm der Vereinigten Linken sind:

1) Der *politische* Sturz der Diktatur und die Aufgabe *aller* Kampfformen (die Plattform spricht von „vielfältigen Formen des demokratischen Massenkampfes", wie ziviler Ungehorsam, Unregierbarmachen u. ä. Die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes wird nicht benannt, sondern die Plattform spricht sich gegen die „Militarisierung der Politik" aus).

2) Die Einschätzung des politischen Zentrums, d. h. von Teilen der bürgerlichen Opposition. Die Zusammenarbeit mit linksbürgerlichen Kräften und die Suche nach der gemeinsamen Aktion mit bürgerlichen Kräfte beinhalte die Gefahr der Unterordnung unter die bürgerliche Opposition.

3) Die Plattform der Vereinigten Linken spricht davon, daß unter bestimmten Umständen, wenn die Diktatur in die Defensive gerät, Verhandlungen mit den Streitkräften nicht ausgeschlossen seien.

Der MIR (R) wertet diese Punkte als heikle Stellen im Programm der Vereinigten Linken, hält aber die Zusammenfassung der Linken in Chile und die Anbindung des linksbürgerlichen Lagers an die Linke für eine wesentliche Voraussetzung zum Sturz der Diktatur. Nach den Aussagen es MIR (R) habe er durch die Mitarbeit in der IU seine Strategie und Konzeption nicht aufgegeben und halte an der Anwendung *aller* Kampfformen und an er Priorität der Massenmobilisierung fest.

Der MIR (Pascal) sieht in der Vereinigten Linken eine Aufweichung und letztlich die Aufgabe des alten 12-Punkte-Programms der MDP. Die Plattform der Vereinigten Linken laufe letztlich auf die Unterordnung unter die bürgerliche Opposition hinaus. Die MDP sei so gut wie tot und sei schon nicht mehr funktionstüchtig. Dazu soll kurz erwähnt werden, daß sich auch in der KP die Widersprüche entwickelt haben. Bekannte Führungspersönlichkeiten haben sich öffentlich für die Einschreibung in die Wahlregister erklärt. Offensichtlich gibt es Stimmen in der KP, die die bewaffnete Frente Patriotico Manuel Rodriguez stärker von der KP abkoppeln wollen. (Die Frente war nie als Teil der KP offiziell anerkannt. Die Frente selber besteht auf ihrer Unabhängigkeit — andererseits wurde ihre Nähe zur KP nie bestritten.)

Die letzten offiziellen Erklärungen der KP haben sich von diesen Mitgliedern distanziert und die Notwendigkeit *aller* Kampfformen betont. Ob die Auseinandersetzung damit definitiv entschieden ist, ist ungewiß.

Das Bündnis um den MIR (Pascal) legt den Schwerpunkt auf den Zusammenschluß der radikalen Linken, die Schaffung eines Bezugspunktes oder einer Führungsinstanz für die radikalsten Teile der Massenbewegung, um so die Gegenkraft zu den Manövern der Diktatur und der bürgerlichen Opposition zu entwickeln und Kräfte für die langfristige Perspektive zu sammeln.

Wir hoffen, daß die Kontroverse des MIR mit diesen Vorinformationen in den folgenden Interviews einigermaßen deutlich wird.

Noch kurz zur Erläuterung:
Das Interview mit Julio Ramirez, Leitungsmitglied des MIR (R) wurde be-

MIR mit diesen Vorinformationen in den folgenden Interviews einigermaßen deutlich wird.
Noch kurz zur Erläuterung:
Das Interview mit Julio Ramirez, Leitungsmitglied des MIR (R) wurde be-

reits im Mai dieses Jahres durchgeführt. Deswegen sind die neuen linken Zusammenschlüsse in diesem Interview noch nicht kommentiert.

Das zweite Interview mit Pedro Gonzales, Leitungsmitglied des MIR (Pascal) haben wir auf schriftlichem Wege erhalten. Wir hatten versucht, die Fragen so zu formulieren, daß in etwa vergleichbare Inhalte behandelt werden. Das ist natürlich nur zum Teil geglückt.

1) Neltume ist eine ländliche Region im Süden Chiles, wo der MIR Anfang der 80er Jahre den Versuch unternommen hat, eine Guerilla aufzubauen. Die Gruppe wurde nach ca. einem Jahr entdeckt, einige Genossen konnten fliehen, mehrere wurden mit großem Militäraufwand der Diktatur umgebracht.

2) Mit dem Schlagwort Foquismus wird ein Ansatz von revolutionären Organisationen in den 60er Jahren bezeichnet, der davon ausging, daß in Lateinamerika unmittelbar der Sozialismus auf der Tagesordnung stehe und daß die bewaffnete Aktion von einigen entschlossenen Kämpfern ausreiche, um die Klassenkämpfe bis hin zur Machtergreifung zuzuspitzen.

Der Begriff wird unserer Meinung nach meistens unreflektiert und verkürzt benutzt, z. B. völlig ungerechtfertigt auf Che Guevaras Guerilla in Bolivien angewendet. Genaueres Material dazu kann angeforder) werden.

Das Verhältnis des MIR (Pascal) zur MDP ist uns nicht ganz klar. Pascal Allende hatte vor einigen Wochen in einer Stellungnahme an die MDP zum Ausdruck gebracht, daß die Genossen, die für den MIR in der MDP gearbeitet haben (die jetzt zum MIR - R gehören) nicht den MIR in der MDP vertreten und die Entsendung eines offiziellen MIR-Vertreters (also des MIR - Pascal) angekündigt. Ob und wie das inzwischen geschehen ist, wissen wir nicht. Raffael Marotto, Priester, seit Jahren öffentlicher Sprecher des MIR und Leitungsmitglied der MDP, ist inzwischen von einem längeren Auslandsaufenthalt nach Chile zurückgekehrt. Aus einem Interview, das in der Oppositionszeitschrift Analisis erschien, geht nicht hervor, welchen Teil des MIR er in der MDP vertritt.

Die Linke zum Bezugspunkt der Volkskämpfe machen

Interview mit Julio Ramirez vom MIR (Renovista)

Wie seht Ihr die Chancen, die objektiven Möglichkeiten, um in Chile eine radikal-demokratische Lösung gegen die Bourgeoisie und die Diktatur durchzusetzen?

Beide Seiten, die Diktatur und die herrschenden Klassen einerseits, die Volksbewegung andererseits, wissen, daß sie noch eine Reihe von Bedingungen schaffen müssen, um ihre Lösung durchzusetzen. Ich will versuchen, einen kurzen Überblick über die wichtigsten Erfordernisse auf beiden Seiten zu geben.

Wir glauben, daß die Diktatur noch einiges zu tun hat, um die Voraussetzungen für eine Situation wie in Uruguay, Brasilien oder Argentinien zu schaffen, wo die wesentlichen Widersprüche sich im Lager der Bourgeoisie abspielen und die Volksbewegung nur relativ schwache Druckmittel und Einflußmöglichkeiten hat.

Also, was braucht die Diktatur:
— Sie braucht den Ausschluß der Linken und der Volksbewegung, diese müssen geschwächt und an den Rand gedrängt werden. Dies geschieht mit verschiedenen Methoden, von der ideologischen Unterordnung (d.h. daß die Massenbewegung eine begrenzte bürgerliche Demokratie als Lösung akzeptiert) bis hin zu brutalsten Repression.
— Sie braucht eine Übereinkunft innerhalb der herrschenden Klassen über das Modell der begrenzten Demokratie, im weitesten Sinne über das zukünftige Herrschaftsmodell. Die Bourgeoisie hat hier einige Fortschritte erreicht in Bezug auf das ökonomische Modell. Die Mehrheit der Bourgeoisie akzeptiert das Wirtschaftsmodell der Diktatur mit einigen Korrekturen, über die allerdings noch verhandelt wird. Keine Übereinkunft gibt es bisher über die zukünftige Rolle der Streitkräfte. Das Niveau der Patenschaft, das die Streitkräfte für die Gesellschaft übernehmen sollen — so wie es in Argentinien, Uruguay usw. der Fall ist — muß genau definiert werden.

Keine Einigkeit gibt es bisher über das Problem der Menschenrechte, die Behandlung der Menschenrechtsverletzungen der Diktatur.

Und es fehlt bisher eine ausreichende Übereinstimmung bei der Formulierung der Formen des Übergangs, ob z.B. Pinochet den sogenannten demokratischen Übergang leiten soll. Weder der Imperialismus noch große Teile der herrschenden Klassen wollen Pinochet als Figur des Übergangs, aber er selber will an der Macht bleiben. Diese Frage ist ungelöst.

Für die Linke und die Revolutionäre stellen sich eine Reihe von dringenden

der Imperialismus noch große Teile der herrschenden Klassen wollen Pinochet als Figur des Übergangs, aber er selber will an der Macht bleiben. Diese Frage ist ungelöst.

Für die Linke und die Revolutionäre stellen sich eine Reihe von dringenden

Aufgaben, die wir lösen müssen; es reicht nicht aus, wenn wir ein gutes Programm oder eine Plattform haben, wir brauchen die tatsächlichen, realen Kräfte um eine Volkslösung durchzusetzen:
— Die Plattform der Linken (das MDP-Programm) muß zur vorherrschenden innerhalb der Massenbewegung werden. Bisher wurde die Massenbewegung von zwei unterschiedlichen Strömungen geführt, von der bürgerlichen Opposition und von der Linken. Das Patt, das nach wie vor zwischen diesen beiden Linien herrscht, muß gebrochen werden. Die Linke hat hier in der jüngsten Vergangenheit einige Fortschritte gemacht, bei den Studenten, bei den Kupferarbeitern, aber das reicht noch nicht aus.
— Die Widersprüche innerhalb des linken Lagers über die strategischen Perspektiven müssen zugunsten einer revolutionären Strategie gelöst werden. Das Konzept vom Sturz der Diktatur muß vorherrschend werden gegenüber den Konzepten von Verhandlungen und Unterordnung unter die bürgerliche Opposition (Konzepte, die von reformistischen Teilen der Linken getragen werden).
— Wir glauben, daß die großen Massenmobilisierungen seit 1983 hervorragende Erfahrung sind, das organisatorische Netz der ausgebeuteten Klassen in Chile konnten wieder aufgebaut werden. Trotzdem hat die Massenbewegung mehr eine Politik der Demonstration und weniger des Aufbaus, der Organisation gemacht. Das heißt, Millionen von Chilenen waren mobilisiert, aber durch irgendeine Maßnahme der Diktatur, z.B. durch die Verhängung des Belagerungszustandes, konnte uns die Inititiative immer wieder weggenommen werden. Wir müssen eine soziale Bewegung neuen Typs aufbauen, deren Achse weniger die Organisierung, sondern vielmehr die Organisierung und die Selbstverteidigung ist. Es gibt bereits Milizen und veschiedene Formen der Selbstverteidigung, aber die sind noch begrenzt auf einige, auf die fortgeschrittensten Teile der Massenbewegung. Notwendig ist, diese Ansätze auszudehnen, sie zum Bestandteil der Kämpfe der gesamten sozialen Bewegung zu machen.

Wir brauchen eine soziale Bewegung mit organisatorischen Strukturen, die es erlauben, sich gegen die Repression zu verteidigen und darüberhinaus die strategische Initiative zu ergreifen.
— Und schließlich müssen die militärischen Kräfte des Volkes aufgebaut werden. Wir meinen, daß wenn wir nicht in der Lage sind, als Linke in den nächsten Jahren eine wirksame Militär-Politik zu entwickeln, dann wird auch alles andere schwierig. Notwendig sind breite soziale Kräfte, deren Kampf sich auch auf militärischer Ebene ausdrückt, d.h. daß nicht Hunderte, sondern Tausende von Chilenen in der Lage sind, die Waffen zu ergreifen in der Stadt und auf dem Lande. Und das heißt, daß die professionellen Kräfte entwickelt werden müssen, die auf höherer Ebene in bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Diktatur eintreten können.

Dies sind nach unserer Meinung die vier wesentlichen Notwendigkeiten, um ein Volkslösung durchzusetzen. Wenn wir diese Aufgabe nicht lösen, werden wir die Krise der Linken nicht überwinden können.

Du hast eben gesagt, daß Eurer Meinung nach eine der wesentlichen Aufgaben darin besteht, das revolutionäre Konzept innerhalb der Linken, auch der reformistischen Linken, zum vorherrschenden zu machen. Meinst Du das das möglich ist?

Wir haben einige ganz konkrete politische Maßnahmen ergriffen, damit sich die reformistische Linke an die MDP mehr annähert als an die der bürgerlichen Opposition. Man muß dabei berücksichtigen, daß auch reformistische Organisationen auf das Ziel, den Sozialismus in Chile zu verwirklichen, nicht verzichtet haben. Wir sind uns darüber einig, daß es für die Krise in Chile nur eine fortgeschrittene Lösung geben kann, d.h. eine begrenzte Demokratie oder eine demokratische Maskerade können keine Lösung für die politischen und wirtschaftlichen Probleme darstellen. Wir haben auch Einigung darüber erzielt, daß der Träger jegli-

geben kann, d.h. eine begrenzte Demokratie oder eine demokratische Maskerade können keine Lösung für die politischen und wirtschaftlichen Probleme darstellen. Wir haben auch Einigung darüber erzielt, daß der Träger jegli-

cher Lösung nur das mobilisierte Volk sein kann. Das sind konkrete Ergebnisse der Diskussion in der Linken.

Wir stellen aber noch weitergehende Überlegungen an, die ein noch breiteres Spektrum umfassen. Wir meinen, man muß die chilenische Gesellschaft heute spalten in diejenigen, die letztlich mit dem Regime gehen und die, die konsequent demokratisch sind. Einerseits also diejenigen, die bereit sind, mit der Bourgeoisie, mit den Rechten, mit der Diktatur zu verhandeln und andererseits diejenigen, die die Verfassung von 1980 ablehnen und die Parteigesetze nicht anerkennen.

Warum halten wir das für wichtig? Die Radikale Partei zum Beispiel hat sich gerade in Chile gespalten, d.h. da entwickelt sich ein wichtiger Sektor in Richtung auf die Linke zu. In der Basis der Christdemokratischen Partei und auch unter ihren sozialen und politischen Führungspersonen gibt es Leute, die Verhandlungen mit der Diktatur ablehnen. Es würde für die Christdemokratie hohe politische Kosten bedeuten, wenn sie sich auf das Spiel der Diktatur einläßt. Aber wir wissen auch, daß diese Teile der demokratischen Opposition nur dann mit den Volkskräften und der Linken zusammengehen werden, wenn diese stark sind, wenn die Linke sich mehr profiliert und ihre Position breiter verankert und wenn sie eine reale Alternative zu bieten hat.

Entwicklung der Widersprüche im MIR

Kannst Du erläutern, wie sich die Widersprüche im MIR entwickelt haben. Ihr habt z.B. gesagt, daß der MIR in der Vergangenheit eine Reihe von grundlegenden Fehlern gemacht habe, daß eine selbstkritische Bilanz und eine Anpassung der politischen Linie an neue und veränderte Bedingungen in Chile und Lateinamerika notwenig sei. Kannst Du die wichtigsten Punkte nennen?

Wir, die Genossen, die sich um eine Anpassung unserer Politik an die Realitäten bemühen kommen aus der Basis und der mittleren Kaderebene der Partei. Seit ungefähr fünf Jahren, insbesondere seit 1983 haben wir in der Praxis immer mehr Aufgaben übernommen. In der Praxis, beim Organisieren und Aufbauen haben wir die soziale Wirklichkeit kennengelernt.

Wir haben eine Politik in der Jugend, in Gewerkschaften und in anderen Bereichen der Massenbewegung entwickelt, die vorher praktisch nicht existierte. Wir haben uns um eine Bündnispolitik bemüht. Auch in Fragen der militärischen Politik gab es Widersprüche. Die Erfahrunen von Neltume und einiger Aktionen in den Städten zeigen, daß es uns nicht geglückt ist, eine reale und stabile militärische Kraft aufzubauen. Teile der Basis haben von der Leitung eine Änderung dieser Politik gefordert, so entstand eine Tendenz, eine Linie, die mit der Auslandsleitung nicht einverstanden war.

Aber die Bündnispolitik wie z.B. die Beteiligung des MIR an der MDP war doch Beschluß der Leitung oder hat es darüber Widersprüche gegeben?

Als wir in die MDP eintragen, geschah das ohne die Zustimmung der Gesamtheit des ZK. Wir waren einige Genossen der mittleren Leitungsebene, die den Eintritt in die MDP anschoben, die die Impulse dafür gegeben haben. Einige Genossen des ZK haben das befürwortet. Was für uns das entscheidende war, war die Einheit der Linken, der Aufbau eines politischen Bezugspunktes für das chilenische Volk. Für andere war es mehr eine programatische Übung, für uns war es nicht entscheidend, ob wir ein paar programmatische Punkte mehr oder weniger durchsetzen konnten. Die erste nationale Versammlung der MDP im Januar 84 hat ja dann auch eine Plattform von 12 Punkten verabschiedet, die grundlegend revolutionär und demokratisch sind. Dies ist immer noch die zentrale Plattform für eine volksdemokratische Lösung der nationalen Krise in Chile.

In diesem Sinne ist die Arbeit des MIR in der MDP mehr das Ergebnis

die grundlegend revolutionär und demokratisch sind. Dies ist immer noch die zentrale Plattform für eine volksdemokratische Lösung der nationalen Krise in Chile.

In diesem Sinne ist die Arbeit des MIR in der MDP mehr das Ergebnis

der Arbeit der mittleren Kader als der Leitung.

Bezüglich der Fehler, die wir gemacht haben: Wir haben die Kriterien umgekehrt, wir haben die gesellschaftliche Situation durch die Brille von bestimmten ideologischen Konzepten betrachtet, das, was wir sehen wollten und nicht das, was objektiv da war.

Es war im wesentlichen die Repression, die uns gezwungen hat, eine abgeschlossene, abgeschottete Partei zu entwickeln, aber das hat sich zu einer Konzeption verselbständigt, daß nämlich eine gut ausgerüstete Partei, oder genauer ein gut bewaffneter Apparat, das Volk ersetzen könne.

Die Tatsache, daß Entscheidungen von einzelnen im Apparat gefällt wurden, hat den demokratischen Strukturen der Partei geschadet. Es hat sich ein Vertikalismus und das Fehlen innerer Demokratie entwickelt, und wir haben uns von der Wirklichkeit der Klassenkämpfe entfernt. Die Wirklichkeit wurde entsprechend der gültigen ideologischen Konzeption wahrgenommen.

Seit 1981/82 war die nationale Krise in Chile und der zu erwartende Aufschwung der Massenbewegung absehbar, aber unsere Partei war nicht in der Lage, diese neue Realität aufzunehmen, wir waren auf die Massenkämpfe nicht vorbereitet.

Könntest Du ein Beispiel nennen, um dieses Herangehen zu konkretisieren?

Anfang 1982 habe ich z.B. leitend im Gewerkschaftsbereich in Santiago gearbeitet. Unsere Hauptaufgabe sahen wir darin, wie wir bei bestimmten Arbeitskonflikten Agitation machen können. Wir haben diskutiert, wie wir Flugblättern in den Betrieb hineinschaffen, welcher Genosse dafür zu rekrutieren wäre, wer am sichersten für so eine Aufgabe wäre etc. Wir stellten uns damals gar nicht die Frage, wie wir eine Arbeit mit Gewerkschaftsführern oder die Entwicklung von bereichsspezifischen Forderungen vorantreiben könnten. Und dann kam 1983 und wir waren plötzlich nicht nur mit einem, sondern mit Hunderten solcher kleinen Konflikte konfrontiert.

Ein anderes Beispiel ist, daß Gewerkschaftskader der Partei oder sagen wir Kader der Massenbewegung sich in die Aufgaben des bewaffneten Kampfes eingereiht haben, ohne zu berücksichtigen, daß wir uns damit von der Massenbewegung abgeschnitten haben. Die militärischen Aufgaben sind von größter Wichtigkeit, aber wir haben nicht gesehen, daß es in der Zeit darauf ankam, sozialen Einfluß zu gewinnen und daß *beide* Linien entwickelt werden müssen.

Die neue Situation des Klassenkampfes seit 83 hat uns schließlich gezwungen, die neuen Probleme zur Kenntnis zu nehmen, sie erfordert, daß wir einen Blick für die Wirklichkeit entwickeln.

Warum und wie konnte sich diese Trennung von Partei und Massenbewegung oder auf anderer Ebene von Apparat und Partei entwickeln. Dies lag ja nie in der Absicht oder im Programm des MIR?

Natürlich war das nie unser Ziel. Es war die Wirklichkeit selbst, die dazu geführt hat. Als wir feststellten, daß sich eine organisatorische Trennung zwischen bewaffneten und politischen Aufgaben ergeben hatte, gab es auch Anstrengungen, dies zu korrigieren. Es gibt immer Aspekte, die teilweise erklären, wie eben die Probleme der Sicherheit, daß der Aufbau bewaffneter Kräfte eine eigene, selbständige Dynamik entwickelt. Trotzdem, was wir erst spät begriffen haben, ist, daß es die Aufgabe der gesamten Partei ist und nicht nur einer kleine Gruppe, bewaffnete Aufgaben zu übernehmen. Auch wenn es immer Aufgaben mit spezialisiertem Charakter geben wird, Kommandos, die auf professioneller Ebene operieren, so muß trotzdem die gesamte Partei in der Lage sein, eine Politik des bewaffneten Kampfes auf der Massenebene zu entwickeln.

Konzept des politisch-militärischen Kampfes

Kannst Du die Widersprüche innerhalb

Konzept des politisch-militärischen Kampfes

Kannst Du die Widersprüche innerhalb

des MIR, die es in diesem Zusammenhang gibt, erläutern?

Wir glauben, daß es Genossen im ZK gibt, die sich in den Konzeptionen der 60er Jahre festgebissen haben. Ich glaube, das sind Genossen, die es noch nicht geschafft haben zu verstehen, daß die revolutionäre Aktion der 60er Jahre voller Heroismus war, aber es nicht geschafft hat, eine Politik der Machtergreifung wirklich durchzusetzen. Zum Beispiel die Erfahrung der Tupamaros, der PRT/Argentinien und anderer revolutionärer Organisationen dieser Epoche, das sind wichtige und heroische Erfahrungen, aber sie sind gescheitert.

Die Genossen denken im Grunde konservativ, weil sie den Veränderungen in Lateinamerika und Chile nicht Rechnung tragen, so z.B. den Erfahrungen der Sandinisten, den Erfahrungen in El Salvador, Kolumbien und anderen revolutionären Prozessen. Die Erfahrungen aus Nicaragua und El Salvador zeigen uns nicht nur, wie man militärisch Kräfte sammelt, sondern zeigen auch folgendes: Wenn eine Militär-Politik, eine militärische Konzeption in den Massen verwurzelt ist, ja, dann kann sie sich in eine Möglichkeit zur Machtergreifung verwandeln. Der Sandinismus in Nicaragua ist das Produkt des nicaraguanischen Volkes, nicht eines Apparats.

Die nicaraguanischen Revolutionäre haben im Laufe des Kampfes gegen die Diktatur gelernt, daß es, um eine reale Machtalternative zu entwickeln, nicht ausreicht, den Klassenkämpfen eine militärische Komponente „hinzufügen", sondern daß die politische Aktion des Volkes, das Vorgehen der Massen selber, sich in politisch-militärischen Aktionen ausdrücken muß. Sie haben auch gezeigt, daß es notwendig ist, die tatsächlichen Zusammenstöße im Klassenkampf aufzunehmen, anstatt Zusammenstöße zu „erfinden". In jedem dieser Zusammenstöße haben sie versucht, die unverzichtbare Unabhängigkeit der Aktionen des Volkes mit der Einheit der Aktion der Opposition zu vereinigen.

Drastisch sind die kolumbianischen Erfahrungen. In Kolumbien gibt es seit 20/30 Jahren starke Guerilla-Kräfte, trotzdem hat die revolutionäre Bewegung bis heute nicht die Stärke aufgebracht, um den bürgerlichen Staat zu zerschlagen.

In El Salvador hat die Verlagerung vieler Kräfte in den Städten aufs Land in den letzten 3 - 5 Jahren zu einer enormen Schwächung der Kräfte in den Städten geführt. Die Revolutionäre suchen heute wieder nach Möglichkeiten, um die Bewegung in den Städten zu stärken. Das alles sind Überlegungen, die unsere Genossen nicht teilen, aus denen sie nicht entsprechende Schlüsse gezogen haben, notwendige Schlußfolgerungen um unser Ziel, die Machergreifung in Chile, zu erreichen.

In ihren politischen Aussagen und Erklärungen betonen die Genossen auch die Notwendigkeit, sich mit den Massenorganisationen zu verbinden, die politische und soziale Bewegung voranzutreiben, aber in der Praxis legen sie den Schwerpunkt auf den militärischen Aspekt. Wir halten das für ein militärisches Konzept, das meint, daß in erster Linie die militärischen Formen des Kampfes die Gesamtheit der politischen Prozesse in Gang setzen.

Wir beziehen uns auf unsere Ursprünge, eine politisch-militärische Konzeption; wir meinen, daß der militärische Kampf wichtig ist, aber daß es nicht der einzige Motor ist für die Entwicklung der Politik und der gesellschaftlichen Widersprüche. Die militärische Auseinandersetzung ist ein Teil des Klasenkampfes, und er ist sogar ein bitterer Teil für die Revolutionäre, weil wir eigentlich nicht gewaltsam sind, wir benutzen die Gewalt nur weil es notwendig ist.

Du hast die Bedeutung der Erfahrungen aus El Salvador, Nicaragua und anderen Ländern erwähnt. Die Frage ist doch, inwieweit Chile mit mittelamerikanischen Ländern vergleichbar ist. Wie seht Ihr für Chile die Bedeutung der Landguerilla?

Chile ist letztlich mit El Salvador nicht vergleichbar. In Chile konzentriert sich die Mehrheit der ausgebeuteten Bevöl-

merikanischen Ländern vergleichbar ist. Wie seht Ihr für Chile die Bedeutung der Landguerilla?

Chile ist letztlich mit El Salvador nicht vergleichbar. In Chile konzentriert sich die Mehrheit der ausgebeuteten Bevöl-

kerung, die Arbeiterklasse, die Armen, in den Städten. Wir meinen, eine richtige militärisch-politische Strategie muß die Auseinandersetzung in erster Linie da entwickeln, wo sich die wesentlichen politischen Klassen befindne, ohne allerdings die Landguerilla zu vergessen.

Als die Genossen in El Salvador den Abzug von Leuten aus wichtigen städtischen Arbeitsbereichen, den Rückzug aufs Land organisiert haben, war das zum Teil notwendig wegen der Repression. Aber wenn es nicht gelingt, sich an die Städte wieder anzunähern, die städtische Bevölkerung zu gewinnen, dann wird es nicht gelingen, eine höhere Ebene des Kampfes zu erreichen.

Wir geben das Projekt einer Guerilla in Chile nicht auf, wir arbeiten vielmehr daran. Aber wir machen das angesichts der Erfahrungen von Neltum mit einem neuen Konzept. Neltume ist mit einem foquistischen Konzept durchgeführt worden. Wir halten es für notwendig, daß die Partei in der entsprechenden Zone verankert ist, die Guerilla braucht von Anfang an die sozialen Verbindungen und Wurzeln, die Verankerung in der Landbevölkerung. Aber wir glauben auch, daß die entscheidenen Auseinandersetzungen in Chile städtischen Charakter haben werden.

In der Zukunft — wenn wir mal nach vorne schauen — wird es nötig sein, daß wir die Möglichkeit haben, uns vor großen militärischen Einsätzen der Diktatur in den Städten aufs Land zurückzuziehen und dann vom Land her an die Städte heranzukommen. Beide Wege sind möglich, deswegen sind die Überlegungen und Maßnahmen in El Salvador so wichtig und aufschlußreich.

Die Diktatur kann nicht politisch sondern nur bewaffnet gestürzt werden

Interview mit Pedro Gonzales vom MIR (Pascal)

Zur aktuellen Situation und den Aufgaben der Linken

Wie schätzt ihr die Pläne des Imperialismus und der chilenischen Bourgeoisie bezüglich einer begrenzten, kontrollierten Demokratie in Chile ein?

Was den Imperialismus anbetrifft, so glauben wir, daß er unterschiedliche Strategien in den verschiedenen Regionen und Ländern einsetzt. In Mittelamerika z.B. konzentriert sich der Imperialismus darauf, die demokratischen und revolutionären Kräfte zu bezwingen. Deswegen interessiert es ihn nicht, noch mehr Konfliktherde in unserem Kontinent zu schaffen. Die Krise der Militärregime, der Rückzug der Streitkräfte und ihre Ersetzung durch ,,begrenzte Demokratien'' zeigen deutlich, daß der Imperialismus im Süden Lateinamerikas Lösungen sucht, die einen Konsens beinhalten zwischen Finanz- und Monopolkapital und den Streitkräften. Die Schwierigkeiten dieser Strategie, wie sie sich in Argentinien, Brasilien oder Uruguay zeigen, zeigen die Risiken; sie zeigen, daß die Krise mit dieser Strategie nicht gelöst wird, sondern daß sie sich vertiefen kann. In Bezug auf Chile ist der Imperialismus vorsichtiger, weil die nationale Krise tiefer geht, weil die revolutionäre Alternative und die Volksbewegung entwickelter sind. Deswegen wird der Imperialismus nicht auf den Counter-Insurgency-Staat verzichten, und er wird angesichts der Bedrohung durch die revolutionären und demokratischen Volkskräfte möglicherweise einen bewaffneten Konflikt auf niedriger Ebene (low intensity) entwickeln. Zusammengefaßt meinen wir, daß der Imperialismus in Chile nicht versuchen wird, einen neuen Konfliktherd zu schaffen, er wird versuchen, eine Zuspitzung der Krise zu verhindern, indem er Übereinkünfte zwischen bürgerlicher Opposition und dem Regime anzettelt, Übereinkünfte, die mit der Volksbewegung nichts zu tun haben. Auf jeden Fall wird der Imperialismus, welchen Weg er auch wählen wird, mit der Alternative des Volkes und einer Zunahme der Volkskämpfe konfrontiert werden.

Wie beurteilt Ihr die realen Möglichkeiten, daß eine Übereinkunft zwischen dem politischen Zentrum, der Rechten und der Diktatur erreicht wird?

Wir glauben, daß es im wesentlichen heute in Chile bereits eine große Übereinkunft gibt, eine Übereinstimmung der Interessen. Dies drückt sich aus im Grundmodell für die Institutionalisierung, sie stimmt mit den Interessen des Finanz- und Monopolkapitals und dem Imperialismus überein. Das ist der Grundkonsens. Trotzdem gibt es Auseinandersetzungen, die aber zweitrangig sind, untergeordnete Streitpunkte, die manchmal wie wichtige Widersprüche erscheinen und den Grundkonsens verdecken. Die Streitpunkte treten vor allem an der Frage auf, wer den Institutionalisierungsprozeß leiten soll. Für die Dikatatur soll die Kontinuität gewährleistet werden, dadurch daß dieselben Leute an der Macht bleiben, die heute die Gesellschaft kontrollieren. Für die bürgerliche Opposition, für die Christdemokratie im Besonderen, soll dieser Prozeß von denjenigen geführt werden, die mehr Stimmen erhalten. In betrügerischer Weise wird dies der Öffentlichkeit als ziemlich wichtiger Widerspruch vorgestellt. Strenggenommen sind es aber nur Manöver, um die Aufmerksamkeit von dem vorhandenen Grundkonsens abzulenken: nämlich die Vorherrschaft des großen Kapitals und die Kontrolle der Gesellschaft durch die Militärs zu sichern.

Welches sind die wichtigsten Notwendigkeiten und Aufgaben der Linken, um eine volksdemokratische Lösung durchzusetzen? Welche Chancen seht Ihr dafür?

Um dazu eine kurze Zusammenfassung zu geben: Einerseits ist es notwendig, die konsequenten Teile der Linken neu zusammenzufassen, Ebenen der Übereinstimmung zu suchen, die die tatsächlichen Interessen des Volkes in einer Plattform aufnehmen, in einem Programm, daß das 12-Punkte-Programm der MDP sein könnte — ein Programm, das ja gerade von einem Teil der Linken aufgegeben wurde. Notwendig ist eine unabhängige Strategie für den volksdemokratischen Kampf, unabhängig vom Reformismus und unabhängig von der bürgerlichen Opposition. Andererseits muß so eine Plattform in die Realität umgesetzt werden, indem die breitestmögliche Mobilisierung des Volkes angestoßen, unterstützt und garantiert wird, indem Anstöße gegeben werden für die Rebellion des Volkes in allen ihren Formen.

Die Aussichten sind günstig, wenn wir es schaffen, die Angst zu beseitigen, die einige Teile der Linken befallen hat, die Angst vor der Initiative der Massen, die Angst vor der Radikalisierung der Kämpfe. Dies ist im Augenblick schwierig und komplex, weil jeder offensiven Initiative der Massen mit einer repressiven Gegenoffensive begegnet wurde. Dies hat dazu geführt, daß einige politische Strömungen, die die Interessen des Volkes repräsentieren, sich zurückhalten und schwankend wurden und daß sie dahingekommen sind, die ursprünglichen Übereinkünfte aufzugeben — z.B. das 12-Punkte-Programm der MDP.

Wie beurteilt Ihr die politische Dynamik im heutigen Chile? Ist es im Wesentlichen der Kampf gegen die Diktatur, der die politischen Kräfte und das Volk in Bewegung setzt oder geht die Entwicklung eindeutiger in Richtung auf eine revolutionäre Situation?

In der politischen Konjunktur in Chile überkreuzen sich zwei Entwicklungslinien. Einerseits hat das Militärregime die Initiative in der Hand, der Übergang wird vorbereitet vom aktuellen Militärregime zum Regime einer begrenzten Demokratie unter der Schirmherrschaft des Militärs oder schärfer gesagt: zu einer Diktatur ohne Diktator. Dieser Prozeß wurde von der Diktatur eingeleitet und wird von ihr durchgeführt, und sie hat es geschafft, nicht nur die Gesamtheit der herrschenden Klassen und die bürgerliche Opposition, sondern auch Teile der Linken in diesen Prozeß einzubinden; durch das Spiel mit der Wahl, durch die Diskussion über die Parteien-Gesetze, die Kandidatenauswahl usw. usw., d.h. über die neue Institutionalität, die für unser Volk nichts bringt. Die andere Entwicklungslinie ist die Volksbewegung. Die Massenbewegung befindet sich in einem konjunkturellen Abschwung, verglichen mit der Zunahme der Kämpfe in den vergangenen Jahren. Im Ganzen zeigt die Massenbewegung hohes Desinteresse für die Institutionalisierung, die Wahlen etc. Genau wegen dieser Gleichgültigkeit des Volkes an den Manövern der Führungsspitzen meinen wir, daß es möglich ist, die Volksbewegung zu reaktivieren und zu radikalisieren durch die eine Linie, die demokratisch, unabhängig und mit der Volksbewegung verbunden ist (linea democratica independiente). Die augenblickliche Konjunktur bietet enorme Möglichkeiten. Aber wir dürfen uns nicht täuschen. Die Möglichkeit, eine revolutionäre Situation zu schaffen und ein schnelles Vorankommen bis hin zum Sturz der Diktatur — dies sehen wir nicht als sofortige Möglichkeit innerhalb der nächsten Monate. Es ist notwendig voranzukommen, indem auf allen Ebenen Kräfte gesammelt werden, im sozialen Kampf um unmittelbare Forderungen, im demokratischen Kampf, im bewaffneten Kampf. Der Prozeß des Kräftesammelns für die entscheidenden Kämpfe wird sich zunächst notwendigerweise langsam entwickeln. Wir glauben, daß die Periode des Aufschwungs der Volkskämpfe seit Ende 1982 sich bis heute nicht geändert hat. Wir haben eine Anpassung der politischen und sozialen Kräfte erlebt. Die Protesttage vom 2. und 3. Juli 86 sind noch frisch in der Erinnerung des Volkes, und sie werden mittelfristig wieder auftauchen mit neuer Kraft und neuen Offensiven.

Wie beurteilt Ihr den Versuch von einigen linken Organisationen einen breitestmöglichen Konsens aller konsequent demokratischen Kräfte herzustellen? Wie seht Ihr die Aktivität und die Perspektiven der MDP?

Es ist sinnvoll zunächst das Konzept der ,,konsequent demokratischen kräfte'' zu erläutern, das in eurer Frage angelegt ist. Der Grundkonsens über den institutionalisierten Übergang zwischen Zentrum, Rechten und der Diktatur besagt, daß eine Stimmabgabe schon Demokratie bedeute, trotz des Rahmens der Diktatur, der Repression und des Ausschlusses von politischen Parteien. Das ist, um es vorsichtig zu sagen, Betrug am chilenischen Volk und es ist Naivität derjenigen, die sich dieser Wahlfarce guten Willens untergeordnet haben oder unterordnen werden. All dies ist konsequent antidemokratisch. Wir unterstützen, begrüßen und stärken jeden breiten Konsens innerhalb der Volkskräfte, innerhalb der tatsächlich konsequent demokratischen Kräfte. Aber diese Bezeichnung heben wir uns auf für die Kräfte, die gegen den counter-insurgency-Staat kämpfen, gegen die illegitimen Gesetze, die wenigstens ein Drittel der Bevölkerung von den Bürgerrechten ausschließen und mit denen die sozialen und politischen Organisationen des Volkes für immer abgeschafft werden sollen. Wir benutzen diesen Begriff für diejenigen, die zum Sturz der Diktatur vorankommen wollen, und nicht für diejenigen, die mit der Diktatur die Modalitäten ihrer Unterordnung verhandeln wollen. Um konkreter zu antworten: Das Bemühen einiger Teile der Linken um eine breitere Übereinkunft basiert auf ihrer Überzeugung, daß es möglich sei, durch Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition, mit der Rechten und mit den Streitkräften eine Veränderung des aktuellen Regimes und eine Demokratie durchzusetzen, wie sie unser Land in der Vergangenheit kannte. Das erklärt das Verhalten der Leitungen von einigen linken Organisationen, Übereinkünfte in den Führungsspitzen mit der Christdemokratie und der Demokratischen Allianz zu suchen. Logischerweise setzen sie sich nicht dafür ein, Kräfte auf Seiten der Volksbewegung zu sammeln, sondern sie benutzen die Volksbewegung lediglich als Druckmittel, um zu solchen Übereinkünften zu kommen. Die MDP existiert nicht mehr. Ihre fortgeschrittene und kämpferische Plattform, bekannt als das Programm der 12 Punkte behält ihre Bedeutung. Ein großer Teil der politischen Organisationen, die die MDP mitbegründet haben, hat inzwischen einen anderen Zusammenschluß aufgebaut: Die Vereinigte Linke. Für diesen Zusammenschluß wurde das Programm der 12 Punkte reduziert und verkürzt, mit dem Ziel, Verhandlungen und einen Zusammenschluß mit der bürgerlichen Opposition zu erleichtern.

In welchen Punkten seht Ihr die Gefahr, daß ein Teil der Linken sich zum Anhängsel der bürgerlichen Opposition macht?

Diese Gefahr ist bereits eine Realität. Es gibt bereits die Teile der Linken, die sich blenden lassen von einer falschen Demokratie, die vom Regime definiert und organisiert wird, in der die Stimmabgabe zum Fetisch erhoben wird. Und diese Teile der Linken weigern sich, das Wesentliche zu sehen, die Grundlage dieses Prozesses, der anscheinend demokratisch aber tatsächlich reaktionär und ausschließend ist. Wir schätzen den Konsens, auf dessen Grundlage die Vereinigte Linke gegründet wurde, als einen Rückschritt ein verglichen mit dem Konsens der MDP. Diese Widersprüche waren in der MDP präsent und es ist kein Zufall, daß sie in dieser aktuellen Situation zum Ausbruch kommen, in der Situation des Abschwungs der Volksbewegung, der Krise der Linken, einer neuen militärischen Offensive des Regimes. Zweifellos ergibt sich diese Situation auch aus den Fehlern und Unzulänglichkeiten, die die Revolutionäre begangen haben, vor allem beim Aufbau der bewaffneten Kräfte des Volkes.

Zur Konzeption des politisch-militärischen Kampfes

Der MIR hat nie ein foquistisches Konzept vertreten. In den Kritiken, die aus den Reihen des MIR kommen, wird aber gesagt, daß sich der MIR in seiner Praxis teilweise von der Massenbewegung entfernt und daß sich ein isolierter ,,Apparat'' entwickelt habe.

Die lange Geschichte des MIR, seiner Kämpfe, seines Programms, seiner klar definierten und vom Volk anerkannten Politik zeigen eindeutig und zweifelsfrei, daß der MIR nicht die Absicht hat, die Massen zu ersetzen, noch daß er als Instrument betrachtet wird, das den Massen fremd und von ihnen entfernt ist. Im Gegenteil, die Schwäche einiger Teile der Linken hat sie dazu geführt, den bürgerlichen Euphemismus vom ,,politischen Sturz'' der Diktatur zu übernehmen, daß die Anwendung der Gewalt den demokratischen Willen der Massen negiere, und sie versuchen die Anwendung aller Kampfformen abzuqualifizieren, besonders derjenigen, die aus den von der Diktatur gesetzten Normen herausfallen. Diejenigen andererseits, die uns des ,,Foquismus'' anklagen, überbewerten die Fehler, die Unzulänglichkeiten unserer Taktik, und sie dehnen in übertriebener Weise die Zweifel auf alles aus, auf die strategische Konzeption, auf den Organisationstyp, den diese Strategie erfordert, bis hin zu Zweifeln an den Fähigkeiten des Volkes. Sie zweifeln daran, daß die Volksbewegung in der Lage ist voranzugehen zur Schaffung einer revolutionären Krise und zum Sturz der Diktatur.

In einem allgemeinen Sinne stimmt es, daß in den 60er Jahren einige foquistische Ansätze in den revolutionären Bewegungen Lateinamerikas vorhanden waren. Die Erfahrung des MIR in dieser Zeit, also seit seiner Entstehung 1965, bestand aber in der zunehmenden Verbindung mit der Massenbewegung, mit Studenten, Arbeitern, Bauern und Elendsviertelbewohnern etc. Der MIR entstand aus der grundlegenden Überzeugung heraus, daß es notwendig sei, eine militärische Kraft des Volkes aufzubauen in Verbindung mit einer Politik der sozialen Forderungen, in Verbindung mit dem politischen und sozialen Kampf. Schließlich zeigt unsere eigene Erfahrung, die Geschichte unseres Volkes, daß der bürgerlich-demokratische Staat jener Zeit und noch mehr der heutige counter-insurgency-Staat, alle Mittel des Zwangs und der Gewalt anwendet, wenn er seine Interessen bedroht sieht. Die chilenische Linke hat in diesem Sinne eine große Schwäche gezeigt, sie war nicht in der Lage, die notwendigen Instrumente zu entwickeln, um die Errungenschaften der Volksbewegung zu verteidigen. Das dramatische Beispiel des 11. September 1973 zeigt vor allem diese große Schwäche. Aktuell, in dem Aufschwung der Volkskämpfe seit 1983, hat das Volk vielfältige Erfahrungen im sozialen und politischen Kampf entwickelt, gegen alle hat das Regime seinen repressiven, bewaffneten Apparat eingesetzt. Demgegenüber war das Volk unbewaffnet, unzulänglich vorbereitet, es mußte sich zurückziehen. Heute wie in der Vergangenheit zeigt die Geschichte ihre unbezweifelbare Wahrheit, nämlich daß der Aufbau von bewaffneten Kräften des Volkes die wesentliche Bedingung ist für den Sturz der Diktatur, die wesentliche Bedingung, um die Errungenschaften und die Interessen des Volkes zu verteidigen.

Soweit wir die Kontroverse im MIR bisher verstanden haben, bestreitet kein Teil des MIR die Notwendigkeit der Entwicklung des bewaffneten Kampfes. Handelt es sich dabei nicht vielmehr um die Frage des ,,wie'', um die Prioritäten und die Methoden für den Aufbau bewaffneter Kräfte?

Anscheinend geht es um die Frage, wie der bewaffnete Kampf zu entwickeln ist. Die Frage von Prioritäten und Methoden, die dazu geführt hat, daß eine Gruppe von Genossen sich vom MIR entfernt, die Partei verlassen und eine neue Organisation, den sogenannten MIR-Renovacion, gegründet hat. Die Wirklichkeit ist aber eine andere. Es sind nicht nur Kontroversen über das ,,wie'', sondern es sind tiefgehende strategische und programmatische Differenzen, die uns trennen. Die Taktik, das ,,wie'' ist eng verknüpft mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit, mit dem Programm, mit der Strategie, mit dem Parteikonzept. Heute existiert in Chile ein hochzentalisierter Staat, ein Staat der Counter-Insurgency, der gerüstet ist mit einem repressiven Instrumentarium, technischer Ausrüstung, finanziellen Mitteln, um das Volk zu unterdrücken. Die Bourgeoisie und das Finanz- und Monopolkapital haben aus der Erfahrung anderer Völker gelernt. Der Imperialismus hat die Bourgeoisie vorbereitet und organisiert im Rahmen der ,,Nationalen Sicherheitsdoktrin'' er hat sie gelehrt, gegen ihr eigenes Volk zu kämpfen, um die Interessen des Imperiums zu verteidigen. Die Volksbewegung hat im Rahmen dieses Staates keinerlei Möglichkeit, den Sieg zu erringen. Sie braucht die Vereinigung der Revolutionäre, die es schaffen, die bewaffnete Macht des Volkes aufzubauen, die — verbunden mit dem sozialen und politischen Kampf — die strategische Überlegenheit entwickeln muß, um die Diktatur und das Herschaftssystem zu stürzen. Dies ist eine Forderung und eine historische Notwendigkeit. Die Vorstellungen der ausgetretenen Genossen sind dagegen — vorsichtig gesagt — ein Scherz. Der ausschließliche Aufbau einer Bewegungspartei, die in allen sozialen Sektoren präsent ist, die Bündnisse mit der bürgerlichen Opposition schließt, die zum *politischen* Sturz der Diktatur aufruft, die sich gegen die sogenannte Militarisierung der Politik wendet, dies alles hat nicht das geringste gemein mit dem Programm, der Strategie, der taktischen und organisatorischen Linie des MIR.

Welche Prioritäten setzt Ihr in der aktuellen Situation? Die Frage ergibt sich unter anderem aus der Tatsache, daß die Mittel und Möglichkeiten Eurer Partei nicht unbegrenzt sind, daß schon allein deswegen Schwerpunkte in der Aufgabenbestimmung gesetzt werden müssen.

Unsere Prioritäten sind kurz gesagt: Der kompromißlose und auf einen Aufstand hinzielende Kampf der Massen, der Ausgeschlossenen, der Armen in Stadt und auf dem Land. Als Partei: die Entwicklung des bewaffneten Kampfes in den Städten und Vorstädten und im besonderen der Guerillakampf auf dem Lande. Unser Kampf ist darauf orientiert, die Institutionalisierung, das Herrschaftssystem, das die Diktatur uns aufgezwungen hat, zu stürzen. Dies ist ein langfristiges Ziel, es erfordert, alle Mittel und alle Fähigkeiten des Volkes zusammenzufassen in verschiedenen Auseinandersetzungen bis hin zum Sturz der Diktatur und der Errichtung einer demokratischen Volksregierung. Die organisatorischen und finanziellen Mittel sind ein Aspekt, der für eine erfolgreiche Taktik zu berücksichtigen ist. Unsere Taktik wird aber nicht in Funktion der Mittel definiert, sondern auf einer zentralen Grundlage, nämlich durch unsere strategischen Ziele, das ist unser roter Faden.

Wie seht Ihr die Möglichkeit, einen Guerillaherd auf dem Lande einzurichten? Welche Bedeutung hätte er als Motor für die Entwicklung der Klassenkämpfe in Chile?

Für uns geht es nicht darum, eine Guerillagruppe oder einen Guerillaherd auf dem Lande *,,einzurichten''*. Es geht nicht um ein taktisches Problem. Ich habe es vorher schon gesagt, der Guerillakampf ist eine Notwendigkeit und eine historische Bedingung, um soziale, politische und militärische Kräfte zu sammeln, um den Volkskrieg voranzutreiben als reale Alternative, um die Diktatur zu stürzen und das Herrschaftssystem, das das Finanz- und Monopolkapital, die Streitkräfte und der Imperialismus uns aufgezwungen haben.

Wird es Absprachen oder gemeinsame Aktionen geben zwischen verschiedenen revolutionären Organisationen in Bezug auf die Entwicklung des bewaffneten Kampfes?

Wir bemühen uns, daß sich das breitestmögliche Spektrum von politischen und revolutionären Organisationen in den bewaffneten Kampf integriert. Die Fortschritte werden da von unserer eigenen Praxis und von der Praxis der anderen Organisationen abhängen. Diese Praxis wird zur Einheit der Revolutionäre führen zum Aufbau des Volksheeres, das nicht das exclusive Eigentum einer einzigen revolutionären Organisation sein wird.

Jetzt wird es konkret:

Wirtschaftsumgestaltung in der SU

Mit Spannung ist innerhalb und außerhalb der Sowjetunion die Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU Ende Juni erwartet worden, in deren Mittelpunkt die Umgestaltung der Wirtschaft stand. Vor dieser ZK-Tagung fand in der sowjetischen Öffentlichkeit eine breite, z.T. kontroverse Debatte um die künfigte Wirtschaftspolitik statt.

Hundert Blumen inklusive Unkraut

In der sowjetischen Literaturzeitschrift „Nowij mir'' publizierte Professor Nikolai Schmeljow vom USA-Institut in Moskau einen Aufsatz, den der „Spiegel'' (Nr. 25/87) auszugsweise nachdruckte. Schmeljow fordert *„freie Wirtschaftszonen''* für ausländisches Kapital wie in der VR China und empfiehlt, die sowjetischen Preise *„so weit wie möglich''* den Weltmarktpreisen anzupassen. Die staatlichen Betriebe könnten Aktien ausgeben; den Rubel sähe Schmeljow gern ebenso konvertierbar wie den Dollar oder das britische Pfund. Schmeljow schlägt vor, eine *„relativ kleine Reservearmee von Arbeitslosen''*, zu schaffen, die man *„natürlich nicht ganz der Willkür des Schicksals überlassen''* dürfe. Arbeitslosigkeit, sei *„ein gar nicht so schlechtes Mittel gegen Faulheit, Alkoholismus und Verantwortungslosigkeit''*. Darüber hinaus propagiert Schmeljow *„eine gewisse Revision unserer ganzen Politik einer wirtschaftlichen Unterstützung für die sozialistischen Staaten und die Entwicklungsländer''*. Bemerkenswert auch sein Fazit: *„In vielen Jahrhunderten hat die Menschheit keinen anderen Maßstab für effektive Arbeit gefunden als den Gewinn''*. — Bis zur Oktoberrevolution, möchte man als Traditionssozialist hinzufügen.

Zu Schmeljows Text hat sich Michail Gorbatschow bereits vor der ZK-Tagung in einem Gespräch mit Wählern in Moskau eindeutig geäußert. Über den Vorschlag, Arbeitslosigkeit zuzulassen, sagte der Generalsekretär: *„Nein, das paßt uns nicht. Wir kennen unsere Schwächen und bisher ungelösten Fragen gut. Man darf aber auch nicht vergessen, was der Sozialismus jedem von uns gegeben hat: Das Recht auf Arbeit, Bildung, unentgeltliche medizinische Betreuung und erschwinglichen Wohnraum. Das sind reale Werte unserer Gesellschaft, in der der Mensch sozial gesichert ist, heute und in der Zukunft. Das ist das wichtigste''* (1).

In einer Aussprache mit Leitern der Massenmedien und der Berufsverbände der Kulturschaffenden Mitte Juli in Moskau hat Gorbatschow allgemein über die innergesellschaftlichen Diskussionen der letzten Monate festge-

de der Kulturschaffenden Mitte Juli in
Moskau hat Gorbatschow allgemein über die innergesellschaftlichen Diskussionen der letzten Monate festge-

stellt, es gebe *„auch Vorschläge, die über die Grenzen unseres Systems hinausgingen, unter anderem solche, auf das Instrument der Planwirtschaft zu verzichten. Darauf ließen und darauf lassen wir uns nicht ein, weil wir den Sozialismus festigen und nicht durch eine andere Ordnung ersetzen wollen''* (2).

Atmosphäre der Toleranz und eines sozialistischen Pluralismus

Gleichzeitig vermied Gorbatschow Schärfe in der Polemik und sprach sich für eine tolerante Atmosphäre der Diskussion aus. Gorbatschow verwendete dabei erstmals öffentlich den Begriff *„sozialistischer Pluralismus''* (3). Der KPdSU-Generalsekretär sagte: *„Die umstrittenen Fragen muß man erörtern, und zwar in gegenseitiger Achtung. Sogar im extremsten Standpunkt gibt es etwas Wertvolles, Rationales, denn bei jedem Menschen, der ihn ehrlich vertritt, kommt die Sorge um die gemeinsame Sache zum Ausdruck ... Unsere politische Kultur reicht noch nicht aus, es mangelt an der Kultur, Diskussionen zu führen; sogar den Standpunkt seines Freundes zu achten, daran mangelt es uns''* (4).

Gorbatschow über die Stalinzeit

Auch zum kontrovers diskutierten Thema „Stalinismus'' äußerte sich Gorbatschow vor den Künstler- und Medienvertretern: *„Ich denke, daß wir niemals verzeihen oder rechtfertigen können oder sollten, was in den Jahren 1937 bis 1938 geschah. Niemals. Die Verantwortung dafür tragen jene, die damals an der Macht waren. Doch das, Genossen, kann all das nicht herabsetzen, was wir heute haben, was die Partei und das Volk geleistet haben, die diese Prüfungen durchliefen. Die Verluste waren erheblich, waren groß. Wir wissen, was die Jahre 1937-1938 brachten, welchen Schlag sie gegen die Kader in der Partei, unter den Angehörigen der Intelligenz und gegen die Militärkader bedeuteten. Und dennoch sind wir verpflichtet zu sehen, welch gewaltige Kraft im Sozialismus steckt, in unserer Ordnung, die dem standgehalten hat, in den Kampf gegen den Nazismus gegangen ist und gesiegt hat. Deshalb muß über unseren 70. Geburtstag mit Stolz auf unser großes Volk, seine Geschichte und Heldentaten gesprochen werden. Wir sagen die Wahrheit und nur die Wahrheit. Wir sind stolz auf jeden von uns durchlebten Tag. Und jeder Tag ist uns teurer, sei er auch noch so schwer gewesen, weil das unsere Schule der Geschichte, unsere historischen Lehren sind''* (5).

Daß Gorbatschow nur die Jahre 1937 und 1938 als Höhepunkte des stalinistischen Terrors nennt, und nicht wenigstens auch noch das Jahr 1936 erwähnt, in dem der Prozeß gegen die leitenden Bolschewiki Sinowjew, Kamenew und andere geführt wurde, ist mit geschichtswissenschaftlichen Argumenten nicht zu erklären. Es spricht einiges dafür, daß die Gorbatschowsche Parteiführung derzeit eine Rehabilitierung des 1938 hingerichteten Nikolai Bucharin anstrebt, den Lenin 1922 als *„Liebling der ganzen Partei''* bezeichnet hatte. Eine Rehabilitierung Trotzkis und derjenigen, denen eine enge Kooperation mit ihm vorgeworfen wurde, scheint im Moment noch nicht beabsichtigt. Man muß aber weder Prophet noch Kremlastrologe sein, um heute zu sagen, daß auch der bisherige grotesk verschweigende Umgang der sowjetischen Historiografie mit der (Un)Person Trotzki bald der Vergangenheit angehören wird. Auf künftige sowjetische Veröffentlichungen zur Geschichte der KPdSU darf in jedem Fall mit Spannung gewartet werden.

Deutlich ist, daß Gorbatschow sich, wie auch schon auf dem Gewerkschaftskongreß im Februar, gegen eine ausschließlich negative Bewertung der Stalin-Ära wendet. Er sieht im „Erziehungsregime'' der Stalinzeit trotz der Verbrechen eine Voraussetzung für die heutige Politik, da in dieser Zeit die Industrie aufgebaut und nicht zuletzt das Bildungsniveau der Bevölkerung gehoben wurde.

Elemente von Dramatik

Elemente von Dramatik

Zurück zu den aktuellen Umgestaltungen der sowjetischen Wirtschaft. In seinem Referat auf der ZK-Tagung im Juni sprach Gorbatschow über eine *„radikale Reform der Leitung der Wirtschaft sowie qualitative Veränderungen im System des Wirtschaftsmechanismus''*. Bereits seine mittlerweile schon berühmt gewordene Januarrede enthielt Elemente von Dramatik in der Beschreibung der Situation der SU-Ökonomie und der Stellung der künftigen Aufgaben. Ein *„grundlegender Umschwung''* sei *„notwendig, denn einen anderen Weg gibt es für uns einfach nicht''* (6). Auf dem Juni-Plenum sagte Gorbatschow, die UdSSR müsse ihre sozialökonomische Entwicklung beschleunigen und „Deformierungen'' überwinden: *„Die Geschichte hat uns zur Lösung dieser Aufgabe nicht viel Zeit gegeben. Danach, wie die Umgestaltung verläuft, und nach ihren Ergebnissen wird man die Möglichkeiten des Sozialismus beurteilen, wird man beurteilen, was er dem Menschen praktisch gibt, wie effektiv die Gesellschaft auf sozialem Gebiet ist''*. Der Demokratisierungsprozeß entfalte und vertiefe sich im Lande, eine Offensive werde gegen die Bürokratie geführt, und die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität seien gestiegen. Dabei stellt Gorbatschow einen Widerspruch fest *„zwischen der wachsenden Aktivität der Massen und dem zählebigen bürokratischen Arbeitsstil auf verschiedenen Gebieten sowie den Versuchen, die Umgestaltung einzufrieren''*. Das Mittel für die Lösung dieses Widerspruchs sei die *„umfassende Entwicklung der Demokratie''*. Man spüre „schmerzlich'', wie die Umgestaltung „in einigen zentralen Staatsorganen'' aufgenommen werde. Im Wohnungsbau sei bislang keine grundlegende Wende erfolgt, vor allem wegen der *„Einstellung vieler Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane sowie leitender Kader''*. Es gebe zahlreiche Briefe von Sowjetbürgern an das ZK der KPdSU an das Präsidium des obersten Sowjets und an die Medien, in denen Menschen schrieben, *„daß sie für die Umgestaltung sind, doch in ihrer Umgebung keine Veränderungen sehen''*. Die Umgestaltung sei *„ungeachtet der gewaltigen Anstrengungen zu vielen Orten noch nicht wirklich durchgedrungen''*. Mancherorts sei in der Sowjetunion *„nicht nur kein Fortschritt erzielt''* worden, sondern sogar *„früher erkämpfte Positionen aufgegeben worden''*. *„Wieder*

cherorts sei in der Sowjetunion „nicht nur kein Fortschritt erzielt'' worden, sondern sogar „früher erkämpfte Positionen aufgegeben worden''. „Wieder

häufen sich Fälle von Trunkenheit, können sich Faulenzer, Schmarotzer und Spitzbuben, also Leute, die auf Kosten anderer leben, wieder ungehemmt fühlen!''

Wie ernst Gorbatschow die entstandene Lage der Sowjetunion einschätzt, macht seine knappe Bemerkung deutlich, man habe *„ohnehin schon Jahre und Jahrzehnte verloren''*. In seinem Referat konstatierte der KPdSU-Generalsekretär, wie schon in früheren Reden, das sowjetische Wirtschaftswachstum sei Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre *„auf ein Niveau zurückgefallen, das faktisch den Beginn wirtschaftlicher Stagnation bedeutete''*. Zwar habe der Staatshaushalt nach außen hin bestens und ausgeglichen gewirkt. Dies sei jedoch auf eine *„weder ökonomisch noch sozial vertretbare Weise''* geschehen. So habe man einen *„breitangelegten Verkauf von Erdöl und anderen Brennstoffen, Energieträgern und Rohstoffen auf dem Weltmarkt''* organisiert. Es mangelte und mangele im Lande immer noch an Metall, Brennstoffen, Maschinen, Konsumgütern und auch an Arbeitskräften. Das Beunruhigendste sei, daß die UdSSR in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zurückgeblieben sei. Selbst die Devisenerlöse aus den Rohstoffverkäufen habe man nicht für eine Modernisierung der Wirtschaft eingesetzt, sondern für laufende Aufgaben. In den vergangenen zwei Jahren seien zwar erste Schritte auf dem Weg zu neuen Methoden der Wirtschaftsführung getan worden, es seien jedoch noch *„keine grundlegenden, prinzipiellen Fortschritte erzielt''* worden. *„Der Bremsmechanismus ist noch nicht beseitigt und noch nicht durch einen Beschleunigungsmechanismus ersetzt worden''*.

Nötig sei eine *„Demokratisierung der Wirtschaft''*, die untrennbar verbunden sein müsse mit der *„aktiven Nutzung verschiedener Formen genossenschaftlicher Arbeit und individueller Tätigkeit neben dem staatlichen Eigentum''*. Genossenschaftlicher und privater Wohnungsbau, sowie kollektive Verträge mit Familien in der Landwirtschaft sollen verstärkt gefördert werden. Im Dienstleistungsbereich und Verkehrswesen gebe es Mängel, die bereits eine Reparatur von Haushaltsgeräten und die Anfertigung von Schuhen und Kleidung zu einem *„komplizierten Problem''* machen. In diesen Bereichen sei eine „Schattenwirt-

räten und die Anfertigung von Schuhen und Kleidung zu einem „komplizierten Problem'' machen. In diesen Bereichen sei eine „Schattenwirt-

schaft'' entstanden. Die Bevölkerung zahle für Dienstleistungen jährlich etwa 1,5 Mrd. Rubel an Privatpersonen.

Gorbatschows Vorschläge

Im einzelnen schlägt Gorbatschow zur Umgestaltung der Wirtschaftsstrukturen vor:

1.) Die Erhöhung der Selbstständigkeit der Betriebe und ihre *„Umstellung auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung''*.

2.) Die *„zentrale Leitung der Wirtschaft''* (gemeint sind die Plankommission „Gosplan'' und die Industrieministerien) *sollten sich auf die „Hauptprozesse'' konzentrieren, auf die „Strategie, die Qualität, das Tempo und die Proportionen der Entwicklung der Volkswirtschaft insgesamt''*. Die Zentrale solle *„von der Einmischung in die operative Tätigkeit der untergeordneten Wirtschaftseinheiten''* befreit werden. Die zahlreichen Wirtschafts-Fachministerien sollen vom Umfang und den Kompetenzen her erheblich reduziert werden.

3.) Die Planung soll grundlegend reformiert werden, inklusive der Preisbildung und des Finanz- und Kreditmechanismus. Ein Übergang zu einem Produktionsmittelgroßhandel (statt der bisherigen Zuweisung durch Ministerien) ist beabsichtigt.

4.) Durch eine unmittelbare Einbeziehung der Wissenschaft in die Produktion soll ein *„Durchbruch zum Weltniveau in der Qualität''* erreicht werden.

5.) Ziel ist ein Übergang von einem übermäßig zentralisierten System auf der Basis von Befehlen zu einem *„demokratischen System der Selbstverwaltung''*.



„Radikale Preisreform''

Haupthebel der Einflußnahme auf die Betriebe sollen *„ökonomische Normative und Stimuli'' sein.* Das schließt eine *„radikale Preisreform''* ein. Der Preis müsse *„eine wichtige stimulierende Rolle''* bei der Nutzung von Ressourcen, der Kostensenkung und Qualitätssteigerung der Produktion spielen. Die derzeitigen staatliche subventionierte Preise für Kohle, Erdöl, Erdgas und Strom könnten die Eigenfinanzierung der Wirtschaft nicht gewährleisten, erklärte Gorbatschow. Diese niedrig gehaltenen Preise erzeugten die *„Illusion, die Naturreichtümer seien billig und unerschöpflich''*. Dies habe auch ökologisch negative Auswirkungen. Gorbatschow befürwortet, nur noch die Preise für die *„wichtigsten Erzeugnisse''* zentral festzusetzen. Bei einem großen Teil der Produkte sollten die Betriebe künftig die Preise selbst festlegen. Das dürfe aber *„keine Verschlechterung des Lebensniveaus der Werktätigen bewirken''*. Wegen ihrer politischen und sozialen Bedeutung soll die Preisreform zum *„Gegenstand einer breiten Volksaussprache''* werden. Die *„radikale Reform des Systems der Wirtschaftsleitung''* sei *„kein einmaliger Akt''*, sondern *„ein Prozeß, für dessen Abschluß eine gewisse Zeit benötigt wird''*.

Künftig nehme *„das Ausmaß der Freisetzung von Arbeitskräften beträchtlich zu''*. Aus dem effektivierten Produktionsbereich sollen Menschen in die Berufe der Dienstleistungen, Kultur, des Gesundheitswesens und der Erholung gehen. Die sozialen Dienstleistungen sollen verbessert werden.

Dabei sei der sowjetische Staat *„verpflichtet, die sozialen Garantien für die Beschäftigung der Werktätigen und das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit zu gewährleisten''*. Gorbatschow betonte mehrfach, daß Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion nicht entstehen dürfe: *„Selbstverständlich muß der Staat dafür sorgen, daß die Werktätigen Arbeit haben''*. Eindeutig und entgegen manchen westlichen Spekulationen hat sich Gorbatschow auf dem ZK-Plenum im Juni und danach über die Rolle und Bedeutung der KPdSU geäußert. Auf der ZK-Tagung erklärte er, es sei *„notwendig, den Parteieinfluß in allen Richtungen unserer Arbeit zu verstärken''*. In der bereits erwähnten Aussprache mit Kulturfunktionären sagte Michail Gorbatschow über die Umgestaltung: *„Ohne eine Partei, die in der Lage ist, wissenschaftlich zu denken und eine entsprechende Politik, eine Strategie zur Lösung der praktischen Aufgaben zu entwickeln, kann dies nicht getan werden''* (8)

Nach der ZK-Tagung verabschiedete der Oberste Sowjet, das Parlament der

tik, eine Strategie zur Lösung der praktischen Aufgaben zu entwickeln, kann dies nicht getan werden'' (8)
Nach der ZK-Tagung verabschiedete der Oberste Sowjet, das Parlament der

Sowjetunion, ein Gesetz über die staatlichen Betriebe. Der Entwurf des Gesetzes war bereits am 8. Februar dieses Jahres veröffentlicht und danach breit diskutiert worden. Das Gesetz gibt den Betrieben das Recht zur *„selbstständigen Wirtschaftsführung''* und Selbstfinanzierung. Betriebs- und Abteilungsleiter werden von den Beschäftigten auf fünf Jahre gewählt. Die Wirtschaftsministerien sollen die Betriebe *„vor allem mit wirtschaftlichen Mitteln''* leiten. Das Gesetz sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, Betriebe bei *„langfristiger Unrentabilität und Zahlungsunfähigkeit''* zu schließen (9). Wie der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryshkow auf der Tagung des Obersten Sowjets Ende Juni bekannt gab, arbeiten heute 13 Prozent aller sowjetischen Industriebetriebe mit Verlust.

Die Preisreform wirft eine Reihe von neuen Problemen für die sowjetischen Werktätigen auf. In der UdSSR wurden die staatlichen Subventionen für Lebensmittel von 3,2 Milliarden Rubel im Jahre 1965 auf 56 Mrd. Rubel im Jahre 1985 erhöht, also in zwanzig Jahren auf das 17,5fache. Staatlich gestützt wurden auch Preise für Kinderbekleidung, Heizung und Landwirtschaftstechnik. Insgesamt machen die Preisstützungen gegenwärtig pro Jahr 73 Mrd. Rubel aus, etwa 17 Prozent des Staatshaushaltes. Um diese Verluste auszugleichen, werden Preise für Waren des „gehobenen Bedarfs'' wie modische Kleidung, Schuhe, Möbel, Autos, Schmuck hoch gehalten. Ein sowjetischer Journalist schrieb dazu kürzlich, die Preise für diese Waren hätten *„für den Verbraucher bereits die zumutbare Grenze erreicht''* (10).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Subventionen sollen jetzt, mit einigen Ausnahmen, z.B. bei Mieten und Arzneimitteln, erheblich gekürzt werden. *Fleisch soll bald das Doppelte kosten (11), die Preise für Konsumgüter sollen dafür sinken.* Die Befürworter der Preisreform erwarten davon eine *,,dynamische Hebung des Volkswohlstandes aller''* (12). Ob diese Rechnung aufgeht, hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Menge und vor allem die Qualität der Produktion entscheidend zu erhöhen. Bewohner entwickelter kapitalistischer Länder, auch mit chronisch überzogenem Konto und schmalem Portemonnaie, können sich kaum vorstellen, daß 25 Mrd. Arbeitsstunden jährlich in der UdSSR durch Schlangestehen vergeudet werden. (13)

Auf dem Weg zu ungarischen oder jugoslawischen Verhältnissen?

Dezentralisierung in der Ökonomie mit der Stärkung betrieblicher Kompetenzen gegenüber zentralen Instanzen der Wirtschaftsplanung sind in Ländern mit sozialistischem Anspruch nicht ganz neu. 1959 führte Jugoslawien die ,,Arbeiterselbstverwaltung'' ein, mit Strukturen, die sich von den jetzt in der Sowjetunion angestrebten nicht grundsätzlich unterscheiden. Die jugoslawische Bilanz nach vierzig Jahren dieses zeitweilig von linken Sozialdemokraten bejubelten Experiments ist katastrophal. Der jugoslawische Staat befindet sich, wie Belgrader Zeitungen offen zugeben, am Rande der Zahlungsunfähigkeit; dafür ist die Währung (Dinar) konvertierbar. Die jugoslawische Regierung muß heute bei den kapitalistischen Staaten um Zahlungsaufschub für die Rückzahlung von Krediten betteln. Die Inflation beträgt 100 Prozent. (Jugend)-Arbeitslosigkeit ist seit Jahren ein Problem. Von der Tendenz her nur wenig besser ist die Bilanz in Ungarn. Dies Land, das 1968 den Weg einer Dezentralisierung und einer Preisreform beschritt, hat heute eine Auslandsverschuldung von rund 9 Milliarden Dollar. Die ungarische Führung hat die Export- und Konkurrenzfähigkeit der Produkte ihrer Wirtschaft auf dem kapitalistisch dominierten Weltmarkt maßlos überschätzt.

Häufige Preissteigerungen (kürzlich in Höhe von 20 Prozent bei Lebensmitteln), Armut bei Kinderreichen und Rentnern), sowie eine beginnende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Entwicklung in diesem osteuropäischen Land, das West-Touristen immer wieder durch gefüllte Regale und (für Devisenbesitzer!) spottbillige Preise erheitert. Die Wirtschaftsreformen haben aus den Ungarn eine Nation von Klein-

aus den Ungarn eine Nation von Klein-

händlern und Kleingewerbetreibenden gemacht. Die Staatsbetriebe vermieten Produktionsmittel zur privaten Produktion nach Feierabend, was dazu führt, daß sich zahlreiche Werktätige tagsüber im Betrieb im Rahmen ihrer Möglichkeiten erholen, um abends ordentlich reinzuhauen. Der langfristige politische Schaden sollte nicht unterschätzt werden.

Ob es der Sowjetunion gelingt, die Probleme Jugoslawiens und Ungarns zu vermeiden, bleibt offen. Anders als Ungarn (und China) hat die Sowjetunion bei joint ventures (gemeinsamen Unternehmen mit ausländischen Kapitalisten) keine Mehrheitsbeteiligung von Westfirmen zugelassen. Andererseits ist auffällig, daß in den Debatten in der Sowjetunion derzeit zwar allerlei Ökonomen über eine anzustrebende Konvertierbarkeit des Rubel, ,,marktwirtschaftliche Elemente'' u.a.m. reden, aber meines Wissens bisher niemand öffentlich die Erfahrungen Jugoslawiens und Ungarns kritisch analysiert hat.

Gerd Eggeling

Anmerkungen

1) Michail Gorbatschow traf sich mit Wählern in Krasnaja Presnja, Neues Deutschland, 23. Juni 1987
2) Gorbatschow auf einem Treffen mit Leitern der Massenmedien und der Berufsverbände der Kulturschaffenden, dokumentiert in: UZ, 20. Juli 1987
3) ebenda
4) ebenda
5) ebenda
6) Michail Gorbatschow: Die Rede. „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen", Referat vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987, Reinbek bei Hamburg, (rororo) 1987, S. 24
7) entfällt
8) siehe Anm. 2
9) Entwurf des Gesetzes über den Staatsbetrieb, auszugsweise dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1987, S. 791
10) Gennadi Pissarewski, in: UZ, 17.7.1987
11) So der Moskauer Ökonom Leonid Abalkin in „Der Spiegel" vom 6.7.1987
12) Pissarewski in UZ, 17.7.87
13) Witali Tretjakow in: Sowjetunion Heute, Nr. 6, Juni 1987, S. 37

Theaterfrühling in Moskau

Interview mit Marina Astafjeva vom sowjetischen Kultusministerium



Sage niemand, Gorbatschows ,,Glasnost'' biete nur Vorteile für BURDA-MODEN, die seit neuestem in den sowjetischen Metropolen vertrieben wird. Nein, auch eine kleine linksradikale Zeitung wie der AK kann von der neuen Offenheit im Kreml profitieren: Das gleich folgende Interview ist für uns eine Premiere — wer hätte noch vor kurzem gedacht, daß an dieser Stelle einmal ein Gespräch mit einer Vertreterin eines sowjetischen Ministeriums erscheinen könnte? Und: Wer hätte gedacht, daß es außerdem noch so spannend und aufschlußreich sein würde?

Marina Astafjeva begleitete zwei Theatergruppen, die im Juni zum ersten Mal die BRD besuchten: Das Moskauer Studiotheater von Oleg Tabakow, und das Theater an der Taganka von Anatolij Wassiljew.

Im Rahmen des Festivals ,,Theater der Welt'' gastiert sowjetisches ,,Underground''-Theater in der Bundesrepublik, ist in den Feuilletons der bürgerlichen Presse zu lesen. Was ist da dran?

Der Ausdruck ,,Underground''-Theater ist natürlich ziemlich reißerisch. Es handelt sich einfach um folgendes: Das Moskauer Studiotheater von Tabakow wurde ,,von unten'' gegründet: durch die Fantasie des Regisseurs und der Schauspieler-Studenten und den Wunsch, sich zu vereinigen, um Theater zu spielen. Dieses Theater wurde nicht ,,von oben'' (von offizieller Seite) organisiert, und in diesem Sinne galt es als ,,Amateurtheater''. Das bedeutet, daß es keine offizielle Reklame gab, es gab keine Eintrittskarten, der Besuch erfolgte auf Einladung, es gab keine Subventionen — aber dafür gab es Mundpropaganda und viele Rezensionen in der Presse. Im Zuge der neuen Kulturpolitik, in deren Rahmen unsere Regierung neue Theater gründete und gründet (wie z.B. ein ganz neues ,,Experimentiertheater der dramatischen Kunst'' unter Leitung von Anatolij Wassiljew und 8 weitere Studiot-

tolij Wassiljew und 8 weitere Studiot-

heater) wurden diese Bühnen zu Staatstheatern mit allen damit verbundenen Folgen, z.B. Subventionen, Gehälter, offizielle Reklame und Eintrittskarten. Diese beiden neuen Theater unter Leitung von Oleg Tabakow und Anatolij Wassiljew sind jetzt auf dem internationalen Theaterfestival in Stuttgart Teil des sowjetischen Beitrags.

Sie sprechen von einer ,,neuen Kulturpolitik'' in der UDSSR. Wie sieht die aus?

Die ,,Perestroika'' ist für uns eine Revolution in der gesamten Gesellschaft. Ihr Ziel ist umfassende Demokratisierung in allen Bereichen des Lebens, und natürlich hat sie auch ihre Auswirkungen im Kulturbereich. Nehmen wir das Theater: Anstelle der ,,Allrussischen Theatergesellschaft'' (VTO) wurde im Dezember ein ,,Verband der Theaterschaffenden'' gegründet, eine Interessensvertretung aller in diesem Bereich Tätigen. Schon bei der Gründung des Verbandes wurde das neue Verständnis von Demokratie praktiziert, indem der Versuch des Ministeriums abgewehrt wurde, praktisch von oben her ein Statut zu erlassen. Das Statut wurde dann von den Mitgliedern des Verbandes selber diskutiert und verabschiedet.

Das sind die Veränderungen hinter den Kulissen. Was ändert sich auf der Bühne, was ändert sich für die Theaterbesucher?

Durch die ganze Belebung der Diskussion unter den Kulturschaffenden kam es zu einer breiten Debatte auch in den Massenmedien. Ihr Resultat war schließlich das sog. ,,Experiment'', das mit Unterstützung unseres Ministeriums und in enger Zusammenarbeit mit den Kulturschaffenden im Januar 1987 gestartet wurde. Teil dieses ,,Experiments'' ist nicht nur die Aufwertung von Studiotheatern, über die ich eben schon gesprochen habe. Es ist der Versuch, den Theaterbetrieb insgesamt zu demokratisieren und so unsere Kultur zu entwickeln. Dieses ,,Experiment'' wird in 86 Theatern durchgeführt und dauert 2 Jahre. Jedes dieser Theater hat dadurch wesentlich erweiterte Möglichkeiten zu selbständiger Arbeit. Jedes dieser Theater entscheidet frei darüber, wie es die staatlichen Zuschüsse, die übrigens wesentlich erhöht worden sind, verwenden möchte. Es entscheidet frei darüber, welche Stücke es spielen möchte, und mit welchen Autoren es zusammenarbeitet. Auch die übrigen Theater der UdSSR erhielten größere Rechte in ihrer selbständigen Arbeit. Das alles wird der weiteren Entwicklung der sowjetischen Theaterkunst dienen.

Entwicklung der sowjetischen Theaterkunst dienen.

Wer trifft diese Entscheidungen konkret?

Es gibt in jedem Theater einen ,,Theaterrat'', der wird von allen künstlerischen Mitarbeitern des Theaters gewählt, und zwar je nach Wunsch in offener oder geheimer Wahl. Dieser ,,Theaterrat'' fällt sämtliche Entscheidungen, die das Theater betreffen.

Und die Kontrolle von oben, beispielsweise von Seiten des Kultusministeriums?

Es wird nichts zensiert. Es können beliebige Stücke gespielt werden. Verboten sind nur Stücke, die gegen geltendes Recht verstoßen und zu Verbrechen aufrufen, z.B. Kriegsverbrechen verherrlichen. Aber diese Verbote gibt es in jedem Land, sicherlich auch hier.

Manchmal ist es umstritten, was begrüßenswerte künstlerische Provokation und was ein Gesetzesverstoß ist. Wer entscheidet in solchen Zweifelsfällen?

Wir sind uns einig, und das ist ein wichtiges Element der Perestroika, daß die Realität ohne Schnörkel und Schönfärberei auf der Bühne präsentiert werden soll. Es soll nichts unterdrückt, sondern im Gegenteil Kritik ermuntert werden.

Teil des ,,Experiments'' ist auch eine größere finanzielle Selbständigkeit der Theater. Größere Zuschauerzahlen bedeuten höhere Einnahmen, bedeuten höhere Löhne. Ist das nicht ein Schritt zum Kommerztheater? Wird es nicht bald — wie im Westen — zu einer Jagd nach ökonomischen Einspielziffern kommen, verkommt dann das Theater nicht zu einer Bedürfnisanstalt für Zuschauerschichten mit trivialen Ansprüchen?

Diese Befürchtung hatten wir durchaus auch. Aber sie sind nicht Wirklichkeit geworden. Die oben erwähnten ,,Theaterräte'' haben sich strikt an künstlerischen Gesichtspunkten orientiert und nicht am Kommerz. Wir sind selber überrascht, wie gut das geklappt hat. Natürlich gibt es Boulevardstücke, aber keineswegs in größerem Ausmaß als vorher.

Seit einiger Zeit sind in der Sowjetunion Theaterstücke und Filme zu sehen, in denen frühere ,,Unpersonen'' wie Trotzki, Bucharin und Sinowjew als gute Kommunisten gezeigt werden. Wird sich — zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution — diese Tendenz weiter verstärken?

Dazu kann ich nicht viel sagen, ich bin kein Prophet. Aber wir haben viele neue Diskussionen in unserem Land, und sie werden mit Sicherheit fortgeführt.

Der ARBEITERKAMPF bedankt sich herzlich für das Interview!

Gesprächspartner von Frau Astafjeva war Jürgen/KB Stuttgart.

Moskau intern

Heiner Müller (DDR) zu Gorbatschow

Wie aus außergewöhnlich gut informierten Kreisen der sowjetischen Hauptstadt verlautet, sollen die Gullis auf dem Roten Platz demnächst zugeschweißt werden, damit nicht noch ein U-Boot auftaucht.

Bei der sowjetischen Luftabwehr ist inzwischen das Alkoholverbot aufgehoben worden. Die Jungs sollen wenigstens ab und zu mal nach oben gucken.

In der DDR ist unterdessen die Losung *,,Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen''* durch Rückbesinnung auf eine KPD-Forderung der zwanziger Jahre ersetzt worden. Jetzt gilt wieder: *,,Hände weg von Sowjetrußland!''*

Gerd Eggeling

Auf einem vom Schriftstellerverband der DDR veranstalteten Internationalen Schriftstellergespräch in Berlin, Hauptstadt der DDR, sagte der DDR-Autor und Dramatiker Heiner Müller u.a.:

,,Was jetzt in der Sowjetunion versucht wird, ist eine ungeheure Korrektur, die Renaissance einer Hoffnung, die mit den Namen Lenin und Trotzki verbunden war und von Stalin auf Eis gelegt wurde. Ich weiß, wie gefährlich es ist, Geschichte an Namen zu binden, ihre Nennung erschwert Analyse, aber ich muß mich kurz fassen. Die Hoffnung des Oktober war die Einheit von Freiheit und Gleichheit, ihre Bedingung war und ist der Frieden. Der siebzigjährige heiße und kalte Krieg gegen die Sowjetunion hat die Welt in zwei Teile gespalten: Freiheit ohne Gleichheit auf der einen Seite, konkret die Freiheit der Ausbeutung oder, mit Sartre, die Auspowerung von Kontinenten im Namen der Akropolis, die Menschenrechte eine Phrase; Gleichheit auf Kosten der Freiheit auf unserer Seite, die Menschenrechte eine Arbeit mit Blut, Schweiß und Tränen. Eine Konsequenz dieser Teilung ist die Mauer zwischen Berlin und Berlin. Sie ist auch ein Denkmal für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die westliche Umarmung für das Gorbatschowprogramm, was seinen innenpolitischen Teil angeht (in der Abrüstungsfrage fällt die Umarmung eher gehemmt aus), sollte uns nicht blind machen für die Tatsache, daß es dabei nicht um eine Annäherung an den Westen geht, sondern im Gegenteil um die Herausbildung des Anderen, um die wirkliche Alternative zum Kapitalismus, nicht um das Aufgeben von Positionen, sondern um die Erprobung der einzigen Position, die Zukunft möglich macht. Wir haben keinen anderen Weg nach vorn als zurück zu Marx und Lenin, die Analyse und Berücksichtigung der veränderten neuen Bedingungen vorausgesetzt. ...''

Der vollständige Wortlaut des Diskusionsbeitrages von Heiner Müller ist zusammen mit Stellungnahmen der DDR-Autoren Christa Wolf und Günther de Bruyn sowie einem Dialog zwischen Walter Höllerer und Stephan Hermlin in Heft 2 der Zeitschrift ,,Sprache im technischen Zeitalter'' erschienen. Die Beiträge geben einen knappen, aber wichtigen Einblick in das politische Bewußtsein bedeutender DDR-Autoren, die in der mit dem Namen Gorbatschows verbundenen Politik Chancen für die Entfaltung einer lebendigen sozialistischen Demokratie in der DDR sehen. Das Exemplar besagter Zeitschrift ist erhältlich beim Literarischen Colloquium, Am Sandwerder 5, 1000 Berlin 39.

Welcher Sartre?

Der Sartre-Kongreß in Frankfurt



Die einen sehen die Philosophie im Kommen, die anderen den Diskurs, die dritten den Existentialismus, wieder andere die Ästhetik des intellektuellen Genusses. Angestrengt bemüht sich die bürgerliche Presse, das Phänomen zu ergründen, daß ein Kongreß über das Werk von Jean-Paul Sartre auf einmal über tausend Menschen anzieht, die sich mitten in der Ferienzeit bei hochsommerlichen Temperaturen in die kopfschmerzträchtigen Frankfurter Hörsäle drängen, um stundenlang mehr oder weniger prominenten Rhetoren zu lauschen und sie anschließend teilweise wie Popstars zu beklatschen.

Erstmal ist das Gelächter auf Seiten der Progressiven: War Sartre den Konservativen nicht ein Verräter, als er nach dem Krieg schreibend, sprechend und lebend spießbürgerliche Normen kaputtzumachen anfing? Waren nicht Sartre und Simone de Beauvoir mit ihrem ebenso unehelichen wie unsittlichen Beisammensein der schielende Zwerg und der frigide Blaustrumpf, die eben nichts Besseres abgekriegt hatten? Waren sie nicht das Stalinisten-Paar, als sie in der Phase des Kalten Krieges sowjetische Friedensvorschläge unterstützten und bestätigte sich dieses Urteil nicht, als Sartre den Vorsitz des Russell-Tribunals über die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam übernahm? War er nicht am Ende der nützliche Idiot der Terroristen, ein seniler, verkalkter, blinder Trottel, der sich nach Stammheim zu Baader abschleppen ließ? Heute steht er wieder auf dem Podest, das er zu Lebzeiten nicht nur mied, sondern verachtete: Meisterdenker, brillanter Literat, mutiger Einzelgänger, Vorbild für die Jugend.

Der Kongreß (9.-12.7.87), veranstaltet vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Universität und dem Rowohlt Verlag, eröffnete mit einer Podiumsdiskussion — „Zur Freiheit verurteilt" —, die nicht anfangen konnte. Im Volksbildungsheim der Stadt hatte der Hausmeister das Publikum fein säuberlich abgezählt und bei achthundertsoundsoviel wegen Überfüllung geschlossen. Aufkeimenden Unmut vor und hinter den Pforten beantwortete er schnurstracks mit dem Alarmieren der Polizei, die sich nicht lumpen ließ und den Wartenden eine Lektion über die Einhaltung diverser Ordnungsvorschriften erteilte. Sehr zum Leidwesen der liberalen Berichterstattung schaltete Diskussionsleiter
Ordnungsvorschriften erteilte. Sehr zum Leidwesen der liberalen Berichterstattung schaltete Diskussionsleiter
Traugott König, welcher als Herausgeber von Sartres Gesamtwerk bei Rowohlt schlecht ignoriert werden konnte, auf stur: Nichts werde laufen, bevor nicht die Türen geöffnet seien und die Polizei das Haus verlassen habe. Auch daß sich Margarete Mitscherlich und Alice Schwarzer durch einen Polizeikordon hindurchkämpfen mußten, animierte die Journalisten nicht zu ritterlicher Solidarisierung. Sowas Unschönes wollte man nicht wahrnehmen, und hinterher wurde der Konflikt als grundlose oder aufgebauschte Nebensächlichkeit abgetan. Nach einer Stunde gab die Ordnung nach, und König eröffnete mit einer Textstelle aus „Das Sein und das Nichts":

„Die wesentliche Konsequenz unserer vorangehenden Ausführung ist, daß der Mensch, dazu verurteilt, frei zu sein, das Gewicht der gesamten Welt auf seinen Schultern trägt: Er ist für die Welt und für sich selbst als Seinsweise verantwortlich. Wir nehmen das Wort ‚Verantwortlichkeit' in seinem banalen Sinn von ‚Bewußtsein davon, der unbestreitbare Urheber eines Ereignisses oder eines Gegenstands zu sein' (...), denn die schlimmsten Übel oder die schlimmsten Gefahren, die meine Person zu treffen drohen, haben nur durch meinen Entwurf einen Sinn; und sie erscheinen auf dem Grund des Engagements, das ich bin. Es ist also unsinnig, sich beklagen zu wollen, weil ja nichts Fremdes darüber entschieden hat, was wir fühlen, was wir erleben oder was wir sind. Diese absolute Verantwortlichkeit ist übrigens keine Hinnahme: Sie ist das bloße logische Übernehmen der Konsequenzen unserer Freiheit."

Freiheit in Verantwortung

Sartres Freiheitsbegriff bedeutet also nicht, zu tun oder zu lassen, wozu man Lust verspürt, sondern er bildet eine untrennbare Einheit mit der Verantwortung. Manchmal hat man fast den Eindruck, Sartre brauchte die individuelle Freiheit gerade oder vor allem deswegen, weil er den einzelnen Menschen unbedingt für verantwortlich erklären wollte. Frau Mitscherlich versuchte, diesen Ausgangspunkt mit *ihrem* Thema zusammenzubringen: der „Unfähigkeit zu trauern", der Verdrängung der NS-Zeit, dem unverantwortlichen Umgang mit geschichtlichen Erfahrungen des eigenen Volkes. Eine Freiheit, die auf der „späten Geburt" beruhe, sei nur Leugnung eigener Determinanten, was die Gefahr des Wiederholungszwangs in sich berge. Das Thema war weder einfach noch angenehm, ein paar Zuhörer reagierten verständnislos bis unwirsch — die Presse („FAZ" und „FR") nahm's zum Anlaß, endlich einmal auf der ungeliebten Psychoanalytikerin herumhacken zu können.

Nachdem in weiteren Beiträgen die Frage nach dem plötzlich massenhaften Interesse an Sartre aufgeworfen worden war, die mit vagen Hinweisen auf seine persönliche Integrität und seinen authentischen Lebensstil beantwortet wurde, setzte Alice Schwarzer Akzente. Für Feministinnen sei Sartre durchaus eine ambivalente Figur. Aber er sei es auch gewesen, der Simone de Beauvoir aufgefordert habe, „Das andere Geschlecht" zu schreiben, das dann zum Standardwerk der neueren Frauenbewegung geworden sei. Die „Emma"-Herausgeberin grenzte sich heftig von Tendenzen ab, den Feminismus aus der weiblichen *Natur* abzulei-
„Emma"-Herausgeberin grenzte sich heftig von Tendenzen ab, den Feminismus aus der weiblichen *Natur* abzulei-
ten (Mütter-Manifest) und brachte der Sartreschen Philosophie als Alternative viel Sympathie entgegen. Was ein bißchen verwunderte: Der angekündigte Claude Lanzmann, der nicht nur als Mitglied der Sartre-„Familie" („Les Temps Modernes") sondern vor allem wegen seines „Shoah"-Films mit Spannung erwartet wurde, aber dann doch absagte, wurde eigentlich nicht besonders vermißt. Jedenfalls weinte ihm die Presse keine Träne nach.

Die folgenden beiden Tage beschäftigte sich der Kongreß mit der Auseinandersetzung zwischen Sartre und dem Strukturalismus, der heute in Frankreich dominierenden philosophischen Strömung, mit Sartres Ästhetik, seinem Verständnis von der Rolle des Intellektuellen, seiner Geschichts- und Sozialphilosophie, mit Subjektivität und Intersubjektivität und seinen Moral-Vorstellungen. Alfred Schmidt (Frankfurt) und Jean-Pierre Vigier (Paris) nahmen in unterschiedlicher Weise Sartres Auseinandersetzung mit dem dialektischen Materialismus auf: Sartre hatte Ende der vierziger Jahre vehement darauf beharrt, Dialektik sei das Entwicklungsgesetz des Denkens, nicht aber der Materie. In diesem Sinne meinte Schmidt, Engels habe in der „Dialektik der Natur" binäre Gegensätze mit dialektischen Widersprüchen verwechselt, während der Physiker Vigier dafür plädierte, diese Diskussion endlich von den in ihr benutzten, völlig verstaubten Beispielen aus der Naturwissenschaft zu trennen. Man könne sich nicht penetrant auf ein mehr als hundert Jahre altes mechanisches Denken beziehen und moderne wissenschaftliche Erkenntnisse konstant ignorieren, die sehr wohl dialektische Prozesse in der Natur erkennen ließen. Sartre habe ihm, Vigier, in mehreren Gesprächen ausdrücklich erklärt, letztlich müßten die Naturwissenschaftler, nicht die Philosophen, diesen Streit entscheiden. Sartre sei eben wirklich undogmatisch und immer für neue Erkenntnisse offen gewesen.

Die Bürgerlichen lieben den „frühen Sartre"

Freilich war ein direkter Bezug auf marxistische Kontroversen eher die Ausnahme auf dem Kongreß: Den Bürgerlichen ist der frühe Sartre lieber (ebenso wie der „junge Marx"), und die von Gorbatschow beklagte Stagnation sozialistischer Wissenschaft bleibt natürlich auch nicht ganz ohne Folgen. „Das Sein und das Nichts" war mehr gefragt als die „Kritik der dialektischen Vernunft", die Sartre als Beitrag zum Marxismus verstanden hat. Mit besonderer Spannung war die Konfrontation zwischen Sartres Existentialismus und der am Main ansässigen Kritischen Theorie erwartet worden. Deren Väter hatten wenig von dem Franzosen gehalten, weil er eine Reihe von Begriffen bei Heidegger gelernt hatte, dem Philosophen, der als NS-Universitätsrektor und -Sympathisant Adorno und Marcuse stets ein Greuel gewesen war. Inzwischen hat die Frankfurter Schule (Habermas) Gemeinsamkeiten mit Sartre entdeckt, und man versteht besser, daß Sartre die Heideggerschen Begriffe in einen ganz anderen, aufklärerischen Kontext gesetzt hat. Und trotzdem hat Heidegger diesen Kongreß eingeholt, und der deutsche Philosoph war es, der am späten Freitag abend und frühen Samstag morgen plötzlich im Zentrum der Debatte stand.

Der Heidelberger Hans-Georg Gadamer, mit 87 Jahren Senior des Kongresses, füllte mit seinem Vortrag über „Das Sein und das Nichts" die beiden größten Uni-Hörsäle. Er berichtete, wie er das Buch von Heidegger persönlich erhielt, um zu studieren, was da in Frankreich gedacht werde. Dabei schlug Gadamer in Nebensätzen, die die Journalisten der rechten Presse begierig mitschrieben, bemerkenswerte Töne an, die das bisher geläufige Bild des Mannes, der im Schwarzwald Wurzeln schlug, zurechtrücken sollten. Heidegger habe später selbst Ärger mit
des Mannes, der im Schwarzwald Wurzeln schlug, zurechtrücken sollten. Heidegger habe später selbst Ärger mit
dem NS-Regime bekommen, und man solle sich die damalige Zeit bitteschön auch nicht so vorstellen, als hätten die Nazis Forschung und Lehre übermäßig kontrolliert. Er, Gadamer, beispielsweise habe unbehelligt ein Seminar über den verpönten Husserl durchführen können. Diese Argumentation klang ein bißchen nach „Ich habe auch einen Juden gekannt"...

Gadamer vertrat die originelle These, Sartre habe drei deutsche Philosophen — Hegel, Husserl, Heidegger — in eins gebracht und sei dabei beim Seinsbegriff der Eleaten (altgriechische Denkschule) gelandet. Das klingt polemisch, wird aber von dieser Art des Philosophierens gar nicht als Polemik empfunden: Sie beansprucht, die Gedanken in ihrer Zeitlosigkeit zu verfolgen. Gadamer zelebrierte eine Vorstellung deutschen philosophischen Denkens mit deutlicher Vorliebe für Heidegger — zugegebenermaßen in exzellenter Rhethorik, aber völlig unkritisch. Er wurde mit stehenden Ovationen gefeiert, wobei es nicht unbedingt die Dauerbesucher des Kongresses waren, die in Ekstase gerieten, sondern eher diejenigen, die sich dann auch durch die entsprechenden Lobeshymnen in "FAZ" und "Welt" angesprochen fühlten. Kostprobe: *„Was dieser 87jährige Mann am Abend des 10. Juli im Hörsaal VI der Frankfurter Goethe-Universität mit unvergeßlicher Mimik, Gestik und Würde an Gedanken ausbreitete, war nicht nur eine Sternstunde des Kongresses, sondern öffentlichen deutschen Philosophierens nach 1945 überhaupt."* („Welt am Sonntag", 19.7.87)

Am nächsten Morgen nahm der Pariser Publizist Georges-Arthur Goldschmidt hundertprozentig die Gegenposition ein: präzise, pointiert, polemisch. Sartre habe „Den Menschen erfinden" wollen (Titel von T. Königs Sartre-Lesebuch), Heidegger habe den Menschen verworfen. Sartre habe sich zum Schluß seines Lebens in seiner mehrtausendseitigen Flaubert-Studie („Der Idiot der Familie") der unglaublich schweren Aufgabe unterzogen, sich möglichst intensiv, geradezu „intim" in einen anderen Menschen hineinzudenken. Er habe die Wahrheit im konkreten Mitmenschen gesucht, nicht in einer Welt der Dinge, nicht in einem unpersönlichen Denken, welches nur ein „Es" oder ein „Man" kennt. Man müsse sich überhaupt fragen, ob es das traditionelle Philosophieren heute noch geben könne oder ob man sich wie Sartre der Literatur bedienen müsse, um dem Menschlichen auf die Spur zu kommen. Heideggers Denken sei jedenfalls die Philosophie des Schweigens über Auschwitz.

Auch Goldschmidt erhielt sehr starken Beifall. Die „FAZ" meinte dazu, so seien die Leute nun einmal, sie klatschten hier, sie klatschten dort — Hauptsache, es wird gut vorgetragen. Dem schließt sich der „Pflasterstrand" immer gern an: Wenn einem sonst nichts einfällt, betont man das Bedürfnis nach Diskurs. Vielleicht waren es
Dem schließt sich der „Pflasterstrand" immer gern an: Wenn einem sonst nichts einfällt, betont man das Bedürfnis nach Diskurs. Vielleicht waren es
einfach nicht dieselben, die klatschten? Die „FAZ" war aber die einzige Zeitung, die den Widerspruch zwischen diesen beiden Referenten erwähnenswert fand, freilich um für Gadamer Partei zu ergreifen. Das bestätigt wieder einmal den Eindruck, daß die Leute dort genauso dogmatisch sind wie wir, nur eben umgekehrt. Deshalb also erst recht dogmatisch bleiben:

Gadamer hatte zu Auschwitz kein Wort verloren. Er war derjenige, der den Anspruch verkörperte, als weiser alter Mann die Denkgeschichte in großen historischen Zusammenhängen darzustellen: Wie wurde Sartre nach Kriegsende aufgenommen, wie war es damals, wie war es mit der deutschen Philosophie im Krieg und vor dem Krieg? Wie sah es an den Universitäten aus? Was ergibt sich daraus für heute? Mag sein, daß der Heidelberger kein politischer Rechtsaußen ist, mag sein, daß er in dieser Hinsicht vielleicht eher auf der Wellenlänge eines Helmut Schmidt liegt, sein Vortrag war die Verantwortungslosigkeit in Gestalt der „Zeitlosigkeit". Welch' eine haltlose These, daß sich die Universitäten von der nazistischen Einflußnahme relativ freigehalten hätten, wenn man ausgerechnet von der Ruperto Carola Heidelbergiensis kommt! Dort wandelt also der deutsche Geist den Philosophenweg entlang und weidet die Augen am lieblichen Neckartal, wissend, daß auf dieser Bank Eichendorff zu sitzen pflegte, auf jener jedoch Hölderlin. Ist sie nicht *wonderful*, die einzigartige Schloßruine mit der dazu passenden Alten Brücke? Und dann murmelt er einen altgriechischen Begriff und einen lateinischen Vers, und Herrn Oberstudienrat schaudert vor der Tragweite eines Gedankens. Was nicht davon abhält, dieses oder jenes Grundstück als phantastisch zu begutachten.

Doch dort wird man kaum ein Häuschen erwerben können, denn es sind nicht mehr die Philosophen, die daselbst heimisch wären, sondern die Physiker. Wie sie mit ihren Instituten zur teuersten Lage der Stadt kamen, ist wenig bekannt, aber schnell erzählt. Die Nazis stellten ihnen die teuren Immobilien zur Verfügung, und sie taten es für einen, den sie besonders schätzten: Ein gewisser Lenard, Begründer der sog. „deutschen" oder „arischen" Physik und fanatischer Einstein-Hasser, der die Relativitätstheorie aus purem Antisemitismus bekämpfte. Dieses ist konkret das akademische Milieu, das uns via Gadamer mit der eingeborenen universitären Tradition versöhnen will und der „Welt" ein paar billige Stichworte gibt, damit sie ihren Lesern vom Volk der Dichter und Denker vorschwärmen kann. Brechreiz ist zugebenermaßen unangenehm. Trotzdem sind diejenigen bemitleidenswert, die angesichts solcher kultureller Manöver nicht einmal Übelkeit empfinden.

Die „Torheiten"

Die „Torheiten"

Sartre hat es nicht nötig, vor solchem Niveau geschützt zu werden; sein Werk spricht für sich. Die plumpe Tour der Konservativen gibt allerdings unsereinem das Recht zur Klarstellung, und die günstige Gelegenheit lassen wir uns nicht entgehen: Wer nicht begreift, daß sich Sartre lange Zeit bewußt mit den französischen „Maos" eingelassen hat, wer nicht begreift, daß er Teil *unserer, nicht Eurer* Entwicklungsprozesse, *unserer, nicht Eurer* Probleme, *unserer, nicht Eurer* Tragik ist, ist dumm, weil er sich dumm stellt, aber ziemlich ungeschickt. Vereinnahmen oder Geißler-mäßig „geistig-politische Felder besetzen" können wir auch, sogar viel besser. Ernster ist es allerdings, noch einmal auf die Logik hinzuweisen, die es den Medien — auch einer „Frankfurter Rundschau" — angeraten erscheinen ließ, den Ansatz der Margarete Mitscherlich zu verreißen, den Gadamer jedoch zu preisen. Das erfordert es auch, sich mit dem Weg, mit dem Verständnis von Verantwortlichkeit zu konfrontieren, den Claude Lanzmann mit „Shoah" eingeschlagen hat. Vielleicht kommt er ja doch noch einmal zu einer Diskussion. Lanzmann hatte in den fünfziger Jahren Sartre und de Beauvoir mit der KPF bekannt gemacht — Sachen gab's ... In einem Interview für die Frankfurter Zeitschrift „Babylon" (Nr. 2) antwortete er jetzt auf die Frage nach dem, was hier wie in Frankreich gewöhnlich als die „politischen Torheiten" des französischen Philosophen abgetan wird: Sartre habe sich geirrt. Aber er habe sich immer in der richtigen Richtung geirrt.

de.

Preparing for Power

Kongreß der Revolutionary Communist Party (RCP) in London

Im April diesen Jahres besuchte eine Gruppe englischer Kommunistinnen die BRD, um ihre junge Partei, die RCP, in der westdeutschen radikalen Linken bekannt zu machen und Kontakte zu knüpfen. Einem Gespräch beim KB folgte die Einladung, an der jährlichen Sommerschule der RCP teilzunehmen, die vom 24. bis 31. Juli in London stattfand. Zwei Genossen aus Hamburg haben sich auf den Weg gemacht.

REVOLUTIONARY COMMUNIST PARTY SUMMER SCHOOL

London Friday 24 to Friday 31 July

Preparing for POWER

1 9 8 7

1 9 8 7

„*Die Revoltionäre Kommunistische Partei hat sich vorgenommen, diese Welt zu verändern und dabei in England anzufangen*", heißt es selbstbewußt im Einladungstext zur Sommerschule der RCP.

Mit etwas weniger Mitgliedern als der KB gehört die RCP heute zu den größeren Organisationen der revolutionären Linken in England. Anders als in der BRD, in der die Gedanken Mao Tse-Tungs die neue Linke ideologiebildend beinflußten, ist der Trotzkismus bis heute die ideologische Hauptströmung innnerhalb der radikalen Linken Englands. Neben einer Vielzahl kleinerer trotzkistischer Zirkel, die sich auf die IV. oder die V. Internationale beziehen, ist die trotzkistische Socialist Workers Party (SWP) mit ca. 3000 Mitgliedern die stärkste und einflußreichste Gruppierung der radikalen Linken.

Wurzeln

Auch die Gründungsmitglieder der RCP kommen aus dieser Tradition, ar-

Wurzeln

Auch die Gründungsmitglieder der RCP kommen aus dieser Tradition, arbeiteten Anfang der 70er Jahre als Opposition innnerhalb der International Socialists, einer Vorläuferorganisation der SWP. 1974 wurden sie nach eigener Darstellung wegen ihrer Kritik an der ökonomistischen Ausrichtung dieser Organisation, die linke Politik allein über gewerkschaftliche Arbeit und Orientierung an der Labour Party transportieren wollte, ausgeschlossen, woraufhin sie die Revolutionary Communist Group (RCG) gründeten. Aus einer weiteren Spaltung, 1976, ging die Revolutionary Communist Tendency (RCT) hervor, die dann 1981 die RCP ins Leben rief.

Labour und die Linke

Seit mehr als fünfzig Jahren orientiert sich die radikale Linke in England an der Labour Party, entweder dadurch, daß sie mittels Entrismus die Partei von innen zu unterwandern versucht, oder durch „kritische Unterstützung" von außen, Wahlaufrufe etc. Die RCT, heute die RCP, macht erstmals den Versuch, mit dieser Politik zu brechen. In einem 1978 veröffentlichten Nicht-Wahlaufruf für Labour schreibt die RCT: „*Jede Unterstützung für die Labour Party, wie ‚kritisch' auch immer sie sich gebärdet, verhindert die Entwicklung eines Klassenbewußtseins innerhalb der Arbeiterbewegung, das geeignet wäre, die reformistische Führung der Arbeiterklasse zu verdrängen. Fortschrittliche Arbeiter aufzufordern, Labour ‚kritisch' zu unterstützen, heißt, sie zu dem aufzufordern, was sie sowieso schon tun. Was diese Arbeiter jetzt benötigen ist ein unabhängiges Programm, daß die Labour Party schlagen kann. Dieses Programm kann nur in vollständiger Opposition, politisch wie organisatorisch, zu dieser Partei entwickelt werden.*"

Die Strategie

Die RCP hat sich vorgenommen, aus dem Schatten der Labour Party herauszutreten und eine neue Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Nach eigenem Bekenntnis ist der Einfluß der RCP heute noch marginal, sie arbeitet nicht *in* und als Teil der Arbeiterklasse, sondern *an* ihr. So wird die Wochenzeitschrift „The Next Step" mit einer Auflage zwischen 6.000 und 8.000 regelmäßig vor Fabriktoren verkauft. Die Propaganda der RCP richtet sich hauptsächlich an die politisch fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse, die für eine revolutionäre Poltik gewonnen werden sollen. Die gegenwärtige Stärke der herrschenden Klasse beruht aus der Sicht der RCP auf ihrer Fähigkeit, die in der Arbeiterklasse vorherrschenden Ideen und Ideologien zu bestimmen — die herrschenden Gedanken sind die Gedanken der Herrschenden. Insofern reiche der enge ökonomische Kampf im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit, auf den sich die Linke in England in der Vergangenheit hauptsächlich konzentriert, nicht aus, da damit allenfalls Klassen-, aber kein revolutionäres Bewußtsein zu erzielen sei. Vielmehr gehe es darum, der Verankerung der herrschenden Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse auf allen Politikfeldern entgegenzutreten und eine antikapitalistische und von der Bourgeoisie unabhängige politische Kultur zu verankern.

Zur Veranschaulichung dieser Ausrichtung: Die RCP widmet sich sehr stark der imperialistischen Politik gegenüber Irland, weil in dieser Frage das Bewußtsein der *englischen* Arbeiterklasse total von der Bourgeoisie beherrscht wird. Andersherum würde die RCP in Irland dieser Frage weniger Beachtung schenken, weil sie im Großen und Ganzen nur Zustimmung ernten würde. In Irland würde sie beispielsweise eine Kampagne zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs durchführen.

Kampagnenpolitik

ren.

Kampagnenpolitik

Zu vier Politikfelder hat die RCP in der Vergangenheit Kampagnen entwickelt: proletarischer Internationalismus mit mit Schwerpunkt auf den Krieg in Nordirland, Frauenunterdrückung und der Kampf für die Rechte von Schwulen und Lesben, Antirassismusarbeit und Kampf gegen die Einwanderungskontrollgesetze. Während sich in unseren Breitgraden der proletarische Internationalismus, sofern es ihn noch gibt, zumeist mit den Geschehnissen in Ländern beschäftigt, die mindestens 5.000 km weit entfernt sind, beginnt er für die RCP vor der „eigenen Haustür" in Nordirland. „*Die Masse der Arbeiter für eine Position des proletarischen Internationalismus zu gewinnen, ist ein wichtiger Schritt dafür, sie als Klasse für eine revolutionäre Position zu gewinnen, besonders in England, wo Nationalismus und Chauvinismus in der Arbeiterbewegung so tief verankert sind.*" Im Herangehen an die Nordirlandfrage unterscheidet sich die RCP von der übrigen Linken in England, an der sie kritisiert, den durch die IRA angeführten Befreiungskrieg nicht bedingungslos zu unterstützen: „*Die Linke verbeugt sich vor der Stärke antiirischer Vorurteile innerhalb der britischen Gesellschaft.*" In der Tat ist der Befreiungskampf der IRA bis heute ein Tabu-Thema in der britischen Öffentlichkeit. Bis in weite Teile der Linken wird die IRA mit den gleichen Standards der „Terrorismus"-Kritik betrachtet wie hierzulande die RAF. Wenn sich die Linke mit Nordirland beschäftigte, kritisiert die RCP, so „*appelliert sie an die Regierung, Reformen bei Methoden der Verwaltung seiner ältesten Kolonie einzuführen.*" Die Aktivitäten der Linken, wie etwa die nordirische Bürgerrechts-Solidaritätskampagne laufe letztendlich darauf hinaus, „*etwas weniger barbarische Formen imperialistischer Herrschaft*" für Nordirland einzuklagen. 1982 hat die RCP eine eigene Solidaritätsbewegung für den nordirischen Befreiungskampf ins Leben gerufen, the „Irish Freedom Movement" (IFM). Politische Plattform der IFM sind die Forderungen: sofortiger Abzug der Besatzungstruppen, Selbstbestimmungrecht für das irische Volk, Unterstützung des bewaffneten Kampfes der IRA.

Die Unterstützung für die IRA ist nach eigenem Bekenntnis kritiklos. Das gilt auch für Erscheinungsformen des irischen Befreiungskampfes wie die Bombe im Londoner Kaufhaus Harrods, die Weihnachten 1983 hochging. Über die blutigen Auseinandersetzungen zwischen der INLA (IRA-Abspaltung) und der IRA wird in „The Next Step" nicht berichtet, denn: „*Jede Kritik an der Taktik der IRA oder Zugeständnisse an die Terrorismus-Propaganda des Establishments kann nur den Einfluß des Nationalismus verstärken und untergräbt die antiimperialistische Solidarität.*"



„Der Hauptfeind steht im eigenen Land"

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land"

war ein oft zu hörendes Zitat auf den Veranstaltungen der Sommerschule der RCP. Anläßlich des „Falkland-Krieges", der England in einen chauvinistischen Taumel versetzte, gehörte die RCP zu den wenigen linken Organisationen, die dagegen auf die Straße gingen. Nach der Bombardierung von Tripolis und der Kampagne gegen Libyen stellte die RCP die aktive Rolle der eigenen Bourgeosie bei der logistischen Unterstützung des US-Imperialismus in den Mittelpunkt der Kritik, im Gegensatz zu anderen Strömungen in der Linken, die auf antiamerikanische Ressentiments in der Bevölkerung setzten, um „Breite" zu erreichen.

Die RCP hat ein grundsätzlich anderes Verhältnis zur internationalen Solidaritätsarbeit als es bei Individuen oder Organisationen der Linken in der BRD, einschließlich des KB, ausgeprägt ist. So pflegt die RCP keine direkten Kontakte oder Beziehungen zu Befreiungsbewegungen in der „3. Welt" und versucht auch nicht, ihr nahestehende Strömungen innerhalb von Befreiungsbewegungen, sei es in Afrika oder Lateinamerika, zu sponsern. Grundsätzlich wird alles und jedes propagandistisch unterstützt, das dem eigenen Imperialismus nachhaltig schadet. Internationale Solidaritätsbemühungen beschränken sich weitgehend auf eine propagandistische Arbeit, die sich demzufolge auch nicht praktisch, in Form von Geldsammeln („Waffen für ..." etc.) äußert, sondern die dem einzigen Zweck dient, eine antiimperialistische und internationalistische Kultur in England aufzubauen.

Labour oder die Red Front?

Anläßlich der Parlamentswahlen im Juni diesen Jahres hat die RCP den Versuch unternommen, eine gemeinsame Kandidatur linker Organisationen in Konkurrenz zur Labour Partei aufzubauen. Ein offener Brief an alle linken Organisationen und darauf folgende Diskussionsveranstaltungen blieben jedoch ohne positive Resonanz. Die übrige Linke blieb bei ihrer Politik der „kritischen Wahlunterstützung" für Labour. „*Vote Labour, but fight for a new socialist alternative*", solche oder ähnlich Plakate steuerten die Linke, einschließlich der SWP, zum Wahlkampf bei. Mit dieser jahrzehntenlangen Tradition des „Vote Labour, but ...", der Tradition, immer wieder das „kleinere Übel" zu wählen, hinter der die Angst der Linken steht, sich von „den Arbeiter" zu isolieren, die eben immer noch Labour wählen, wollte die RCP brechen. Nun bleibt auf Grund des englischen Mehrheitswahlrechtes jede Kandidatur einer kleinen Partei ein symbolischer Akt, und so hatte sich in der RCP wohl niemand Hoffungen gemacht, einen Parlamentssitz zu erobern. Auf der Auswertungsveranstaltung war man jedoch etwas enttäuscht über das schlechte Abschneiden der RCP-Kandidaten/innen. Die RCP hatte in 14 Wahlkreisen Kandidaten benannt. Obwohl es de facto eine Alleinkandidatur blieb, die RCP konnte lediglich einige Einzelpersöhnlichkeiten für eine Kandidatur auf ihrer Liste gewinnen, hielt sie das Label Red Front aufrecht. 3.141 Stimmen konnten die Red Front-Kandidaten auf sich vereinigen, durchschnittlich 225 Stimmen pro Wahlkreis, wobei man berücksichtigen muß, daß die RCP aufgrund ihrer personellen und finanziellen Schwäche eben nur 14 Wahlkreise abdecken konnte. Das Ergebnis der Wahl blieb also im Rahmen dessen, was man mit ML-Alleinkandidaturen in der BRD in der Vergangenheit auch erreichen konnte. Dies ist aber nicht allein das Problem der RCP. Sie hat sich ernsthaft bemüht, eine breite Bündniskandidatur der Linken aufzubauen. Andererseits hat sich die abermalige Unterstützung der übrigen Linken für Labour nicht ausgezahlt. Labour erreichte das schlechteste Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte und der Thatcherismus ging gestärkt aus den Wahlen hervor. Und das, obwohl (oder weil?) die Labour Party einen Wahlkampf nach rechts führte und gezielt jene sozialen Schichten versuchte anzusprechen, die von Thatchers Wirtschaftspolitik profitieren (so called yuppies). Der Zustand der britischen Sozialdemokratie (und nicht nur der) schreit also wirklich (objektiv) nach einer revolutionären Alternative. Der Reformismus der britischen Labour Bewegung besitzt z.Zt. nur noch wenig Anziehungskraft bzw. Ausstrahlung. Große Teile der Arbeiterklasse haben im Juni nicht Labour, sondern rechts gewählt, lediglich in einigen Gebieten Englands, in denen die alten absterbenden Industriezweige (Stahl, Kohle, etc.) zuhause sind, etwa in Teilen Schottlands, konnte sich Labour mangels einer Alternative behaupten. Ein Wort zu den britischen Grünen: Sie gewannen durchschnittliche 600 Stimmen pro Wahlkreis, ohne im Wahlkampf große Aktivitäten entwickelt zu haben. Die Stimmen für die Grünen kommen, nach der Analyse der RCP, aus einem Protestwählerstamm. In England grün zu sein oder zu wählen, so wurde mir erklärt, gilt als noch wesentlich exotischer als Kommunist zu sein.

Der Kongreß

„Preparing for Power" ist eine seit Jahren regelmäßig durch die RCP organisierte Schulungs- und Diskussionswoche. 14 Vertiefungskurse, die sich täglich zweistündig durch die Woche zogen, wurden von ca. 100 Einzelveranstaltungen begleitet. Für die Vertiefungskurse wurde ein sehr breites Spektrum an Themen angeboten, eine Auswahl:

— „*Andere revolutionäre Strategien*" eine Auseinandersetzung mit „nicht marxistischen" Theorien der Befreiung, insbesondere Anarchismus, utopischer Sozialismus, Guevarismus und Focus-Theorie, Amilcar Cabral und afrikanischen Sozialismusideen.

— „*Die Krise des Marxismus in Europa*" an dieser Veranstaltungsreihe haben wir durchgängig teilgenommen. Sie versuchte, den ideologischen Niedergang der traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und KPs, nach dem 2. Weltkrieg nachzuzeichnen. In der Analyse der RCP liegen die Wurzel dieses Niedergangs in dem Schulterschluß der Arbeiterparteien mit ihren Bourgeoisien gegen den Faschismus während des zweiten Weltkrieges, also darin begründet, die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, anstatt die Schwäche der eigenen Bourgeosie für die Revolution zu nutzen. Zweite Ursache des ideologischen Niedergangs der KPen sei die nichterfolgte Analyse und Abrechnung mit dem Stalinismus in der Sowjetunion. Desweiteren setzte sich der Kursus mit der Entwicklung 68er Bewegung auseinander. Die Referenten/innen vertraten dabei die Ansicht, daß der Einfluß kleinbürgerlicher Theorien (Satre, Marcuse, Horckheimer bis hin zu Andre Gorzs wurden da genannt) auf die 68er Bewegung die ideologischen Grundlagen für das Abdriften der neuen Linken in das Lager der Alternativbewegung, der Grünen oder des privaten Glückes geführt hätten. Eine weitere Session beschäftigte sich sodann mit der „Politik der Verzweiflung", sprich, den Stadtguerilla-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

konzepten der 70er. Die in diesem Kursus vorgetragenen Analysen fanden weitgehend unsere Zustimmung. Starke Widersprüche hatten wir gegenüber der Charakterisierung fast aller neueren Philosophen als kleinbürgerliche Ideologen, Satre etc. (oder „free thinkig lefties" wie sich die Referentin ausdrückte). Manche der Ideen dieser Ideologen, so fanden wir, sollten viel eher als ein Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus verstanden werden. Ein bißchen, so war mein Eindruck, verfolgt die RCP in dieser Frage einen ML-Purismus.

— *„Organising for power"* eine Veranstaltungsreihe rund um die Rolle der Partei im Revolutionären Kampf, möchte ich als letztes Beispiel für die angebotenen Vertiefungskurse anführen. Hier wurden die Konzepte von Lenin und Rosa Luxemburg und Gramsci zum Parteiaufbau dargestellt, die Nachkriegsdebatten um die Rolle der Partei diskutiert und das von der RCP verfolgte Modell des Parteiaufbaues vorgestellt.

Neben diesen Vertiefungskursen gab es, wie gesagt, eine Vielzahl von Veranstaltungsangeboten, deren Bogen sich von Themen wie etwa *„die Rolle des Militärs in der Sowjetunion"* bis hin zu *„Was dich zum Lachen bringt — über englischen Humour"* spannte.

Subjektive Eindrücke

Was einem bei dem Besuch des Kongresses unmittelbar ins Auge sprang: Die RCP ist eine sehr junge Partei. Zieht man die Leitungsgruppe der Partei, die aus alt-linken Zusammenhängen kommt, ab, so liegt das Durchschnittsalter der Mitglieder und Sympathisanten bei geschätzen 23 - 25 Jahren. Die Frauen bilden die Mehrheit der organisierten Mitgliedschaft, was sich auch in den Leitungspositionen wiederspiegelt. Der RCP ist scheinbar auch gelungen, viele farbige Menschen für eine revolutionäre Politik zu interessieren, auf dem Kongreß an dem 800 Menschen teilnahmen, waren sie jedenfalls mit ca. 10% der Teilnehmer

Menschen teilnahmen, waren sie jedenfalls mit ca. 10% der Teilnehmer

vertreten. Dies mag z.T. auch daran liegen, daß die RCP in der Antirassismusarbeit sehr aktiv ist.

Einen persönlich nicht ganz unwichtigen Nebeneffekt hatte diese Reise auch noch: Lange sind wir nicht mehr auf so grundsätzliche Fragen gestoßen worden. Das waren Fragen des Kalibers, warum wir nicht auch in der BRD den Parteiaufbau verfolgen und stattdessen in der reformistischen grünen Partei mitarbeiten, eine Zeitschrift „Arbeiterkampf" herausgeben, ohne jedoch eine Politik zu verfolgen, die sich in erster Linie an die Arbeiterklasse richtet etc. Auf jeden Fall waren dies Fragen nach dem eigenen Selbstverständnis.

M.

Zitate: Alle Zitate sind der theoretischen Zeitschrift der RCP Confrontation Nr. 1 und 2. entnommen.

Publikationen der RCP

- The Soviet Union Demystified: A Marxist Analysis
- The Irish War: The Irish Freedom Movement Handbook
- South Africa: Black Blood on British Hands
- Taking Control: A Handbook for Trade Unionist
- The Truth about the Aids Panic
- Workers Against Racism: The Roots of Racism
- Moral Panics and Victorian Values: Women and the Family in Thather's Britain
- Real Freedom: Women's Liberation and Socialism
- Confrontation (theoretische Zeitschrift der RCP) Nr. 1 mit einer sehr guten Grundsatzdarstellung der Politik der RCP und Nr. 2 mit einer interessanten Analyse der Veränderungen der Zusammensetzung der britischen Arbeiterklasse, vor dem Hintergrund des Absterbens alter Industriezweige zugunsten eines stark anwachsenden Dienstleistungssektor in der britischen Wirtschaft.

Falls Interesse an der Lektüre oben angeführter Bücher und Broschüren besteht, können diese bestellt werden über:
Junius Publications
BCM JPLTD
London WC1N 3XX

Bitte an entsprechende Bezahlung (im Voraus) denken.

30 Jahre KONKRET

Vor ziemlich genau zwanzig Jahren erlag der Westberliner Student Benno Ohnesorg einer Putativnotwehrmaßnahme — Schuß in den Hinterkopf zur Abwehr der aktuten Gefahr, die von dem Flüchtenden ausging. In den Tagen nach der Erschießung von Benno Ohnesorg entstanden zwar nicht antiautoritäre Bewegung und ApO, gleichwohl kamen von diesen Tagen an die verstreuten Gruppen (wie die „Subversive Aktion"), Organisationen (wie der SDS) und Bewegungen (wie der Ostermarsch) zu dem zusammen, was später als 68er-Revolte bekannt und (leider vorschnell) Geschichte geworden ist.

Die wiederum zehn Jahre früher, 1957, erstmals erschienene *konkret* (damaliger Untertitel: *Die unabhängige deutsche Studentenzeitung*) hatte nicht den geringsten Anteil am allmählichen Aufbrechen der stramm antikommunistisch-wirtschaftswunderlich versteinerten fünfziger und sechziger Jahre. Heuer, 1987, ist die *Konkret* (jetziger Untertitel: *Magazin für Politik und Kultur*), trotz mancherlei Irrungen und Wirrungen, dreißig Jahre alt geworden. Den Konkret Literatur Verlag hat das bewogen, in einem 380 Seiten starken Band im A4-Format eine Artikelauslese dieser Zeit vorzulegen. Gremliza hat dem eine kleine Verlagsgeschichte vorangestellt, darin enthalten die notwendige Abrechnung mit Altverleger Röhl und ein längerer Werbetext („KONKRET sprach ... begriff und denunzierte ... beharrte ... propagierte ... ergriff ... verteidigte ...") sowie einige grundsätzlichere Erwägungen zum Problem, in Zeiten wie diesen eine linke Zeitschrift herauszubringen: „Eine ‚Arbeiter Illustrierte Zeitung' (die in der Weimarer Republik in hoher Auflage verkauft wurde — Anm. AK) heute, mit — wenn es das gäbe — Leuten wie Heartfield, Tucholsky, Grosz, Kisch, wäre, verlegerisch gesprochen: ein Flop. Nicht die Zeitschrift entfacht die Klassenkämpfe, sondern die Klassenkämpfe setzen der Zeitschrift die Grenzen. Innerhalb dieser können Verlag und Redaktion ihre Sache gut machen oder schlecht, können vorantreiben, helfen oder stören."

Die Konkret-Retrospektive ist einigermaßen sorgsam ediert — den Artikeln eines Jahrgangs ist jeweils eine Chronologie der wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres vorangestellt — und die versammelten Aufsätze (über die getroffene wie wohl jede andere Auswahl ließe sich, also läßt sich nicht streiten) sind durchaus geeignet, einen Eindruck von der Entwicklung einer linken (linksintellektuellenOpposition in den letzten drei Jahrzehnten zu vermitteln.

Eine Verarschung des Leserpublikums ist es jedoch, daß die ersten rund siebzig Seiten, die Jahrgänge 1957-64, dermaßen verkleinert wiedergegeben werden (*konkret* kam früher in beträchtlich größerem Format heraus), daß man zum Entziffern einer Lupe bedarf (ist Fielmann etwa neuer *Konkret*-Promoter?); die Schrift ist z.T. noch kleiner als die, die im AK für Anmerkungen verwendet wird. Und ein, allerdings nicht vom Konkret Literatur Verlag zu verantwortender Skandal ist es, daß die Beiträge des „politischen Kopfs der Zeitschrift" (Gremliza), Ulrike Meinhof, in dem Sammelband fehlen. Fehlen müssen, weil, teilt Gremliza mit, „das Urheberrecht an diesen Texten formal bei ihren Töchtern (...) liegt, faktisch aber bei einem Mann, dem sie die Verfügung über ihre KONKRET-Kolumnen noch aus der Haft hat verbieten lassen: Röhl. Ausdrücklich unter Hinweis auf ihn haben die Töchter die Nachdruckgenehmigung verweigert." — Nicht „die Revolution frißt ihre Kinder": die Kinder fressen die Revolution.

30 Jahre KONKRET. Hg. Hermann L. Gremliza. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1987. Pb., 375 S., A4-Format, 30 DM



Eine Buchbesprechung

Konnte *man* tatsächlich *nichts tun* — damals?

Während der Nürnberger Prozesse in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre wurde zu Verteidigungszwecken der Mythos vom Befehlsnotstand, des angeblichen Zwanges zur Begehung von Verbrechen, entwickelt. Auch im Frankfurter Auschwitz-Prozeß Anfang der sechziger Jahre plädierten die Verteidiger erneut auf „Befehlsnotstand".

Indes bestand nicht tatsächlich, auch nicht für Angehörige der SS, der unbedingte Zwang zu foltern und zu morden. Es sei, sagte der ehemalige SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski bei einer Vernehmung im Rahmen des Eichmann-Prozesses 1961, keine Frage von Tod oder Leben gewesen, sondern eine Frage der Karriere.

Nachzulesen sind Auszüge aus diesem Vernehmungsprotokoll wie denen anderer Nazi-Größen zum Thema

sem Vernehmungsprotokoll wie denen anderer Nazi-Größen zum Thema

„Zwang zum Verbrechen?" in Robert M.W. Kempners kommentierter Dokumentation *SS im Kreuzverhör. Die Elite, die Europa in Scherben schlug.*

Kempner (Jg. 1899) war in den letzten Jahren der Weimarer Republik Justiziar der Polizei im preußischen Innenministerium und wurde nach der Machtübernahme durch die Nazis von Göring entlassen. Nach der Gestapohaft emigrierte Kempner 1935 über Italien und Frankreich in die USA, wo er als Sonderberater für internationales Recht tätig war und gegen Kriegsende an der Verbereitung der Kriegsverbrecherprozesse beteiligt war. In Nürnberg war er stellvertretender US-Hauptankläger.

In der jetzt vorliegenden Dokumentation sind die wichtigsten Materialien aus dem SS-Einsatzgruppen-Prozeß, dem Prozeß um das SS-Wirtschafts-und Verwaltungshauptamt und um das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt publiziert. Der Darstellung dieser drei großen Prozesse gegen Verbrecherische Organisationen folgen Dokumente aus dem Prozeß zur Ermordung von annähernd 100.000 niederländischen Juden, in dem Kempner als Nebenkläger im Auftrage der Hinterbliebenen der (vom Judentum zum Katholizismus konvertierten und jüngst vom Vatikan per Heiligsprechung reklamierten) Karmeliterin Edith Steins und der Anne Franks auftrat. Auszüge aus den Prozessen gegen die Leibstandarte Adolf Hitler, gegen den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß und aus den Kreuzverhören und Vernehmungsprotokollen hoher Reichsbeamter, die der SS angehörten sowie Aussagen von SS-Führern zum „Röhm-Putsch", zur „Kristallnacht", zum 20. Juli 1944 und über Hitler beschließen den Band.

„Wenn man wie ich Gelegenheit hatte," schreibt Kempner in der Einleitung, „Hunderte von Mördern zu verhören, die Millionen deutsche und ausländische ‚Untermenschen' ermordet hatten, und in späteren Jahren auch viele überlebende Opfer ausforschen konnte, so hat man das Panorama des Holocaustal Grauens erfaßt. Demgegenüber erscheinen die Äußerungen von Fälschern, Märchenerzählern, politischen Kosmetikern, Zeugen vom Hörensagen, Relativisten — je nach Finanzierung, politischer Einstellung, oder Unkenntnis — und Revisionisten unbeachtlich."

Robert M.W. Kempner: SS im Kreuzverhör. Die Elite, die Europa in Scherben schlug. (Erweiterte Neuauflage) Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 4. Nördlingen: Franz Greno, 1987. Kt., 380 S., zahlr. Abb., 32 DM

„Krankenpflege im Nationalsozialismus"

„Anders ist es bei den Fällen gewesen, wo ich die Tötung nicht für notwendig oder angebracht hielt. Wenn ich mich bei diesen Tötungen doch beteiligt und somit gegen meine innere Einstellung und Überzeugung handelte, so geschah es deswegen, weil ich es gewohnt war, die Anordnungen und die Befehle der Ärzte unbedingt auszuführen. Ich bin so erzogen und auch ausgebildet worden. Als Schwester oder Pflegerin besitzt man nicht den Bildungsgrad eines Arztes und kann daher nicht werten, ob die vom Arzt getroffene Maßnahme oder Anordnung richtig ist. Die ständige Übung, den Anordnungen eines Arztes zu folgen, geht so in Fleisch und Blut über, daß das eigene Denken ausgeschaltet wird." (S. 97)

Was das bedeutete vor über vierzig Jahren, was es noch heute bedeutet, ist dem Buch „Krankenpflege im Nationalsozialismus" (1) zu entnehmen. Warum so spät danach ein solches Buch? Auch dazu nehmen die Autorin und die Autoren Stellung: *„Die jahrzehntelange Tabuisierung dessen, was unter dem Hakenkreuz in der Pflege und mit dem Pflegepersonal passierte, muß endlich aufgebrochen werden ... Wir müssen die Möglichkeit haben, uns auseinanderzusetzen mit dem, was alles ‚Pflege' in dieser Zeit war — Betreuung und Beratung von Kranken, Beteiligung am Massenmord, Widerstand gegen die Unmenschlichkeit."* Es ist das, was den Beruf zu dem gemacht hat, was er heute ist. Autorin und Autoren zeigen, wie in der Zeit des Nationalsozialismus inhaltliche Werte umgedeutet werden können. Die Begriffe aus der Krankenpflege — Dienen, Helfen, Gutes tun — wurden beibehalten. Es änderte sich lediglich deren Bedeutung und damit zwangsläufig ihre konkrete Umsetzung. Kranken etwas Gutes tun konnte deshalb auch deren Tötung bedeuten, weil dies als Erlösung definiert wurde. Gehorsam und Verzicht wurden endgültige furchtbare Ideale. Mit Hilfe dieses Buches können wir sensibel werden gegen Floskeln und scheinheilige Beteuerungen, weil mit erschreckender Deutlichkeit klar wird, zu welchen Konsequenzen die Entmenschlichung von Idealen führt.

Zu lesen ist zum Beispiel die erschütternde Geschichte von Fritz Niemand, der als Psychiatriepatient zwangssterilisiert wurde, nur mit Glück der Ermordung durch die Spritze entging, um nach der Befreiung erneut ausgesondert zu werden — diesmal durch die Bundesbehörden als nicht anerkannter Verfolgter.

Es wird gezeigt, wie — basierend auf dem unmenschlichen Gesetz vom 14. Juli 1933 zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und unterfüttert mit den absurden, zynischen Perversitäten damals hochgeachteter medizinischer Kapazitäten wie A. Hoche, Psychiater während der Weimarer Republik (der sprach zum Beispiel von leeren Menschen-Hülsen, von Balastexistenzen oder Achtelskräften, wenn es um seine Patienten ging) — die medizinische Versorgung und die Krankenpflege ihre Fratze aufsetzten, Menschen entwürdigten, verstümmelten und ermordeten. Wie die ausführenden Pflegekräfte ihre Skrupel gegenüber einer sprachlosen Welt von Anordnung und Ausführung zurückstellten und welche Wurzeln dieses Verhalten hat, auch das wird in dem Buch deutlich. „Krankenpflege im Nationalsozialismus" ist ein aufklärendes Buch, das nachdenklich macht — auch Menschen, die nicht in der Krankenpflege tätig sind, weil die fatale Wirkung von Sekundärtugenden wie Gehorsam und Fleiß offenbar wird, wenn kritische Reflektion und eine soldiarische ethische Orientierung erst einmal fehlen.

Und obwohl die Autorin und die Autoren betonen, das Thema nicht umfassend behandelt zu haben, ist das Buch auch wegen der Fülle von Fakten bemerkenswert. Eine ausführliche Chronologie der Krankenpflege 1933-1945 und eine Auflistung der Aufgabenbereiche der Krankenpflege im Nationalsozialismus zeigen das Maß der Verstrickung der Krankenpflege mit der faschistischen Gewalt, mit ihrem Terror. Das fängt bei der Volksgesundheitspflege an, geht über die Kriegskrankenpflege bis zur nationalsozialistischen Krankenpflege in den eroberten Gebieten. Die Beteiligung an der Euthanasie ist ‚nur' der schlimmste Teil dieser furchtbaren Geschichte.

„Krankenpflege im Nationalsozialismus" sollte fester Bestandteil im Unterrichtsplan zur Krankenpflege sein — es wäre ein bedeutender Schritt zur Emanzipation der pflegerischen Berufe, es wäre ein wichtiger Baustein für die kommende Auseinandersetzung mit den Wünschen der Kriegsmediziner, mit den Entwicklungen in der Gentechnologie. Und auch die Auseinandersetzung über Euthanasie wird wieder aufleben, selbst wenn der Begriff tabuisiert ist.

Schließlich noch eine kleine Empfehlung. Bei der nächsten Auflage sollte das erste Kapitel „Krankenpflege in der Weimarer Republik" aktualisiert werden um einige wenige, aber wichtige Hinweise über Arbeitszeitregelungen und Tarifbewegungen im Bereich der Krankenpflege heute. Das Buch hat es verdient.

Michael Kasten/Stuttgart



Anmerkung
1.) Hilde Steppe, Franz Koch, Herbert Weisbrod-Frey: Krankenpflege im Nationalsozialismus, Verlag Mabuse, Frankfurt, Mainzer Landstraße 147, Fankfurt 1986
Preis: DM 15,-, ab zehn Bestellungen gibt es für Krankenpflegeschulen 30% Rabatt!
ISBN 3-925499-20-2
Auslieferung für den Buchhandel über Prolit/Gießen


aus: Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus/ Tübingen 1982



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: H. Wojahn

Beiträge zur Gorbatschowdebatte

Logischerweise paßt zu diesen ehrgeizigen Zielen die wiederholte Kampagne der sowjetischen Führung gegen Tendenzen der Gleichmacherei. „Leistung soll sich wieder lohnen" ist mittlerweile zum internationalen Schlachtruf der Modernisierer geworden, diente aber auch schon dem Stalinismus zu Beginn der 30er Jahre als Knüppel, die Industrialisierung voranzutreiben.

Gorbatschow will die materielle Lage eines jeden Werktätigen und jedes Kollektivs wieder direkt von deren Leistung (was ja selbst noch zu definieren wäre) abhängig machen, und im selben Periodikum, in dem er dies fordert, meint ein anderer Autor: „*Da sich die Intensivierung der Produktion auf der Grundlage einer effektiven Technik und Technologie vollzieht, die maßgeblich von Ingenieuren und Technikern entwickelt wird, sind die angeführten Proportionen schrittweise zugunsten dieser Mitarbeiter zu verschieben. Für die Entlohnung des ingenieurtechnischen Personals sind künftig Bedingungen zu schaffen, bei denen die Lohnhöhe mit steigender Leistung wächst ... Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es auch angebracht zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, das Gehaltsniveau der Angestellten zu heben und ihre Gehälter stärker zu differenzieren. Bekanntlich gehört die Mehrzahl von ihnen zum Leitungspersonal, an das erhöhte Anforderungen gestellt werden*". Die hier geführte deutliche Sprache ist zwar nichts Neues für sowjetische Publikationen und es gibt bisher keinen Beweis, daß dies auch nahtlos die Meinung des Politbüros ist, aber es gibt im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Gleichmacherei Tendenzen wieder. Die Kampagne scheint darauf abgestellt zu sein, lei-
rei Tendenzen wieder. Die Kampagne scheint darauf abgestellt zu sein, lei-
stungsbezogene Selektion hochmotivierter „Mitmacher" zu betreiben und zielt auf das funktionsspezifische Bewußtsein insbesondere des Leitungspersonals und anderer „hochmotivierter Arbeitskräfte" im Unterschied zu jenen, „.... *die gern während der Arbeit eine ruhige Kugel schieben*".

Abgesehen davon, daß hier mit solchen Argumenten genau auf den Warencharakter der Arbeitskraft insistiert wird, deren Preis in direkte Abhängigkeit von ihren Reproduktionskosten gesetzt wird, muß sich Gorbatschow fragen lassen, warum er nicht im Gegenzug auch eventuelle Ursachen für solche „Leistungs"verweigerung erwähnt: unzureichende Versorgung, miserable Arbeitsbedingungen etc.

Das beredte Schweigen zur Systembedingtheit solcher „passiver Renitenz" entspricht allzu deutlich dem Charakter „erlaubter Demokratisierung von oben", wo zwar viel von „Glasnost" die Rede ist, handfeste materielle Widerstandsrechte, darunter vor allem das Streikrecht, weiterhin verweigert werden. Das rekurriert natürlich auf die alte Frage nach der Existenz von Klassenkampf im Sozialismus, was von der gesamten sowjetischen Gesellschaftstheorie rundweg bestritten wird. Ich möchte jetzt nicht in eine solche Debatte hinüberleiten, aber wir müssen uns als historische Materialisten schon fragen, warum sich Staatsideologie und Gesellschaftstheorie im realen Sozialismus seit der Stalinverfassung 1936 ungebrochen auf eine theoretische Grundposition beziehen, die die der westlichen liberalen Soziologie — Klassen ohne Klassenkampf — ist, bzw. uns fragen, welche herrschafts- und ausbeutungslegitimierenden Ansprüche dahinter stecken.

Dies, einschließlich der berüchtigten Definition vom „Staat des ganzen Volkes", ist auch wieder im kürzlich (März 1986) verabschiedeten neuen Parteiprogramm festgeklopft.

Wir können solches natürlich auch als Ausdruck der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" begreifen, allerdings halte ich, als orthodoxe Reliquie, allemal mehr von der logischen Stringenz der „Kritik der politischen Ökonomie" und den darin aufgezeigten Zusammenhängen zwischen Klassenkampf, Staat und Wertgesetz (was für die UdSSR wohl auch seine Geltung hat — s. o.) als von mythischen Konstrukten, die letztlich doch nur Herrschaftsinteresse kaschieren sollen.

Wenn es heute mehr demokratische Rechte in der UdSSR gibt als zur Breschnew-Ära, dann ist dies durchaus zu begrüßen. Aber in der UdSSR jetzt das Morgenrosa der sozialistischen Renovierung zu erblicken, scheint mir höchstens gerechtfertigt durch den sehr mechanistischen Marxismus von Gorbi-Fans im Umkreis der DKP, für die Inhalt und Intention der Oktoberrevolution die vergangenen Jahrzehnte irgendwie als verdeckte Substanz unbeschadet aller Stürme des Stalinismus und anderer Entwicklungen überstanden haben. Ohne zu meinen, mit der Geschichte alles erklären zu können, sind mir Konstrukte dieser Art, wo ein mythischer kommunistischer Kern durch die Geschichte schleicht wie die arme Seele durch das irdische Jammertal, hochgradigsuspekt. Ich weiß nicht, ob jb. und die anderen Gorbi-Fans diese Positionen teilen (sie hüllten sich bisher in Schweigen), aber diese und andere Ansätze haben gegenüber der Staatskapitalismus-These von Bettelheim & Co. den Nachteil, daß ihnen
Staatskapitalismus-These von Bettelheim & Co. den Nachteil, daß ihnen
der Bezug auf den Marxismus weitgehend verloren gegangen ist. (Wobei gar nicht negiert werden soll, daß auch die Staatskapitalismus-These — die ich zum Teil teile — noch eine Reihe von Fragen unbeantwortet läßt).

Daß wir heute nicht mehr alternative und großenteils auch fiktive Lösungsmuster bezüglich unserer Probleme mit dem Innenleben der UdSSR mit Verweis auf China oder sonstwo frei Haus nachschicken können, entbindet uns nicht der Kritik an dem, was in der UdSSR passiert und auch nicht daran, die Hypothek ihrer Vergangenheit auf ihre Gegenwart anzurechnen. Ob das offensichtliche Dilemma der zentralen administrativen Wirtschaftslenkung nur die Alternative des Experiments mit fragwürdigen Marktmechanismen (und diese Sprache sprechen die neuesten Reformgesetze) übrigläßt, sei dahingestellt. Zugegebenerweise gibt es bis heute immer noch kein ökonomisches Kalkül für einen nicht marktgebundenen Vergesellschaftungsmechanismus, der die Außerkraftsetzung der Wert- (und damit auch der Preis-) Kategorien erlauben würde. Aber warum wird nur versteckt und verklausuliert zugegeben, daß ein marktwirtschaftlicher Umstellungsprozeß (sollte er sich wirklich umsetzen lassen) aller Wahrscheinlichkeit nach ähnliche Probleme wie in Ungarn und China hervorbringen wird: verstärkte soziale Ungleichheit und intensivere Ausbeutung der Ware Arbeitskraft? Vielleicht wird es bald naheliegender sein, den Zusammenhang von Gorbatschow und Deng als den von Gorbatschow und Mao zu überdenken!

A.K./Wiesbaden

1. Die Probleme der Linken in den kapitalistischen Industrieländern mit den sozialistischen Nationalstaaten kommen vor allem daher, daß die sozialistischen Länder entweder Beispiel sein müssen für das, was wir selber erreichen wollen, oder sie haben etwas falsch gemacht.

Dabei müßte doch für Materialistinnen und Materialisten klar sein, daß es bei den Existenzbedingungen dieser Länder in den letzten 60 Jahren, egal ob es sich nun um China, Kuba, die DDR oder die UdSSR handelte, nicht möglich war, daß sie für die Masse der Bevölkerung hochentwickelter Industriestaaten zum Vorbild wurden. Diese Länder hätten eine noch so wunderschöne Politik machen können, sie wären doch nie und nimmer zu Stätten geworden, an denen die Träume von Arbeiterinnen und Arbeitern unseres Landes oder anderer reicher Länder in Erfüllung gehen. Und die Bevölkerung der sozialistischen Länder selbst konnte nicht durch unmittelbare sinnliche Erfahrung die Überlegenheit ihrer Wirtschaftsordnung über den Kapitalismus sehen.

Das wird so lange so bleiben, wie der Kapitalismus das die Weltökonomie beherrschende Wirtschaftssystem bleibt, d. h. mindestens solange, wie alle drei gegenwärtigen wirtschaftlichen Zentren Japan, Westeuropa und die USA noch kapitalistisch sind.

2. Marx und Engels haben eine sozialistische Revolution zeitlebens nur in der Form für möglich gehalten, daß in mehreren der reichsten Länder der Welt gleichzeitig oder kurz nacheinander das Proletariat die Macht ergreift.

Auch die russischen Revolutionärinnen und Revolutionäre von 1917 gin-
Auch die russischen Revolutionärinnen und Revolutionäre von 1917 gin-
gen von diesem Ablauf aus, sie glaubten nur dann an einen Erfolg der Revolution, wenn mindestens noch in Deutschland und dann aber innerhalb von vielleicht zehn Jahren auch in anderen hochentwickelten Staaten die Arbeiterklasse siegen würde. Zu Recht meinten sie, daß man nur unter dieser Bedingung eine Gesellschaft, wie sie Marx und Engels vorgeschwebt hat, würde errichten können.

3. Seit 1924 muß man sich nun darauf einstellen, daß die Geschichte anders abläuft, als es Marx und Engels, Rosa Luxemburg und viele andere erwartet haben. Unter diesen Bedingungen besteht die Bedeutung der befreiten Staaten für die internationale revolutionäre Bewegung *nicht* in erster Linie darin, Verkörperung unserer Utopien zu sein. Genauso wenig, wie wir das heute von Nicaragua verlangen können.

Die sozialistischen Länder sind von einer wirtschaftlich und militärisch erheblich überlegenen feindlichen Umwelt umgeben. Gleichzeitig sind sie selber Teil eines wirtschaftlichen Weltsystems, das nach wie vor kapitalistisch strukturiert ist. Ob sie wollen oder nicht, sie müssen an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmen, die wiederum die Länder mit der höchsten Arbeitsproduktivität, d. h. die am weitesten entwickelten kapitalistischen Industrieländer, auf Kosten der restlichen Welt immer reicher macht.

4. Ihre Aufgaben sind heute:
a. In erster Linie einen Rückfall in die Barbarei, d. h. einen nuklearen Weltkrieg sowohl gegen irgendeinen sozialistischen Staat als auch zwischen den kapitalistischen Staaten zu verhindern. Denn das ist die Voraussetzung für weiteren weltweiten Fortschritt. Das geht nur, wenn sie das „weltpolitische Gleichgewicht" zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern erhalten. Insbesondere das militärische Gleichgewicht. Trotzdem sie ökonomisch erheblich schwächer sind. Und das erfordert vor allem vom Volk der UdSSR Verzicht und Opfer, die im Verhältnis zum produzierten Einkommen pro Kopf erheblich größer sind, als diejenigen, die die Bevölkerungen z. B. der Türkei, der USA, der BRD usw. für Militärzwecke bringen müssen.
b. Soweit a. voll abgesichert ist, ist es die zweitwichtigste Aufgabe, Hinterland für die fortschrittlichen Bewegungen des Erdballs zu sein. Das heißt vor allem „Entwicklungshilfe" der entwickelten sozialistischen Gebiete für sozialitisch gewordene unterentwickelte Gebiete (transkaukasische Sowjetrupubliken, dann China, Vietnam, Kuba) und materielle Unterstützung für fortschrittliche Bewegungen im kapitalistischen Teil der Welt.

Das kostet natürlich eine Menge von dem Einkommen, das sonst der Bevölkerung dieser entwickelten Gebiete zugute kommen könnte. Im Gegensatz dazu profitieren die Bevölkerungen der reichen kapitalistischen Staaten von der Ausbeutung der Drittwelt-Länder des kapitalistischen Herrschaftsbereichs durch Raubbau, Kapitalexport und scheinbar normalen „Äquivalententausch"; die Kluft zwischen ihrem Lebensstandard und dem der unterentwickelten Regionen wird immer größer. Auch insoweit bedeutet der Sozialismus für die Bevölkerung eines einigermaßen entwickelten Landes, die ihn einführt, ein „Opfer", das sie nicht bringen müßte, wenn das Land kapitalistisch geblieben wäre.
c. Eine gegenüber den ersten beiden Aufgaben teilweise nachrangige Aufgabe ist es dagegen, die Hoffnungen der Bevölkerung, die eine sozialistische Revolution gemacht oder die Einführung des Sozialismus unterstützt und geduldet hat, zu erfüllen. Das sind vor allem materielle Hoffnungen: genug zu essen, Bildung für alle, Fernseher für alle usw. D. h. aber auch, Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und in allen anderen Lebensbereichen einzuführen. (Beides kann auch im Gegensatz zueinander stehen, wenn die Leute weniger arbeiten, aber mehr verbrauchen wollen). Diese Hoffnungen können aber leider im Rahmen der prekären Existenzbedingungen des gegenwärtigen Sozialismus selbst beim besten Willen nur teilweise erfüllt werden.
4. Wie mensch sieht, bringt die Einführung des Sozialismus für die „betroffene Bevölkerung" auch Nachtei-
führung des Sozialismus für die „betroffene Bevölkerung" auch Nachtei-
le. Die Bevölkerung Nicaraguas muß pro Kopf mehr für Militärausgaben aufwenden als die des reicheren Costa Rica, die der DDR mehr als unsere, die der UdSSR entschieden mehr als die der USA (trotz Reagan! Die Verteidigungsausgaben der UdSSR werden außerdem nicht über die internationalen Finanzmärkte fremdfinanziert.) Die Bevölkerung Cubas finanziert den Aufenthalt von 20.000 eignen Soldaten in Angola, was die Kostarikaner auch nicht tun.

Die Bevölkerung eines sozialistischen Landes muß noch immer wirtschaftliche Wettbewerbsnachteile hinnehmen im Vergleich zu der Bevölkerung gleich weit entwickelter kapitalistischer Staaten. Im Fall Kubas werden diese Nachteile durch Subventionen der Sowjetunion mehr als ausgeglichen, aber damit wird das „Opfer" ja nur in die UdSSR verlagert. (...)
5. Die im Grunde erbärmlichen Existenzbedingungen der sozialistischen Länder zu ändern und die Bedingungen für einen Sozialismus zu schaffen, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Mao usw. erträumt haben, ist nicht Gorbis Aufgabe, sondern *1. Dazu ist nämlich eine gravierende Veränderung der weltweiten Kräfteverhältnisse notwendig, wie sie z. B. eine Revolution in Westeuropa bedeuten würde. Was eine sozialistische Gesellschaftsordnung wirklich ist, wird man erst dann wissen. Ähnlich, wie man vor 1789 auch nicht wußte, was Herrschaft der Bourgeoisie wirklich ist, obwohl das Bürgertum in England schon mehr als ein Jahrhundert früher gesiegt hatte.*
6. Bei der dafür notwendigen Propaganda können Teilaspekte des Lebens in den sozialistischen Ländern beweisen, daß es auch anders als kapitalistisch geht. Das war schon immer so, z. B. mit der Chancengleichheit in der Bildung, der Arbeitsloigkeit, der Lage der Frauen und auch der Rechte am Arbeitsplatz. In dem Maße, wie es bei uns abwärts und dort aufwärts geht, werden wir besser als bisher darauf hinweisen können. Aber andererseits gehen die Forderungen von rebellischen Menschen, insbesondere der Frauenbewegung, in unserem Teil der Welt notwendigerweise immer weiter über die Realität der sozialistischen Länder hinaus. Das wird mit Sicherheit so bleiben. (...)

J.K., Hamburg




(...) Man kann über Gorbatschows Bewertung der Stalinzeit unterschiedlicher Meinung sein. Wer aber so redet, handelt und denkt wie er und andere sowjetische Genossen, leistet eine *praktische* Stalinismuskritik, die bereits eine lebendige demokratische Diskussionsatmosphäre in der Sowjetunion bewirkt hat. Daß sich dabei auch Vertreter revisionistischer, nationalistischer und anderer bürgerlicher Ideologien zu Wort melden, kann in einer Gesellschaft nicht verwundern, in der seit rund fünf Jahrzehnten alle gesellschaftlichen Widersprüche mit Phrasen von einer „politisch-moralischen Einheit des Volkes" übertüncht wurden. Wer der KPdSU ihre Befürwortung des Leistungsprinzips und moderner Technologien vorwirft, sollte erkennen, daß Gorbatschow auch in dieser Hinsicht in der Tradition der Philosophie und Politik Lenins arbeitet. Dagegen kann man polemisieren, aber man wird das nicht auf der Basis der Ideen von Marx und Lenin tun können, sondern z. B. ausgehend von Erich Fromm und Herbert Marcuse, von den Auffassungen der Frankfurter Schule.

Wer die von mir in AK 281 dargelegte Einschätzung, die Umgestaltung müsse von der KPdSU geleitet werden, als „*Wiederbelebung stalinistischer Staatsvorstellungen*" angreift (vgl. AK 282, S. 40), sollte ehrlicherweise das Gorbi-Poster aus der Hand legen und Michail Gorbatschow selbst als „Stalinisten" angreifen.

Wer sein epochal „neues Sozialismusverständnis" mit dogmatischer Kritik an jeder Art von führender Rolle einer revolutionären Partei in einer sich sozialistisch entwickelnden Gesellschaft begründet, müßte konsequenterweise auch Kuba und im Grunde selbst Nicaragua als „stalinistische
terweise auch Kuba und im Grunde selbst Nicaragua als „stalinistische
Fossile" angreifen.

Ist die Umgestaltung in der Sowjetunion eine „zweite Revolution", wie ich in AK 281 schrieb und wie es auch einige Genossen in der DDR wie Jürgen Kuczynski und Stephan Hermlin sehen? Im streng wissenschaftlichen Sinne handelt es sich nicht um eine Revolution, den Sturz der Herrschaft einer Klasse durch eine andere. Es geschieht in der UdSSR aber, wie Jürgen Kuczynski im Gespräch mit Hermann L. Gremliza in „konkret" (Heft 5/87) feststellte, eine „*Revolution des Denkens*". Und nicht nur des Denkens. Von der Wirtschaft bis zur Kultur finden grundlegende Veränderungen statt, die mehr bedeuten, als das, was im Westen so unter „Reform" verstanden wird. Der KPdSU-Generalsekretär selbst verwendet für die Umgestaltung sowohl den Begriff der Reform als auch den der Revolution. Für die Bewertung Gorbatschow und auch des Marxismus-Leninismus gilt: Wer darüber diskutieren will, sollte sich an die Originaltexte halten, statt an oftmals sehr eigenwillige Interpreten. Unter Marxismus-Leninismus seien hier die Werke von Marx, Engels und Lenin verstanden und nicht das, was an Vereinfachungen und Verballhornungen unter diesem Titel seit Stalins Zeiten offeriert wird. Das Gebot der Ehrlichkeit in der Politik erfordert es, eigene Positionen auch als solche zu benennen. Wer euro-, ökoreformistische oder andere Auffassungen vertritt, deren Diskussion in der Linken notwendig ist, sollte vermeiden, seine Inhalte in einer Mogelpackung mit dem Qualitäts-Etikett „Gorbatschow" anzubieten.

Gerd Eggeling

Anhalt — Amerika

Ein Bilderband eines DDR-Schriftstellers, der sich ein halbes Jahr in der USA aufhielt

Bundesdeutsche, die in die USA düsen, gibt es viele. DDR-Bürger als Besucher Nordamerikas und Autoren von Reiseberichten sind dagegen vergleichsweise rar.

Der DDR-Schriftsteller Manfred Jendryschik (Jahrgang 1943) aus Halle, einer Bezirksstadt in Anhalt, hat ein halbes Jahr lang Amerika bereist und seine Eindrücke in dem Bildband ,,Zwischen New York und Honolulu'' zusammengefaßt. Nicht allgemeine Ost-West-Systemvergleiche, sondern genaue Beobachtungen im Detail kennzeichnen sein Buch. Der Autor, der sich auf Einladung verschiedener Universitäten in den USA aufhielt, diskutierte mit Professoren und Studenten, mit Mormonen und Liberalen, erlebte Harlem, und fuhr mit dem Fahrrad auf Hawai herum.

Fasziniert ist Jendryschik von der Landschaft bei San Franzisko: ,,*Zwei Landzungen begegnen einander am Pazifik, ließen aber eine Furt zwischen sich, die sich bald zu einer geschützten großen Bucht weitete, umgeben von verschiedenen Hügeln ...*''.

Der Autor erlebt eine ,,*Welt der Kontraste*'', die er in den in Briefform gehaltenen Kapiteln seines Buches den Lesern näher bringt. Die Armut vor allem farbiger Arbeits- und Obdachloser fällt ihm in allen Städten ins Auge.

gehaltenen Kapiteln seines Buches den Lesern näher bringt. Die Armut vor allem farbiger Arbeits- und Obdachloser fällt ihm in allen Städten ins Auge.

Schweinefraß

Daß auch in beschissenen Verhältnissen Situationskomik entsteht, zeigt Jendryschik mehrfach. Als er in New Orleans an der Royal Street einen Hot dog ißt, legt ihm eine Kollegin vom Straßenstrich eine Hand auf die Schulter und fragt ihn, warum er dieses Würstchen verschlinge. Er solle lieber mit ihr kommen, sie werde ihm zeigen, was ein richtiger Hot dog sei.

Von Speis und Trank im Lande des fast foods ist der Autor entsetzt. Der Kaffee ist eine dünne ,,Plurre'', weit unter Mitropa-Niveau, eine ,,Vorschulsoße''. Beim Bier hat man ,,*lange nichts zu meckern, weil es prinzipiell eisgekühlt aufgetischt und getrunken wird: so erfährt man erst nach etwa zehn Minuten den durchdringenden Pappgeschmack, weil nicht Hopfen und Malz verwendet werden, sondern Mais und Reis und was sich sonst so findet*''. Nach dem Verzehr von Brot, das man fast ,,*mühelos auf ein Drittel zusammendrücken*'' kann, fällt ihm das Essen aus dem Gesicht. Neben landesüblicher Kost erwartet den Besucher von jenseits des Eisernen Vorhanges noch die ,,*zweitfürchterlichste Sache der Welt*'', die Teilnahme an amerikanischen Partys, mit dem Austausch von Banalitäten über Wetter und Verwandtschaft beim Whisky.

Während bundesdeutsche Politiker sich selbst und Teilen der Bevölkerung einreden, unsere Freunde in den USA dächten Tag und Nacht nur an das Wohl der Bundesrepublik und ihrer Bewohner, sieht Jendryschik die Realität der US-Medien: In Zeitungen und diversen Fernsehprogrammen ist kaum von Europa die Rede, allenfalls mal vom Papst und von Lech Walesa. Über die ,,Bundesrepublik D.'' herrscht Schweigen. Studenten, mit denen der Autor spricht, antworten ihm auf die Frage, wann die deutsche Teilung stattfand, das könnte so in den zwanziger Jahren gewesen sein. Eine Redakteurin einer Universitätszeitung will von ihm wissen, ob man in beiden deutschen Staaten die gleiche Sprache spricht.

Tellerwäscherideologie statt Sozialismus

Der Mann aus ,,East Germany'' wird überall freundlich aufgenommen, bisweilen zwar in onkelhafter Weise, stößt aber nie auf politische Vorbehalte, einfach weil die US-Amerikaner kaum in gesellschaftspolitischen Kategorien denken. Dennoch sind die meisten US-Bürger, denen er begegnet, patriotisch bis zum Exzeß, so daß sich der Autor wundert, warum man nicht noch auf jede Hundehütte das Sternenbanner hißt. Liberals, homosexuals, blacks — Liberale, Schwule und Neger sind die Feindbilder der Nation. Die Tellerwäscherideologie, die Vorstellung, jeder, der etwas leisten wolle, könne Erfolg haben, hat sich tief in die Köpfe selbst manch armer Schlucker hineingefressen. Sozialismus ist in den USA noch weit weniger eine politische Kraft als in der BRD. ,,*Love it or leave it*'' — liebe das Land und sein System oder zieh Leine — das ist die Devise der Hau-drauf und Schluß-Patrioten.

it'' — liebe das Land und sein System oder zieh Leine — das ist die Devise der Hau-drauf und Schluß-Patrioten.

Es gibt trotzdem auch eine Friedensbewegung in den USA, in der sich z.B. Naturwissenschaftler zusammenfinden, die das Märchen von der sowjetischen Bedrohung widerlegen. Unter ihnen trifft der Gast aus der DDR sympathische und aufgeschlossene Leute. Aber die Bewegung ist gesamtgesellschaftlich isoliert, viele Sympathisierende lassen sich durch Einschüchterung von der Teilnahme an Demos abhalten.

Noch beinahe als progressiv müssen unter solchen Umständen die nicht gerade linkslastigen Mormonen gelten, bei denen der DDR-Autor in Salt-Lake City zu Gast war. Diese Gläubigen der ,,Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage'' gehen nicht zur Army und lehnen die Hochrüstung als hinderlich ab bei dem Vorhaben der kräftigen Vermehrung der Weltbevölkerung.

Angesichts der versteinerten Verhältnisse in den USA denkt Manfred Jendryschik über seine ,,*zeitweiligen Resignationen zu Hause und meine ganz andersgearteten hier*'' nach. Die Probleme im realen Sozialismus scheinen von Philadelphia aus eine andere Dimension zu bekommen. Deprimierend sind seine Eindrücke von einer Reise nach Tijuana in Mexiko, wo viele der vom Big Business Ausgebeuteten und Ausgeschmierten ihren Frust in Fusel ersäufen. Der (parteilose) Marxist Jendryschik zeigt konkret, wie der amerikanische Imperialismus dort wirkt, ohne diesen in der DDR lange Zeit inflationär gebrauchten Begriff zu verwenden.

Lebensnaher Stil

Lebensnaher Stil

Hollywood sieht der Autor als ,,ungeheuren Bluff'', wo unter Tausenden von Filmen auf ,,Dallas''-Niveau das gute Dutzend kaum auffällt. Auch vom Mythos Broadway bleibt bei näherem Hinsehen nicht viel übrig, er entpuppt sich als ,,*Stätte billigsten Entertainements*''.

In vielen ehemaligen Broadway-Theatern gibt's ,,*gequirlte Scheiße als Action-Movies oder als softiger Porno*''; ausländische Filme sind dort ohnehin nicht zu sehen. Ersatzbefriedigung findet in diesem Land der Einsamen, in dem jeder sich selbst der nächste und der lonesome Cowboy das Ideal ist, auf dem Bildschirm statt.

Die zahlreichen Bürokraten in Washington, beim Pentagon und anderen verdienstvollen Institutionen der free world kommen vor lauter Streß und Strebsamkeit in vielen Fällen nicht dazu, einen Partner zu suchen. Da fand sich eine Lösung: ,,*Wer in dieser Stadt Liebe begehrt, stellt sich auf einem Video-Band vor und kann sich andere vorführen lassen — diese Art Heiratsvermittlung erfährt gerade einen ersten Boom. Wahrscheinlich wird es in einiger Zeit Möglichkeiten geben, daß nur noch die Video-Tapes miteinander ins Bett gehen*''.

Sensibel in der Wahrnehmung und oft deftig in der Sprache beschreibt Jendryschik seine USA-Eindrücke. Da wird gemampft und geschwatzt, da sitzt er schon mal in einem ,,breitärschigen'' Straßenkreuzer, und von Charles Bukowski ist als dem ,,Vögel-Epiker'' die Rede. Mir gefällt diese lebensnahe Schreibe. Wer den häufig trockenen und nicht selten gestelzten Stil mancher journalistischen Produkte in der DDR kennt, wird die Sprache des Autors umso mehr zu schätzen wissen.

Gerd Eggeling

Manfred Jendryschik: Zwischen New York und Honolulu — Briefe einer Reise, Mitteldeutscher Verlag Halle-Leipzig (DDR), 202 Seiten mit Fotos, 15 Mark

INHALT

§218-Prozesse vor Arbeitsgerichten — Lohnfortzahlung nach Notlagenindikation verweigert 23
Diskussion um das grüne Müttermanifest 22

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.
○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—
○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

Absender: ....
....
....

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

.............., den ....
(Unterschrift)